



Informationen

zur politischen Bildung / izpb

350 1/2022

Demografischer Wandel



Inhalt



4



12



38

4 Warum der demografische Wandel uns alle betrifft

- 5 Megathema Demografie
- 5 Altersstruktur: mehr ältere und weniger junge Menschen
- 8 Altenquotient: weniger Erwerbstätige, mehr Rentner?
- 9 Bevölkerungszahl: Ist die Schrumpfung unabwendbar?
- 11 Bevölkerungsgröße – eine historische und räumliche Einordnung

12 Der demografische Wandel in Deutschland

- 13 Der demografische Wandel im Lauf der Geschichte
- 16 Demografischer Wandel in West- und Ostdeutschland
- 21 Aktuelle Bevölkerungsstruktur und Demografische Trägheit
- 21 Vorausberechnungen bis 2060: Was lässt sich prognostizieren und was nicht?

23 Weltbevölkerung – stoppt der Anstieg bei 11 Milliarden?

- 23 Wachstum der Weltbevölkerung
- 25 Erreicht die Weltbevölkerung das Maximum am Ende des 21. Jahrhunderts?
- 25 Wachsende und schrumpfende Länder im 21. Jahrhundert

30 Diskurse über den demografischen Wandel

- 30 Malthusianismus
- 31 Merkantilismus und Nationalismus
- 32 Eugenik und „Rassenhygiene“
- 32 Überbevölkerung und Ökologie
- 34 Alterssicherung und Altersbilder
- 34 Schrumpfung
- 36 Gibt es ein Bevölkerungsoptimum?

38 Die Ursachen der Geburtenentwicklung

- 39 Warum bekommen Menschen überhaupt Nachwuchs?
- 39 Zwei Geburtenrückgänge – unterschiedliche Ursachen
- 40 Emanzipation der Frauen und Aufschub der Geburten
- 42 Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Schlüssel
- 45 Zuwanderung und Geburtenanstieg
- 46 Der Rückgang kinderreicher Familien und die Zwei-Kind-Norm

48 Die Folgen des demografischen Wandels

- 48 Folgen von Alterung oder Schrumpfung?
- 49 Folgen für die Sozialsysteme und die öffentlichen Finanzen
- 52 Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt

Zu diesem Heft

Der Bundeskanzler Konrad Adenauer zugeschriebene Spruch „Kinder kriegen die Leute immer“, den er Bedenken gegen die umlagefinanzierte Rentenreform von 1957 entgegenhielt, würde ihm heute kaum mehr über die Lippen kommen. Denn in den vergangenen Jahrzehnten sind die Geburtenraten in Deutschland stetig zurückgegangen. Und auch weltweit haben sich im vergangenen Jahrhundert Geburtenraten sowie weitere Parameter der Bevölkerungsentwicklung stark gewandelt.

Ende des 19. Jahrhunderts lag die Weltbevölkerung bei gerade einmal über einer Milliarde, die zweite Milliarde sollte 1927 erreicht werden. Heute leben auf der Welt knapp acht Milliarden Menschen. Die weltweite Bevölkerung ist demnach in weniger als einem Jahrhundert um sechs Milliarden gewachsen. Die Tendenz ist aktuell zwar weiter steigend, die Wissenschaft geht aber davon aus, dass die Zahlen langfristig stagnieren und möglicherweise sogar wieder sinken werden.

Auch die Bevölkerung Deutschlands ist im vergangenen Jahrhundert stark gewachsen: Bei Einführung der sozialen Sicherungssysteme am Ende des 19. Jahrhunderts lebten in Deutschland etwas über 50 Millionen Menschen, heute sind es 83 Millionen. Dabei hat sich zudem die Bevölkerungsstruktur geändert: Durch den aktuellen demografischen Wandel wird die Bevölkerung älter, d.h., es werden weniger Kinder geboren, und so rücken auch weniger Menschen nach, um die Sicherungssysteme zu stützen und zu finanzieren – eine bedenkliche Entwicklung.

Dabei ist der demografische Wandel für sich genommen ein natürlicher und kontinuierlicher Entwicklungsprozess von Bevölkerungen. Deren Größe und Struktur werden immer schon durch Geburtenzahlen, Todesfälle und die Zu- sowie Abwanderung beeinflusst. Und die Folgen dieser Entwicklungen waren stets Gegenstand gesellschaftlicher und politischer Diskurse. So empfahl ein englischer Gelehrter angesichts des exponentiellen Bevölkerungswachstums Anfang des 19. Jahrhunderts Enthaltensamkeit. Konträr dazu wird heute diskutiert, durch welche Anreize die Geburtenrate gesteigert werden könnte.

Diese Themenausgabe bietet einen grundlegenden Überblick zu den Bereichen Bevölkerungsentwicklung und demografischer Wandel. Anschaulich dargestellt wird die demografische Entwicklung – in Deutschland und weltweit. Kritisch vorgestellt und diskutiert werden die verschiedenen Demografie-Diskurse der vergangenen Jahrhunderte und die Ursachen der aktuellen Geburtenentwicklung. Während die Geburtenrate in Deutschland jahrzehntelang sehr niedrig war, ist sie in den 2010er-Jahren wieder etwas angestiegen. Doch wie sicher ist dieser Trend?

Auch die Folgen, die der demografische Wandel auf die Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt, den politischen Wettbewerb, die Umwelt sowie auf die verschiedenen Regionen Deutschlands hat, werden diskutiert und eingeordnet. Ersichtlich wird, dass die aktuellen Entwicklungen insofern problematisch sind, als durch sie die Bevölkerungen Deutschlands und anderer westlicher Industriestaaten schrumpfen und altern. Hier liegt es an Politik und Gesellschaft, langfristige Lösungen und Anpassungen zu finden, um den aktuellen Lebensstandard auch in Zukunft sichern zu können.

Laura Gerken



49



72

- 55 Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt
- 55 Folgen für den politischen Wettbewerb
- 56 Folgen für die internationale Politik und die Umwelt

58 Deutschlands Regionen – wie es vor Ort aussieht

- 59 Großstädte und ländliche Gebiete
- 60 Boomende Städte und verlassene Dörfer?
Wanderungsdynamik innerhalb Deutschlands
- 62 Regional unterschiedliche Kinderzahlen
- 64 Regionale Unterschiede im Durchschnittsalter
- 64 München – Gießen – Uckermark: drei Lebenswelten

66 Politische Strategien

- 66 Demografische Prozesse beeinflussen
- 70 Folgen des demografischen Wandels gestalten
- 76 Ein Ausblick in fünf Thesen von Martin Bujard

- 79 Glossar
- 80 Quellen- und Literaturhinweise
- 82 Internetangebote
- 82 Bildnachweise
- 83 Der Autor
- 83 Impressum



Der demografische Wandel betrifft alle Bürgerinnen und Bürger und hat Auswirkungen auf viele Lebensbereiche. Insbesondere das Verhältnis zwischen alt und jung stellt Politik und Gesellschaft künftig vor zahlreiche Herausforderungen.

MARTIN BUJARD

Warum der demografische Wandel uns alle betrifft

Demografische Entwicklungen beeinflussen den Alltag aller Menschen. Dieser Beitrag erklärt, was der „demografische Wandel“ ist und mithilfe welcher Faktoren er berechnet werden kann.

Megathema Demografie

Der demografische Wandel ist ein wichtiges, häufig diskutiertes Thema in der deutschen Politik und Gesellschaft – in ähnlicher Weise gilt dies nur für Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel. Und das aus gutem Grund, denn demografische Veränderungen beeinflussen zahlreiche Politikbereiche und auch das alltägliche Leben vieler Menschen in erheblicher Weise. Nachrichtensendungen und Zeitungen greifen das Megathema Demografie immer wieder auf und auch im eigenen Alltag können eigene Beobachtungen hinsichtlich demografischer Entwicklungen gemacht werden:

- Es leben immer mehr Seniorinnen und Senioren in Deutschland. Während im Jahr 1990 nur 15 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre oder älter waren, sind es im Jahr 2020 bereits 22 Prozent und im Jahr 2040 werden es voraussichtlich knapp 30 Prozent sein. Der Anteil älterer Menschen in der deutschen Gesellschaft verdoppelt sich demnach innerhalb von nur fünf Jahrzehnten.
- Die Lebenswelten von jungen, mittleren und älteren Generationen unterscheiden sich erheblich. Die jüngere Generation ist infolge des demografischen Wandels zahlenmäßig kleiner, daher ist es für sie schwieriger den Ausgang von Wahlen zu beeinflussen und ihre Interessen beispielsweise im Bereich Digitalisierung und Nachhaltigkeit adäquat durchzusetzen.
- Da das deutsche Rentensystem im Umlageverfahren, dem sogenannten Generationenvertrag, organisiert ist, finanzieren die Jüngeren und Erwerbstätigen die Renten der Älteren. Daher hat die Alterung der Bevölkerung immense Auswirkungen: Der erhebliche Anstieg des Rentenniveaus wird durch den demografischen Faktor gebremst und die Beiträge der Erwerbstätigen zur Rentenversicherung werden steigen. Die Politik diskutiert daher über weitere Rentenreformen, Mindest- und Lebensleistungsrenten.
- In ähnlicher Weise ist die Alterung eine Herausforderung für das Gesundheitssystem und die Pflege. So werden Engpässe an Pflegekräften nicht erst seit der Coronavirus-Pandemie von Betroffenen angesprochen und auch künftig erheblich zunehmen.
- In den vergangenen Jahren kamen mehrere Millionen Geflüchtete aus dem Nahen Osten und Afrika sowie Arbeitsmigrantinnen und -migranten größtenteils aus Europa nach Deutschland. Die Nettozuwanderung betrug von 2015 bis 2017 insgesamt 2,06 Millionen Personen. Durch diese Entwicklung wird Deutschland diverser.
- Der Anstieg der Weltbevölkerung auf etwa 8 Milliarden Menschen in 2023 hat in erheblichem Maße zum Klimawandel beigetragen. Inzwischen ist das Bevölkerungswachstum in vielen Weltregionen gebremst.
- Während vor zwei Jahrzehnten die Arbeitslosigkeit eines der zentralen Probleme der deutschen Wirtschaft war, herrscht inzwischen ein Fachkräftemangel, da viele Fachkräfte aus den geburtenstarken Jahrgängen in Rente gehen und die nachkommenden Jahrgänge kleiner sind.
- Einige Dörfer, vor allem im Norden und Osten Deutschlands, erleben einen erheblichen Bevölkerungsrückgang, dort fehlen vor allem junge Menschen. Gleichzeitig wachsen die Großstädte und das Wohnen dort wird immer teurer.

Der demografische Wandel hat demnach Auswirkungen auf viele Lebensbereiche. Die Bevölkerungsgröße, die Altersstruktur und die regionale Verteilung beruhen im Prinzip auf drei Faktoren: der Zahl der Geburten, der Sterbefälle und der Zu-

und Abwanderungen. Dabei können diese Faktoren langfristig eine immense Dynamik entfalten. Dies wird in Deutschland aufgrund des seit einem halben Jahrhundert anhaltenden Geburtentiefs besonders deutlich: Geburtenraten, die seit 1973 bis heute zwischen 1,2 und 1,6 Kindern pro Frau liegen, haben dazu geführt, dass Deutschland eine Altersstruktur mit relativ vielen älteren Menschen und relativ wenigen jungen Menschen hat. Die heutige Müttergeneration ist bereits deutlich kleiner, wodurch die Zahl der Geburten selbst bei konstanten Geburtenraten in den nächsten Jahrzehnten zurückgehen wird. Die Alterung und die Schrumpfung der Gesellschaft sind in der Altersstruktur bereits für die nächsten Jahrzehnte angelegt.

Folgende zentrale Fragen zum demografischen Wandel soll dieses Heft beantworten:

- Wird es zukünftig in Deutschland überwiegend alte Menschen geben?
- Wird die Bevölkerung in Deutschland schrumpfen?
- Wodurch könnte die Geburtenrate steigen?
- Wie stark wächst die Weltbevölkerung künftig?
- Wie unterschiedlich entwickeln sich Deutschlands Regionen?
- Welche Mythen gibt es zum demografischen Wandel und was kann aus früheren Diskursen gelernt werden?
- Werden wir an Wohlstand verlieren?
- Welche Maßnahmen sollte die Politik in den nächsten Jahren angehen?
- Wie kann das Rentenniveau gesichert und generationengerecht finanziert werden?
- Wie lässt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt fördern?

Altersstruktur: mehr ältere und weniger junge Menschen

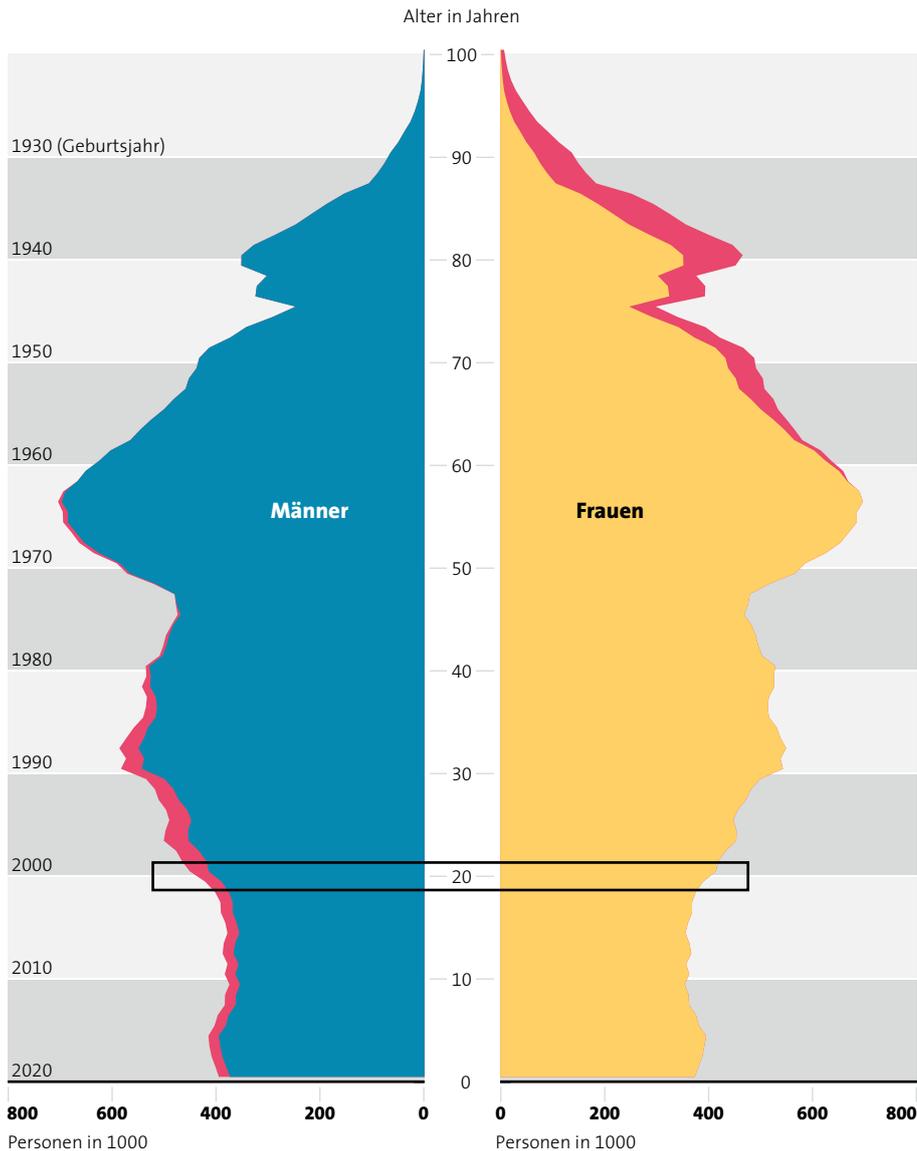
Um zu verstehen, was der demografische Wandel ist, sollte stringent zwischen den Prozessen Alterung der Bevölkerung und möglicher Schrumpfung der Bevölkerungsgröße differenziert werden, da beide Prozesse völlig unterschiedliche demografische Dynamiken (und auch Folgen) aufweisen. Dabei sind in der heutigen Altersstruktur sowohl eine zunehmende Alterung als auch ein künftiger Bevölkerungsrückgang angelegt. Eine hohe Zuwanderung von mehreren hunderttausend Personen pro Jahr kann dabei zwar den Bevölkerungsrückgang kompensieren, jedoch kaum die Zunahme der Alterung beheben.

„Alterung der Bevölkerung“ meint, dass zunehmend eine Altersstruktur entsteht, bei der die älteren Jahrgänge stark und die jüngeren weniger stark besetzt sind. Die Alterung in den vergangenen Jahrzehnten liegt zum einen an dem seit geraumer Zeit anhaltenden Geburtentief und wird zudem durch die Zunahme der Lebenserwartung verstärkt. Die Alterung ist bereits deutlich sichtbar und wird sich in den nächsten Jahren weiter erheblich verstärken, da die Babyboomer das Rentenalter erreichen.

Der Wandel der Altersstruktur lässt sich mit sogenannten Bevölkerungspyramiden veranschaulichen. Der Begriff der Pyramide war für die demografischen Entwicklungen in Deutschland bis Anfang des 20. Jahrhunderts bildlich noch passend, für die gegenwärtige Altersstruktur, die grafisch eher einem zerzausten Tannenbaum ähnelt, ist der Begriff „Bevölkerungsbaum“ passender. Da weder der Begriff „Pyramide“ noch der Be-

Bevölkerungsdiagramm Deutschland

(31.12.2020)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Bevölkerungsfortschreibung), ergänzende Berechnungen BiB

Lesebeispiel

Die Grafik zeigt die Zahl der Bevölkerung Deutschlands für jedes Altersjahr und Geschlecht.

Unten sind die Kinder, die breite Ausprägung oberhalb der Mitte sind die Babyboomer und ganz oben die Hochbetagten. Links in blau sind die Männer, rechts in gelb die Frauen abgebildet.

Das schwarze Kästchen markiert als Beispiel den Jahrgang 2000, der Ende 2020 20 Jahre alt ist. Dieser Jahrgang, die 20-Jährigen, umfasste Ende 2020 865 943 Personen, davon 451 173 Männer und 414 770 Frauen.



Ende der 1950er- und in den 1960er-Jahren ist die Zeit des Babybooms. Mehrere Kindergartengruppen beim Spaziergang im September 1966 in Berlin-Friedrichshain

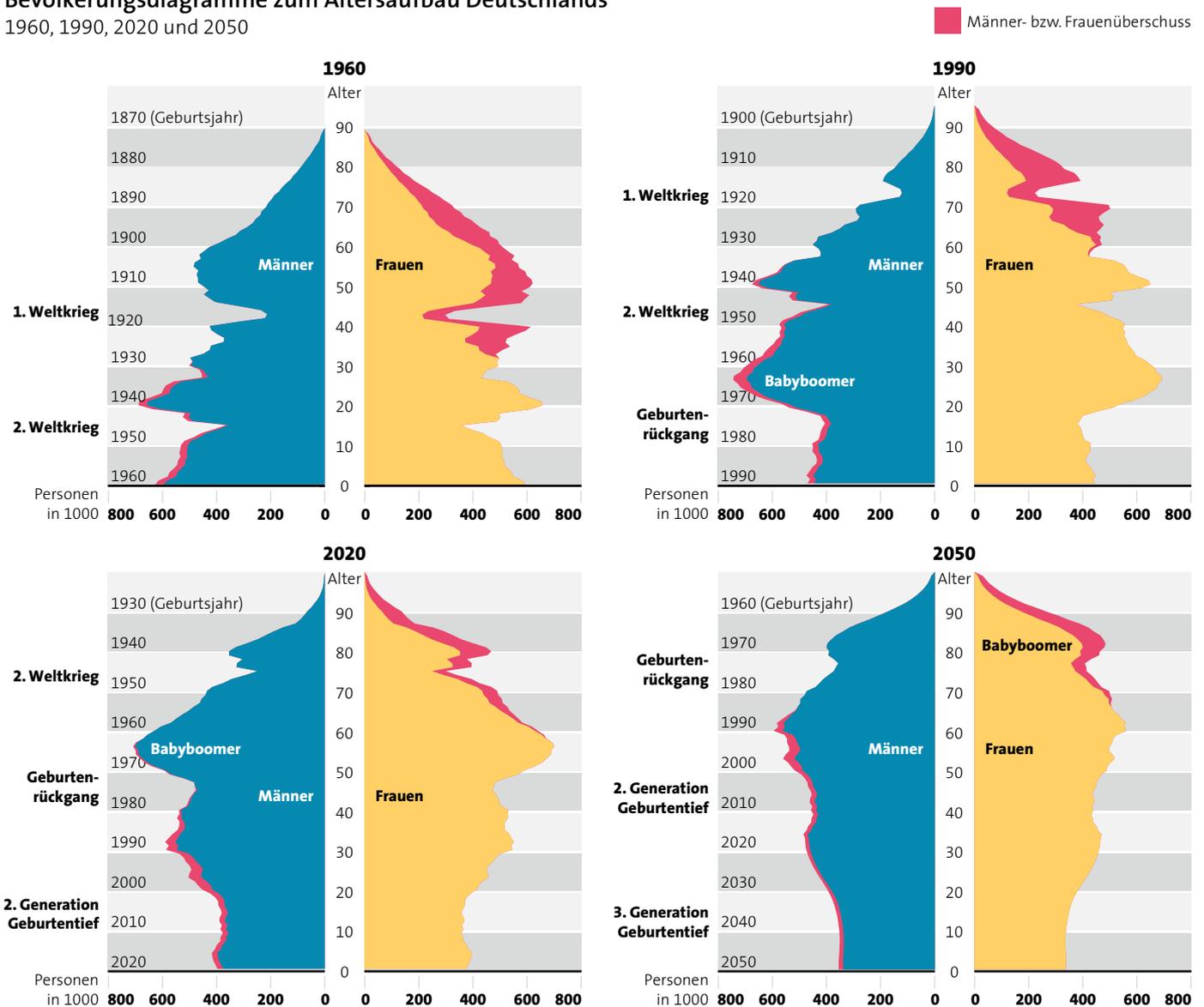
griff „Baum“ für die deutsche Altersstruktur zwischen 1960 und 2050 wirklich treffend ist, wird in dieser Darstellung von einem „Bevölkerungsdiagramm“ gesprochen.

Wie das Bevölkerungsdiagramm zeigt, ist die Bevölkerungsstruktur in Deutschland in 2020 unten schmal, in der oberen Mitte sehr breit und oben dann wieder schmaler. Die Jahrgangsstärken betragen bei Kinder- und Jugendlichen zwischen 700 000 und 800 000, bei den 20- bis 49-Jährigen etwa zwischen 900 000 und 1,1 Millionen und erreichen beim Jahrgang 1964 den Höhepunkt mit 1,4 Millionen. Die Jahrgänge 1960–1970, also die Ende 2020 50- bis 60-Jährigen, sind mit 1,2 bis 1,4 Millionen Personen pro Jahrgang am breitesten vertreten. Sie werden auch Babyboomer-Generation genannt, da von Ende der 1950er- bis Mitte der 1960er-Jahre überdurchschnittlich viele Babys geboren wurden. Beendet wurde dieser Babyboom ab Ende der 1960er-Jahre durch den sogenannten Pillenknick.

Beim Jahrgang 1945 ist ein deutlicher Knick zu sehen, der die demografischen Spuren der prekären Lage am Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt. Da mit zunehmendem Alter die Sterb-

Bevölkerungsdiagramme zum Altersaufbau Deutschlands

1960, 1990, 2020 und 2050



Datenquellen: 1960–2020: Statistisches Bundesamt (Bevölkerungsfortschreibung), ergänzende Berechnungen BiB; 2050: 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 2 (moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderung)

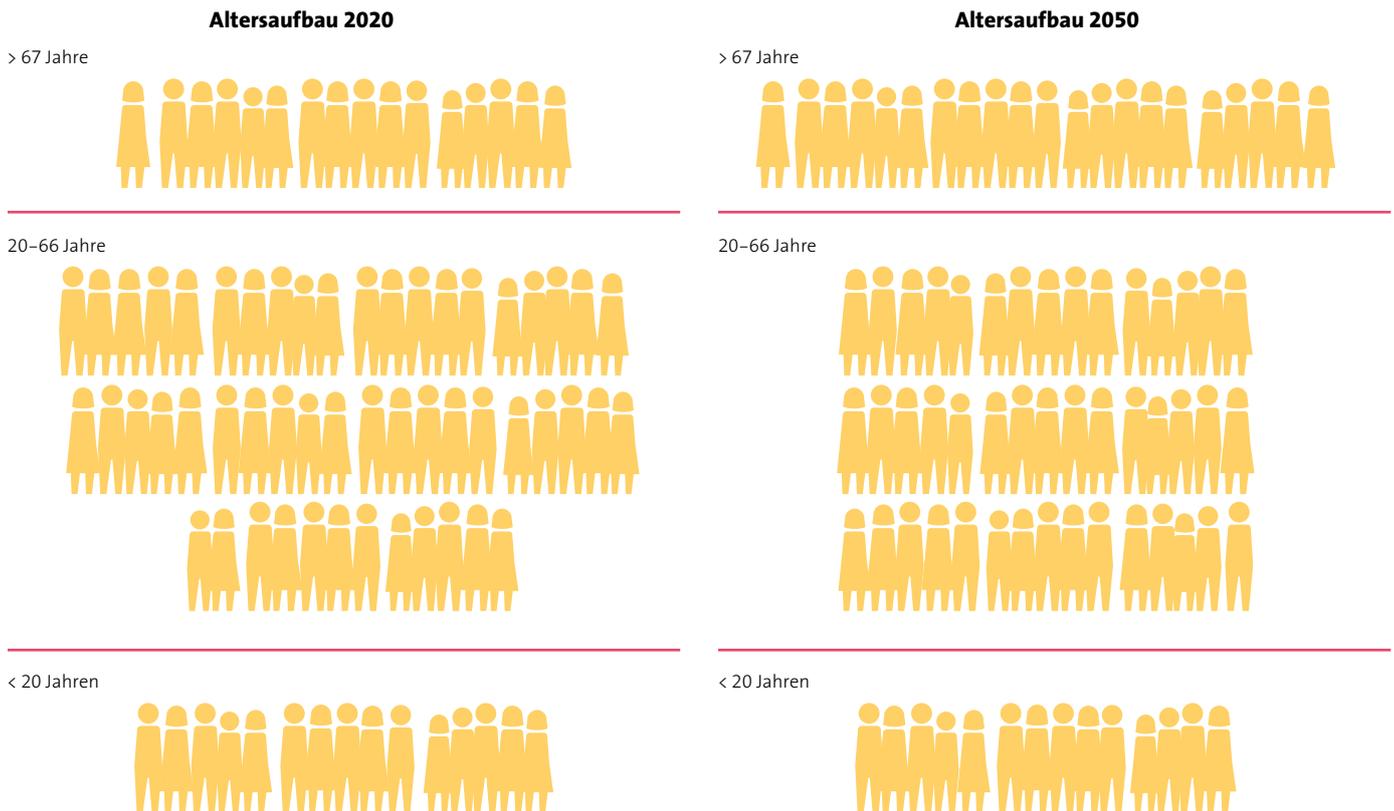
lichkeit zunimmt, wird der Altersaufbau zwischen 80 und 100 Jahren nach oben immer dünner. Dass es trotzdem mit 818 000 mehr 80-Jährige gibt als beispielsweise 10-jährige Kinder, ist bemerkenswert. Dies ist ein historisch neues Phänomen, im Jahr 1950 gab es noch acht Mal so viele 10-Jährige wie 80-Jährige. Ab einem Alter von über 60 Jahren existiert ein Frauenüberschuss, das liegt unter anderem daran, dass Frauen durchschnittlich eine längere Lebenserwartung haben.

Der Wandel in der Altersstruktur wird durch den Vergleich der Bevölkerungsdiagramme zwischen 1960, 1990, 2020 und 2050 deutlich. Der Zeitabstand zwischen diesen vier Grafiken entspricht mit 30 Jahren etwa einer Generation. Die Bevölkerungsdiagramme für 1960 und 1990 zeigen bei einigen Altersgruppen Kerben und erinnern dadurch an einen Tannenbaum. Die Kerben sind auf Geburtenausfälle während der beiden Weltkriege zurückzuführen. Von 1960 bis 1990 „wachsen“ diese kriegsbedingten Lücken sozusagen nach oben. Der Babyboom, der Ende der 1950er- bis Mitte der 1960er-Jahre stattfand, ist in allen vier Grafiken zu sehen. 1960 ist bei den 0- und 1-Jährigen

der Beginn des Babybooms zu sehen, 1990 sind die stärksten Babyboomer-Jahrgänge Ende 20 und relativ neu auf dem Arbeitsmarkt, 2020 sind sie Ende 50 und erreichen in den 2020er-Jahren das Renteneintrittsalter. Im Jahr 2050 werden sie Ende 80 sein, wobei nur ein Teil der Babyboomer dann noch leben wird; dennoch wird es dann zahlenmäßig mehr über 80-Jährige geben als Kinder.

Bestimmt wird die Altersstruktur von den Phänomenen des jahrzehntelangen Geburtentiefs. Der Ende der 1960er-Jahre einsetzende Geburtenrückgang und das seit den 1970er-Jahren anhaltende Geburtentief haben dazu geführt, dass im Altersaufbau 1990 die Jahrgänge der unter 20-Jährigen bereits sehr dünn besetzt sind. Da Mädchen, die in den 1970er-Jahren nicht geboren wurden, logischerweise 30 Jahre später auch nicht Mütter sein können, verstärkt sich der Rückgang der Geburtenzahl in der zweiten Generation des Geburtentiefs. Dadurch ist die Jahrgangsstärke bei den Kindern in 2020 noch kleiner. Dies wird sich bei konstant bleibender Geburtenrate verstärken, im Jahr 2050 wäre die dritte Generation im Geburtentief.

Berechnung des Altenquotienten



Eine Figur entspricht 1 Mio. Menschen

Der Altenquotient berechnet sich wie folgt:

Wie die Bevölkerungsgrafik von 2020 zeigt, sind 16,2 Millionen Personen 67 Jahre oder älter und 51,8 Millionen zwischen 20 und 66 Jahren. Wird 16 durch 52 geteilt und die Zahl mit 100 multipliziert, ergibt sich ein Wert von 31; 31 ist somit der Altenquotient. Er sagt aus, dass auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (also 20–66) 31

Personen im Rentenalter kommen. Entsprechend lässt sich der Altenquotient für 2050 berechnen, er wird bei 47 liegen.

Anhand der Grafik ist zu sehen, dass die Figuren oberhalb der obersten roten Linie im Jahr 2020 knapp ein Drittel der Figuren zwischen den beiden roten Linien umfasst. Ein Drittel entspricht etwa 31 Hundertstel, also dem Altenquotient 31. Ein Drittel bedeutet, dass auf einen Rentner bzw. eine

Rentnerin drei potenzielle Beitragszahlende kommen. Im Jahr 2050 ist die Zahl der Figuren oberhalb der obersten roten Linie fast halb so groß wie die Figurenzahl zwischen den Linien; dies entspricht einem Altenquotient von 47, da 47 Hundertstel etwa die Hälfte ist. Auf einen Rentner/eine Rentnerin kommen also nur zwei potenzielle Beitragszahlende.

Statistisches Bundesamt, 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 2

Altenquotient: weniger Erwerbstätige, mehr Rentner?

Was bedeutet ein steigender Altenquotient? Im Jahr 1960 waren die Jahrgangsstärken der Kinder und der Erwachsenen im Erwerbsalter (20–64 Jahre) noch ähnlich, dadurch war das Nachwachsen einer ähnlich großen Generation gesichert. Es gab viele Personen im erwerbsfähigen Alter und deutlich weniger im Rentenalter. Eine derartige Altersstruktur ist vorteilhaft für die Sozialsysteme. Im Jahr 2050 ist beides nicht der Fall: Erstens werden die nachfolgenden Generationen immer kleiner, zweitens gibt es einen hohen Anteil von Personen im Rentenalter im Vergleich zu denen im Erwerbsalter.

Die Relation von Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentnern ist entscheidend für die Rentensysteme, da dort die erwerbstätige Bevölkerung die Renten der Älteren finanziert.

Ein einfaches Gedankenbeispiel belegt dies: Wenn auf einen Rentner/eine Rentnerin fünf Erwerbstätige kommen, die jeweils 400€ im Monat in die Rentenkasse einzahlen, hat der Rentner/die Rentnerin 2000€ monatlich und kann davon gut leben. Wenn auf einen Rentner/eine Rentnerin aber nur zwei Erwerbstätige kommen, die ebenfalls beide je 400€ einzahlen, bleiben dem Rentner/der Rentnerin nur 800€. Zahlen beide Erwerbstätigen je 1000€, hat der Rentner/die Rentnerin zwar wieder 2000€, die Erwerbstätigen müssten aber wesentlich mehr von ihrem Bruttolohn in die Rentenkasse einzahlen. Dies zeigt das Dilemma einer alternden Bevölkerungsstruktur für die Sozialsysteme (ausführlicher zu den Folgen siehe S. 48 ff. und zu politischen Lösungsansätzen siehe S. 66 ff.).

Daher ist es wichtig, die Relation von Rentnern und Rentnerinnen zu Erwerbstätigen zu messen. Die Unterscheidung zwischen Erwerbstätigen und potenziell Erwerbstätigen ist ebenfalls von Bedeutung, da nicht alle Personen im Alter von

20 bis 66 Jahren erwerbstätig sind. Gründe dafür können Arbeitslosigkeit, Krankheit, Frühverrentung sowie Fürsorge von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen sein. Auch zwischen den Rentenbeziehenden und der Bevölkerung im Rentenalter bestehen Unterschiede, da nicht alle Menschen eine umlagefinanzierte Rente erhalten. Als ein sinnvoller Indikator hat sich der **Altenquotient** etabliert, der die Zahl der Personen mit 67 Jahren und älter durch die Zahl der 20- bis 66-Jährigen teilt. Die Altersgrenze kann je nach Fragestellung festgelegt werden. Die Teilung war früher bei 65 Jahren, durch die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre wird zunehmend der Altenquotient 20/67 verwendet, so auch in der Grafik auf S. 8. Der Altenquotient lässt sich grafisch anhand der Bevölkerungsdiagramme gut nachvollziehen: Es werden zwei waagerechte Linien beim Alter von 20 und von 66 eingezeichnet, die Figuren über der Linie bei 66 stellen die Bevölkerung im Hauptrentenalter, also die potenziellen Rentnerinnen bzw. Rentner, dar, die Figuren zwischen 20 und 67 die Bevölkerung im Haupterwerbsalter, also die potenziellen Erwerbstätigen.

Die Zahl der unter 20-Jährigen spielt bei der Berechnung des **Altenquotienten** keine Rolle, da sie selten erwerbstätig sind und auch keine Rente beziehen. Die junge Altersgruppe unter 20 Jahren wird in Relation zur Bevölkerung im Erwerbsalter durch den Jugendquotienten abgebildet, der aufgrund der niedrigen Geburtenrate zurückgegangen ist. Altenquotient und Jugendquotient addieren sich zum Gesamtquotienten, der die Relation derjenigen anzeigt, die durch die Bevölkerung im Erwerbsalter potenziell versorgt werden müssen. Im Zuge des gegenwärtigen demografischen Wandels ist der Rückgang des Jugendquotienten geringer als der Anstieg des Altenquotienten, sodass auch der Gesamtquotient ansteigt.

Für den Arbeitsmarkt und das Rentensystem ist der Altenquotient 20/65 bzw. 20/67 relevant, während für das Gesundheitssystem der Anteil der Hochbetagten bedeutsam ist. Im Jahr 2018 lebten etwa 5,4 Millionen Personen ab 80 Jahren in Deutschland, im Jahr 2050 werden es je nach Variante der 14. Bevölkerungsvorausberechnung zwischen 8,9 und 10,4 Millionen sein.

Bevölkerungszahl: Ist die Schrumpfung unabwendbar?

Deutschland hatte Ende 2020 eine Einwohnerzahl von 83,2 Millionen (exakt: 83.155.031) Personen. Aufgrund der Altersstruktur mit relativ vielen älteren und weniger jungen Menschen ist eine Schrumpfung bereits angelegt, seit 1972 sterben jedes Jahr mehr Menschen als geboren werden. Für die Bestandserhaltung der Müttergeneration ist eine Geburtenrate von etwa 2,1 (exakt: 2,07) Kindern pro Frau notwendig. Das Geburtendefizit lag in den 2010er-Jahren bei durchschnittlich 171.000 Personen jährlich, dieser Rückgang entspricht der Größenordnung der Einwohnerzahlen von Würzburg, Heidelberg oder Leverkusen – pro Jahr. Nur durch die hohe Zuwanderung der vergangenen Jahrzehnte ist die Bevölkerung Deutschlands bisher nicht geschrumpft. Jedoch wird das Geburtendefizit aufgrund der alten Bevölkerungsstruktur in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten zunehmen. Gemäß der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes werden in einer mittleren Variante (Variante 2, die eine moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderung annimmt) im Jahr 2040 669.000 Kinder geboren und 1,030



In Deutschland schrumpft in den kommenden Jahrzehnten die Bevölkerung. Es werden weniger Babys geboren, das bedeutet für unsere Sozialsysteme, dass Fachkräfte fehlen und Arbeitnehmer für mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen. Junge Mütter im Hofgarten in München am 25. Januar 2022 (o.); Beschäftigte im Leipziger Porsche-Werk am 2. Februar 2022 (Mi.) und ältere Menschen beim Spaziergang während der Kirschblüte im Mai 2021 in Berlin (u.)

Zeitenwende in der Arbeitswelt

Für Hewlett-Packard Enterprise müsste man arbeiten. Jedenfalls dann, wenn man gerade Nachwuchs plant. Das Unternehmen hat soeben beschlossen, dass jeder Mitarbeiter nach der Geburt seines Kindes eine sechsmonatige Elternzeit bekommen soll – bei Weiterzahlung des vollen Gehalts. Das gilt für die 2100 Angestellten am deutschen Firmensitz in Böblingen genauso wie für alle anderen 58 000 Beschäftigten auf der ganzen Welt. [...]

Früher wäre das unvorstellbar gewesen. Vor weniger als zwei Jahrzehnten plagte noch die Massenarbeitslosigkeit das Land, die Arbeitslosenzahlen waren das monatliche Orakel zur düsteren Zukunft des Sozialstaates. Heute aber vollzieht sich in der Arbeitswelt eine Zeitenwende, eine Umkehrung der Machtverhältnisse: Die Arbeitgeber, die einst das Sagen hatten, müssen zusehen, dass sie für die Jungen attraktiv erscheinen; und die Arbeitnehmer, die einst vor allem schufteten mussten, können heute Forderungen stellen.

Grund für diese Entwicklung ist der größte Schichtwechsel, den die Bundesrepublik jemals erlebt hat. In den kommenden zehn Jahren erreichen rund zwölf Millionen Babyboomer das Rentenalter. Sie räumen einerseits ihre Büros in den Führungsetagen und machen so Platz für die nächste Generation. Andererseits aber reißen sie eine riesige Lücke, die so leicht nicht zu schließen sein wird – und die in Zeiten des ohnehin schon bestehenden Fachkräftemangels die Arbeitgeber in Deutschland vor gewaltige Herausforderung stellt. [...]

Die Generation der Babyboomer wurde in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts geboren, in einer Zeit, als der Zweite Weltkrieg gerade vorbei war und das Land aufatmete. Die internationale Gemeinschaft begann sich wieder zu öffnen, man schaute nach vorne in Deutschland, nicht zurück. Und weil der Optimismus regierte, wurden sehr, sehr viele Kinder geboren. Allein im Jahr 1964 waren es 1 357 304 – so viele wie nie zuvor und seither nicht mehr [...]. Heute machen die Geburtsjahrgänge der fünfziger und sechziger Jahre hierzulande 30 Prozent der Bevölkerung aus. [...]

Die Zukunft ist weit weniger grau. Schon jetzt ist zu sehen, wer in die Lücke stoßen wird, wenn die Boomer in Rente gehen. [...] Jeden Monat veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit aktuelle Zahlen zur Lage am deutschen Arbeitsmarkt. Und jeden Monat ist der Tenor derselbe: Es fehlen schon heute unglaublich viele Arbeitskräfte, in der Bundesrepublik sind derzeit rund 700 000 Stellen unbesetzt. Ingenieure, Köche, Pfleger – alles wird gesucht. „Der Arbeitsmarkt ist leergefegt“, heißt es. Im Süden des Landes herrscht in vielen Regionen Vollbeschäftigung. Und es ist kaum auszumalen, wie sehr sich die Unternehmen strecken müssen, um all die Babyboomer in ihren Reihen auch nur ansatzweise zu ersetzen.

Für die Jüngeren bedeutet das zwei Dinge: Zum einen ist ihnen eine Stelle so gut wie sicher – nicht nur heute, sondern über viele Jahre hinweg, wie Fachleute einmütig prognostizieren. Selbst ein Abschwung, wie er gerade der deutschen Wirtschaft droht, meint Enzo Weber vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), werde uns nicht in die Zeiten zurückkatapultieren, in denen mehr als fünf Millionen Menschen arbeitslos waren.

Zum anderen haben Arbeitnehmer heute eine Machtposition gegenüber den Arbeitgebern, von der die Babyboomer über Jahrzehnte nur träumen konnten. [...] Dass Arbeitgeber Getränk-

ke, Obst und Snacks kostenlos zur Verfügung stellen, halten viele Mitarbeiter heute für selbstverständlich, genauso wie den Kickertisch auf dem Flur. [...] Auch Sabbaticals, [...] werden immer mehr zur Normalität.

Für die Unternehmen erfüllen all diese Angebote einen wichtigen Zweck. Wer auf eine gute und rücksichtsvolle Unternehmenskultur verweisen kann, kann im Buhlen um potentielle Arbeitnehmer gegenüber der Konkurrenz punkten. Es bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als den Anspruch der Jungen auf Selbstverwirklichung und die Balance zwischen Arbeit und Freizeit mit allen Mitteln zu bedienen.

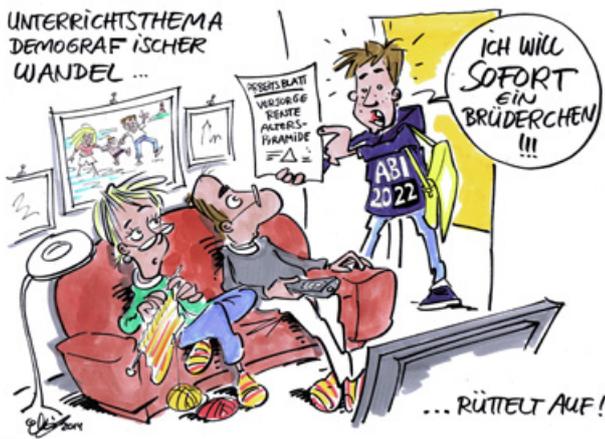
Für den Einzelnen klingt das paradiesisch. Doch wer den Blick auf die gesamte deutsche Wirtschaft lenkt, sieht, dass der Generationenwechsel zur Belastungsprobe wird. Die Schwierigkeit besteht darin, dass immer weniger Menschen immer mehr erwirtschaften müssen, um Wachstum und Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Gleichzeitig wird Deutschland im Laufe des nächsten Jahrzehnts zur Rentnerrepublik. [...]

Wie dramatisch das Ganze werden kann, zeigt sich im deutschen Mittelstand. Das sind die Unternehmen, die als das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bezeichnet werden und oft seit Generationen in guten Händen liegen – nur ist es fraglich, ob das so bleibt. Mehr als 1,5 Millionen mittelständische Unternehmen in Deutschland werden von Babyboomern geführt. Das sind bemerkenswerte 44 Prozent aller kleinen und mittleren Unternehmen im Land. Und deren Chefs planen schon den Schichtwechsel. Mehr als eine halbe Million Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland würden gerne ihr Geschäft innerhalb der nächsten zwei Jahre in die Hände eines Nachfolgers legen, hat die staatliche Förderbank KfW ermittelt. Das Problem ist nur, dass viele dieser Unternehmen keine Nachfolger finden. [...]

Allein auf nexit-change.org, einer Unternehmensbörse im Internet [...] stehen aktuell mehr als 6000 Unternehmen zum Verkauf. Vom Dachdeckerbetrieb über das Brautmodengeschäft hin zur traditionellen Bäckerei wäre für jeden Geschmack etwas dabei. Doch nicht nur die zahlreichen Hinweise wie „verkaufe schnellstmöglich“ oder „kurzfristig“ deuten darauf hin, dass die Interessenten nicht gerade Schlange stehen. Nach den Zahlen der KfW hat jeder zweite Unternehmer noch keinen Nachfolger für seinen Betrieb gefunden. Jeder vierte Unternehmensinhaber arbeitet deshalb in seine Siebziger hinein, jeder zehnte wird zum Zeitpunkt seines Rückzugs älter als 80 Jahre alt sein. Findet sich auch bis dahin kein Nachfolger, ist die Aufgabe des eigenen Unternehmens für jeden Siebten eine Option. [...]

Die Schuld an dieser Misere geben die KfW-Fachleute der Demographie – aber nicht nur. Das Angestelltenverhältnis stehe einfach zu hoch im Kurs, die gute Arbeitsmarktlage sorge für sichere, gutbezahlte Jobs, das mit der Selbständigkeit verbundene Risiko, dazu die ständige Erreichbarkeit und die Bürokratie dagegen schreckten viele ab. [...] Wenn man das wirtschaftliche Gewicht dieser Firmen beleuchte, werde klar, „dass vom Gelingen des Generationenwechsels viel abhängt“, schreibt die KfW. [...]

Maja Brankovic, „Platz da!“, in: Frankfurter Allgemeine Woche vom 24. Januar 2020; © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv



Bevölkerungsgröße – eine historische und räumliche Einordnung

Der historische Vergleich zeigt, dass Veränderungen hinsichtlich der Bevölkerungsgröße eher normal sind. Das Deutsche Reich hatte 1871 eine Bevölkerung von 41,0 Millionen, die Zahl wuchs bis 1939 auf 69,3 Millionen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1950er-Jahre lebten auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR zusammen weniger als 70 Millionen Personen. Zwischen 1954 und 1990 betrug die Bevölkerungszahl beider deutschen Staaten zusammen zwischen 70 und 80 Millionen. Erst Anfang der 1990er-Jahre überschritt sie, auch aufgrund der Übersiedlung vieler Russlanddeutscher und Schutzsuchender aus dem vom Bürgerkrieg erfassten ehemaligen Jugoslawien, die 80 Millionen-Schwelle. Die Entwicklung der Bevölkerungsgröße ist – anders als ihre Altersstruktur – zwischen 1990 und 2020 sowie in den mittleren Vorausberechnungen bis 2060 von einer gewissen Kontinuität geprägt.

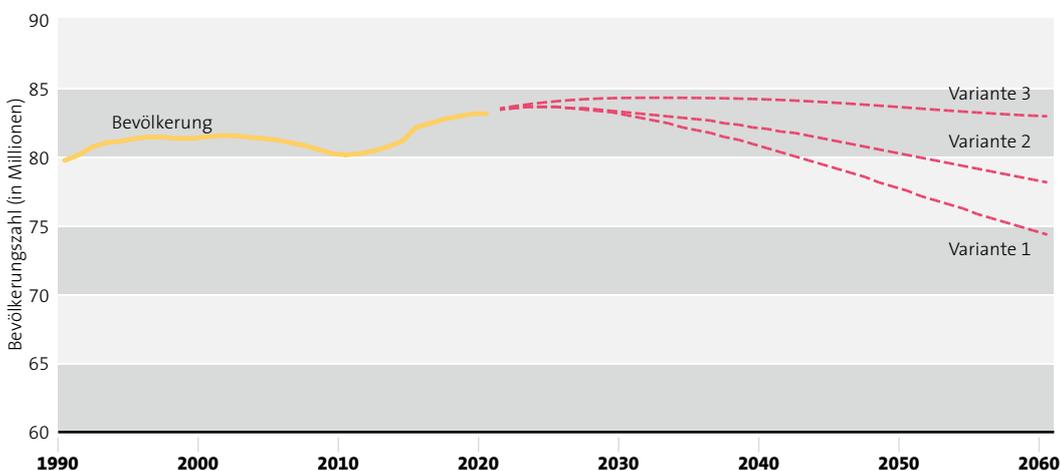
Millionen Personen sterben. Dann beträgt das Geburtendefizit rund 361 000 und hat zur Folge, dass jedes Jahr die Bevölkerung Deutschlands um eine Stadt in einer Größenordnung größer als Bonn, Karlsruhe oder Münster zurückgeht. Eine Zuwanderung im Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte wird dies nicht mehr kompensieren können.

Bei einer moderaten demografischen Entwicklung errechnet die 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung einen Rückgang der Bevölkerungszahl bis 2060 auf 78,2 Millionen (Variante 2). Im Jahr 2051 wird die Bevölkerung demnach erstmals wieder unterhalb von 80 Millionen liegen. Allerdings sind langfristige Projektionen mit Unsicherheiten verbunden, allein der Faktor Zuwanderung macht einen großen Unterschied. In Variante 2 wurde eine jährliche Zuwanderung von 221 000 angenommen. Bei einer höheren jährlichen Zuwanderung von 311 000 Personen bleibt die Bevölkerungsgröße relativ konstant bei 83,0 Millionen in 2060 (Variante 3), bei einer geringeren von jährlich 147 000 würde die Bevölkerung auf 74,4 Millionen bis 2060 zurückgehen (Variante 1). Bei zukünftig steigender Geburtenrate und hoher Zuwanderung kann eine Schrumpfung ausbleiben, umgekehrt kann die Bevölkerung in den nächsten vier Jahrzehnten auch auf Werte unterhalb von 70 Millionen sinken. Aus heutiger Sicht ist es jedoch plausibel, einen moderaten Rückgang zu erwarten.

Die Entwicklung der Bevölkerungsgröße Deutschlands ist auch im internationalen Kontext zu sehen. Die Weltbevölkerung stieg im 20. Jahrhundert enorm: Im Jahr 1927 waren es erstmals 2 Milliarden, der Anteil Deutschlands lag bei 3,2 Prozent. Ende des 20. Jahrhunderts, nur 72 Jahre später, lebten bereits 6 Milliarden Menschen auf der Erde, Deutschlands Anteil lag bei 1,4 Prozent. Für das Jahr 2060 rechnen die Vereinten Nationen mit 10,1 Milliarden Menschen, nach dieser Vorausberechnung wird der Anteil Deutschlands weniger als 0,8 Prozent der Weltbevölkerung betragen (siehe auch S. 23 ff.).

Regional unterscheidet sich die Bevölkerungsentwicklung jedoch auch bei konstanter Gesamtgröße erheblich. Die Entwicklung der Bevölkerungsgröße in den vergangenen 20 Jahren auf Kreisebene zeigt, dass es sowohl Kreise mit deutlich schrumpfender Bevölkerung wie in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gibt als auch solche mit wachsender Bevölkerung wie im Großraum München oder dem Rhein-Main-Gebiet (siehe auch S. 58 ff.).

Bevölkerungsgröße Deutschlands 1990–2060



Datenquelle: Statistisches Bundesamt: von 1990 bis 2020 Ergebnis der Bevölkerungsstatistik, dabei nach dem Zensus 2011 rückgerechnete Bevölkerung für 1990–2011, ab 2021: Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Varianten 1–3

MARTIN BUJARD

Der demografische Wandel in Deutschland

Aufgezeigt wird, wie sich der demografische Wandel von der Agrar- und frühindustriellen Gesellschaft über die frühe Bundesrepublik und die DDR bis ins heutige Deutschland entwickelt(e).

Die Bevölkerung in Deutschland wird älter, die Lebenserwartung und die Jahre mit Rentenbezug steigen. Im Schlosspark in Stuttgart sitzen im Mai 2021 ältere Menschen auf einer Mauer und genießen die Sonne.



Der demografische Wandel im Lauf der Geschichte

Bevölkerung in der Agrar- und frühindustriellen Gesellschaft

Das Phänomen des demografischen Wandels gab es schon immer. Die deutsche Bevölkerung wuchs und wächst, wie auch die Weltbevölkerung, seit vielen Jahrhunderten mit einigen Schwankungen an. Nach der Völkerwanderung und der Besiedelung der germanischen Stämme war im frühen Mittelalter das Gebiet des heutigen Deutschlands vergleichsweise dünn besiedelt. Für das ostfränkische Reich im 9. Jahrhundert unter den späteren Karolingern schätzte der Bevölkerungswissenschaftler Gerhard Mackenroth die Bevölkerung auf 2,5 bis 3 Millionen. Für das Heilige Römische Reich unter Herrschaft der Salier, also im 11. und Anfang des 12. Jahrhunderts, werden bis zu 3,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner geschätzt. Die Bevölkerungsgröße ist im Laufe des Mittelalters in Wellen deutlich angewachsen, was dadurch begünstigt wurde, dass ausreichend Fläche für den Anbau von Nahrungsmitteln vorhanden war oder beispielsweise durch Waldrodung geschaffen wurde.

In der Agrargesellschaft und im frühindustriellen Zeitalter war nicht nur die Fruchtbarkeit hoch, sondern auch die Sterblichkeit, insbesondere die Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Kinderzahlen von fünf oder mehr waren keine Seltenheit, jedoch erreichte oft nur etwa die Hälfte der Kinder das Erwachsenenalter. In der Agrargesellschaft waren die Ehe und eine feste Erwerbsstelle zwingende Voraussetzungen für die Familiengründung. Außereheliche Geburten wurden streng sanktioniert, und es existierten Ehebeschränkungen für Personen, die keine Arbeit hatten. Familiengründungen sollten so nur ermöglicht werden, wenn ein gesichertes Auskommen und dadurch auch die Ernährung der Kinder gesichert waren. Die Herrschenden konnten dadurch das Bevölkerungswachstum steuern. Wenn durch Eroberungen oder technischen Fortschritt die erwirtschafteten Nahrungsmittel anstiegen, wurde oft die Heirat von Ledigen erleichtert mit der Folge eines Bevölkerungswachstums. Die Altersstruktur entsprach einer Pyramide: viele Kinder im Unterbau und sehr wenige alte Menschen an der Spitze, denn nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung erreichte ein Alter von 65 oder älter.

Die Bevölkerung auf dem Gebiet des damaligen Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation hatte (nach Angaben des Historikers Rudolf Kötzschke) um das Jahr 1500 eine Bevölkerung von etwa 12 Millionen, um 1600 zählte es bereits etwa 15 Millionen Menschen – und dies auf einer Fläche, die weitaus größer war als die heutige Bundesrepublik. Infolge des 30-jährigen Krieges – nicht nur aufgrund der Gefallenen, sondern aufgrund kriegsbedingter Hungersnöte und Seuchen – reduzierte sich die Zahl um über ein Drittel und lag erst Ende des 17. Jahrhunderts wieder bei 15 Millionen. Im 18. Jahrhundert hatten Säuglinge eine durchschnittliche Lebenserwartung von 32 Jahren (nach dem Sozialhistoriker Peter Marschalck), grob geschätzt erreichte nur die Hälfte von ihnen das heiratsfähige Alter. Im Jahr 1816 hatte Deutschland in den Grenzen des späteren Deutschen Reiches eine Bevölkerung von 23,5 Millionen Menschen, die in den folgenden fünf Jahrzehnten auf 38 Millionen wuchs, wobei Mitte des 19. Jahrhunderts mehr als eine Million Menschen nach Amerika auswanderten.

Realerbteilungsrecht in Württemberg, Baden und der Pfalz

In Südwestdeutschland wurde im 18. Jahrhundert der Hof bzw. das Land durch das Realerbteilungsrecht nicht an den Erstgeborenen vererbt, sondern zwischen den männlichen Kindern aufgeteilt. Dies führte einerseits zu kleineren Höfen und einer Zerstückelung von Land, sodass Familien sich teilweise nicht mehr ernähren konnten. Andererseits erhielten dadurch mehr Kinder eine soziale Stellung, die es ihnen erlaubte zu heiraten und Kinder zu bekommen. In diesen Gebieten gab es daher ein stärkeres Bevölkerungswachstum sowie eine Nahrungsmittelknappheit, was zu Massenauswanderungen führte. Dieses Beispiel zeigt, wie unterschiedliche politische und gesellschaftliche Regeln Geburtenrate, Bevölkerungsgröße und Migration beeinflussen können.



Ergebnis der Realteilung; Flurkarte in Württemberg, 1824 (ca. 1:14300)

Folgendes Beispiel verdeutlicht das Bevölkerungswachstum: Wenn die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau bei fünf lag und nur die Hälfte dieser Kinder das fruchtbare Alter erreichten, hatten 100 Frauen 500 Kinder geboren, von denen 250 das Erwachsenenalter erreichten und davon etwa 125 Frauen waren. In diesem Beispiel würde die Bevölkerung mit jeder Generation um ein Viertel wachsen.

Jedoch ereigneten sich in der Geschichte auch Phasen eines Bevölkerungsrückgangs, oft verursacht durch Kriege, Agrarkrisen oder Seuchen. So gab es während der Pestwellen im 14. Jahrhundert, während des 30-jährigen Krieges 1618 bis 1648 oder während der beiden Weltkriege erhebliche Bevölkerungsrückgänge.

Die Pest erschüttert Europa

[...] 1347 hatte seit fast 600 Jahren niemand in Europa die Pest gesehen. Deshalb war auch keiner darauf vorbereitet, als sie wieder auftauchte – ihr Auftreten wurde zuerst 1331 aus China gemeldet. Mit den auf der Seidenstraße reisenden Kaufleuten erreichte sie die Krim im Herbst 1347, wo Erkrankte die Genuesser Schiffe nach Konstantinopel bestiegen. Von dort aus verbreitete sich die Seuche nach Sizilien, Griechenland, Ägypten und Nordafrika, Syrien und ins Heilige Land. Ende 1347 war sie im wirtschaftlichen Herzen der Christenheit angekommen – in den Handelsstädten Venedig, Pisa und Genua –, und das in ihrer gefährlichsten Form, als Lungenpest. In den betroffenen Städten stapelten sich schnell die Leichen. Todesraten von über 40 Prozent waren normal. [...] Ab 1349 waren Teile Deutschland betroffen; zuerst die Hafenstädte an Nord- und Ostsee. In Lübeck starben 1351 innerhalb eines Jahres etwa 35 Prozent der Einwohner. [...] Was zählte, waren vor allen die langfristigen Folgen des Schwarzen Todes – in weltlicher wie in spiritueller Hinsicht. Die Menschen der starren mittelalterlichen Gesellschaft hatten geglaubt, dass Gott ihnen ihre Position darin zugewiesen hatte. Jetzt aber führte der massive Bevölkerungsrückgang zu breiten Rissen in dieser unflexiblen Gesellschaftsstruktur. Vor allem waren Arbeitskräfte plötzlich überaus knapp. Landarbeiter, deren Familien gestorben waren, mussten das Leben in Leibeigenschaft nicht mehr hinnehmen: Sie hatten nichts zu verlieren, konnten einfach in die nächste Stadt gehen und ihre Arbeitskraft verkaufen. Ein Pflüger, dessen Kinder hungerten, musste sich nicht länger damit zufriedengeben, ein paar Streifen Land für seinen Gutsherren zu bewirtschaften, wenn ein Landbesitzer in der Nachbarschaft Arbeit zu gutem Lohn bot.



Ausschnitt „Bürgermeister, Domherr, Edelmann“ aus der Bildwand „Lübecker Totentanz“ von Bernt Notke 1463; Kopie von Anton Wortmann 1701

Wenn sein Herr seine Dienste behalten wollte, musste er ihm mehr bezahlen oder ihn mit mehr Land ausstatten.

Nichts trennt das Spätmittelalter so deutlich von der Zeit vorher wie der Schwarze Tod. [...] [D]ie Pest erschütterte die Vorstellungswelt der Menschen, was ihren Platz auf Erden betraf. Manche mussten mit einer fast vollständigen Auslöschung ihrer Gemeinden zurechtkommen und fragten verständlicherweise, warum Gott so brutal mit ihnen umgesprungen war – vor allem, wenn das Nachbardorf weit weniger Opfer zu beklagen hatte. [...] Was, wenn Gott beschloss, die Menschen völlig zu vernichten? Nach 1348 erschien die Auslöschung der menschlichen Rasse als reale Möglichkeit.

Einigen Überlebenden allerdings eröffnete der Schwarze Tod auch ein ganz neues Spektrum von Chancen. [...] [Die] Bauern, die ihre Arbeitskraft jetzt teurer verkaufen konnten, [gehörten] zu den Nutznießern. In England wie auch in Frankreich wurden Gesetze erlassen, um zu verhindern, dass der freie Markt die Löhne diktierte, doch diese Maßnahmen zeigten wenig Wirkung. Die Bauern merkten, dass ihre Arbeitskraft für ihre Herren von Wert war; sie konnten darauf bestehen, anständiger behandelt zu werden als bisher. Wenn nicht, konnten sie den Aufstand wagen. Die Bauernschaft hatte bisher wenig Lust auf Rebellion erahnen lassen, doch im Gefolge der Pest legte sie sich ein neues Selbstwertgefühl zu. Das führte zu verschiedenen Aufständen wie der Jacquerie in Paris (1358), den Ciompi in Florenz (1378) und der Peasants' Revolt in England (1381). Tatsächlich ist festzuhalten, dass ein Massensterben in der Geschichte immer die Bedeutung der arbeitenden Bevölkerung steigert, in ihren eigenen Augen wie auch in den Augen derer, die sie regieren.

Soziale Aspekte [...] änderten sich tiefgreifend. [...] Vor allem nach der vierten Pestepidemie von 1374/1375 sanken die Pachtzahlungen der Bauern an ihre Herren, da es weniger Bauern und mehr als genug Land gab. Manche Herren hatten sich viel Geld geliehen und waren jetzt hoch verschuldet. Sie sahen sich gezwungen, ganze Gutshöfe an geschäftstüchtige Städter zu verpachten oder zu verkaufen. [...] Die feudalen Verpflichtungen, die die Arbeiter an das Land gebunden hatten, wurden durch Zahlungen ersetzt. Der Kapitalismus, der schon in den Städten triumphiert hatte, begann den Feudalismus auch auf dem Lande zu verdrängen. [...]

Ian Mortimer, Zeiten der Erkenntnis. Wie uns die großen historischen Veränderungen bis heute prägen. Aus dem Englischen von Karin Schuler, Piper Verlag, München/ Berlin 2017, S. 110–117

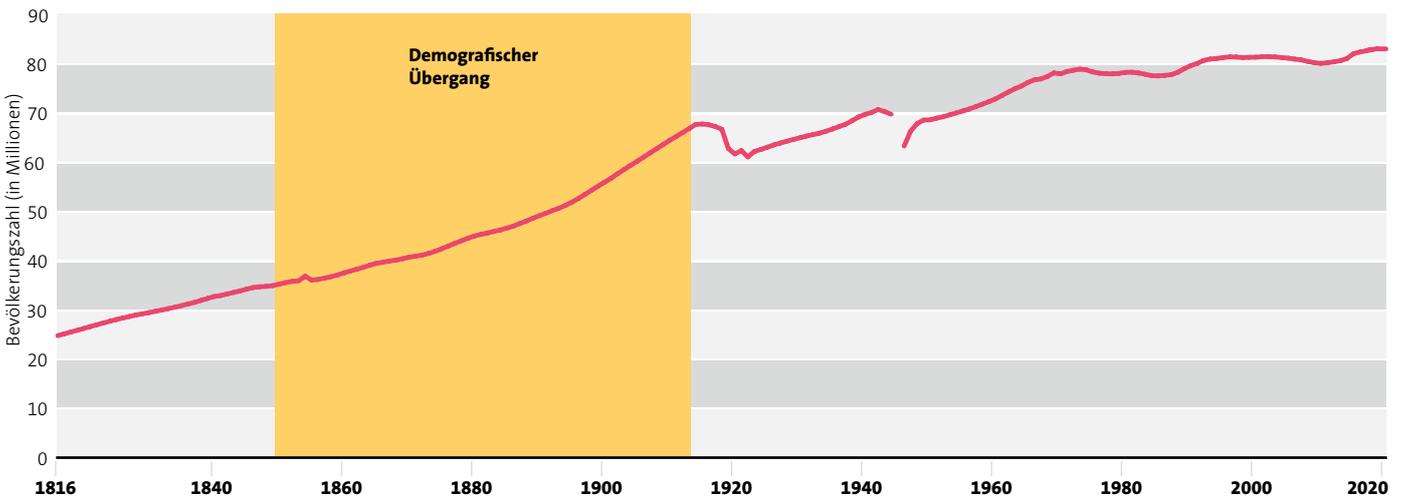
Der Demografische Übergang

Durch Verbesserung der hygienischen Verhältnisse und Erfolge in der Medizin ging die Sterblichkeit generell und vor allem die Säuglings- und Kindersterblichkeit Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts zurück. Diese Entwicklung initiierte den „Demografischen Übergang“, ein von den US-amerikanischen Demografen Warren Thompson Ende der 1920er-Jahre und Frank Notestein Mitte der 1940er-Jahre geprägtes Modell, das die Phasen des Rückgangs der hohen Sterblichkeit und des etwas später erfolgenden Rückgangs der Geburtenrate sowie das damit verbundene Bevölkerungswachstum beschreibt. Der

Demografische Übergang fand in Europa und Nordamerika zwischen 1850 und 1940 statt und kennzeichnet alle Industrie- und Schwellenländer im Laufe ihrer Entwicklung. In Deutschland begann er etwa 1850, die Hauptphase lag zwischen 1870 und 1920. Nach dem Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit reduzierte sich die hohe Geburtenrate – im Ersten Geburtenrückgang Anfang des 20. Jahrhunderts – und es etablierte sich zunächst in den bürgerlichen Schichten zunehmend ein Zwei-Kind-Ideal, wobei die Eltern davon ausgingen, dass ihr Nachwuchs mit großer Wahrscheinlichkeit überleben und das Erwachsenenalter erreichen würde.

Bevölkerungsgröße Deutschlands*

1816–2020



* bis 1945 ehemaliges Reichsgebiet, ab 1945 frühere Bundesrepublik und ehemalige DDR zusammen, ab 1990 Deutschland

Datenquellen: Statistisches Bundesamt, für die Jahre 1955–1960 sowie 1991–2010 rückgerechnete Werte; bei den älteren Daten 1816–1870 gibt es teilweise leichte Abweichungen in der Literatur (vgl. Marschalck, 1984)

In den ersten Jahren nach Gründung des Deutschen Reiches 1871 bis 1881 lag die Lebenserwartung bei der Geburt bei 37 Jahren, sie stieg bis 1924 auf 57 Jahre, was vor allem auf den wissenschaftlichen Fortschritt bei der Bekämpfung der damals verbreiteten tödlichen Krankheiten wie Diphtherie, Tetanus, Tuberkulose und Cholera und dem Wissen über Hygiene zurückzuführen ist. Insbesondere die Sterblichkeit im Kinder- und Säuglingsalter ging in dieser Zeit zurück. Nach den Sterblichkeitsverhältnissen der 1870er-Jahre erlebten von 1000 geborenen Babys nur 560 ihren 30. Geburtstag. Anfang der 1920er-Jahre waren es bereits 811 – die Sterblichkeit reduzierte sich von 44 auf 19 Prozent. Die Säuglingssterblichkeit ging von 23,5 Prozent in den 1870er-Jahren auf 10,5 Prozent Anfang der 1920er-Jahre zurück, vor allem in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

1871 lag die zusammengefasste Geburtenziffer bei 4,7 Kindern pro Frau, in den 1900er-Jahren waren es nur noch 4,3. In dieser Phase war die Geburtenrate also noch sehr hoch, während die Sterblichkeit bereits erheblich nachgelassen hatte. Der Bevölkerungsanstieg von dieser zur nächsten Generation

lag im Zeitraum 1890 bis 1910 bei 43 Prozent. Danach sank die Geburtenrate beträchtlich und betrug in den 1920er-Jahren durchschnittlich 2,4 Kinder pro Frau, von 1930 bis 1933 lag sie bereits knapp unter zwei.

Während des Demografischen Übergangs wuchs die Bevölkerung Deutschlands deutlich. Im Jahr 1850 lebten 35,3 Millionen Personen im späteren Reichsgebiet, im Jahr 1915 waren es 67,9 Millionen. In dieser Zeit verdoppelte sich also die Bevölkerung Deutschlands knapp. Besonders stark war der Anstieg um die Jahrhundertwende an der Schwelle zum 20. Jahrhundert. In den Phasen der beiden Weltkriege ging die Bevölkerung aufgrund der kriegsbedingten Toten jeweils deutlich zurück. Bei diesen Zahlen ist zu bedenken, dass sich die Fläche durch historisch bedingte Gebietsverluste erheblich verändert hat: Bei der Reichsgründung 1871 lebten 41,0 Millionen im Deutschen Reich, davon mit 19,5 Millionen weniger als die Hälfte auf dem Gebiet der früheren Bundesrepublik.

Migration gab es schon immer

Wanderungsbewegungen innerhalb von Staaten oder zwischen Staaten und Kontinenten lassen sich für alle Epochen feststellen. Beispiele dafür sind die Zuwanderung durch Hunnen oder Slaven im Mittelalter oder die Ansiedlung von verfolgten Religionsgruppen wie Hugenotten, Calvinisten oder anderen Protestanten in der Neuzeit. Zuwanderung wurde teilweise staatlich gesteuert, wie beispielsweise durch die Preußische Besiedlung östlicher Gebiete im 18. Jahrhundert, die die wirtschaftliche Macht des Staates ausbauen sollte. Aus verschiedenen Gründen wie Armut, religiöser Verfolgung oder aber Berichten bereits Ausgewanderter, emigrierten viele Europäerinnen und Europäer nach Amerika, insbesondere im 19. Jahrhundert.

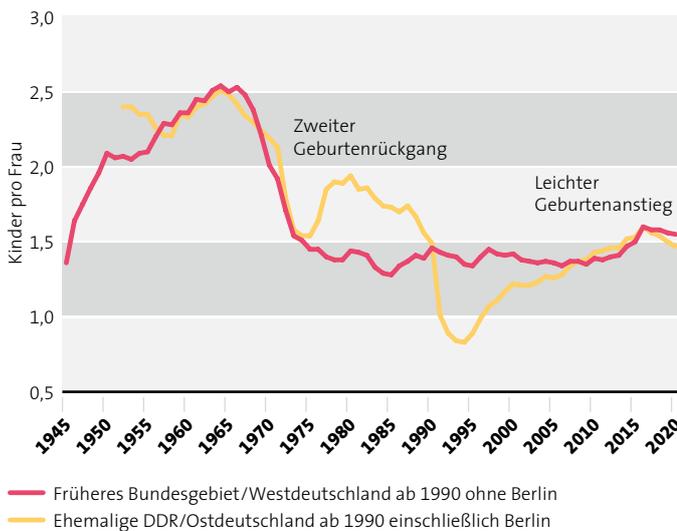
Kriege und Dürren waren in der Geschichte oft Grund für Migration und Flucht. Viele Deutsche sind während und nach den Weltkriegen geflüchtet und wurden von den Bevölkerungen anderer Länder aufgenommen. Umgekehrt bietet Deutschland Geflüchteten Schutz durch das Asylrecht, so fanden Geflüchtete der Kriege im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er-Jahren, in Syrien 2015 oder der Ukraine 2022 Schutz in der Bundesrepublik.



Der Holzstich von 1871 zeigt Auswanderer vor dem Betreten eines Schiffs der Reederei Norddeutscher Lloyd in Bremerhaven, die die beschwerliche Überfahrt nach Amerika antreten.

Zusammengefasste Geburtenziffer in West- und Ostdeutschland

1945–2020 (Kinder pro Frau)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung



Der CDU-Bundesminister für Familienfragen Franz-Josef Wuermeling (1953–1962) spricht am 28. Oktober 1960 bei einer Bundestagsdebatte über Kindergeld.



Funktionäre übergeben Ende März 1984 die 250. Neubauwohnung im Wohnungsneubaugebiet Eilenburg Ost in Sachsen an eine junge Familie.

Demografischer Wandel in West- und Ostdeutschland

Geburtenentwicklung in Deutschland: der Zweite Geburtenrückgang

In den 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre lag die Geburtenrate im früheren Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR zwischen 2,0 und 2,5 Kindern pro Frau. Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre gab es einen Babyboom, der jedoch mit einem Höchstwert von 2,5 Kindern pro Frau im Vergleich zu den USA (3,8) oder Frankreich (2,9) eher gering ausfiel. In der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre setzte der Zweite Geburtenrückgang ein, infolge dessen die Geburtenrate in der früheren Bundesrepublik 1975 unter 1,5 und bis 1985 auf unter 1,3 sank (zu den Ursachen siehe S. 38 ff.). Zwischen 1975 und 2015 lag sie in der früheren Bundesrepublik bzw. im wiedervereinigten Deutschland unterhalb von 1,5, am niedrigsten 1994 mit 1,24. Weltweit hatte bisher kein anderes Land über vier Jahrzehnte hinweg eine solch niedrige Geburtenrate.

In der ehemaligen DDR war der Geburtenrückgang bis Mitte der 1970er-Jahre ähnlich. Vor allem der rapide Rückgang von 2,5 Kindern pro Frau im Jahr 1965 auf 1,5 in 1974 war ein paralleles Phänomen in beiden deutschen Staaten, das auch als „Pillenknicke“ bezeichnet wird. Neben der Einführung der Pille waren zudem die Emanzipation der Frau und der Wertewandel Gründe für den Geburtenrückgang. Ende der 1970er-Jahre und in den 1980er-Jahren stieg die Geburtenrate in der ehemaligen DDR allerdings deutlich an. Anfang der 1980er-Jahre lag sie bei 1,8–1,9 im Vergleich zu 1,3–1,4 im früheren Bundesgebiet. Ein zentraler Grund für diesen Wiederanstieg der Geburtenrate waren umfassende staatliche Leistungen für Familien, die neben klassischen familienpolitischen Instrumenten wie Kitas und Finanzleistungen auch teilweise einen besseren Zugang zu Wohnraum für Familien und Vorteile auf dem Arbeitsmarkt wie Teilzeitarbeit beinhalteten.

Im wiedervereinigten Deutschland fiel die Geburtenrate im ostdeutschen Bundesgebiet infolge der wirtschaftlichen und politischen Transformation und des Umbruchs in den Biografien auf 0,8 Kinder pro Frau zwischen 1993 und 1994 – dies war ein weltweites Rekordtief. Gründe dafür waren unter anderem aufgrund des Umbruchs aufgeschobene Kinderpläne. Während Frauen in der DDR in den 1980er-Jahren durchschnittlich mit 22 Jahren ihr erstes Kind bekamen, stieg das Erstgeburtsalter nach der Wende erheblich an und lag in den ostdeutschen Bundesländern im Jahr 2019 bereits bei 29,3 Jahren. Bis 2006 näherte sich die Geburtenrate der ostdeutschen Länder wieder an das Niveau der westdeutschen mit einer Geburtenrate von 1,3 an.

Während die zusammengefasste Geburtenziffer im Zweiten Geburtenrückgang in Deutschland einen Tiefstwert von 1,24 im Jahr 1994 hatte, lag der Tiefstwert für die Kohortenfertilität bei 1,49 für Frauen des Jahrgangs 1968. Die Kohortenfertilität verlief viel stetiger: Frauen des Jahrgangs 1933 hatten mit durchschnittlich 2,23 die meisten Kinder im 20. Jahrhundert, seitdem ist der Wert kontinuierlich zurückgegangen bis zum Tiefstwert 1968. Seitdem steigt der Wert, und Frauen, die Ende der 1970er-Jahre geboren wurden, bekommen im Durchschnitt etwa 1,6 Kinder.

Leichter Anstieg der Geburtenrate in den 2010er-Jahren

Zwischen 2006 und 2015 stieg die zusammengefasste Geburtenziffer von 1,3 auf 1,5 an. Seit 2015 liegt sie zwischen 1,5 und 1,6. Ein Anstieg um 0,2 mag als gering erscheinen, es entspricht jedoch einer Größenordnung von 100 000 Geburten

So werden Geburten gemessen

Will man die Zahl der Geburten pro Frau quantifizieren, gibt es zwei Möglichkeiten, die unterschiedliche Vor- und Nachteile haben: Die **zusammengefasste Geburtenziffer eines Jahres** (Periodenfertilität, oft vereinfacht „Geburtenrate“ genannt) gibt an, wie viele Kinder von Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren innerhalb eines Jahres geboren wurden, beispielsweise im Jahr 2005 1,34. Dieser Indikator hat den Vorteil, für jedes Jahr aktuell vorzuliegen, und den Nachteil, durch Veränderungen des Durchschnittalters bei der Geburt beeinflusst zu werden.

Die **kohortenspezifische Geburtenrate** zeigt hingegen an, wie viele Kinder Frauen eines bestimmten Geburtsjahrgangs im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekommen haben, beispielsweise 1,50 für den Frauenjahrgang 1970. Dieser Indikator ist gut zu interpretieren, da er das Geburtenverhalten realer Frauenjahrgänge beschreibt. Die Kohortenfertilität liegt aber erst für Frauen im Alter von 50 Jahren vor, die ihre fruchtbare Phase in der Regel abgeschlossen haben.

Die zusammengefasste Geburtenziffer ist geringer als die endgültige Kinderzahl von Frauen eines Jahrgangs (Kohortenfertilität) in Phasen, in denen das durchschnittliche Alter bei der Geburt steigt. Um den Geburtenrückgang zu verstehen, ist die Kombination beider Indikatoren sinnvoll.

Führt die Coronavirus-Pandemie zu einem Babyboom?

Angesichts der Coronavirus-Pandemie wurde in vielen Medien die Frage diskutiert, ob sie zu einem Babyboom oder einem Einbruch der Geburten führt. Während es in den USA und einigen europäischen Ländern, vor allem Italien, Frankreich und Spanien, einen kurzfristigen Geburteneinbruch Ende 2020 gab, also etwa 9 Monate nach dem Höhepunkt der ersten Corona-Welle, ist dieser in Deutschland ausgeblieben.

Gründe dafür können das geringere Ausmaß der ersten Welle in Deutschland sein und sozialpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit, die die Sorgen um den Arbeitsplatz bei vielen abgemildert haben. Im Februar und März 2021 ist in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern wie Finnland oder Österreich, die Geburtenzahl temporär angestiegen. Dies war etwa 9 Monate nach der Lockerung der Kontaktbeschränkungen im Frühsommer 2020, möglicherweise hat sich ein gewisser Cocooning-Effekt eingestellt, wonach sich Menschen aus der Öffentlichkeit in das häusliche Privatleben zurückzuziehen und die Bedeutung von Familie bei einigen Paaren gestiegen ist. Insbesondere Paare, die schon ein oder zwei Kinder hatten, haben sich häufiger für ein Geschwisterkind entschieden. Inwieweit sich die Pandemie auf die weitere Entwicklung der Geburtenrate auswirkt, bleibt abzuwarten.

Vier Mechanismen sind relevant: **Ökonomische Belastungen** inklusive Sorgen um den Arbeitsplatz haben oft einen negativen Einfluss auf die Geburtenrate. Ähnliches lässt sich für **gesundheitliche Sorgen** annehmen, wonach Kinderwünsche eher aufgeschoben (und damit ggf. auch aufgehoben) werden. Der dritte Mechanismus ist der **Cocooning-Effekt**, der kurzfristig, aber auch langfristig die Einstellung zu Familie ändern und positive Effekte auf die Geburtenrate haben kann. Ein vierter Einfluss könnte mit dem **Partnermarkt** zusammenhängen, da es für Singles in der Pandemie schwerer ist, einen Partner zu treffen – und letztlich ist Partnerschaft die verbreitete Voraussetzung für die Entscheidung, Kinder zu bekommen.

mehr pro Jahr als vor dem Anstieg. Trotzdem ist die Geburtenrate von 1,5 deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau von knapp 2,1 Kindern pro Frau, das zum Erhalt der Größe der Elterngeneration notwendig wäre. Das Bestandserhaltungsniveau bedeutet, dass 100 Frauen eines Jahrgangs im Laufe ihres Lebens 100 Mädchen zur Welt bringen, die das gebärfähige Alter erreichen werden. Da in den wirtschaftlich entwickelten Ländern die Sterblichkeit im jungen Alter gering ist und pro 100 Mädchen etwa 105 Jungen geboren werden, beträgt das Bestandserhaltungsniveau 210 Kinder auf 100 Frauen, also 2,1 Kinder pro Frau. Der Anstieg der deutschen Geburtenrate ist aus europäischer Perspektive auch insofern interessant, als Deutschland zuvor mehrere Jahrzehnte eines der Schlusslichter bei der Geburtenrate darstellte, seit 2015 aber im europäischen Mittelfeld liegt.

Eine Ursache für diesen Anstieg der Geburtenrate ist der Paradigmenwechsel der Familienpolitik, der unter anderem den Ausbau von Kleinkindbetreuung und Ganztagsangeboten, Änderungen des Unterhaltsrechts und die Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes umfasst. Dieser Paradigmenwechsel reflektiert auch veränderte Sichtweisen von (potenziellen) Eltern und den zunehmenden Wünschen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Paradigmenwechsel begann bereits 2003 mit dem Ausbau der Ganztagschulen und seit 2004 mit dem Ausbau der Kleinkinderbetreuung, wobei es vor allem in Westdeutschland zuvor kaum Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder gab. Durch den im Jahr 2008 beschlossenen Rechtsanspruch auf eine Kitabetreuung für Kinder ab dem ersten Geburtstag ab dem Jahr 2013 wurde der Kita-Ausbau beschleunigt. Während in Westdeutschland im Jahr 2007 nur 9,8 Prozent der unter 3-jährigen Kinder in Kitas, Krippen oder von Tagesmüttern betreut wurden, waren es 2019 bereits 30,3 Prozent – in einem

Jahrzehnt haben sich die Betreuungsangebote also etwa verdreifacht. In den ostdeutschen Bundesländern war der Anteil der betreuten Kinder zuvor bereits hoch gewesen. Ab 2007 wurde in Deutschland das einkommensabhängige Elterngeld eingeführt, das für berufstätige Frauen weitaus großzügiger ist, die Bezugsdauer im Vergleich zum vorigen Modell von drei auf ein Jahr verkürzt und zudem Anreize für Väter schafft, ebenfalls Elternzeit zu nehmen. Die Kombination aus Kita-Ausbau und Elterngeld reduzierte die Berufsunterbrechung für Mütter nach der Geburt und verbesserte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Insbesondere Akademikerinnen haben davon profitiert, bei ihnen ist die Geburtenrate etwas gestiegen. Die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen lag bei knapp 30 Prozent für die Ende der 1960er-Jahre geborenen Frauenjahrgänge und ist bei den 10 Jahre jüngeren Frauen auf 26 Prozent gesunken.

Eine weitere Ursache für den Anstieg der Geburtenrate zwischen 2011 und 2016 liegt auch an der Zunahme der ausländischen Bevölkerung insgesamt und deren Geburtenzahlen. Je

nach Ursprungsland unterscheiden sich die Geburtenraten stark voneinander, im Durchschnitt lagen sie seit 1990 zwischen 1,6 und 2,2 Kindern pro Frau. Seit 2015 ist der Anteil von Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland sowie ihre durchschnittliche Geburtenrate gestiegen, da viele aus Ländern wie Syrien, Irak, Kosovo oder Afghanistan emigriert sind und in diesen Ländern prinzipiell höhere Geburtenraten verbreitet sind. Insgesamt kommt allerdings der größte Anteil der nach Deutschland emigrierten Frauen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit aus europäischen Ländern wie Polen, in denen die Geburtenrate ähnlich niedrig ist wie in Deutschland.

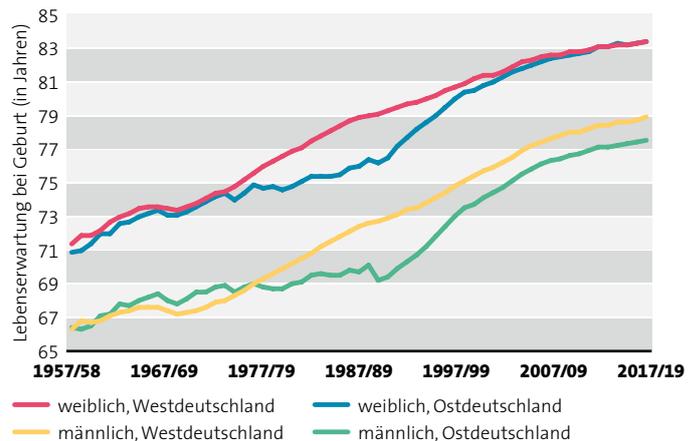
Die niedrigste Geburtenrate für Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit lag 1994 bei 1,15 Kindern pro Frau. Von 2006 bis 2016 stieg sie von 1,28 auf 1,46. Dies fällt zeitlich mit den familienpolitischen Reformen zusammen, wobei man mit einer kausalen Interpretation vorsichtig sein muss. Allerdings konnte beispielsweise für das Elterngeld ein signifikant positiver Effekt auf die Geburten von Akademikerinnen im Alter von über 35 Jahren nachgewiesen werden.

Zunahme der Lebenserwartung in Deutschland seit den 1950er-Jahren

Die Entwicklung der Lebenserwartung verläuft viel gleichmäßiger als die der Geburtenraten oder der Wanderungssalden – zumindest wenn Ereignisse wie Kriege oder Pest in früheren Jahrhunderten, die die Sterblichkeit erhöht haben, ausgeklammert werden. Die Lebenserwartung bei der Geburt stieg im früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR ab den 1950er-

Lebenserwartung bei Geburt in West- und Ostdeutschland

1957–2019



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung. Werte ab Sterbetafel 1999/2001 sind ohne Berlin-West (Westdeutschland) beziehungsweise Berlin-Ost (Ostdeutschland)

Jahren kontinuierlich an, wobei der Anstieg in den 1970er- und 1980er-Jahren in der DDR deutlich niedriger war als im damaligen Gebiet der Bundesrepublik. Nach der Wiedervereinigung nahm die Lebenserwartung in den östlichen Bundesländern erheblich zu und erreichte bei den Frauen bereits Anfang der 2000er-Jahre das Westniveau.

Was beeinflusst die Lebenserwartung?

Männer, die viel trinken, rauchen und schnelle Autos fahren, haben vielleicht mehr Spaß – sterben dafür aber früher, wie deutsche Forscher jetzt herausfanden. Mönche nämlich haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als der Rest der Männerwelt.

Die Debatte darüber, ob für die Lebenserwartung eher biologische Gründe oder Verhaltensweisen ausschlaggebend sind, treibt die Wissenschaftler bereits seit vielen Jahren um. [...] Der deutsche Wissenschaftler Marc Luy [damals beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, heute am Vienna Institute of Demography der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien] hat dazu [2003] [...] eine Studie vorgestellt[...] [...]

Luy untersuchte die Sterblichkeitsdaten von mehr als 11 000 Nonnen und Mönchen in bayerischen Klöstern im Zeitraum von 1890 bis 1995. „Ziel der Untersuchung war es, herauszufinden, ob sich die Lebenserwartung von Nonnen und Mönchen deutlich anders entwickelt hat als die der Männer und Frauen in der Gesamtbevölkerung.“

Warum ausgerechnet eine Studie in Klöstern? „Dort leben die Mönche und Nonnen weitestgehend unter identischen Verhältnissen. Sie halten sich in der gleichen Umgebung auf, haben ähnliche Tagesabläufe, ernähren sich gleich“, erläutert der Wissenschaftler. Die so genannten Verhaltens- und Umgebungsfaktoren könnten also bezüglich der Lebenserwartung im Kloster keine nennenswerte Rolle spielen, vor allem „männliche Domänen“, die sich nachteilig auf die Lebenserwartung auswirken: Unfälle im Straßenverkehr, gesundheitsgefährdende Berufe, hoher Alkohol- und Nikotinkonsum. [...]

In seiner Klosterstudie kam der Wiesbadener Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass die durchschnittliche Lebenserwartung der Nonnen in Klöstern „nur um ein bis maximal zwei Jahre über der der Mönche liegt“. Die Lebenserwartung der Mönche liege deutlich höher als die der männlichen Gesamtbevölkerung, während Nonnen im Wesentlichen genauso alt werden wie Frauen außerhalb von Klöstern. „Von den etwa sechs Jahren Unterschied sind nach dem Ergebnis der Untersuchung bis zu fünf Jahre auf unterschiedliche Lebensweisen und nicht auf biologische Faktoren zurückzuführen“, bilanziert Luy.

Diesen biologischen Faktoren sind die Wissenschaftler ebenfalls auf der Spur. Der Nürnberger Biomediziner Thorolf Brosche verweist auf Studien, nach denen ein spezieller Faktor für die geringere Lebenserwartung der Männer buchstäblich hausgemacht ist: „Das Geschlechtshormon Testosteron hat im fortgeschrittenen Alter einen so genannten immunsuppressiven Effekt. Es wirkt sich also mit Erreichen eines bestimmten Alters nachteilig auf die Infektionsanfälligkeit des Mannes aus.“ Dieser Effekt sei sowohl beim Menschen als auch bei jenen Affenarten beobachtet worden, die dem Menschen entwicklungsgeschichtlich am nächsten stehen – den Primaten. [...]

Allerdings gebe es in der Gesamtbevölkerung [2003] einen leichten Umkehrtrend. „Die Schere der Lebenserwartung schließt sich wieder ein wenig, vermutlich weil Frauen inzwischen sehr viel öfter rauchen als früher und sich auch deutlich mehr Stress zumuten“, sagt Luy.

„Lebe langsam, stirb alt. Studie unter Mönchen“, aus: SPIEGEL.de, mit Peter Leveringhaus, ddp, 23.09.2003

Frauen haben insgesamt eine höhere Lebenserwartung als Männer. Die vom Demografen Marc Luy durchgeführte Klosterstudie untersuchte Ordensgemeinschaften, in denen der Lebensstil von Männern und Frauen ähnlich ist. Ziel war es, dadurch Rückschlüsse auf das Verhältnis von lebensstilbezogenen sowie biologischen und anderen externen Ursachen für die geringere Lebenserwartung von Männern gegenüber Frauen zu erhalten. Die Lebenserwartung von Mönchen war deutlich höher als in der übrigen männlichen Bevölkerung, während sie sich bei Nonnen kaum von anderen Frauen unterschied. Die Studie zeigt, dass die höhere Lebenserwartung der Frauen neben biologischen Ursachen auch am ungesünderen Lebensstil von Männern liegt. Mehr Männer rauchen, sie nutzen seltener ärztliche Vorsorgeuntersuchungen und haben teilweise ungesündere Arbeitsbedingungen. Die Lebenserwartung einer Frau in Deutschland lag Ende der 1950er-Jahre bei 71 bis 72 Jahren, bei Männern lag sie bei 66 bis 67 Jahren. Für 2017 bis 2019 geborene Mädchen liegt die durchschnittliche Lebenserwartung bei 83,4 Jahren und bei Jungen bei 78,6 Jahren, sofern die aktuelle altersspezifische Mortalität auch über den gesamten weiteren Lebensverlauf konstant bleibt. Da sich diese verbessert, können heute geborene Kinder auf eine noch höhere Lebenserwartung hoffen.

Zwar steigt die Lebenserwartung seit 10 Jahren nicht mehr so stark an wie in den Jahren zuvor, dennoch wird sie wahrscheinlich auch künftig kontinuierlich ansteigen. So nimmt das Statistische Bundesamt in seinen Vorausberechnungen an, dass die Lebenserwartung bei Mädchen bis 2060 auf 88 bis 90 Jahre ansteigt. Dies wird nicht nur positiv gewertet, da die Sorge besteht, die verlängerte Lebenszeit könne eine längere Lebenszeit als kranke, eingeschränkte und greise Person bedeuten. Dagegen spricht die These einer „Kompression der Morbidität“ im Lebensverlauf, wonach zunehmend viele Menschen relativ gesund alt werden. Der Anstieg der Lebenserwartung beruhe auf Verbesserungen der Lebensbedingungen, der

medizinischen Möglichkeiten und einer verbesserten Prävention. Die ExpansionsThese wiederum postuliert, dass sich – beispielsweise bei Krebsbehandlungen – auch die von Krankheiten geprägte Lebenszeit verlängert. Beides trifft zu und ist individuell sehr unterschiedlich. So zeigen sich erhebliche soziale Ungleichheiten, denn Menschen mit hohem Bildungsstand und hohem Einkommen leben länger und oft gesünder als sozial Benachteiligte. Wenn sich die „kranke“ Lebensphase im Durchschnitt vor dem Tod durch eine längere Lebenserwartung weder verlängert noch verkürzt, bedeutet ein Anstieg der Lebenserwartung ein Anstieg der gesunden Jahre. Ein heute 70-Jähriger ist im Durchschnitt deutlich fitter, als es sein Vater oder Großvater im gleichen Alter waren.

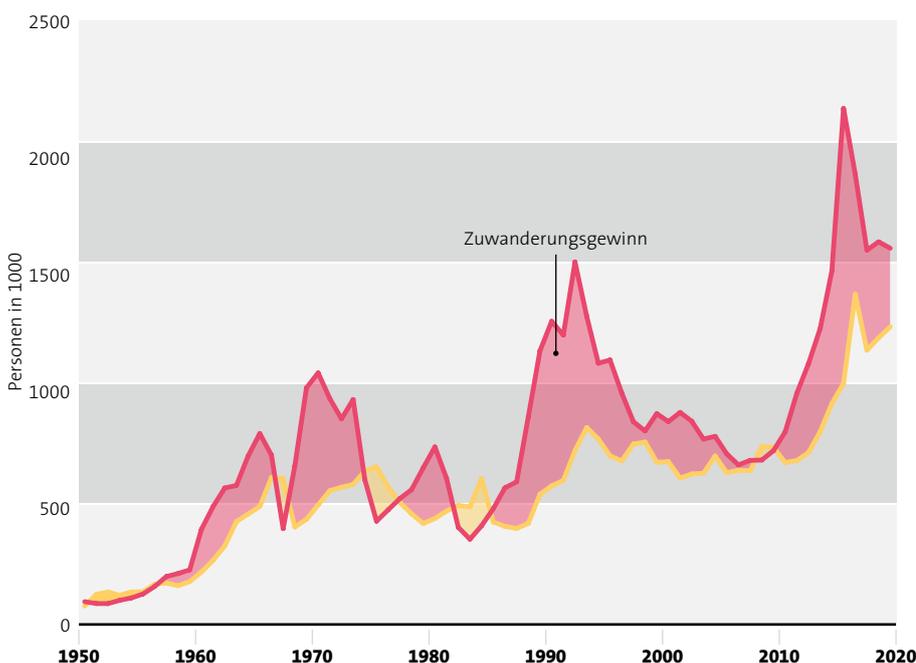
Zu- und Abwanderung in Deutschland seit 1950

Auswanderung und Einwanderung sind kontinuierliche Phänomene in der Bundesrepublik. Je höher der Zuzug, desto höher ist meistens auch der Fortzug, da Migration nicht selten ein Prozess mit mehreren Umzügen über Landesgrenzen hinweg ist. Der Wanderungssaldo misst die Differenz zwischen Zuwanderung und Abwanderung. Im Jahr 2018 gab es beispielsweise 1,585 Millionen Zuzüge nach und 1,185 Millionen Fortzüge aus Deutschland, die Nettozuwanderung lag demnach bei 400 000. Hinter einem Wanderungssaldo verbirgt sich also eine weit aus höhere Zahl an Zu- und Abwanderungen – an Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in ein anderes Land verlegen. Im Durchschnitt lag die Nettozuwanderung zwischen 1990 und 2020 bei etwa 300 000 Personen pro Jahr.

Die Wanderungsbewegungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen mehrere Zuwanderungswellen: In den 1960er- und 1970er-Jahren kamen viele aus anderen Ländern angeworbene Arbeiterinnen und Arbeiter nach Deutschland („Gastarbeiter“), Anfang der 1990er-Jahre emigrierten viele Aussiedlerinnen und Aussiedler in die Bundesrepublik sowie Kriegsflüchtlinge, die Asyl beantragten. Die Jugoslawienkriege in den 1990er-

Zu- und Abwanderung über die Außengrenzen Deutschlands*

(1950–2020)



Anmerkungen:

Die Differenz zwischen Zu- und Abwanderung ist hier als Fläche dargestellt, wenn es mehr Zuwanderung gab, gibt es eine Nettozuwanderung. Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: BiB. www.bib.bund.de/Permalink.html?id=10274860

* Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland

Demografischer Wandel

Migration wird durch unterschiedliche push- und pull-Faktoren beeinflusst. Das Anwerben von Fachkräften, die Hoffnung auf ein besseres Leben und die Suche nach Asyl sind nur einige davon: Angeworbene türkische Arbeiter kommen im November 1961 auf dem Flughafen in Düsseldorf an (o.); eine Aussiedlerfamilie aus der ehemaligen Sowjetunion im Durchgangslager Friedland (Mi.) sowie Asylsuchende aus Osteuropa und aus Afrika in Bonn Ende der 1990er-Jahre (u.)



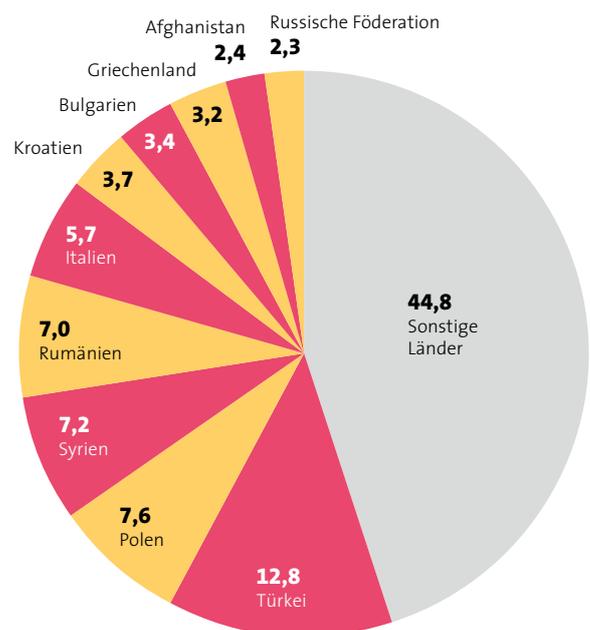
Jahren und der Syrienkrieg seit den 2010er-Jahren – sowie zuletzt der Krieg in der Ukraine – haben zu großen Fluchtbewegungen nach Deutschland geführt. Zudem gibt es, vor allem in den 2010er-Jahren und seit dem Maastrichter Vertrag, der Ende 1993 in Kraft trat, eine zunehmende EU-Binnenwanderung. Die zukünftige Höhe der Zuwanderung lässt sich nur schwer abschätzen, da die Ursachen vielseitig sind und oft mit internationalen Ereignissen und Lebensbedingungen, aber auch mit Einwanderungsregeln zusammenhängen.

Wie wirken sich Wanderungen auf die Bevölkerungsstruktur aus? Im Jahr 2019 lebten 83,2 Millionen Menschen in Deutschland, davon 21,2 Millionen der Gesamtbevölkerung – das sind etwa 25 Prozent – mit einem Migrationshintergrund. Davon sind 11,1 Millionen Deutsche nach Geburtsrecht mit Migrationshintergrund und 10,1 Millionen Nicht-Deutsche. Über die Hälfte von ihnen ist eingebürgert oder deutsch nach Geburtsortprinzip, das heißt in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern. Die Altersstruktur der Personen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich erheblich von der der einheimischen Bevölkerung, da sie deutlich jünger sind. Die in Deutschland verbreitete Definition von Migrationshintergrund – wonach man selbst oder ein Elternteil bei der Geburt keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt – ist in anderen Ländern weniger gebräuchlich. Beispielsweise wird in Frankreich oder den USA primär zwischen der eigenen und einer ausländischen Staatsbürgerschaft differenziert, in den USA auch nach Ethnien wie Weiße, People of Color und Hispanics.

Den größten Anteil an den Herkunftsländern der nicht-deutschen Bevölkerung hat die Türkei mit knapp 13 Prozent, gefolgt von Polen, Syrien, Rumänien und Italien mit je 6 bis 8 Prozent. Der weitaus größte Teil der ausländischen Bevölkerung stammt aus europäischen Ländern.

Ausländische Bevölkerung nach Herkunftsländern (Top 10), Deutschland 2020

Anteil an der ausländischen Bevölkerung insgesamt (in Prozent)



Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister. Berechnungen BiB. www.bib.bund.de/Permalink.html?id=13782578

Aktuelle Bevölkerungsstruktur und Demografische Trägheit

Wichtig ist, bei all diesen demografischen Entwicklungen das Phänomen der „Demografischen Trägheit“ mitzudenken. Es besagt, dass in der gegenwärtig gegebenen Altersstruktur gewisse Alterungs- und Schrumpfungsprozesse bereits angelegt sind. Bei den Bevölkerungsdiagrammen wachsen die Geburtsjahrgänge jedes Jahr „ein Jahr nach oben“; dadurch ist die Zahl der Älteren, die in den nächsten Jahren in das Rentenalter kommen, bereits heute bekannt. So werden die besonders starken Jahrgänge der in 2020 ca. 50–61 Jahre alten Babyboomer in den nächsten beiden Jahrzehnten das Rentenalter erreichen. Auch kann heute schon abgeschätzt werden, dass diese Jahrgänge zwischen 2039 und 2050 das Alter von 80 erreichen und somit die Zahl der Hochbetagten, also der über 80-Jährigen, steigen wird. Diese Entwicklungen sind für das Rentensystem, das Gesundheitssystem und die Pflege hochgradig relevant und mit immensen Kosten und Herausforderungen an das Pflegepersonal für die Versorgung dieser Menschen verbunden.

Im Jahr 2020 gab es beispielsweise 773 000 Geburten, während 986 000 Personen starben. Das Geburtendefizit betrug demnach (rundungsbedingt) 212 000. Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerung also um 212 000 zurückgegangen. Da 2020 jedoch 220 000 Personen mehr nach Deutschland zuzogen als fortzogen, wurde dies ausgeglichen, die Bevölkerung stieg leicht um 8000. Gleichzeitig alterte sie in 2020, da die Jahrgänge der 50- bis 70-Jährigen mit durchschnittlich über einer Million Personen pro Jahrgang deutlich größer waren als die Zahl der Geborenen. Ein Teil des Geburtendefizits und die Alterung des Jahres 2020 sind bereits in der Altersstruktur angelegt und aufgrund der Demografischen Trägheit bereits im Vorfeld vorhersehbar gewesen.

An der Altersstruktur ist zudem bereits die Zahl der potenziellen Eltern zu erkennen: Nur die etwa 15- bis 45-jährigen Frauen können Kinder bekommen, insofern ist die Zahl der potenziellen Mütter der nächsten 15 Jahre bereits heute bekannt. Der Geburtenrückgang verstärkt sich also in der zweiten Generation: Weil in den 1980er-Jahren wenige Kinder geboren wurden, gab es eine Generation später, etwa zwischen 2000 und 2020, auch weniger potenzielle Mütter.

Die bisherige Entwicklung der Altersstruktur und der Bevölkerungsgröße, aber auch die zukünftige, lassen sich mit Hilfe der drei Stellschrauben Geburten, Lebenserwartung und Wanderungssaldo abbilden.

Vorausberechnungen bis 2060: Was lässt sich prognostizieren und was nicht?

Bevölkerungsvorausberechnungen haben für Wirtschaft und Politik eine enorme Bedeutung. Mit ihrer Hilfe kann Jahrzehnte voraus eingeschätzt werden, welche Auswirkungen die beobachteten demografischen Verhältnisse und Trends auf die künftige Bevölkerungsentwicklung haben würden – insofern keine gravierenden Verhaltensänderungen eintreten, beispielsweise infolge politischer Gegensteuerung oder Krisen. Die Bevölkerungsvorausberechnungen sind aufgrund der Demografischen Trägheit relativ aussagekräftig. Da die Zukunft

aber bekanntlich nicht vorhersehbar ist, sind die zugrundeliegenden Annahmen zur künftigen Entwicklung der demografischen Faktoren (Geburten, Lebenserwartung und Wanderung) mit Unsicherheiten behaftet. Deshalb wird die künftige Entwicklung in der Regel anhand von mehreren Szenarien dargestellt. So fertigt das Statistische Bundesamt im regelmäßigen Abstand von mehreren Jahren Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland und die Länder an. Diese enthalten mehrere Varianten, die sich aus den Kombinationen der Annahmen zur zukünftigen Entwicklung der Geburten, der Lebenserwartung und der Wanderungen ergeben.

Diese Bevölkerungsvorausberechnungen sind von Projektionen auf Basis von probabilistischen Berechnungen zu unterscheiden, die manche Institute anfertigen. Die probabilistischen Bevölkerungsprojektionen beruhen auf einer vorausschauenden Ermittlung der Konfidenzintervalle, in denen sich die künftige Bevölkerungsentwicklung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit bewegen würde. Beispielsweise liegt die probabilistische Prognose des Instituts der Deutschen Wirtschaft für die Bevölkerung in Deutschland für 2035 im Mittelwert bei 83,1 Millionen und die Berechnungen der Qualifikations- und Berufsprojektionen (QuBe) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für 2035 bei 83,9 und für 2040 bei 83,7 Millionen Personen. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Wert erreicht wird bzw. in dem jeweiligen Prognosekorridor liegt, ist jedoch eine rein statistische Wahrscheinlichkeit, die nur eintritt, wenn die Annahmen auch stimmen. Es ist also wichtig, sich nicht auf einen einzelnen Prognosewert oder eine mittlere Variante zu verlassen, sondern die getroffenen Annahmen zu hinterfragen und die Bandbreite möglicher zukünftiger Entwicklungen zu betrachten.

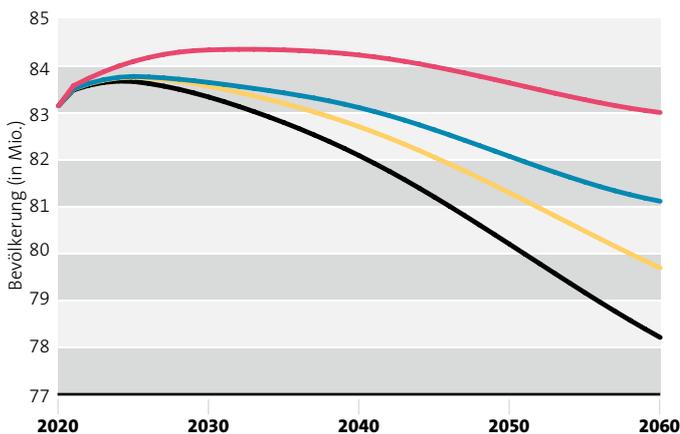
Die Bevölkerungsvorausberechnungen werden für konkrete Planungen in Politik und Teilen der Wirtschaft herangezogen. Dabei wird oft eine mittlere Variante bzw. ein Spektrum aus verschiedenen Varianten als Basis für weiterführende Betrachtungen ausgewählt. Im Unterschied zu probabilistischen Projektionen sind hier die jeweils getroffenen Annahmen auch für Fachfremde transparent. So kann die Variante zum Maßstab genommen werden, deren Annahmen am plausibelsten scheinen, oder das aufgezeigte Spektrum mehrerer möglicher Entwicklungen betrachtet werden.

Die 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes des Jahres 2019 berechnet Bevölkerungsgröße und Altersstruktur bis 2060 in 21 Varianten und neun Modellrechnungen.

Für jede „Stellschraube“ (Geburtenraten, Lebenserwartung, Wanderungssaldo) wurden je drei Entwicklungsszenarien angenommen. Die Annahmen für die Geburtenrate betragen 1,4, 1,55 und 1,7 Kinder pro Frau, im Jahr 2019 lag dieser Wert bei 1,54, also etwa auf dem mittleren Wert. Die Annahmen für die Lebenserwartung beinhalten einen Anstieg der Lebenserwartung für in 2018 geborene Mädchen von 83,3 Jahren auf 86,4, 88,1 und 89,6 Jahre für in 2060 geborene Mädchen. Die Annahmen für Jungen sind dabei jeweils knapp vier Jahre geringer. Die Annahmen für den Wanderungssaldo (also die Nettozuwanderung) belaufen sich auf 147 000, 221 000 und 311 000 Personen pro Jahr (nach einer gewissen Übergangsphase). Diese Werte entsprechen teilweise den Durchschnittswerten seit der Gründung der früheren Bundesrepublik und teilweise seit der Deutschen Einheit.

Im Folgenden wird die Variante 2 verwendet und als „mittlere“ Variante bzw. „Basisvariante“ bezeichnet, sie beruht auf

Einfluss der drei demografischen Annahmen auf die Bevölkerungszahl bis 2060

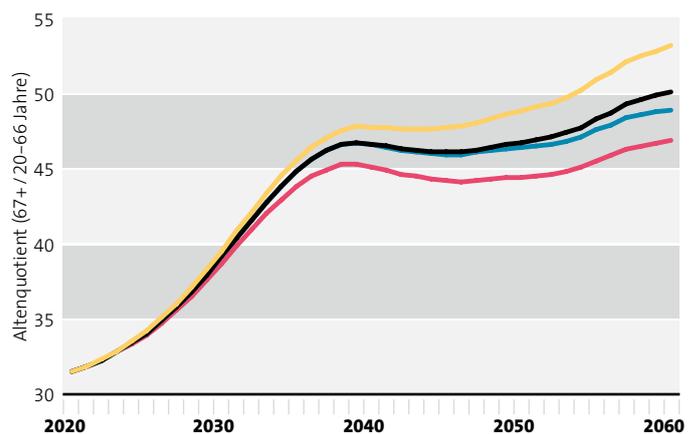


Als „Basisvariante“ wird die Variante 2 bezeichnet, die eine mittlere Variante darstellt.

- Basisvariante mit höherem Wanderungssaldo (311 000)
- Basisvariante mit höherer Geburtenrate (1,7)
- Basisvariante mit höherer Lebenserwartung (Mädchen 89,6)
- Basisvariante (V2)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2019, 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, eigene Darstellung

Einfluss der drei demografischen Annahmen auf den Altenquotienten bis 2060



- Basisvariante mit höherem Wanderungssaldo (311 000)
- Basisvariante mit höherer Geburtenrate (1,7)
- Basisvariante mit höherer Lebenserwartung (Mädchen 89,6)
- Basisvariante (V2)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2019, 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, eigene Darstellung

den Annahmen einer moderaten Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderung. Diese Variante beinhaltet eine Fertilität von 1,55 Kinder je Frau, einen Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt für Jungen auf 84,4 Jahre und für Mädchen auf 88,1 Jahre bis 2060 sowie einen durchschnittlichen Wanderungssaldo von 221 000 Personen pro Jahr.

Die Grafik oben links zeigt, welchen Einfluss die einzelnen Stellschrauben der Annahmen auf die Bevölkerungszahl haben. Nach der Basisvariante steigt die Bevölkerung von 83,2 Millionen in 2020 bis 2024 auf 83,7 Millionen und ist danach rückläufig. Im Jahr 2051 wird sie erstmals unter 80 Millionen liegen und bis 2060 auf 78,2 Millionen sinken (schwarze Linie). Liegt der jährliche Wanderungssaldo bei 311 000 statt 221 000, wird die Bevölkerung 2060 bei 83,0 Millionen liegen (pinke Linie). Der Hebel dieser unterschiedlichen Annahme der Zuwanderung führt zu 4,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern mehr in 2060. Steigt die Geburtenrate dauerhaft auf 1,7, wird die Bevölkerungszahl 2060 bei 81,1 Millionen liegen (blaue Linie). Der Hebel einer um 0,15 höheren Geburtenrate macht einen Unterschied von 2,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern mehr in 2060. Die dritte Stellschraube ist schwächer: Wird die Lebenserwartung bei Mädchen bis 2060 auf 89,6 statt auf 88,1 Jahre steigen, wird die Bevölkerung 2060 bei 79,7 Millionen liegen (gelbe Linie); der Hebel von eineinhalb Jahren mehr Lebenserwartung führt zu 1,5 Millionen Personen mehr in 2060.

Werden die niedrigsten Varianten der Annahmen kombiniert, würde die Einwohnerzahl im Jahr 2060 71,0 Millionen betragen und die höchst mögliche Kombination würde zu einem Bevölkerungsmaximum von 87,5 Millionen Personen führen. Das ist eine breite Spanne, wobei keine der Annahmen aus heutiger Sicht unrealistisch erscheint. Es ist nicht sicher, ob es bis 2060 überhaupt eine Schrumpfung geben wird.

Die einzelnen Annahmen beeinflussen auch den Altenquotienten (siehe S. 4 ff.). Der Altenquotient 67 gibt an, wie viele Personen, die 67 Jahre oder älter sind, auf 100 Personen im

(erwerbsfähigen) Alter von 20 bis 66 Jahren kommen. Nach der Basisvariante würde der Altenquotient von 31,5 in 2020 auf 39,2 im Jahr 2030 und 46,7 in 2038 steigen, bis 2050 etwa auf diesem Niveau bleiben und sich danach bis 2060 noch leicht auf 50,2 erhöhen (rechte Grafik, schwarze Linie). Wenn die Lebenserwartung bei Mädchen bis 2060 auf 89,6 statt auf 88,1 Jahre steigen würde, betrüge der Altenquotient 53,3, der Hebel beträgt 3,1 Punkte (bzw. Senioren pro 100 Personen im Erwerbsalter). Bei einer Geburtenrate von 1,7 würde der Altenquotient 2060 bei 49,0 liegen, ein Punkt niedriger als bei der Basisvariante. Dieser geringe Hebel bei der Geburtenrate liegt daran, dass Kinder nicht erwerbstätig sind. In die Berechnung des Altenquotienten fließen erst erwachsene Erwerbstätige ab 20 Jahren ein. Langfristig sind die Effekte der Geburtenrate auf den Altenquotienten jedoch stärker. Bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 311 000 statt 221 000 würde der Altenquotient in 2060 bei 47,0 liegen, das sind 3,2 Punkte unter der Basisvariante. Dies verdeutlicht, dass der Altenquotient bis 2060 relativ gut prognostizierbar ist, die unterschiedlichen Annahmen verändern das Ergebnis weniger als bei der Bevölkerungsgröße. Bis 2035 betragen die Abweichung von der Basisvariante nur etwa einen Punkt.

Bevölkerungsvorausberechnungen ermöglichen für einen Zeitraum von vier Jahrzehnten eine recht gute Abschätzung der demografischen Entwicklung. Der deutliche Anstieg des Altenquotienten in den nächsten zwei Jahrzehnten lässt sich demnach ziemlich sicher prognostizieren, ebenso die potenziellen Konsequenzen für die Sozialsysteme. Die Prognose eines Bevölkerungsrückgangs bis 2060 kann heute jedoch noch nicht festgestellt werden. Das große Potenzial dieser Vorausberechnungen liegt nicht nur in der Abschätzung zu Alterung und Schrumpfung, sondern auch darin, dass es den Einfluss von Migration und Geburtenentwicklung auf den demografischen Wandel im Zeitverlauf berechnet. Dies ermöglicht eine solide wissenschaftliche Grundlage, um politisch den demografischen Wandel selbst sowie deren sozialpolitische Auswirkungen zu gestalten.

Weltbevölkerung – stoppt der Anstieg bei 11 Milliarden?

Im 20. und 21. Jahrhundert stieg die Weltbevölkerung von 2 Milliarden in 1927 auf knapp 8 Milliarden in 2022 rasant an. Zu unterscheiden gilt jedoch zwischen wachsenden und schrumpfenden Ländern.

In Deutschland lebten Ende 2020 83,2 Millionen Menschen. Im Vergleich: Aktuell leben weltweit 7,8 Milliarden Menschen auf dem Planeten. Der Anteil Deutschlands an der Weltbevölkerung liegt bei 1,07 Prozent, ab dem Jahr 2028 werden es voraussichtlich weniger als 1 Prozent sein. Für einige große Themen wie Umwelt, Klimawandel, Ernährung, Migration, Rohstoffe, Wirtschaft sowie militärische und politische Macht ist die Entwicklung der Weltbevölkerung von zentraler Bedeutung.

Wachstum der Weltbevölkerung

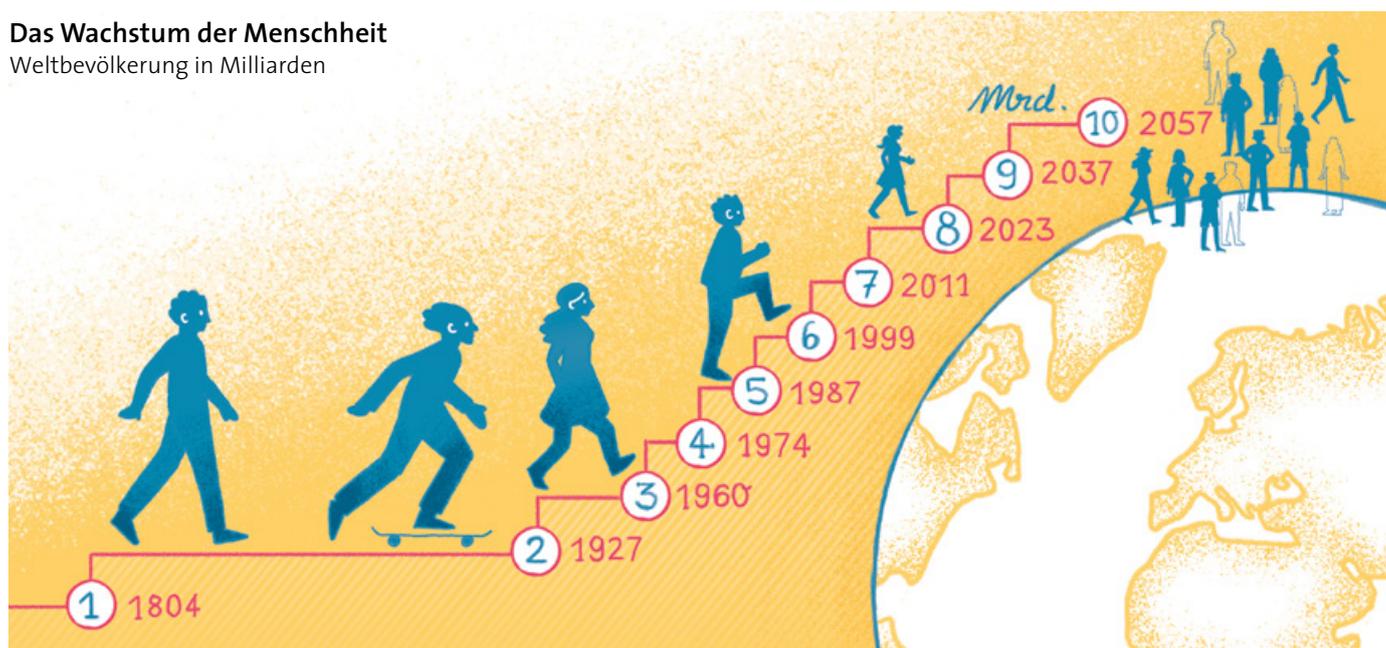
Die Weltbevölkerung wächst stetig. Angaben des niederländischen Demografen Dirk van de Kaa zufolge lebten im Jahr 0 etwa 252 Millionen und zu Beginn der Neuzeit um 1500 etwa 461 Millionen Menschen auf der Erde. Im Jahr 1804 wurde erstmals die Schwelle zur ersten Milliarde überschritten. Über ein Jahrhundert später, 1927, waren es 2 Milliarden, die dritte Mil-

liarde wurde 1960 erreicht. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wuchs die Weltbevölkerung sehr stark, im Abstand von 12 bis 14 Jahren wurden die vierte, fünfte und im Jahr 1999 die sechste Milliarde erreicht. Im Jahr 2011 wurde die siebte Milliarde überschritten und 2023 werden 8 Milliarden Menschen auf der Erde leben.

Der Anstieg der Weltbevölkerung im vergangenen halben Jahrhundert ist atemberaubend in Bezug auf die Geschichte der Menschheit, sie hat sich in 51 Jahren von 3 auf 7 Milliarden mehr als verdoppelt. Würde sich diese Verdopplung fortsetzen (was angesichts der sinkenden jährlichen Bevölkerungswachstumsraten unwahrscheinlich ist), würden die Zahlen für die Weltbevölkerung im Jahr 2062 bei 16,3 Milliarden und im Jahr 2113 bei 38,1 Milliarden Menschen liegen. Ein solches Wachstum würde den Menschen kaum die Ernährung und die Ressourcen für ein Leben in Wohlstand ermöglichen, die Probleme für die Umwelt, das Klima und geopolitische Verteilungskämpfe wären immens. Der Anstieg der Weltbevölkerung besorgt daher viele Personen aus Wissenschaft, Medien und Politik. Seit den

Das Wachstum der Menschheit

Weltbevölkerung in Milliarden



1950er-Jahren gibt es einen intensiven weltweiten Diskurs zur Überbevölkerung, der durch einen Appell mehrerer Nobelpreisträger an die Vereinten Nationen im Jahr 1960 verstärkt wurde (siehe S. 30 ff.).

Allerdings besagt das Modell des Demografischen Übergangs (siehe S. 14 ff.), dass der Bevölkerungsanstieg eines Landes während der Transition einige Jahrzehnte anhält und sich dann ein Gleichgewicht aus niedrigeren Geburten und einer höheren Lebenserwartung einstellt. Ein solches Gleichgewicht im engeren Sinne findet sich in der Realität allerdings eher selten. Nachdem die Länder Europas, Nordamerikas und Australiens diesen Übergang Anfang bis Mitte des 20. Jahrhunderts abgeschlossen hatten, haben mittlerweile die meisten Länder Süd- und Mittel-

amerikas, die Türkei, asiatische Staaten wie China und Japan diesen Übergang ebenfalls abgeschlossen und weisen teilweise Geburtenraten unterhalb von 2,1 Kindern pro Frau vor, sodass eine (leichte) zukünftige Schrumpfung angelegt ist. Die für Deutschland skizzierte Alterungsproblematik betrifft auch viele dieser Länder. In Indien hat sich das Bevölkerungswachstum abgeschwächt und die Geburtenrate lag bei 2,2 Ende der 2010er-Jahre. Hohe Geburtenraten und ein hohes Bevölkerungswachstum gibt es gegenwärtig vor allem in den Ländern Afrikas und des Nahen Ostens sowie in Afghanistan und Pakistan.

Um die Wachstumsdynamik zu verstehen, lohnt sich ein Blick nicht nur auf die absoluten Zahlen, sondern auch auf die Wachstumsraten. Die höchste Wachstumsrate der Weltbevölkerung,

Weniger kann auch mehr sein

[...] Warum ist das Bevölkerungswachstum in Bezug auf den Klimawandel so ein umstrittenes Thema?

Die Frage, ob und wie viele Kinder Menschen haben, ist grundsätzlich eine sehr persönliche Angelegenheit. Mit Blick auf die Klimakrise kann man es aber so zusammenfassen: Mehr Menschen wollen immer mehr. Erstens wächst die Weltbevölkerung, und gleichzeitig wollen die Menschen in den armen Ländern aus guten Gründen mehr Wohlstand. Das führt dazu, dass viele dem Modell der westlichen Industrienationen folgen. Das kann auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen auf Dauer nicht funktionieren.

Rechte Parteien wie die AfD halten die „Bevölkerungsexplosion in Afrika“ für die größte Herausforderung unserer Zeit. In Ihrem Buch „Zu viel für diese Welt“ widersprechen Sie.

Eine platte Argumentation, während man gleichzeitig den menschengemachten Klimawandel leugnet. Sie vergessen, dass man Überbevölkerung auf zwei verschiedene Weisen definieren kann: Zum einen sprechen wir davon, wenn der Nachwuchs nicht mit dem versorgt werden kann, was es notwendigerweise zum Leben braucht – neben Nahrung zum Beispiel mit Schulen, Gesundheitsdiensten und Jobs.

Zum anderen geht es um Überkonsum. Überall in den reichen Nationen werden mehr Rohstoffe verbraucht, als im gleichen Zeitraum von den Naturkreisläufen nachgeliefert werden können. Und mehr Abfallstoffe in jeder Form – vom Kohlendioxid bis zu Grundwasserverschmutzungen – hinterlassen, als die Kreisläufe abbauen können. Diese Art der Überbevölkerung verursacht globale Probleme, die andere bestenfalls lokale. Ein Land wie Deutschland ist also auf andere Weise, aber viel stärker überbevölkert als Afrika.

Es geht also bei der Klimakrise gar nicht darum, dass weniger Menschen auf dem Planeten leben sollten?

Natürlich wäre es gut für das Klima, wenn es weniger Chinesen gibt – genauso wie es für das Klima gut wäre, wenn es weniger Deutsche oder Amerikaner sind. Oder aber, diese Hochverbrauchsländer begreifen, dass sie weniger oder gar nichts mehr emittieren, und dann ist die Zahl kein Problem mehr. Für die armen Länder gilt das aber nicht. Dort sind die Emissionen meist niedrig, und trotzdem ist ein starkes Bevölkerungswachstum ein großes Problem, weil die Menschen dadurch nicht reicher werden.

Was muss sich dort tun, um der Armut entgegenzuwirken?

Wir müssen insgesamt schauen, dass das Wachstum der Weltbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten zum Stillstand

kommt. Dafür ist die Entwicklung der ärmeren Länder dringend notwendig, selbst auf die Gefahr hin, dass der Ressourcenverbrauch erst einmal steigt. Denn alternativ zu sagen: ‚Liebe Afrikaner, bleibt doch bitte arm, damit ihr nicht noch so viel Dreck macht‘ – also so viel Dreck wie wir – geht natürlich nach hinten los: Aus den regionalen Problemen können sich schnell überregionale Probleme entwickeln, weil Menschen, die nicht versorgt werden können, mit sozialen oder politischen Konflikten wie Terror zu kämpfen haben oder fliehen.

Kann man die Entwicklung Afrikas nicht ohne fossile Energieträger wie Öl und Gas gestalten?

Wo es möglich ist, muss der Aufbau der Energieversorgung gleich regenerativ geschehen. In vielen Regionen Afrikas gibt es zum Beispiel gute Wind-, Wasserkraft- oder Solarbedingungen. Selbst wenn die Infrastruktur auf die umweltschonendste Weise gebaut wird, brauchen die Menschen aber Stromleitungen, Straßen und Dächer über dem Kopf. Ganz ohne fossile Ressourcen wird es nicht gehen.

Was bedeutet das für die Klimaziele der Weltgemeinschaft?

Wir müssen global runter auf Nullemissionen kommen. Geben wir den armen Ländern Entwicklungschancen, müssen wir akzeptieren, dass dadurch neue Emissionen entstehen. Das heißt, die reichen Industriestaaten müssen umgekehrt sogar unter Null. Das entspräche auch unserer historischen Verantwortung, denn die Länder des globalen Südens haben bislang wenig bis nichts zu den kumulierten CO₂-Emissionen in der Atmosphäre beigetragen. Sie haben allein dadurch ein Recht auf Entwicklung.

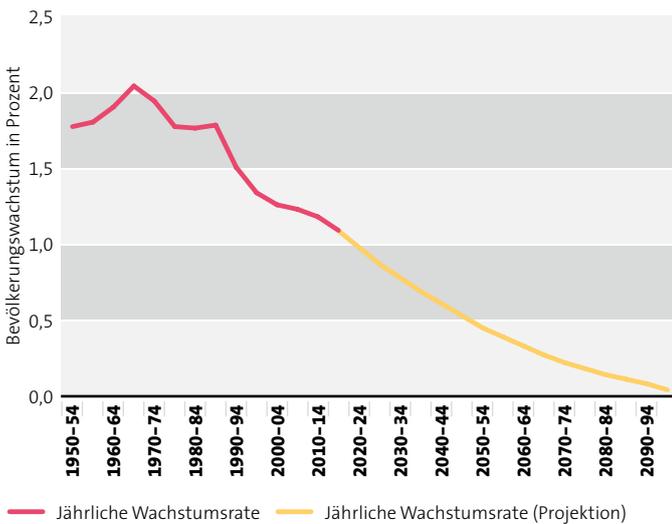
Deutschland ist weit davon entfernt, klimaneutral zu werden. Aktuelle Pläne zielen auf das Jahr 2045 ab. Wie soll der Schritt unter Null also gelingen?

Immer neuer Konsum durch technische Lösungen bringt uns nicht weiter. Auch die Energiewende braucht neue Rohstoffe, Stichwort Elektromobilität. Ohne Suffizienz wird es nicht gehen. Suffizienz bedeutet nichts anderes als Verzicht, klingt aber weniger nach kratzigem Wollkragenpullover. Sonst kriegen wir die Verbrauchs- und Emissionsprobleme nicht in den Griff. Wir müssen erkennen, dass weniger auch mal mehr sein kann.

„Klimakrise durch Überbevölkerung? Warum mehr Menschen nicht das (einzige) Problem sind“, Reiner Klingholz im Interview mit Maximilian Arnhold, in: Redaktionsnetzwerk Deutschland online vom 29. Juni 2021

Wachstumsrate der Weltbevölkerung

1950–2019 und Projektion 2020–2100



Datenquelle: UN World Population Prospects 2019, Berechnungen: BiB

also den höchsten prozentualen Anstieg pro Jahr, gab es Ende der 1960er-Jahre mit 2,1 Prozent. Seitdem ist die Wachstumsdynamik erheblich gebremst und lag Ende der 2010er-Jahre bei 1,1 Prozent. Dies bedeutet, dass gegenwärtig die Weltbevölkerung noch um 80 Millionen Menschen pro Jahr wächst – also etwa um die Bevölkerungsgröße Deutschlands.

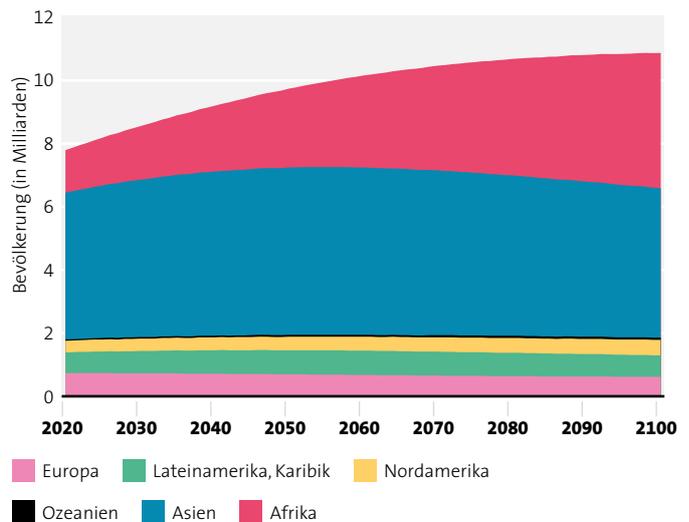
Erreicht die Weltbevölkerung das Maximum am Ende des 21. Jahrhunderts?

Die meisten seriösen Prognosen gehen davon aus, dass das Wachstum der Weltbevölkerung weiter nachlässt und im mittleren Szenario der WIC-Projektion von Samir KC und Wolfgang Lutz vom *Wittgenstein Centre (WIC) for Demography and Global Human Capital* bereits 2070 bzw. in anderen Projektionen wie denen der Vereinten Nationen (UN) spätestens Ende des 21. Jahrhunderts ein Höhepunkt erreicht sein wird. Ob das Wachstum danach wieder etwas zurückgeht oder weiterwächst, ist Spekulation. Die mittlere Prognose der UN geht von einem kontinuierlichen Rückgang der jährlichen Wachstumsrate aus, was der Dynamik der vergangenen Jahrzehnte entspricht. Demnach wird das Wachstum ab den 2050er-Jahren unter 0,5 Prozent liegen und Ende der 2090er-Jahre weitgehend enden (die UN nimmt noch 0,04 Prozent an).

Die Methodik der Berechnungen der UN beruht nicht nur auf den hier gezeigten Gesamtzahlen. Für jedes Land wird die Bevölkerungsentwicklung auf Basis von Altersstruktur, Geburtenentwicklung, Mortalität und Wanderungsannahmen separat berechnet. Nach der mittleren Variante wird die Schwelle zu 8 Milliarden Menschen im Jahr 2023, die zu 9 Milliarden in 2037 und die zu 10 Milliarden in 2057 überschritten. Allerdings flacht das Wachstum dann weiter ab und für das Jahr 2100 werden 10,88 Milliarden prognostiziert. In der WIC-Projektion liegt die mittlere Variante 2100 bei 9 Milliarden. Allerdings reichen die unterschiedlichen Szenarien von einem Rückgang ab den 2050er-Jahren auf 6,9 Milliarden bis zu einem Anstieg auf 12,6 Milliarden Menschen.

Mittlere Projektion der Weltbevölkerung

2020–2100



Datenquelle: Vereinte Nationen 2019, mittlere Variante, eigene Darstellung

Wachsende und schrumpfende Länder im 21. Jahrhundert

Interessant ist ein Blick auf die unterschiedlichen Entwicklungen auf den verschiedenen Kontinenten. Das Wachstum der Weltbevölkerung zwischen 2020 und 2100 beruht weitgehend auf dem Wachstum in Afrika, dort steigt die Bevölkerungszahl von 1,3 auf 4,3 Milliarden Menschen. In Asien wächst sie nur minimal von 4,6 auf 4,7 Milliarden. In Lateinamerika wird sie von 654 auf 680 Millionen und in Nordamerika von 369 auf 491 Millionen in diesem Jahrhundert ansteigen. Nur in Europa geht sie zurück, nach den Berechnungen der UN von 748 auf 630 Millionen. Ende des 21. Jahrhunderts werden demnach 43 Prozent der Weltbevölkerung in Asien leben, 39 Prozent in Afrika, jeweils 6 Prozent in Europa und Lateinamerika, knapp 5 Prozent in Nordamerika und ein knappes Prozent in Ozeanien.

Die Anteile der Länder an der weltweiten Bevölkerung haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verschoben und diese Entwicklung wird sich auch im 21. Jahrhundert fortsetzen. Die prognostizierten Werte der UN für das Jahr 2060 zeigen, dass Indien und China mit großem Abstand die einzigen Milliardenvölker bleiben. Allerdings wird Indien China Ende der 2020er-Jahre überholt haben. Das drittgrößte Land der Erde wird 2060 Nigeria mit einer Bevölkerung von knapp einer halben Milliarde sein, deutlich vor den USA, Pakistan und Indonesien. Mit der Demokratischen Republik Kongo, Äthiopien, Ägypten und Tansania sowie Nigeria sind fünf afrikanische Länder unter den weltweiten Top 12. Das flächengrößte Land der Erde Russland wird 2060 mit 133 Millionen Menschen auf

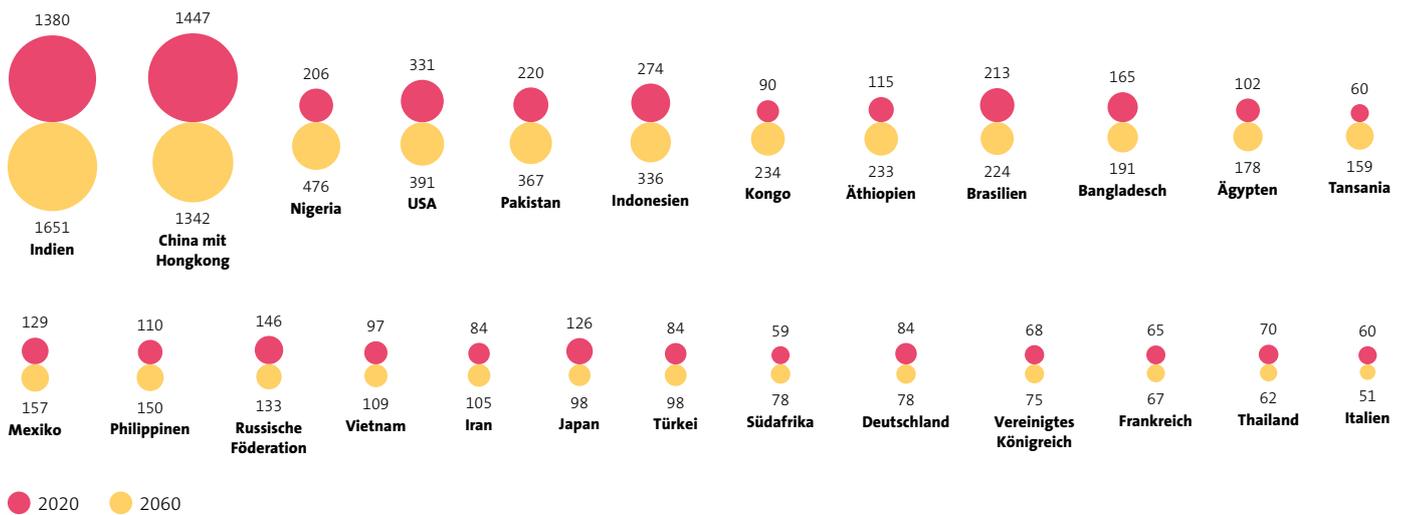


→ In der bpb-Mediathek

findet ihr ein Video aus der bpb-Reihe „Mit offenen Karten“. Es zeigt wo weltweit die meisten jungen Menschen leben.

Entwicklung der Bevölkerungsgröße unterschiedlicher Länder

2020 und 2060 (in Millionen)



Datenquelle: Vereinte Nationen 2019, mittlere Variante, eigene Darstellung

Platz 15 und Deutschland als bevölkerungsreichstes EU-Land auf Platz 21 sein.

Die bevölkerungspolitischen Strategien der Länder, die von den Vereinten Nationen regelmäßig erfasst werden, unterscheiden sich grundlegend: Die meisten afrikanischen Staaten möchten das Bevölkerungswachstum bremsen. Viele Frauen bekommen oft deutlich mehr Kinder als eigentlich geplant. Dies liegt auch an den häufig eingeschränkten Zugängen zu Bildung und Verhütungsmitteln. Das bevölkerungsreichste afrikanische Land ist Nigeria, dort lag die Geburtenrate im Jahr 2019 bei 5,3 und die Lebenserwartung bei 56 Jahren. Die Bevölkerung von 206 Millionen in 2020 wächst derzeit jährlich um etwa 2,5 Prozent und wird sich nach den Berechnungen der UN bis 2060 auf knapp 500 Millionen mehr als verdoppeln und in 2100 mit 732 Millionen mehr Einwohnerinnen und Einwohner haben als Europa insgesamt.

Indien wird ab Ende der 2020er-Jahre das bevölkerungsreichste Land der Erde sein. Dort wächst die Bevölkerung aktuell zwar noch, durch staatliche Programme zur Geburtenkontrolle und Bildung sowie einer zunehmenden Modernisierung der Wirtschaft ist die Geburtenentwicklung jedoch bereits deutlich zurückgegangen. Der Demografische Übergang ist in seiner Endphase und das Wachstum könnte in den 2050er-Jahren enden. Aktuell weist Indien eine sehr junge Bevölkerung auf.

Für Nord- und Südamerika zeigt sich an den beiden größten Ländern Brasilien und den USA, wie weit der Demografische Übergang bereits fortgeschritten ist. In Brasilien liegt die Geburtenrate bei 1,7 Kindern pro Frau, also bereits klar unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1. Da die Bevölkerung relativ jung ist, wird sie bis 2040 noch leicht auf knapp 230 Millionen anwachsen, im Anschluss aber bei gleichbleibender Geburtenentwicklung wieder schrumpfen. Die USA haben den Demo-



Ca. 100 Frauen aus 34 unterschiedlichen Nationen werden mit einer Zeremonie am 8. März 2022 – dem Internationalen Frauentag – in San Antonio, Texas, eingebürgert. Zahlreiche Einbürgerungen wie diese tragen dazu bei, dass die Bevölkerung der USA im Gegensatz zu anderen Industrienationen wächst.

Bildung ist die beste Verhütung

[...] Die Nigerianerin Hadizatu Ahmed hat acht erwachsene Kinder. Keines von ihnen hat ebenfalls acht Kinder. Die genaue Zahl ihrer Enkel hat sie nicht im Kopf. Ihr ältester Sohn, der im Hof neben ihr sitzt, versucht zu helfen, am Ende einigen sie sich auf „ungefähr 26“. Das wären durchschnittlich drei. [...]

Ihr fünftes Kind gebar Hadizatu Ahmed an einem Montag, und da ihr und ihrem Mann kein Name einfiel, nannten sie das Mädchen Teni, „Montag“. Heute ist Teni 42 Jahre alt und lebt in einer Zweizimmerwohnung im Zentrum von Lagos. Sie sitzt auf einem modrig riechenden Sofa und erzählt, dass das Leben, in das sie hineingeboren wurde, für Mädchen wenige Chancen vorsah.

Ihr Vater habe nur an zwei Formen der Mädchenbildung geglaubt, sagt Teni: an die Hausarbeit und den Koran. Teni ging trotzdem zur Grundschule, ihre Mutter wollte es so. Nach sechs Jahren bestand sie die Zulassungsprüfung für die weiterführende Schule. Sie konnte gut mit Zahlen umgehen, machte sich Hoffnung, einmal bei einer Bank zu arbeiten. Mit achtzehn war sie bereit für die Abschlussprüfung, aber ihr Vater sagte, er könne die Gebühr nicht bezahlen.

Teni blieb zu Hause, vier Jahre lang. [...] Sie heiratete mit 24. Auch nicht die große Liebe, aber ihre Tante sagte, er sei ein Guter.

Sie zog mit ihm in den Norden und bat ihn um Geld, um endlich die Abschlussprüfung nachzuholen – er weigerte sich. Nach drei Jahren hatte sie selbst genug gespart. Sie bestand. Kurz darauf bekam sie einen Sohn und schrieb sich, er war erst wenige Wochen alt, an der Universität ein, Grundschullehramt.

Ihrem Mann gefiel das nicht. Manchmal habe er sie geschlagen, sagt sie. Aber ihr sei das Studium wichtig gewesen, sie habe etwas aus sich machen wollen. Also ließ sie sich scheiden. Und studierte weiter. Nach sechs Jahren machte Teni das Examen. Sie war 33 Jahre alt, Grundschullehrerin und hatte ein Kind.

Heute, neun Jahre später, sagt sie: „Ein, zwei weitere Kinder wären schön, aber ich habe keinen Mann.“

Die Unterschiede zwischen Hadizatu Ahmed, der Mutter, und Teni Ahmed, der Tochter, sind zahlreich: die Generation, die Anzahl der Kinder, die Lebensphilosophie. Wolfgang Lutz [Professor an der Universität Wien, [...] Demograf, einer der einflussreichsten weltweit] würde all das dennoch auf ein Wort runterbrechen – Bildung.

„Das Gehirn ist das wichtigste Reproduktionsorgan“, sagt er. Schon wenig Bildung macht einen Unterschied. Wenn Frauen verstehen, dass Kinderkriegen nicht gottgegeben ist, sondern

eine bewusste Entscheidung sein kann, ihre Entscheidung, bekommen sie automatisch weniger Kinder. Je besser sie die sozialen und ökonomischen Kosten verstehen, die ein Kind mit sich bringt, desto strategischer planen sie. Teenager-Schwangerschaften werden weniger, Frauen beginnen zu verhüten, und da sie ihrem Nachwuchs die besten Chancen ermöglichen wollen, fördern sie lieber wenige Kinder viel als viele Kinder wenig.

Je besser Frauen gebildet sind, desto später bekommen sie Kinder. Erst muss noch die Prüfung bestanden, der erste Job gesichert, der Studienkredit zurückgezahlt, das Ende der Probezeit oder die nächste Gehaltserhöhung abgewartet werden.

Bildung ist die beste Verhütung. Das ist vielfach belegt [...].

Die Philippinen, ein Land, in dem Frauen vor 60 Jahren noch durchschnittlich sieben Kinder bekamen, belegen im Global Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforums mittlerweile Platz acht und sind damit noch vor Deutschland eine der geschlechteregalitärsten Gesellschaften der Welt. Heute werden dort noch drei Kinder pro Frau geboren.

Während die Geburtenraten in den Industrienationen über mehr als ein Jahrhundert hinweg langsam gefallen sind, brechen sie in manchen Entwicklungsländern regelrecht ein. Eine ähnliche Entwicklung erwartet Wolfgang Lutz im Laufe dieses Jahrhunderts für große Teile Afrikas. Mittlerweile gehen auch südlich der Sahara 80 Prozent aller Mädchen zur Schule. Fast überall sinken die Geburtenraten. [...] [Im September 2019] wurde auf der Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi darüber gesprochen, wie die Gleichstellung der Frau vorangetrieben und die Bildung weiter verbessert werden kann.

Wolfgang Lutz unterscheidet in seinen Berechnungen zusätzlich zum Alter der Menschen nach sieben Bildungsgruppen, von „keine Schule besucht“ bis „Hochschulabschluss“. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Weltbevölkerung die elf Milliarden nie erreichen wird, sondern nur etwas mehr als neun. Sie wird dieses Maximum auch nicht Ende des Jahrhunderts erreichen, sondern um das Jahr 2070. Ende des Jahrhunderts wird sie wieder abnehmen und vielleicht sogar schon fast das Niveau von heute erreicht haben.

Wenn Wolfgang Lutz` Prognosen stimmen, wird das Problem Überbevölkerung, langfristig betrachtet, auf eine sehr handhabbare Größe schrumpfen. [...]

Bastian Berberner, „7,7 Milliarden Menschen ...“, in: DIE ZEIT Nr. 47 vom 14. November 2019

grafischen Übergang bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgeschlossen. Im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern und anderen reichen Industrieländern ist die Geburtenrate in den USA nahe dem Bestandserhaltungsniveau. Dies hat mehrere Faktoren: eine tiefe Religiosität bei den dort lebenden Christinnen und Christen, eine höhere Geburtenrate bei der zunehmenden Zahl an Hispanics sowie ein positives Bild kinderreicher Familien. Gleichzeitig bleiben die USA ein Einwanderungsland, sodass sie neben Australien und Kanada eins der wenigen Industrieländer sind, deren Bevölkerung im 21. Jahrhundert deutlich wächst.

Eine erhebliche Anzahl an Staaten hat den Demografischen Übergang nicht nur abgeschlossen, sondern weist zudem eine Geburtenrate deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau

auf. Dies betrifft die hoch entwickelten Industrieländer Europas, Lateinamerikas sowie Teile Asiens, wie beispielsweise ostasiatische Staaten wie Korea und Japan sowie süd- und südostasiatische Staaten wie Bangladesch, Vietnam und Thailand. Bleiben die Geburtenraten in diesen Ländern über Jahrzehnte beim gleichen Wert, ist eine Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft unvermeidbar (siehe S. 4 ff.). Einige Staaten versuchen dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Geburtenrate zu erhöhen.

China ist ein Ausnahmefall, denn hier existiert seit Jahrzehnten eine explizite Bevölkerungspolitik, um das Bevölkerungswachstum einzudämmen. Im Jahr 1980 führte die chinesische Regierung eine landesweite Ein-Kind-Politik ein, um Überbevölkerung zu begegnen und einen wirtschaftlichen

China – Kurswechsel in der Bevölkerungspolitik

Die Zahl der Geburten in China ist zum fünften Mal in Folge deutlich gesunken. Laut den am [19.01.2022] veröffentlichten Daten des chinesischen Statistikamts wurden im vergangenen Jahr in der Volksrepublik nur noch 10,62 Millionen Kinder geboren. Das bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 10,5 Prozent. Es ist die geringste Zahl an Neugeborenen seit der Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949. [...]

Die extrem hohen Kosten für Bildung, Kinderbetreuung und Wohnen in Chinas Metropolen ist der am häufigsten genannte Grund für den Rückgang. Eine Rolle spielen auch die veränderten Einstellungen junger Frauen, die dank höherer Bildungsabschlüsse finanziell unabhängiger sind und es nicht eilig haben, ihre Autonomie für Ehemann und Kinder einzuschränken. Die Zahl der Eheschließungen geht seit sieben Jahren kontinuierlich zurück. [...]

Schon lange warnen Ökonomen vor den wirtschaftlichen Folgen des demographischen Wandels. Aus diesem Grund hatte die chinesische Regierung 2016 die Ein-Kind-Politik abgeschafft. Nach Ansicht vieler Fachleute kam das aber viel zu spät und führte nur kurzzeitig zu einem geringen Geburtenanstieg.

Im Mai 2021 ging China [...] einen Schritt weiter und führte die sogenannte Drei-Kind-Politik ein. Jetzt darf zwar jede Familie drei Kinder bekommen, aber die meisten wollen das gar nicht, wie die Zahlen von Montag bestätigen. Es ist noch nicht lange her, dass Eltern Strafe zahlen mussten, wenn sie mehr Kinder bekamen als erlaubt. Ein bekanntes Beispiel ist der Filmmacher Zhang Yimou, der die Eröffnungsfeier der [...] Olympischen Winterspiele konzipiert hat. Er musste 2014 nachträglich für sein zweites und drittes Kind umgerechnet 900 000 Euro Strafe zahlen.

Inzwischen ist das Gegenteil der Fall: Mit finanziellen Anreizen versuchen viele Provinzregierungen, Eltern dazu zu bewegen, noch ein zweites und drittes Kind zu bekommen. Je nach Region gibt es unterschiedliche Anreizprogramme. Das Geld dafür müssen die Lokalregierungen selbst aufbringen, deren wirtschaftliche Möglichkeiten weit auseinanderliegen. In manchen Städten gibt es Kindergeld, anderswo verbilligte Kredite für den Wohnungskauf. In Peking und Schanghai wurde der bezahlte Erziehungsurlaub für Mütter um zwei auf fünf Monate verlängert. Väter dürfen dagegen nur zwei bis drei Wochen zu Hause bleiben.

Nicht alle Frauen befürworten die verlängerte Elternzeit. Sie fürchten, dass sie deshalb auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden könnten. Tatsächlich ist das schon jetzt der Fall, was ebenfalls dazu beiträgt, dass Frauen davor zurückschrecken, eine Familie zu gründen. Im ländlichen Hunan, wo heiratswillige Frauen besonders rar sind, versucht der Staat mit eigenen Dating-Plattformen für Singles und Blind-Date-Veranstaltungen nachzuhelfen. In Schanghai wiederum bietet eine Universität Kurse in moderner Erziehung für Großeltern an, die in vielen chinesischen Familien die Hauptlast der Kinderbetreuung tragen. Die Vorgabe der Zentralregierung, die Geburtenrate zu steigern, schlägt sich auch in staatlichen Krankenhäusern nieder. Viele Ärzte weigern sich inzwischen unter Verweis auf die neue Familienpolitik, Sterilisationen bei Männern vorzunehmen. Stattdessen wird massiv in Reproduktionsmedizin investiert.

Auch gesellschaftlich versuchen Staat und Partei mit konservativen Familienwerten gegenzusteuern. Ein 2021 verabschie-



2015 beendet die chinesische Regierung die Ein-Kind-Politik; eine dreiköpfige chinesische Familie in Nanjing im September 2014.

detes Gesetz macht es schwerer, sich scheiden zu lassen. Feministische Aktivistinnen werden als Gefahr für die Gesellschaft diffamiert. Das hat nur das Misstrauen erhöht, mit dem junge Frauen die Familienpolitik beobachten. Als kürzlich davon die Rede war, dass Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Zahl der Abtreibungen zu senken, gab es einen Aufschrei im chinesischen Internet.

Aus Sicht vieler Fachleute gehen die Maßnahmen zur Geburtenförderung längst nicht weit genug. Der prominente Ökonom Ren Zeping [...] ist Chefvolkswirt des Finanzdienstleisters Soochow Securities und Mitbegründer des Yuwa-Instituts für Bevölkerungsforschung. In einer Studie forderten er und seine Kollegen kürzlich, China müsse fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts, statt bisher ein bis drei, in Geburtenförderung investieren; unter anderem in den Ausbau von Krippen und Kindertagesstätten. Bislang hätten nur vier Prozent der chinesischen Kinder unter vier Jahren Zugang zu solchen Einrichtungen. Notwendig sei eine Rate von 50 Prozent. [...]

Dass auch die Zentralregierung darüber höchst besorgt ist, lässt sich an den drastischen Maßnahmen ablesen, mit denen sie gerade versucht, die Ausgaben zu verringern, die Familien in die Bildung ihrer Kinder investieren. Dafür wurde die bis vor Kurzem noch boomende Privatunterrichtsbranche in weiten Teilen kurzerhand zerschlagen. [...] Jetzt sollen staatliche Lehrer diese Lücke füllen. Wer es sich leisten kann, heuert aber weiterhin lieber eine Privatlehrerin an, und sei es getarnt als Kindermädchen. [...]

Manche Demographen nutzten die Veröffentlichung des Statistikamts am Montag für flammende Appelle zu weitreichenden Maßnahmen. Huang Wenzheng vom Center for China and Globalization sagte in einem Interview: „Wenn sich der derzeitige Trend fortsetzt, werden am Ende des Jahrhunderts nur noch zwei bis drei Prozent der weltweiten Geburten in China stattfinden. Wenn unsere Nation weiterexistieren soll, ist es wichtig, die Geburtenrate zu steigern.“

Friederike Böge, „China droht zu schrumpfen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Januar 2022; © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Aufstieg zu erreichen. Zu dieser Zeit hatte die chinesische Bevölkerung als erstes Land die Milliardengrenze überschritten. Die Ein-Kind-Politik wurde rigoros durchgeführt, Provinzen und Betriebe waren für die Einhaltung der Vorgaben verantwortlich, ein Amt für Bevölkerungskontrolle wurde geschaffen. Ehen und auch das Zeugen von Kindern mussten vorher beantragt werden. Es gab zwar einige Ausnahmen, die ein zweites Kind erlaubten, beispielsweise, wenn bei bestimmten Bevölkerungsgruppen das Erstgeborene ein Mädchen war. Daher lag die Geburtenrate zu Beginn der Restriktionen noch deutlich über 1, aber immer mehr Chinesinnen und Chinesen hielten sich an die Regeln, sodass sich die Ein-Kind-Norm etablierte. Grund dafür war auch, dass Verstöße mit drakonischen Strafen wie Geldstrafen, Arbeitsplatzverlusten bis hin zu Zwangsabtreibungen oder Zwangssterilisationen geahndet wurden. Diese rigide Bevölkerungspolitik hat auch dazu geführt, dass Schwangerschaften mit Mädchen besonders häufig abgetrieben wurden, um einen männlichen Nachfahren und Erben sicherzustellen. Dies führte zu einer erheblichen Schiefelage der Geschlechterverhältnisse, auf 100 neugeborene Mädchen kamen in vielen Jahren über 115 Jungen, sodass letztlich mehrere Millionen Männer auf dem Partner- bzw. Heiratsmarkt übrig bleiben – mit erheblichen negativen gesellschaftlichen Folgen.

Nach jahrzehntelangen niedrigen Geburtenraten hat der fernöstliche Staat inzwischen eine ähnliche Altersstruktur, wie europäische Länder sie kennen: Bevölkerungsstarke Jahrgänge gehen bald in Rente und erheblich kleinere Jahrgänge rücken in den Arbeitsmarkt und zur Finanzierung der Rentnerinnen und Rentner nach. Daher hat China im Jahr 2016 die Ein-Kind-Politik gelockert und erlaubt seit 2021 sogar ein drittes Kind. Am chinesischen Beispiel wird deutlich, inwiefern sich niedrige Geburtenraten, hohe Bildungsinvestitionen und ein großer Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter auf das Wirtschaftswachstum auswirken können.

Da die Geburtenraten in Europa und Ostasien sehr niedrig sind und sich daher die Alterung und Schrumpfung der verschiedenen Gesellschaften abzeichnen, versuchen viele Länder mit unterschiedlichen familienpolitischen Anreizen, die Geburtenrate zu erhöhen. Einige Staaten wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Kanada bemühen sich, die niedrige Geburtenentwicklung zumindest partiell mit Zuwanderung auszugleichen – anders als einige Länder aus Osteuropa und Japan, die eine sehr restriktive Einwanderungspolitik verfolgen. Die zugrundeliegenden kulturellen, familienpolitischen, ethnischen, außen- und wirtschaftspolitischen Einstellungen der verschiedenen Länder führen auch zu einem unterschiedlichen Umgang mit dem demografischen Wandel.

In Europa gibt es einige Staaten mit Geburtenraten zwischen 1,6 und 2,0 wie Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und einige skandinavische Länder. Zentrale Gründe sind die dort, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die geringere Arbeitslosigkeit und die teilweise höhere kulturelle Akzeptanz kinderreicher Familien. In Italien, Spanien, Japan und vielen mittel- und osteuropäischen Ländern liegt die Geburtenrate zwischen 1,1 und 1,5. Ein Grund dafür ist der Wunsch vieler Frauen nach einer eigenen Erwerbstätigkeit und Emanzipation, was im Kontrast zu den Normen und Erwartungen vieler dort lebender Männer, der älteren Generation und auch zur konservativen Familienpolitik steht. Hier zeichnen sich langfristig gravierende demografische Schiefagen und Probleme ab. Dass es nicht nur an ökonomischen Problemen und Arbeitslosigkeit liegt, zeigt Südkorea, das als wirtschaftlich prosperierendes Land weltweit eine der niedrigsten

Geburtenraten aufweist. Dort lag die Geburtenrate in einzelnen Jahren sogar unter 1,0 Kindern pro Frau. Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen dazu, dass viele der hochgebildeten südkoreanischen Frauen keine Kinder möchten. Das die beruflichen Nachteile für Mütter in Südkorea so hoch sind, liegt nicht nur an familienpolitischen Defiziten, sondern auch an der großen Kluft zwischen egalitären Einstellungen vieler Frauen und einem traditionellen, paternalistischen Rollenverständnis vieler Männer, der Elterngeneration und der Arbeitgeber.

Der Einblick in die globalen demografischen Entwicklungen verdeutlicht, dass viele ärmere Länder, vor allem in Afrika und im Nahen Osten, hohe Geburtenraten aufweisen, die meisten Industrieländer dagegen geringe. Mögliche Konsequenzen dieser ungleichen Entwicklung können zu zukünftigen Migrationsströmen beitragen. Infolge der sehr ungleichen Bevölkerungsentwicklung wird sich künftig die Frage der Zusammensetzung internationaler Organisationen und Institutionen neu stellen. Dies betrifft UN-Organisationen wie den UN-Welt-sicherheitsrat, die G7 und G20 sowie die Stimmrechte innerhalb der Europäischen Union, da diese durch die doppelte Mehrheit auch an den Bevölkerungsgrößen der Mitgliedstaaten festgemacht sind.

Ein Plakat mit der Überschrift „Barnledig pappa!“ (Vater im Elternurlaub!), auf dem der schwedische Gewichtheber „Hoa Hoa“ Dahlgren ein Baby auf dem Arm hält, sollte im Rahmen einer staatlichen Kampagne bereits 1978 Väter in Schweden dazu animieren, Elternurlaub zu beantragen – wenn auch mit mäßigem Erfolg.



MARTIN BUJARD

Diskurse über den demografischen Wandel

Die möglichen Folgen des demografischen Wandels waren schon immer Gegenstand gesellschaftlicher und politischer Diskurse, heute meist mit Fokus auf Alterssicherung, Schrumpfung und Überbevölkerung.

Die (möglichen) Folgen des demografischen Wandels waren in der Geschichte häufig Gegenstand gesellschaftlicher und politischer Diskurse, die letztlich oft zu politischen Maßnahmen zur Beeinflussung von Geburtenentwicklung und Migration führten. Häufig herrschten Gleichgewichtsvorstellungen vor – der Pionier der deutschen Demografie, Johann Peter Süßmilch, sprach in seinem 1741 erschienenen gleichnamigen Werk von der „göttlichen Ordnung“. Die Bevölkerungsgröße wurde durch das natürliche Nahrungsangebot gesteuert, ergänzt allerdings durch von den Herrschenden festgelegte Heiratsregeln. Zwei Motive des demografischen Wandels waren bereits seit der Antike bekannt: die wirtschaftliche und militärische Bedeutung der Bevölkerungsgröße und die Frage nach ausreichender Nahrung für ein stetiges Bevölkerungswachstum.

Malthusianismus

Im Jahr 1803 publizierte der englische Gelehrte Thomas Malthus seinen „Essay on the Principle of Population“, in dem er ein Bevölkerungsgesetz formulierte, das für die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts von großer Bedeutung war. Darin argumentierte er, dass das Bevölkerungswachstum exponentiell, das Nahrungsangebot aber nur linear steige. Ein ungebremstes Bevölkerungswachstum führe daher zwangsläufig zu Hunger, Tod und Elend.

Um diesem Elend zu entgehen, schlug er Enthaltensamkeit vor und warnte davor, die arme Bevölkerung mit Nahrung zu unterstützen, wenn dadurch das Bevölkerungswachstum stärker steige als das Nahrungsmittelpotenzial. Malthus' mehrfach überarbeitete Schrift war sehr verbreitet und einflussreich – auch im



Der französische Maler Gustave Doré und der britische Journalist William Blanchard Jerrold widmeten sich von 1869–1872 dem Elend im viktorianischen und überbevölkerten London. Holzstich „Dudley Street, Seven dials in Covent Garden“

Merkantilismus und Nationalismus

Die Bevölkerungsgröße ist auch ein Machtfaktor für Staaten, sowohl in Bezug auf wirtschaftliche als auch auf militärische Macht. Dies erkannte Friedrich der Große bereits 1740: „Die Macht eines Staates besteht nicht in der Ausdehnung des Landes, sondern in dem Reichtum und in der Zahl seiner Bewohner“. Er erhöhte das Bevölkerungswachstum durch die Anwerbung religiöser Flüchtlinge und die Kolonialisierung ostelbischer Gebiete. Während des Preußischen Merkantilismus im 17. und 18. Jahrhundert wurde Bevölkerungswachstum als etwas Positives verstanden, da eine größere Bevölkerung mehr Soldaten und mehr Steuerzahlende bedeutete.

Die Bevölkerungsgröße eines Staates entwickelte sich im Zeitalter des Imperialismus, also im späten 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, zu einer zentralen strategischen Größe. Die Größe der Bevölkerung wurde aus einem nationalistischen Blickwinkel betrachtet und der Anstieg der Bevölkerung zwischen den europäischen Staaten als Wettbewerb verstanden, wobei alle europäischen Länder damals ein rapides Bevölkerungswachstum verzeichneten. Dabei wurde die Geburtenrate für die Reputation einer Nation und das Stärkeverhältnis der Staaten untereinander zu einer relevanten Größe. Sogar bei

wissenschaftlichen Diskurs: So inspirierte sie Charles Darwin zu seiner Theorie zur Entwicklung der Arten und dem Prinzip „natürlicher Auslese“. Doch Malthus Arbeit veranlasste zudem englische Politiker dazu, die Armengesetzgebung zu bekämpfen, was letztendlich zu großem Leid in der Bevölkerung führte.

Rückblickend wird Malthus aus mehreren Gründen kritisiert: Zum einen da er den Fortschritt und die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion erheblich unterschätzte und gleichzeitig den Bevölkerungsanstieg massiv überschätzte. Zum anderen werden seine Thesen und ihre politische Rezeption heute auch aus ethischen Gründen kritisiert.

Im Verlauf des 19. und im 20. Jahrhundert gab es erhebliche Fortschritte in der Technologie zur Empfängnisverhütung. Kondome aus Tierdärmen, die bereits im 16. Jahrhundert bekannt waren, verbreiteten sich im 19. Jahrhundert zunehmend und wurden ab 1870 auch aus Gummi hergestellt. Fortschritte gab es auch bei unterschiedlichen Varianten von Pessaren. Malthus' Empfehlung der Enthaltensamkeit wurde von breiten Teilen der Gesellschaft aufgegriffen, Empfängnisverhütung wurde sogar propagiert. Dies wird als Neomalthusianismus bezeichnet. Durch die Einführung hormoneller Kontrazeptiva, wie die Pille, hat die Empfängnisverhütung seit den 1960er-Jahren eine neue Dimension an Verlässlichkeit erreicht.

Familienpolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Die Thematisierung von Kinderzulagen ist in Deutschland [...] aufs engste mit der Problematisierung der Bevölkerungsentwicklung verbunden. In Deutschland begann eine intensive öffentliche Beschäftigung mit dem sogenannten Geburtenrückgang um 1912. Auslöser war wohl eine Enquete der Preußischen Medizinalverwaltung. Schlagartig wurde der Geburtenrückgang zu dem Modethema medizinischer, sozialhygienischer, sozialpolitischer Zeitschriften und Kongresse. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs erhielt die Bevölkerungsfrage eine noch dramatischere Bedeutung, gewissermaßen als eine „nationale Frage auf Leben und Tod.“ [...] Staatlicherseits ging die Initiative zur Beschäftigung mit dem Geburtenrückgang nicht von der Reichsregierung, sondern von Preußen aus. Im dortigen Ministerium des Innern wurden in kurzem Zeitabstand zwei einschlägige Denkschriften verfaßt. Die erste Denkschrift von 1915 war schwerpunktmäßig mit der Analyse der Ursachen befaßt und auf der Basis einer 1911 eingeleiteten Enquete intern erstellt. Darauf aufbauend wurden dann Beratungen einer Expertenkommission über die Bekämpfung des Geburtenrückgangs eingeleitet, deren Ergebnisse 1917 veröffentlicht wurden. Parallel dazu bildeten sich im Reichstag, im Preußischen Landtag sowie in anderen Länderparlamenten spezielle Parlamentsausschüsse, die sich mit der Bevölkerungsfrage befassten. In den Beratungen der Expertenkommission im Preußischen Innenministerium wurden sechs Bereiche erörtert: gesundheitliche und sozialhygienische Maßnahmen, Maßnahmen gegen die Verbreitung von Empfängnisverhütung, wirtschaftliche und steuerpolitische Begünstigungen kinderreicher Familien, Verbesserung der wohnlichen Unterbringung kinderreicher Familien, innerere Kolonisation und Bekämpfung der Landflucht sowie schließlich Aufklärung weiter Volkskreise über die Bedeutung der Bevölkerungspolitik.

[...] Erst 1918 wurden relevante Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Ihr Schwerpunkt lag auf Maßnahmen der Körperpolitik: Verbesserung des Säuglings- und Mutterschutzes, Erschwerung des Zugangs zu Kontrazeptiva, Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten und Abtreibung. [...] Die staatlichen Aktivitäten waren also stärker auf hygienische und repressive als auf positive, geburtenfördernde Maßnahmen gerichtet. [...] Der Geburtenrückgang wurde zuvorderst als Zeichen eines sittlichen Verfalls, als Degeneration gewertet. Die „Rationalisierung des Sexuallebens“ wurde nicht als Ausdruck fortschreitender Kulturentwicklung gesehen, sondern als Überhandnehmen von „Materialismus“, Egoismus, Luxus und Bequemlichkeit, insbesondere bei den Frauen. [...]

Diese Politik war zugleich Teil einer gegen Frauen gerichteten „mannhaften“ Geschlechterpolitik. So waren bereits in der ersten Denkschrift Artikel aus Beamtenzeitschriften abgedruckt, die die Beschäftigung von Frauen im öffentlichen Dienst für die zunehmende Ehelosigkeit männlicher Beamter verantwortlich machen. In der zweiten Denkschrift heißt es dann unmißverständlich, Frauen sollen nach dem Kriege nicht aus Ersparnisgründen beschäftigt werden, sondern nur, wenn sie besser geeignet sind [...] Hiermit wird die Richtung benannt, die die Nachkriegspolitik nach der Revolution prägen sollte. Mit dem sogenannten Demobilabkommen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmen mußten alle Frauen, die „versorgt“ waren, ihre Arbeitsplätze räumen. Dies galt auch für Frauen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, wenn sie nicht verbeamtet, sondern auf Basis eines Privatvertrages angestellt waren. [...]

Teresa Kulawik: Frauenrechte oder Männerlasten. Kinderzulagen in Schweden und Deutschland vor 1933, in: Rainer Mackensen (Hg.): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden 2002, S. 215–226, hier: S. 216–218

der Beurteilung von Kriegschancen einzelner Staaten(-bünde) spielten Geburtenraten eine Rolle – letztlich wurden private Entscheidungen zur Familienplanung von Teilen der damaligen politisch-militärischen Elite instrumentalisiert. Der Zusammenhang zwischen militärischer Macht und Bevölkerungswachstum wird vor allem bei den Kriegen zwischen Frankreich und Deutschland deutlich. Während Frankreich zu Zeiten Napoleons eine größere Bevölkerung aufwies als die damaligen deutschen Staaten, verschob sich dieses Verhältnis bis zum Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71. Der Grund war die bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts rückläufige Geburtenrate in Frankreich, viele Jahrzehnte vor Deutschland.

Infolge des Geburtenrückgangs Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die Auswirkungen dieser Entwicklung aus nationalistischer Perspektive in vielen europäischen Ländern in Wissenschaft und Politik diskutiert. Da die Geburtenrate in den 1920er- und 1930er-Jahren teilweise unter das Bestandserhaltungsniveau fiel, gab es Forderungen, die Verbreitung von Verhütungsmitteln einzuschränken und Abtreibungen hart zu bestrafen.

In Deutschland wurde vermehrt die Angst vor dem „Aussterben des deutschen Volkes“ verbreitet. Ein prominentes Beispiel ist der damals einflussreiche Demograf Friedrich Burgdörfer, der Mitglied der NSDAP war. Seine in den 1920er-Jahren durchgeführte Berechnung einer massiven Schrumpfung Berlins trat jedoch niemals ein. Berlin hat heute 3,7 Millionen Einwohner, kaum weniger als 1925 (4 Millionen). Burgdörfer nutzte das Phänomen der niedrigeren Geburtenraten in Großstädten wie Berlin, Paris oder New York, um ein Schreckensszenario zu entwerfen. Diese im Vergleich zur Bevölkerung auf dem Land niedrige Geburtenrate wird allerdings oft durch Binnenwanderung in die Metropolen (über)kompensiert. Mit seinen demografischen Arbeiten wie beispielsweise die Schrift „Volk ohne Jugend“ schürte Burgdörfer unbegründete Ängste und untermauerte die aggressive nationalistische Politik des „Dritten Reichs“.

Der nationalistische Diskurs über Bevölkerung ist keine westeuropäische Besonderheit und konnte auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs in anderen Ländern beobachtet werden. So begrüßte in den 1950er-Jahren der chinesische Herrscher Mao Tse-tung das Bevölkerungswachstum und ließ Förderer der Geburtenbeschränkung verfolgen. Zur gleichen Zeit forderte in der Sowjetunion der damalige Parteichef und 1. Sekretär der KPdSU Nikita Chruschtschow ein Bevölkerungswachstum, um das Land zu stärken. Und Jahrzehnte später in den 2010er-Jahren bezeichnete der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan eine Kinderzahl von drei Kindern pro Familie ebenfalls aus nationalistischen Gründen als patriotisch.

Eugenik und „Rassenhygiene“

Die eugenische Deutung des demografischen Wandels hat ihre Wurzeln im ausgehenden 19. Jahrhundert und geht auf den britischen Naturforscher und Schriftsteller Francis Galton zurück. Dieser wurde maßgeblich durch das Werk seines Cousins Charles Darwin zur natürlichen Selektion geprägt und übertrug den Vererbungsgedanken zur Verbesserung einer Tierrasse auf den Menschen. Dabei überschätzte er jedoch die erblichen Faktoren von Intelligenz und öffnete der späteren Diskriminierung weniger gebildeter und vermeintlich weniger intelligenter Menschen Tür und Tor. Galton verfolgte eine biologische und humangenetische Deutung der Demografie,

die schlichtweg rassistisch war und die Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen mit vermeintlich biologisch begründeten Kriterien legitimieren sollte. Es sei jedoch betont, dass die Einteilung von Menschen unterschiedlicher Ethnien in Rassen jeglicher wissenschaftlichen Grundlage entbehrt.

Die Eugenik war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland sowie in mehreren Ländern wie den USA, Großbritannien oder Japan weit verbreitet, wurde teilweise aber auch kritisch abgelehnt. Sie ermöglichte die Rassenideologie der Nationalsozialisten, die von „Rassenhygiene“ sprachen, und war eine der Grundlagen für die barbarischen Verbrechen des NS-Regimes.

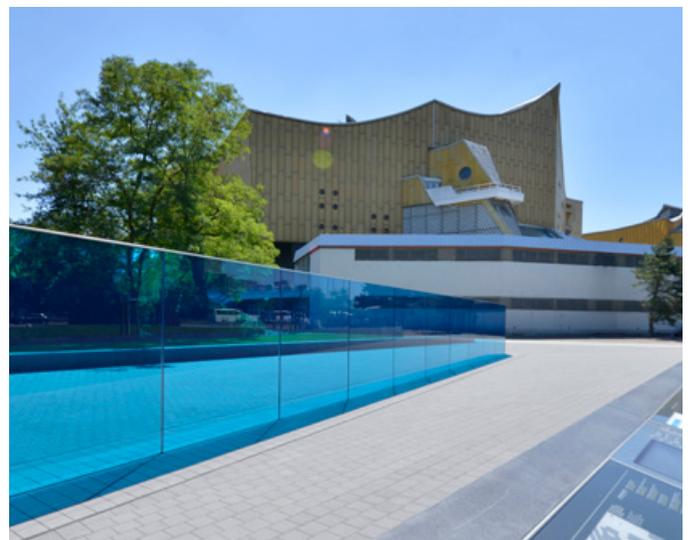
Nicht zuletzt wegen der Unvereinbarkeit der Folgen von Eugenik mit der Würde des Menschen und der Tatsache, dass ein Großteil der Welt die Gefahr von Eugenik zur Rechtfertigung von Verbrechen in NS-Deutschland mit Schrecken beobachtet hatte, ließ diesen Diskurs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Bedeutung verlieren. Allerdings gab es beispielsweise in den USA bis zum Jahr 2002 Zwangssterilisationen.

Überbevölkerung und Ökologie

Die Welt geht „einem dunklen Zeitalter des Elends, des Hungers“ entgegen. „Wir glauben, daß die (...) freiwillige Anwendung der (...) Geburtenkontrolle ein wesentlicher Faktor (...) zur Hebung des Welt-Lebensstandards (...) ist.“ Appell von 172 Persönlichkeiten aus 19 Ländern, darunter 39 Nobelpreisträger, 1960 an die UN.

Die Angst vor Überbevölkerung ist seit den 1950er-Jahren ein prägender weltweiter Diskurs. Zu diesem Zeitpunkt lag die Weltbevölkerung bei knapp 3 Milliarden, viele Länder des globalen Südens befanden sich im Demografischen Übergang, so-

In der Tiergartenstraße 4 in Berlin erinnert seit September 2014 ein neuer Gedenk- & Informationsort an die Opfer der NS-„Euthanasie“. Hier wurde in einer Villa, die in den 1940er-Jahren von der „Zentraldienststelle T4“ genutzt wurde, der Mord an Menschen mit körperlicher, seelischer und geistiger Behinderung geplant. 1950 wurden die Überreste der Villa abgerissen. Neben der dort erbauten Philharmonie befindet sich die „blaue Wand“. Sie trennt symbolisch diejenigen, denen Unrecht geschah, von denen, die die Verbrechen begingen.



dass zunächst ein starker Weltbevölkerungsanstieg prognostiziert wurde. Im Unterschied zum Malthusianismus war der medial sehr wirkungsvolle UN-Appell von 1960 humanistisch geprägt, durch Geburtenkontrolle sollte der Lebensstandard für Menschen in Ländern des globalen Südens verbessert werden.

Der Diskurs sprach aber teilweise auch Ängste an. Das Buch „Population Bomb“ des deutschen Mediziners und Forschers Paul Ehrlich aus dem Jahr 1968 hat die öffentliche Debatte weltweit verstärkt. Triebkontrolle und rationale Familienplanung wurden auch infolge dieses Diskurses in Deutschland

als Tugend der Moderne angesehen, Kinderreichtum war in manchen Medien als asozial verpönt und entsprechende Klischees wurden transportiert. Zum verantwortungsvollen Umgang mit Sexualität und Familienplanung gehörte für viele die Anwendung von Verhütungsmitteln und die Orientierung an einer Zwei-Kind-Norm.

Der Überbevölkerungsdiskurs hat sich seit den 1970er-Jahren mit ökologischen Diskursen verbunden. Die „Grenzen des Wachstums“ wurden durch eine Forschergruppe um den US-amerikanischen Ökonom Dennis Meadows 1972 sowie vom

Die Warnung des Club of Rome

Es war nur ein schmales Paperback. 205 Seiten, keine Bilder, dafür lauter Diagramme. Aber es war ein globales Medienereignis, als [...] im März 1972, der Club of Rome seinen Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ vorstellte. Das Feuerwerk der medialen Resonanz reichte vom Wissenschaftsjournal Science bis zum Playboy, vom Economist bis zur Peking-Rundschau. Die Grenzen des Wachstums wurde zu einem der größten Bucherfolge des 20. Jahrhunderts. [...]

Begonnen hatte alles vier Jahre zuvor, im April 1968. In Rom hatte sich ein kleiner, international zusammengesetzter Kreis versammelt: Philanthropen, Wissenschaftler, Kader von OECD und Unesco. Eingeladen hatte der damals 60-jährige italienische Industriemanager Aurelio Peccei. Sein Antrieb war die Sorge, dass die „unausweichliche und nicht reduzierbare Wechselbeziehung zwischen der Menschheit und der Biosphäre“ in eine tiefe Krise geraten sei. Nötig sei eine neue „kopernikanische Wende“. Um das „Metasystem der Probleme“ besser zu verstehen, vereinbarte man regelmäßige Gesprächsrunden. Daraus ging der Club der Rome hervor.

In der Folge identifizierte der Club fünf Megatrends: beschleunigte Industrialisierung, rasches Bevölkerungswachstum, verbreitete Unterernährung, Erschöpfung nicht erneuerbarer Ressourcen, zunehmende Verschmutzung der Umwelt. Was würde bei einem „Weiter so“ passieren? Wie könne man die Weltöffentlichkeit auf die zukünftigen Risiken aufmerksam machen und ihr die Notwendigkeit schnellen Handelns vermitteln?

1970 nahm der Club Kontakt zu Dennis Meadows auf, einem 28-jährigen Experten für Systemdynamik am MIT, dem weltweit renommierten Massachusetts Institute of Technology. Dessen Idee: mithilfe von Computersimulationen die fünf variablen Wachstumsprozesse abzubilden, sie in Beziehung zu setzen und daraus zukünftige Entwicklungen abzuleiten. Meadows erhielt den Auftrag und stellte ein Team aus 17 Personen zusammen, zwölf Männer und fünf Frauen, unter ihnen seine Frau, die Biophysikerin (und Bio-Bäuerin) Donella Meadows, und der norwegische Ökonom Jørgen Randers. Das Durchschnittsalter lag unter dreißig.

Für die Finanzierung des Projekts sorgte Eduard Pestel, Professor für Mechanik an der TU Hannover, der nicht nur im Club of Rome Mitglied war, sondern auch im Kuratorium der Volkswagen Stiftung. Die stellte im November 1970 775 000 D-Mark bereit. Übrigens nicht ohne Hinweise auf Schwachstellen des Antrags: Ihre Gutachter bemängelten den „starken technokratischen Grundzug“ des Projekts und sein „unspezifisches eschatologisches Katastrophenszenario“. Wenn man die ökologischen Probleme nicht an den ganz spezifischen Interessen von Verursachern festmache, drohe eine „Generalhaftbarmachung der Menschheit“.

Schon ein Jahr später legte die Gruppe die Ergebnisse vor. Ihr Bericht entwarf ein „Weltmodell“. Die Erde ist begrenzt. Wenn Wachstum und Expansion von Teilsystemen ungebremsst weitergehen, erleben wir eine Periode des overshoot, also das Überschreiten von Grenzen. Diese Prozesse würden um die Mitte des 21. Jahrhunderts zu einem „plötzlichen und unkontrollierbaren Niedergang“ der gewohnten Lebensbedingungen führen – zum Kollaps. Die Alternative bestehe darin, möglichst bald die Wachstumsprozesse abzubremsen und in Richtung eines Zustands des globalen Gleichgewichts umzusteuern.

An einer entscheidenden Stelle heißt es: „Wir suchen nach einem Modell, das ein Weltsystem abbildet, das 1. nachhaltig (sustainable) ist ohne plötzlichen und unkontrollierbaren Kollaps; und 2. fähig ist, die materiellen Grundansprüche aller Menschen zu befriedigen.“ Hier taucht zum ersten Mal das Wort sustainable in seiner modernen Bedeutung auf, als Gegenbegriff zu „Kollaps“. Der Klimawandel wird 1972 nur am Rande erwähnt: Die Verbrennung fossiler Energieträger müsse reduziert werden, bevor ein ernsthafter „ökologischer und klimatologischer Effekt“ eintrete.

Mitte Mai 1972 präsentierten Aurelio Peccei und die Führungsriege des Club of Rome den Bericht im schweizerischen St. Gallen. Die konservativen Veranstalter hatten dafür gesorgt, dass die Fronten hart aufeinanderprallten. Der neoliberale amerikanische Ökonom Henry Wallich brachte zentrale Gegenargumente an: „Eine Modellvorstellung, die mit beschränkten Reserven arbeitet und nicht deren unbeschränkten Ersatz durch Einsatz von Technik zulässt“, sagte er, „ist unrealistisch.“ Die Bedrohung durch Umweltverschmutzung lasse sich bewältigen, die Bevölkerungszahl werde sich stabilisieren. Zudem würde ein Wachstumsstopp „Milliarden Menschen jede Zukunftshoffnung nehmen“. Wallich resümierte: Die Methoden des Berichts seien falsch, die Ergebnisse unbrauchbar. Solche frontalen Attacken auf die Grenzen des Wachstums waren zu dem Zeitpunkt schon weitverbreitet. Sie entfesselten eine machtvoll – und von mächtigen Interessen getriebene – Dynamik des „Weiter so“. Bis heute.

Ulrich Grober, „Die Erde zuerst. Der Bericht ‚Die Grenzen des Wachstums‘ und eine blaue Murre im All: Wie vor 50 Jahren die globale Umweltbewegung begann“, in: DIE ZEIT Nr. 4 vom 20. Januar 2022



→ In der bpb-Mediathek
spricht Dennis Meadows, einer
der Hauptautoren von
„Die Grenzen des Wachstums“



Die Diskurse über den demografischen Wandel spiegeln sich auch in der Medienlandschaft wider. So erschien 1962 eine Spiegel-Ausgabe mit dem Titelthema „Überbevölkerung“ und 2004 eine Ausgabe über die Alterung und Schrumpfung der deutschen Gesellschaft.

Club of Rome, einem Zusammenschluss von Expertinnen und Experten für eine nachhaltige Zukunft, in die Öffentlichkeit gerückt. Das 1994 entwickelte Konzept des ökologischen Fußabdrucks hat einen Nachhaltigkeitsindikator für unter anderem Wasser, Kohlendioxid und Müll geschaffen, der den ökologischen Diskurs sehr geprägt hat. Für den ökologischen Fußabdruck eines Landes spielt die Bevölkerungszahl ebenso wie der Ressourcenverbrauch pro Kopf eine Rolle, da letzterer in Relation zur Biokapazität, also der Kapazität des Ökosystems Menschen zu ernähren und von ihnen erzeugte Abfallstoffe aufzunehmen, gestellt wird. So haben die USA, China oder Deutschland ein ökologisches Defizit und weniger dicht besiedelte Länder wie Finnland und Kanada eine ökologische Reserve. Allerdings sind die Handlungsempfehlungen, die aus diesem Diskurs abgeleitet werden, weniger auf Maßnahmen in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung ausgelegt als auf die Transformation der Wirtschaft in ein nachhaltiges System mit weniger Ressourcenverbrauch pro Kopf.

gerung Gerhard Schröders eingeführt worden waren, wurde dieser Diskurs in den 2010er-Jahren weniger kontrovers geführt als in den Nuller-Jahren.

Beim Diskurs zu den Altersbildern werden oftmals negative Altersstereotype, oft anhand von Fotos in Berichten über den demografischen Wandel, transportiert. Auch werden alte Gesellschaften als saturiert und weniger innovativ dargestellt. Im Versorgungsdiskurs wird die Abhängigkeit und Hilfsbedürftigkeit alter Menschen betont. Andererseits wird die Zunahme der Lebenszeit häufig, wie vom Schweizer Historiker Arthur Imhof, als „gewonnene Jahre“ dargestellt sowie auf die Potenziale, die ein aktives Altern mitbringt, hingewiesen. Ein Konflikt zwischen den Generationen wird teilweise durch die verwandtschaftlichen Bindungen zwischen Jung und Alt begrenzt, weil Kinder, Enkel, Eltern und Großeltern eine familiäre Solidarität leben. Konträr zu der These des Krieges der Generationen trägt die 2013 verabschiedete Demografiestrategie der Bundesregierung das Motto „Jedes Alter zählt“.

Alterssicherung und Altersbilder

In seinem 2004 veröffentlichten Buch „Das Methusalem-Komplott“ spricht der Journalist Frank Schirrmacher von einem Krieg der Generationen und warnt vor negativen Stereotypen in Hinsicht auf das Alter und Alterungsprozesse. Der Diskurs zur Alterung umfasst zwei Aspekte, die häufig verwoben werden: die Belastung der Sozialsysteme und Bilder einer alternen, gebrechlichen Gesellschaft.

Die Herausforderungen, die die demografische Alterung für die Sozialsysteme darstellt, können dazu führen, dass die Beiträge der arbeitenden Generation erhöht oder die Renten reduziert werden. Der seit den 1970er-Jahren in Deutschland entstandene Diskurs wurde in den 2000er-Jahren, als die Auswirkungen unmittelbar bevorstanden, immer intensiver geführt. Teilweise wurde dabei ein materieller Generationenkonflikt thematisiert, insbesondere im Kontext konkreter Rentenreformen. Durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit und die langfristige Erhöhung der Lebensarbeitszeit infolge der Agenda 2010-Reformen, die in den Jahren 2003–2004 unter der Re-

Schrumpfung

„Die Bevölkerung, die am Beginn des Vorausschätzungszeitraums (1998) die deutsche Staatsangehörigkeit hatte, nimmt unter den dargestellten Annahmen von 1998 bis 2030 von 74,6 Mio. auf 62,2 Mio., bis 2050 auf 49,0 Mio. und bis 2100 auf 21,2 Mio. ab“ (Herwig Birg, 2003).

Wenn Geburtenraten mit einem Wert von 1,4 über mehrere Generationen stagnierten, würde die betreffende Bevölkerung langfristig erheblich schrumpfen. Bevölkerungswissenschaftler wie beispielsweise Herwig Birg haben dies berechnet. Allerdings wirkt eine regelmäßige Zuwanderung einer Schrumpfung entgegen, wobei auch Zuwandernde (und ihre Nachkommen) die deutsche Staatsangehörigkeit unter bestimmten Bedingungen erhalten können. Zudem kann heute niemand wirklich vorhersagen, ob und inwieweit sich die Geburtenrate im Verlauf der in die Hochrechnung eingeflossenen 100 Jahre doch wieder ändern wird. Solch langfristige Projektionen eignen sich eher für Schreckensszenarien als für wasserfeste Prognosen.

Boomer und Zoomer im Generationenkonflikt

[...] Wir stecken, so scheint es, immer tiefer im Generationenkonflikt: [...] Wer muss umziehen, wenn durch den Klimawandel die ersten Städte überschwemmt werden? Wer bezahlt die Milliarden schulden, die wir heute machen, morgen zurück? Und was passiert, wenn aufgrund des demografischen Wandels das Rentensystem zusammenbricht?

Der Konflikt besteht im Wesentlichen zwischen zwei Altersgruppen, die man vereinfacht als „die Jungen“ und „die Alten“ bezeichnen könnte. Auf der einen Seite stehen die Babyboomer – also die Vertreter der geburtenstarken Jahrgänge nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Babyboomer haben die Wirtschaftswunderzeit noch erlebt und sie sind zahlenmäßig noch immer die größte Alterskohorte im Land. Seit Jahrzehnten besetzen sie viele Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und bei den Medien.

Auf der anderen Seite stehen vor allem junge Menschen, die in den 80er-Jahren und später geboren wurden. Die Generation Y. Sie sind, so heißt es immer wieder, mit beruflich und privat schier unendlichen Möglichkeiten aufgewachsen, in erster Linie jedoch auf einem Selbstverwirklichungstrip, konsumgeil und unpolitisch. Das habe sich erst mit der sogenannten Generation Z geändert: Vollständig mit dem Internet sozialisiert und – wie es scheint – mit Themen wie Klima-Aktivismus und Black Lives Matter, zum ersten Mal seit Langem mal wieder so richtig politisiert. Auf Boomer folgt Zoomer. [...]

Die Politik ist sich selten schnell einig. Um eine Rezession zu verhindern, muss investiert werden – und zwar so schnell und so viel wie möglich. Doch nicht alle finden das gut. Der Politologe Jörg Tremmel lehrt an der Universität Tübingen. Er ist einer der Experten zum Thema „Generationengerechtigkeit“ in Deutschland.

„Politiker tun mit den Milliarden rumjonglieren, als käme es halt auf ein Dutzend mehr oder weniger auch gar nicht an. Und diese Whatever-it-takes-Einstellung halte ich für problematisch. Wenn es heißt, ein starker Sozialstaat ist gefordert wie nie zuvor und wir werden das Notwendige tun und wenn es nicht ausreicht, bessern wir nach. Niemand wird seinen Arbeitsplatz verlieren, etc. So als würden wirklich die Grundsätze der letzten Jahrzehnte nicht mehr gelten müssen.“

In Anlehnung an keinen geringeren als den amerikanischen Philosophen John Rawls mit seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ hat Tremmel 2012 seine „Theorie der Generationengerechtigkeit“ vorgelegt. Für ihn ist das staatliche Schuldenmachen geradezu die Blaupause des Generationenkonflikts: Das Geld, das wir uns heute über jahrzehntelang laufende Staatsanleihen besorgen, müssen die jüngeren Generationen morgen zurückzahlen. [...] Quang Paasch ist einer der Aktivisten von Fridays for Future. [...] Er erklärt, er gehört zur sogenannten Generation Z, wenn man so will die Generation Greta. Doch wer Paasch zuhört, möchte seine Altersgenossen aber am liebsten die Generation W nennen. W wie Weltschmerz.

„Weltschmerz ist Tatsache gerade so mein Lieblingswort, weil es für mich persönlich, aus meiner Realität her unsere Generation beschreibt. Nicht nur hier in Deutschland, sondern in ganz Europa und weltweit, weil wir einfach irgendwo auch vernetzt sind und wir ganz klar wissen, dass die Probleme im globalen Norden auch im globalen Süden existieren.“

Der Klimaaktivismus, das Kämpfen für die Menschen im globalen Süden, das Eintreten für benachteiligte ethnische und sexuelle Minderheiten, der Kampf gegen Rassismus. Alles hängt für Paasch zusammen, nichts und niemand ist unschuldig. W wie Weltschmerz.

W wie Woke! Das kommt von „to wake up“, also aufwachen und – wie immer noch die meisten Trends – aus den USA. Woke speist sich aus einer großen Portion Internetkultur. Es ist keine Ideologie, vielmehr eine Haltung: Die jungen Leute sind aufgewacht, sie haben endlich die Augen aufgemacht. Woke verbindet Konsumkritik, queeres Alternativdenken, Bürgerrechtsströmungen und erhebt einen moralischen Anspruch gegen ein Feindbild, das man wohl am ehesten als den „alten, weißen Mann“ beschreiben kann. [...]

In den vergangenen Monaten seien zwei Wörter zum Ausdruck [...] der jüngeren an die ältere [Generation] geworden: „Ok Boomer“. Der Ausdruck wurde 2019 zum Internetphänomen. Der Begriff ist laut New York Times das „Ende der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Generationen“. Mit ihm sagt die junge Generation den Babyboomern – also all jenen, denen es wirtschaftlich so unverschämt gut ging und die das Klima kaputtgemacht haben sollen – auf sozialen Netzwerken mit nur zwei Wörtern den Kampf an. [...]

Monika Queisser, die Direktorin für Sozialpolitik bei der OECD, findet es zwar gut und wichtig, dass junge Menschen für eine entschiedener Klimapolitik protestieren. Doch [...] sie sagt, dass Schlagwörter wie „OK Boomer“ die Sicht eher verstellen.

„Insofern finde ich, dass die Babyboomer-Generation häufig etwas plakativ und vereinfacht geführt wird und man doch im Detail hinschauen muss, wie viel an Transfers in Geld und Zeit zwischen den Generationen tatsächlich stattfinden und wer von diesen Transfers am meisten profitiert.“

Denn auch wenn es stimmt, dass das staatliche Umverteilung wie etwa das Rentensystem mit dem demografischen Wandel immer schwieriger wird: Die Babyboomer-Generation hat kräftig in ihre Kinder investiert. [...]

Rebecca Reinhart, die stellvertretende Chefredakteurin der Zeitschrift „Hohe Luft“ beobachtet, dass der Generationenkonflikt kein neues Phänomen ist.

„Das ist ein Topos, der Generationenkonflikt, der so alt ist wie die Menschheit selbst. Der überhaupt nichts zu tun hat mit der heutigen Zeit, sondern der einfach mit bestimmten Faktoren, biologischen Faktoren, zu tun hat. Dass nämlich junge Menschen mal sehr platt ausgedrückt ihre ganze Zeit noch vor sich haben. Die Alten hingegen nur noch relativ wenig Zeit vor sich haben, was auch mitbedingt, dass die Jungen die Alten überleben werden, und zwar nicht nur, was das reine Leben betrifft, sondern auch natürlich, was die ganzen Benefits betrifft, die das Leben noch bringt.“ [...]

Queisser gibt auch zu bedenken, dass sogar die Sache mit der Staatsverschuldung [...] in Wirklichkeit viel komplizierter ist: Denn in Zeiten von niedrigen oder gar negativen Zinsen kann es sich für spätere Generationen sogar finanziell lohnen, Schulden zu machen.

Auszüge aus einem Feature von Tassilo Hummel und Jan Karon, „Der neue Generationenkonflikt“, in: Deutschlandfunk Kultur vom 15. September 2020; www.deutschlandfunkkultur.de/ok-boomer-der-neue-generationenkonflikt-100.html

Der Schrumpfungsdiskurs ist eng mit dem Zuwanderungsdiskurs verknüpft. Mit Zugewanderten kommt Birg's Hochrechnung auf 46,1 Millionen Personen in 2100, also mehr als doppelt so viele, wie wenn nur die Nachfahren der 1998 in Deutschland lebenden deutschen Staatsbürger einberechnet werden würden. Diese Trennung suggeriert, dass Zugewanderte auch nach der dritten oder vierten Generation eine fremde Gruppe sind, wenn also beispielsweise die Ururgroßeltern aus einem anderen Land eingewandert sind. Zudem blendet es aus, dass es auch Kinder aus Partnerschaften von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt. Nicht nur die Schrumpfung, sondern vor allem der anteilmäßige Rückgang von Deutschen ohne Migrationshintergrund in Relation zu Zugewanderten prägt den Diskurs und führt bei manchen Menschen zu Angst vor Überfremdung und Integrationsproblemen. Dieser Diskurs ist auf eine erhebliche Resonanz gestoßen, so hat sich die zu Recht umstrittene Streitschrift Thilo Sarrazins zum demografischen Wandel „Deutschland schafft sich ab“ aus dem Jahr 2010 mehr als 1,5 Millionen Mal verkauft. Das frühere SPD-Mitglied Sarrazin wurde 2020 aufgrund seiner kontroversen und rassistischen Aussagen aus der Partei ausgeschlossen.

Auch durch dieses Beispiel wird deutlich, dass demografische Prognosen sich nach wie vor dazu eignen, Schreckensszenarien zu zeichnen und unbegründete Ängste zu schüren – und zwar immer dann, wenn einzelne, von anderen Faktoren isolierte Trends unter bestimmten Annahmen lange genug in die Zukunft fortgeschrieben werden. Wissenschaftliche Ansprüche erfüllen diese Prognosen dabei nicht.

Beim Diskurs zur Schrumpfung überrascht, dass die Bevölkerung Deutschlands bisher nicht nennenswert geschrumpft ist, sie liegt 2020 bei 83,2 Millionen und damit höher als in den vergangenen Jahrzehnten. Der Schrumpfungsdiskurs basiert auf der Erwartung der Zukunft, die in der Altersstruktur mit weniger Kindern und potenziellen zukünftigen Müttern angelegt ist. Anfang des Jahres 2015, als die Fluchtbewegung 2015/16 noch nicht absehbar war, lagen die beiden mittleren Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes für 2060 bei einer Einwohnerzahl zwischen 67,6 Millionen und 73,1 Millionen Menschen. Gegenüber den 80,8 Millionen Einwohnern in 2013 wäre das eine Schrumpfung von 8 bis 13 Millionen gewesen.

Einige Regionen schrumpfen bereits seit Jahrzehnten infolge von Binnenwanderung und Alterung, die vor allem ländliche Gebiete in Ostdeutschland und in Norddeutschland betreffen. Aussterbende Dörfer sind vereinzelt bereits Realität und zeichnen sich in immer mehr Regionen ab. Dies schürt auch Ängste bei der dort lebenden Bevölkerung vor einer Verödung ihrer Heimat und einem Rückgang der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu kommt die Sorge, dass gerade aus diesen Regionen immer mehr junge Menschen abwandern.

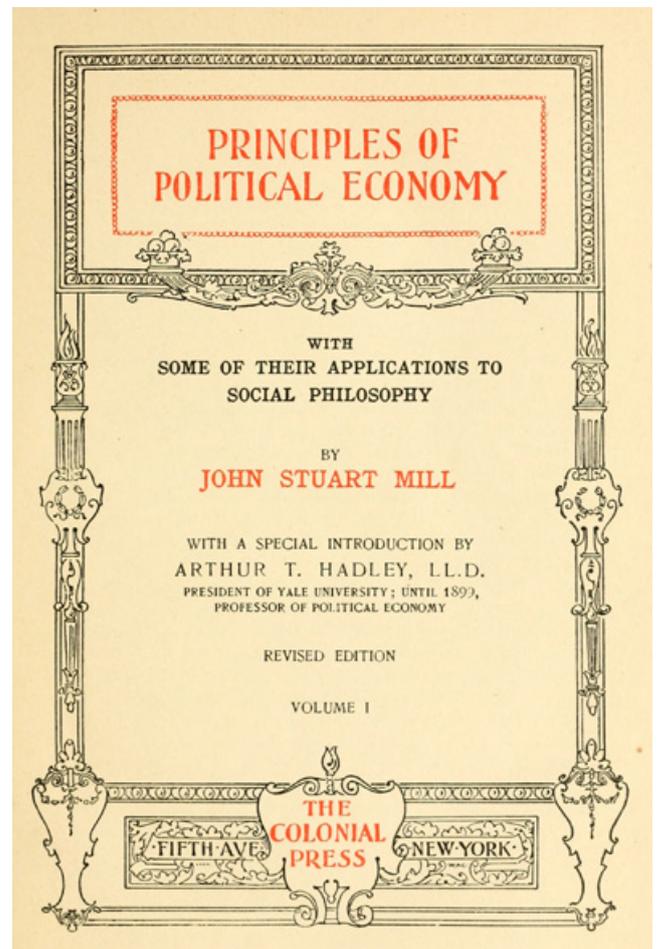
Gibt es ein Bevölkerungsoptimum?

Angesichts der Vehemenz der Diskurse (und der demografischen Folgen) und immer dann, wenn der Abstand zwischen Bestandserhaltungsniveau und Geburtenrate längere Zeit sehr groß ist, wird gelegentlich über ein Bevölkerungsoptimum diskutiert. Bereits 1848 beschäftigte diese Frage den britischen Ökonomen John Stuart Mill. Zumindest implizit gehen viele Menschen von einem Bevölkerungsoptimum aus, also einem Gleichgewicht der Generationengröße, die sich beispielsweise auch in der Zwei-Kind-Norm widerspiegelt. Viele Diskurse tra-

gen zu einer gesellschaftlichen Überzeugung bei, wonach eine stabile Bevölkerungsstruktur als Ideal angesehen wird. Allerdings gibt es auch Stimmen, die ein Wachstum der Bevölkerung des eigenen Landes befürworten, und solche, die einen Rückgang der eigenen Bevölkerung für optimal halten.

Aus demografisch-historischer Sicht ist es unrealistisch zu erwarten, dass sich die Geburtenrate dauerhaft auf ein Bestandserhaltungsniveau von genau 2,1 einpendelt. Die Gleichgewichtsthese der Theorie zum Demografischen Übergang hat sich nicht eingelöst, dazu sind die weltweiten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu komplex. Andererseits gibt es durch die Folgen demografischer Ungleichgewichte und die Diskurse teilweise Kräfte, die in Richtung eines Bevölkerungsoptimums wirken. Die Frage ist, inwieweit Geburtenraten zwischen 1,5 und 2,5, die Nettoerproduktionsraten von 0,7 bis 1,2 entsprechen, nicht als gewisses Gleichgewicht interpretiert werden können. Zumal es auch andere demografische Faktoren wie Bevölkerungswanderungen gibt und Geburtenraten selten über mehrere Generationen das exakte gleiche Niveau behalten.

Dazu kommt, dass Überlegungen zum Bevölkerungsoptimum und zu Geburtenraten auf aggregierten Zahlen beruhen, also auf der Summe vieler individueller Entscheidungen. Die Entscheidung für eine bestimmte Kinderzahl oder für ein Leben ohne eigene Kinder ist hochgradig individuell und eine im Grundgesetz geschützte Freiheit. Der Einfluss der Politik ist hier aus gutem Grund begrenzt.



Das einschlägige Werk „Grundsätze der politischen Ökonomie“ von John Stuart Mill erschien erstmalig 1848 in zwei Bänden; hier eine Neuauflage

Charakteristika des demografischen Diskurses

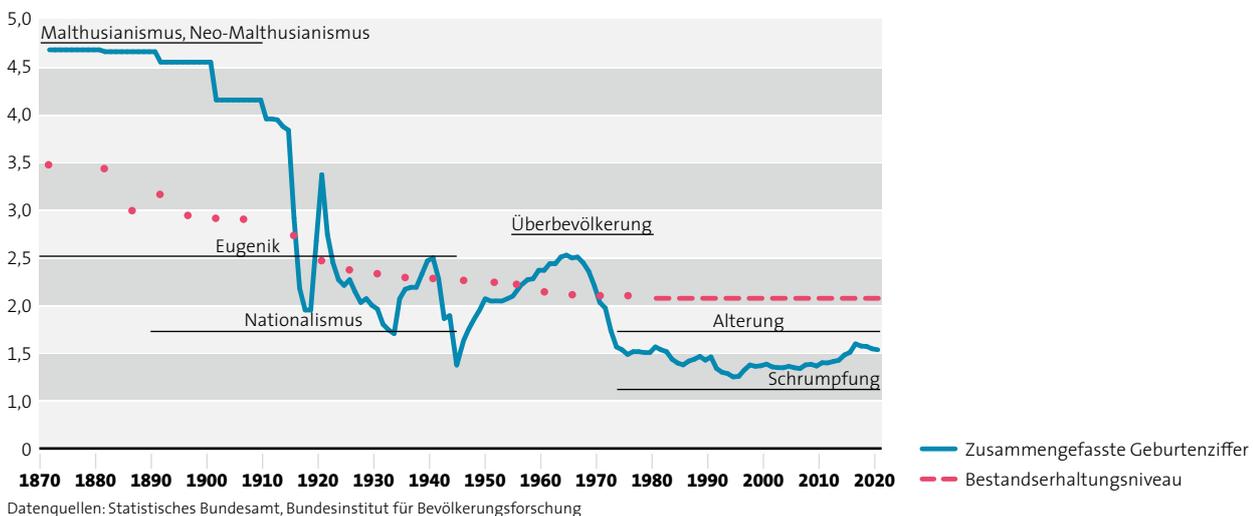
Im Laufe der Jahrhunderte haben sich einige Grundmotive in den demografischen Diskursen immer wieder wiederholt. Tabelle und Grafik geben einen Überblick zu den Hauptphasen der skizzierten sechs Diskurse und zur Geburtenentwicklung. Das Bestandhaltungsniveau in der Grafik gibt an, wie hoch die Geburtenrate sein müsste, um die Müttergeneration zu ersetzen. Diese liegt seit den 1960er-Jahren um 2,1 Kinder pro Frau, im 19. Jahrhundert war sie aufgrund der hohen Sterblichkeit höher. Liegt die Geburtenrate über dem Bestandserhaltungsniveau, wächst die Bevölkerung. In diesen Phasen ist die Sorge vor Überbevölkerung prägend, sei es im Malthusianismus, dem Neomalthusianismus oder im (weltweiten) Überbevölkerungsdiskurs in der Sozialpolitik bezüglich der Länder des globalen Südens oder in der Ökologie. Liegt die Geburtenrate dagegen unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus, dominieren Diskurse der Alterung, der Schrumpfung und des Rückgangs der nationalen Bedeutung, im Nationalismus vor allem in Relation zu anderen Staaten.

Die Diskurse haben fünf Besonderheiten: Erstens sind sie oft mit elementaren Ängsten verbunden. Zweitens können

sie sich zwischen dem länderspezifischen und dem weltweiten Diskurs unterscheiden. So gibt es gegenwärtig in vielen europäischen und ostasiatischen Ländern einen Diskurs über Schrumpfung und Alterung im eigenen Land und gleichzeitig über die weltweite Überbevölkerung. Drittens sind Diskurse zum demografischen Wandel oft mit anderen Diskursen verschränkt oder überlagert, beispielsweise mit der Reform des Wohlfahrtsstaats, dem Feminismus oder der Ökologie. Viertens werden die Diskurse von Zahlen geprägt, was ihnen eine starke Wirkungsmacht verleiht. Es gibt eine hohe Akzeptanz numerischer Argumente und eine leichte Verständlichkeit bei Grafiken. Dies erleichtert es, je nach Argumentationsziel vor Überbevölkerung, Alterung oder Schrumpfung zu warnen. Fünftens betreffen die Diskurse letztlich private und intime Entscheidungen und können zu staatlicher Einflussnahme in diese Privatsphäre führen. Dies kann einerseits ethisch fragwürdige Maßnahmen zur Folge haben, andererseits aber auch eine Verbesserung der Familienpolitik. Ein verantwortungsvoller Umgang ist bei diesen Diskursen und der Auswahl der gezeigten Statistiken zwingend erforderlich.

Diskurs	Zeitraum	Geburtenrate (in Deut.)	Einschätzung der Geburtenrate	Sorge	Davon abgeleitete Strategien
Malthusianismus Neo-Malthusianismus	ca. 1803–1910	3–5	Zu hoch	Nahrungsmittelknappheit, Menschen verhungern	Geburtenkontrolle, z.T. Armenunterstützung reduzieren
Eugenik	ca. 1865–1945	1,5–5	Zu hoch / zu niedrig, je nach Bevölkerungsgruppe	Genetik der Bevölkerung, die vermeintlich „Falschen“ pflanzen sich fort	Weniger Geburten von angeblich „unfähigen Eltern“, „Zucht guter Gene“
Nationalismus	ca. 1890–1945	1,5–4,5	Zu wenig im Vergleich zu anderen Nationen	Geringe Geltung der Nation im Vergleich zu anderen	Mehr (deutsche) Kinder
Überbevölkerung	seit ca. 1955, vor allem 1960–80	1,5–2,5	Zu hoch (weltweit)	Globale Perspektive, Knappheit Nahrungsmittel und Ressourcen, ökologischer Fußabdruck	Familienplanung, Sexualaufklärung im globalen Süden
Alterung	seit ca. 1973	1,2–1,7	Zu niedrig	Überlastung der Sozial- systeme, Fachkräftemangel	Rentenreformen, Familienpolitik
Schrumpfung	seit ca. 1973	1,2–1,7	Zu niedrig	Deutschland stirbt aus bzw. verliert an Bedeutung	Familienpolitik, Zuwanderung

Diskurse und Geburtenrate in Deutschland im Zeitverlauf





Gesellschaftliche Normen, rationale Überlegungen, das soziale Umfeld und Verhütungsmethoden beeinflussen die Geburtenentwicklung (li.o. – re.u.): eine typische Zwei-Kind-Familie beim Rodeln in der Eifel im Januar 2022, ein Vater bringt im Februar 2022 vor der Arbeit seine Kinder in eine Darmstädter Kita, drei Generationen einer Bonner Großfamilie posieren im Dezember 2021 für eine Fotografin, eine Frau verhütet mit der Antibabypille (Symbolbild) und im Januar 2022 besuchen mehrere Familien mit Kindern unterschiedlichen Alters einen Wildpark in Schleswig-Holstein.

MARTIN BUJARD

Die Ursachen der Geburtenentwicklung

Entscheidungen für oder gegen Kinder – und die aus diesen resultierende Geburtenentwicklung – werden von verschiedenen individuellen, gesellschaftlichen und politischen Faktoren beeinflusst.

Warum bekommen Menschen überhaupt Nachwuchs?

Da die Geburtenentwicklung die zentrale Ursache für den demografischen Wandel darstellt, lohnt sich ein Blick auf die Ursachen der aktuellen Geburtenentwicklung. Zwischen Deutschland und anderen modernen Industrieländern gibt es dabei Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede. Zur Erklärung dieses Phänomens lassen sich Theorien aus Soziologie, Demografie, Mikroökonomie und Sozialpsychologie heranziehen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Faktoren Geld, Frauenerwerbstätigkeit, Gleichstellung, Familienpolitik, Partnerwahl sowie der Zugang und die Einstellungen zu Verhütungsmitteln. Die grundsätzliche Frage, warum Menschen Kinder bekommen, kann am besten unter Einbezug der verschiedenen Dimensionen, die bei einer Entscheidung für oder gegen Kinder wichtig sind, beantwortet werden:

Normen: Das Fertilitätsverhalten, also ob und wie viele Kinder jemand haben möchte und bekommt, hängt von vielen Faktoren ab. Werden junge Erwachsene gefragt, ist die Antwort auf den Kinderwunsch oft „zwei Kinder“. Dies ist die Norm und zeigt sich beispielsweise in der eigenen Familie, im Freundeskreis oder in den Medien als typisches Bild einer Familie – sozusagen als Familienleitbild. Solche Normen sind sehr wirkungsvoll, entstehen unbewusst und werden vielfach nicht hinterfragt, sondern übernommen. Insofern spielen auch normative Faktoren wie Wertewandel, egalitäre Geschlechterrollen sowie die kulturell geprägte Akzeptanz von kinderreichen Familien eine wichtige Rolle.

Rationale Abwägung: Wenn über Vor- und Nachteile von Kindern abgewogen wird, fließen mehrere Argumente ein: Einerseits empfinden viele Menschen Kinder als sinnstiftend und ihr Leben bereichernd, sie gefallen sich in der Rolle von Mama oder Papa und wollen Kinder erziehen und prägen. Oft gibt es gesellschaftliche Anerkennung für Mütter und Väter, insbesondere von den eigenen Eltern, die sich wiederum über Enkelkinder freuen. Andererseits kosten Kinder Geld, und das in der Regel mindestens 18 Jahre lang. Auch können Kinder das eigene Leben einschränken, da neben der Verantwortung für das eigene Leben nun die Verantwortung für die Kinder hinzukommt. So müssen Kinder bei der Alltagsbewältigung und -planung oder auch bei der Urlaubsgestaltung eingeplant werden und limitieren möglicherweise Reiseziele, Hobbys und Unternehmungen mit Freundinnen und Freunden. Insbesondere für Frauen bedeuten Kinder meistens eine Unterbrechung der Ausbildung bzw. der Erwerbstätigkeit, was auch zu beruflichen Nachteilen oder einem Karriereknick führen kann. Zudem sind Frauen während Mutterschutz und Elternzeit häufig finanziell abhängig von ihrem Partner.

In die rationale Abwägung fließen auch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen wie beispielsweise die Verfügbarkeit von Kitaplätzen, Ganztagsschulangeboten, die Unterstützung des Arbeitgebers bei familienbedingten Unterbrechungen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die kommunale Familienfreundlichkeit hinsichtlich verkehrsberuhigter Wohngegenden und Spielplätzen mit ein. Auch das eigene soziale Netzwerk spielt eine wichtige Rolle: So sind beispielsweise Großeltern, die bei der Kinderbetreuung helfen können, oftmals ein wichtiger Faktor für eine Pro-Kind-Entscheidung.

Sexualität, Verhütung und Fruchtbarkeit: Eine andere Dimension ist die Frage nach Sexualität und Verhütung und die biologische Fähigkeit, Kinder zu zeugen. Durch moderne Ver-

hütungsmittel sind Sexualität und Schwangerschaft heute weitgehend entkoppelt. Noch bis in die 1960er-Jahre war Sexualität immer auch mit dem Risiko einer (ungewollten) Schwangerschaft verbunden. Sexualität ist, von den knapp 3 Prozent der Geburten mit künstlicher Befruchtung abgesehen, heute meistens noch eine Voraussetzung, um Kinder zu bekommen. Mit zunehmendem Alter sinkt die Fruchtbarkeit, bei Frauen setzt dies vor allem ab Anfang 30 ein und verstärkt sich ab Mitte 30 zunehmend. Aber auch bei Männern sinkt die Fruchtbarkeit, allerdings in deutlich späterem Alter. Das Nachlassen der Fruchtbarkeit mit dem Alter ist allerdings individuell sehr unterschiedlich und wird von Faktoren wie beispielsweise Rauchen oder Über- und Untergewicht beeinflusst. Zudem gibt es Menschen, die aus verschiedenen medizinischen Gründen keine Kinder bekommen können.

Timing von Geburten: Der abstrakte Kinderwunsch ist das eine, die konkrete Entscheidung für Kinder das andere. Diese findet zu bestimmten Zeitpunkten im Lebensverlauf statt. Beispielsweise kann jemand mit 20 Jahren angeben, dass sie/er zwei Kinder haben möchte, die Realisierung ist aber erst mit Anfang 30 ein Thema, wenn er/sie beruflich angekommen ist und wenn ein Kind in die Lebensphase passt. Durch das Aufschieben des Kinderwunsches bleiben biografische Optionen wie Wohnortwechsel, Backpack-Reisen oder aufwändige und zeitintensive Hobbys länger möglich. In diese Abwägung fließt möglicherweise auch das eigene zunehmende Alter ein; auch Torschlusspanik kann hierbei eine Rolle spielen.

Partnerdimension: Die Entscheidung für Kinder und das Fertilitätsverhalten inklusive der Verhütung ist meist eine gemeinsame Entscheidung auf partnerschaftlicher Ebene. Dabei werden die beruflichen Biografien heute meist aufeinander abgestimmt, nicht selten leben Paare aufgrund ihres Arbeitsplatzes in verschiedenen Städten. Das Zusammenziehen in eine gemeinsame Wohnung ist fast immer eine Voraussetzung für die Geburt eines gemeinsamen Kindes. Auch muss es für beide in Hinblick auf die jeweilige Lebenssituation passen. Wenn nur eine/r von beiden Kinder möchte, wird der Kinderwunsch in der Regel nicht umgesetzt oder aufgeschoben.

Letztlich ist die Entscheidung für Kinder hochgradig komplex, da sie im Lebensverlauf über mehr als zwei Jahrzehnte stattfindet und Partnerschaft, biologische Fruchtbarkeit und Sexualität ebenso wie Beruf, Geld, Wohnsituation und familienpolitische Rahmenbedingungen sowie letztlich die persönlichen Lebensziele eine wichtige Rolle spielen. Diese Faktoren haben sich im Laufe der Zeit grundlegend geändert.

Zwei Geburtenrückgänge – unterschiedliche Ursachen

Der Erste Geburtenrückgang zwischen 1870 und 1920 war die Folge der zuvor gesunkenen Säuglings- und Kindersterblichkeit. Um mit einer großen Wahrscheinlichkeit zwei Kinder zu haben, die das Erwachsenenalter erreichen und dann selbst Kinder bekommen können, waren zuvor vier Kinder notwendig. Dadurch, dass die Säuglings- und Kindersterblichkeit im Kaiserreich so stark zurückging, war diese Absicherung nun auch mit zwei Kindern pro Frau möglich. Parallel dazu verbesserten sich die technischen Möglichkeiten von Verhütungsmitteln, damals vor allem Kondome und Spiralen, sowie ihre Verfügbarkeit. Auch die Vorstellungen zur gewünschten Kin-



Das Aktionszentrum „Kritischer Katholikentag“ setzt sich auf dem Deutschen Katholikentag 1968 u. a. mit einer eigenen Zeitschrift für eine veränderte Sexualmoral ein.

derzahl veränderten sich. Insbesondere bei gebildeten Personen, zunächst bei Lehrenden und Beamtinnen und Beamten, etablierte sich eine Zwei- oder Drei-Kind-Norm, wobei zeitgleich die Investitionen in Erziehung und Bildung verstärkt wurden. Wie später der Zweite Geburtenrückgang wurde der Erste Geburtenrückgang auch von einer Emanzipationsbewegung begleitet und breitete sich zunächst in gebildeteren Schichten sowie in Städten aus und wurde im Anschluss auch von den weiteren gesellschaftlichen Schichten übernommen.

Die Bedeutung von Kindern hat sich im Laufe der Zeit verändert. Bis Ende des 19. Jahrhunderts und teilweise bis Mitte des 20. Jahrhunderts waren eigene Kinder für die Alterssicherung sowie zur Absicherung weiterer Lebensrisiken wie Krankheit oder Pflege notwendig. Durch die Einführung der Rentenversicherung und anderer Sozialversicherungen unter Reichskanzler Otto von Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts löste sich dieser Zusammenhang zunehmend auf. Die Kollektivierung des Risikos individueller Kinderlosigkeit für die Altersabsicherung wurde in den folgenden Jahrzehnten ausgebaut, vor allem durch die zunehmende Zahl an Anspruchsberechtigten, die Absicherungen mehrerer Lebensrisiken und zuletzt die Dynamisierung der Altersrente unter dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer.

Zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs, der etwa Mitte der 1960er-Jahre einsetzte, waren eigene Kinder für die Alterssicherung nicht mehr erforderlich. Auch die Bedeutung von Kindern als Erben des eigenen Landwirtschafts- oder Handwerksbetriebs ließ durch den Wandel des Arbeitsmarktes und der Transformation von der Agrar- zur Industrie- bzw. Dienstleistungsgesellschaft nach. Der „Wert von Kindern“ (*Value of*

Children-Theorie) ist seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weniger mit ökonomischen Funktionen verbunden. Als Motivation für Kinder und ihren „Wert“ werden seitdem vor allem die Weitergabe des eigenen Namens und der eigenen Gene, die Vermittlung von Werten und Bildung sowie ein bestimmter gesellschaftlicher Status genannt.

Zentrale Faktoren des Zweiten Geburtenrückgangs waren die Emanzipation vieler Frauen sowie Fortschritte bei den Verhütungsmitteln wie hormonelle Kontrazeptiva („Pille“) und die Spirale, die weitaus sicherer waren als vorige Verhütungsmethoden. Kinder zu haben wurde zu einer von mehreren Optionen im Lebenslauf und Fortpflanzung und Sexualität letztendlich voneinander getrennt. Dies alles hat in einem dynamischen Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Veränderungen zum Zweiten Geburtenrückgang geführt. In diesem Zusammenhang müssen auch die Faktoren Individualisierung, geänderte Geschlechterrollen und Säkularisierung sowie ein umfassender Wertewandel, der die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensformen und die Sexualmoral weitreichend veränderte, genannt werden.

Emanzipation der Frauen und Aufschub der Geburten

In Westeuropa und der früheren Bundesrepublik ist die Emanzipation von Frauen eng verbunden mit der Bildungsexpansion und dem Wandel zur Dienstleistungsökonomie. Dadurch sind die beruflichen Bestrebungen von Frauen ebenso gestiegen wie ihre beruflichen Optionen und Verdienstmöglichkeiten. Infolge dessen sind die Opportunitätskosten von Kindern, also der durch die berufliche Unterbrechung entgangene Verdienst, gestiegen: Die Entscheidung für Kinder führte vor einigen Jahrzehnten häufig zu einer mehrjährigen oder gar dauerhaften Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und Karriereentwicklung, welche mit höherer Bildung der Frauen „teurer“ waren, da sie auf mehr Gehalt verzichten mussten. Aber auch die biografischen Optionen außerhalb der Erwerbstätigkeit wie große Reisen, Erfahrungen in unterschiedlichen Beziehungen und Selbstverwirklichung sind durch einen Aufschub der ersten Geburten länger möglich.

Die dauerhafte Kinderlosigkeit von Frauen lag bei den in den 1940er-Jahren geborenen Frauen bei rund 12 Prozent und stieg



Schwangerschaften, Feste und Influencerinnen

[...] Annika Schutt [Gynäkologin, Ende 30] ist unfreiwillig Teil einer immer größer werdenden gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Heute gibt es nicht nur die Babyparty kurz vor der Geburt im Kreise der besten Freundinnen. Seit einer Weile ist – auch in Deutschland – die Tatsache, dass das Geschlecht feststeht, ein Anlass für eine Überraschungsparty mit den Freunden, auch den Männern, überhaupt der gesamten social-media-Followerschaft. Die sogenannte Genderzeugin, etwa die beste Freundin oder die Schwester, organisiert das Fest, die werdenden Eltern erfahren vor versammelter Mannschaft und laufender Kamera, ob sie einen Jungen oder ein Mädchen bekommen, indem sie eine Torte anschneiden und der Teig rosa oder blau eingefärbt ist. [...]

[Die Gender-Reveal-Partys] sind auch nur ein Baustein des großen Boheis, das zunehmend um die Schwangerschaft gemacht wird. Sicher liegt – sofern alles gut geht – am Ende einer Schwangerschaft ein alles veränderndes Lebensereignis. Alles verändert sich aber heute häufig schon mit dem positiven Test. Eine Schwangerschaft mutet zunehmend wie die Adventszeit vor Weihnachten an, nur eben nicht vier Wochen lang, sondern neun Monate. [...]

Annika Schutt, die eigentlich anders heißt, sagt: „Die Schwangerschaft wird zunehmend verdinglicht.“ Schuld daran sind nicht allein schwangere Influencerinnen, die jedes Ziehen im Bauch öffentlich dokumentieren, sich im Konsum ausleben und damit viel Geld verdienen, denn mit nichts erreichen sie die Zielgruppe besser als mit hoch emotionalem, persönlichem Content. Die Industrie hält anschließend einfach die Hand auf. Die sogenannte „mom Economy“ machte in den Vereinigten Staaten 2019 46 Milliarden Dollar Umsatz. Auch in Deutschland ist der Umsatz mit Produkten rund um Schwangerschaft, Geburt und das Kleinkindalter (0 bis zwei Jahre) von 2,4 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf knapp 2,6 Milliarden 2019 gestiegen, wie das Kölner Institut für Handelsforschung berechnet hat. [2020] [...] sank der Wert leicht. [...]

[Als Assistenzärztin in der Klinik] arbeitete Schutt irgendwann auch in der Kinderwunschbehandlung. Auch auf diesem Feld sei es irgendwann losgegangen mit dem Bohei – in Verbindung mit einer erstaunlichen Anspruchshaltung. Zu ihr seien Frauen zum Embryotransfer mit T-Shirts gekommen, auf denen „Mama“ steht. Oder: „Upload läuft“. Oder: „Mum to be“. „Sie kamen rein und sagten: ‚Ich hole mir jetzt mein Baby ab.‘ Und ich dachte in solchen Momenten: ‚Nein, sie bekommen ein Embryo transferiert. Wenn sie Glück haben, mit ungefähr 37,5 Prozent Wahrscheinlichkeit, werden Sie schwanger. Die Chance, dass Sie ein Kind bekommen, liegt für diesen Zyklus bei etwa 28,1 Prozent“

Mittlerweile, in der Praxis, wird sie von den Patientinnen häufig gebeten, bitte darauf zu achten, dass die Ultraschallfotos schön sind. „Häufig muss es ein tolles Bild sein, das sie posten können. [...]“

Schutt freut sich für jeden, dessen Kinderwunsch in Erfüllung geht. Aber sie sagt auch: „Da ist ganz schön viel aus den Fugen geraten. Eine Schwangerschaft wird häufig nicht mehr als die Sache an sich gesehen, sondern als das, was noch drum herum passiert.“ Es könnte ihr egal sein, jeder zieht eben aus anderen Quellen sein Glück. In einer individualistischen Gesellschaft kann jeder leben, wie er mag. Aber das Gewese um die Schwangerschaft ist etwas anderes, als eine große Hoch-

zeit zu feiern, ein halbes Jahr auf einem Segelboot zu verbringen oder sich vegan zu ernähren. [...]

Die Chance, ein gesundes Kind zur Welt zu bringen, ist auch im zweiten Trimester, in dem die Gender-Reveal-Partys typischerweise gefeiert werden, keineswegs ausgemachte Sache [...]. Carly Gieseler [...] ist Kommunikationswissenschaftlerin und beschäftigt sich am York College der City University of New York mit Geschlechterrollen. [...] Auch Gieseler sieht die direkte Verbindung zu den sozialen Medien. „Die Gender-Reveal-Partys sind sehr viel extremer als die traditionellen babyshowers kurz vor der Geburt“, sagt Gieseler. „Hier geht es um die Fragen: Wie kann ich den größtmöglichen Eindruck machen? Wie kann ich so viele Menschen wie möglich erreichen?“ [...]

„Man gibt vor, dass es ein Fest für das ungeborene Kind ist“, sagt Carly Gieseler. „Aber eigentlich ist es das Paar, das sich selbst feiert.“

Auch Annika Schutt sagt, beim Tamtam um die Schwangerschaft sei das Kind allenfalls zweitrangig. Im Mittelpunkt steht die werdende Mutter. „Und Themen, mit denen sich unsere Gesellschaft eigentlich auseinandersetzt, nämlich Nachhaltigkeit und Geschlechterfragen, sind auf einmal vergessen“, sagt Schutt. Auf einmal gehe es zum Beispiel nicht mehr darum, was man wirklich braucht, also einen Kinderwagen, ein Bett, einen Wickeltisch, fünf Body's, drei Strampler, eine Mütze. Auf einmal ist es in Ordnung, dass das Kinderzimmer schon vor der Geburt eingerichtet ist, ein farbliches Thema hat, der Schrank voll ist mit Kleidern. „Für das Kinderzimmer scheint immer Geld da zu sein, aber für den Abstrich auf Streptokokken kurz vor der Geburt häufig nicht.“

Oder Thema Geschlecht: „Ausgerechnet in einer Zeit, in der die Geschlechtergrenzen fallen, versichern wir uns mit einer Party des binären Systems“, kritisiert Carly Gieseler [...].

An die Geschlechterstereotypisierung im Wirbel um die Schwangerschaft knüpft sich allerdings noch eine andere Frage an: Was macht das mit Frauen? [...] Carly Gieseler und Annika Schutt haben aber auch festgestellt, dass das Umfeld Frauen auf diese Weise nur auf die eine Rolle reduziert. „Bei diesen Feierlichkeiten besteht die Frau praktisch nur noch aus Babybauch“, sagt Gieseler. Und Schutt meint: „Immer wieder hören Schwangere: ‚Setz dich hin, du bist schwanger. Du musst trinken, du bist schwanger. Du musst essen, du bist schwanger.‘ [...]“

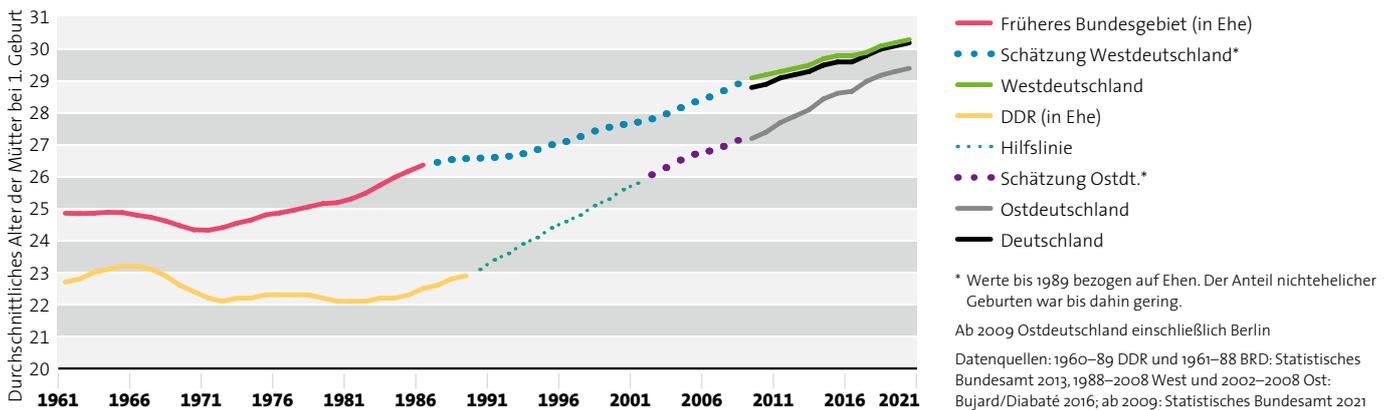
Und die Entwicklung wirft gleich noch eine Frage auf: Welches Bild von der Bedeutung des Geschlechts propagiert die sogenannte westliche Wertegemeinschaft eigentlich in einer Zeit, in der an anderen Orten noch immer weibliche Föten abgetrieben werden und Jungs mehr zählen als Mädchen? „Das ist beinahe ein Wiederhall dieser Art von Traditionen“, sagt Gieseler.

Absurde Feste, sinnloser Konsum und beides bedeutungs-schwer aufgeladen: Das Bohei um die Schwangerschaft trifft einen Nerv in der ich-Gesellschaft. Das Gefühl des Babyglücks ist praktischerweise käuflich. Nur: Kein Geld der Welt garantiert, dass es sich erfüllt. [...]

Jennifer Wiebking, „Das Gewese um die Schwangerschaft“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 7. November 2021; © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Erstgeburtsalter in West- und Ostdeutschland

1960–2020



bei den Ende der 1960er-Jahre Geborenen auf 21 Prozent. Bei Akademikerinnen stieg die Kinderlosigkeit in der Zeit sogar auf knapp 30 Prozent.

Kinderlosigkeit bedeutet allerdings nicht zwingend, dass sich die Frauen und Männer bewusst für ein Leben ohne Kinder entschieden haben. Mehrere Umfragen zeigen, dass etwa zwischen sechs und acht Prozent der jungen Erwachsenen keine Kinder bekommen möchten oder Kinderlosigkeit für ideal halten. Im gesamten Leben unfruchtbar sind weniger als fünf Prozent. Ab einem Alter von Ende 40 lässt sich bei Frauen eine dauerhafte Kinderlosigkeit feststellen – bei den um 1970 geborenen Frauen sind dies 21 Prozent. Gut die Hälfte von ihnen wollte ursprünglich eigene Kinder bekommen und war dazu auch biologisch in der Lage. Ihre Kinderlosigkeit ist daher durch ein permanentes Aufschieben des Kinderwunsches entstanden, weil es beispielsweise in bestimmten Phasen vielleicht beruflich nicht passend war, die finanzielle Absicherung fehlte, der Partner noch nicht wollte, kein Partner vorhanden war oder gesundheitliche Probleme auftraten. Kinderlosigkeit kann also gewollt sein, biologisch begründet oder sich im Lebensverlauf ungewollt ergeben.

Das Alter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes ist seit Beginn der 1970er-Jahre immer weiter gestiegen. Es lag in der früheren Bundesrepublik 1970 bei 24 Jahren, in den 1990er-Jahren bei 27 und inzwischen bei 30 Jahren. In der ehemaligen DDR wurden Frauen in den 1970er- und 1980er-Jahren durchschnittlich im Alter von 22–23 Jahren erstmals Mutter. Die großen Unterschiede im Erstgeburtsalter zwischen West- und Ostdeutschland haben sich nach der Wiedervereinigung reduziert, das Geburtsverhalten der ostdeutschen Frauen hat sich nach und nach an das westdeutsche angepasst. Im Jahr 2020 lag das Erstgeburtsalter bei 30,2 Jahren (West 30,3 und Ost 29,4). Bei Akademikerinnen liegt das Erstgeburtsalter bei 32 Jahren, mehr als die Hälfte ist mit 35 Jahren noch kinderlos.

Während die Zahl der Geburten von Frauen unter 30 Jahren immer weiter zurückgehen, werden zunehmend Geburten im Alter von über 30 Jahren zur Norm. Allerdings werden nicht alle Geburten, die von Frauen im jüngeren Alter nicht realisiert werden konnten, zu einem späteren Zeitpunkt im Leben „nachgeholt“. Dadurch sinkt die durchschnittliche endgültige Kinderzahl pro Frau aktuell.

Die Fortpflanzungsmedizin kann durch künstliche Befruchtung (In-vitro-Fertilisation, IVF) einigen Paaren helfen, den Kinderwunsch umzusetzen. Etwa 2,7 Prozent der Geburten,

21 385 nach Behandlungen im Jahr 2018, kommen dadurch zur Welt. Die Erfolgsrate pro Embryotransfer beträgt lediglich 23,5 Prozent in 2019 für alle Altersgruppen zusammen.

Mit ansteigendem Alter der Frauen nimmt sie ebenfalls ab: Mit 26 bis 32 Jahren liegt die Erfolgsrate von IVF bei über 30 Prozent, mit 40 Jahren nur bei 13 Prozent, wobei die Rate an Fehlgeburten und das Risiko gesundheitlicher Schäden für das Kind wie Trisomie 21 oder Schwangerschaftskomplikationen für die Mutter zunehmen. Die Fortpflanzungsmedizin kann auf individueller Ebene helfen, die Probleme niedriger Geburtenraten und des fortwährenden Aufschiebs der Geburten kann sie jedoch nicht lösen.

Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Schlüssel

Mit Geburtenraten zwischen 1,2 und 1,4 Kindern pro Frau war Deutschland lange Zeit eines der Schlusslichter im internationalen Vergleich, insbesondere in Europa und im Vergleich zu den übrigen in der OECD (engl. für *Organisation for Economic Co-operation and Development*) organisierten wohlhabenden Demokratien in Nordamerika, Australien oder Ostasien. Ein Vergleich der Geburtenentwicklung in den OECD-Ländern zeigt, dass ein interessanter Zusammenhang zwischen Geburtenrate und Frauenerwerbsquote besteht: Während in den 1970er-Jahren Länder mit einer höheren Frauenerwerbsquote niedrigere Geburtenraten hatten, also scheinbar beides in Widerspruch stand, hat sich dieser Zusammenhang in den 1980er-Jahren gedreht. Seit den 1990er-Jahren zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und Geburtenrate. In den Ländern, in denen Frauen und Mütter stärker berufstätig sind, haben diese auch mehr Kinder. Beispiele hierfür sind die skandinavischen Länder, aber auch Frankreich, die USA oder Australien. Umgekehrt waren die Kennwerte Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate in Südeuropa, Japan, Südkorea sowie Österreich und der Bundesrepublik Deutschland niedrig.

Der entscheidende Faktor für dieses Phänomen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies betrifft familienpolitische Maßnahmen wie Kleinkindbetreuung und Ganztagschulen, aber auch gesellschaftliche Normen, die Emanzipation von Frauen, Gleichstellung und die Erwerbstätigkeit von Müttern (sowie



Ganztagschulen und Kitastätten erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Im September 2008 richtet ein Koch in der Mensa eines Münchener Gymnasiums Salatteller für die Mittagspause der Schülerinnen und Schüler an. Im Oktober 2019 wird in Berlin die frisch unterschriebene Vereinbarung zum Gute-KiTa-Gesetz präsentiert.

die Familienarbeit von Vätern). Denn es macht einen großen Unterschied, ob die Entscheidung für ein Kind eine dreijährige berufliche Auszeit mit im Anschluss zehn Jahren Teilzeitarbeit bedeutet oder nur eine einjährige Unterbrechung. Den oben genannten Gründen für ungewollte Kinderlosigkeit lässt sich durch Vereinbarkeitspolitik teilweise entgegenwirken. Wichtig ist aber auch eine gesellschaftliche Akzeptanz von arbeitenden Müttern und Fremdbetreuung. Letztere beinhaltet nicht zuletzt auch positive Bildungsaspekte, da viele Kitas die frühkindliche

Bildung fördern. Diese Akzeptanz zeigt sich beispielsweise beim Partner, bei den Eltern und Schwiegereltern, im Freundeskreis und am Arbeitsplatz, oder sie zeigt sich nicht, was Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stark erschwert.

Faktisch bedeutete dies in der Vergangenheit für mehrere westdeutsche Frauengenerationen eine Entscheidung zwischen „Kind oder Karriere“. Einige Frauen bekamen Kinder und mussten dafür beruflich erhebliche Abstriche in Relation zu ihrer Ausbildung in Kauf nehmen, was sich auch beim Lebens-einkommen und den Rentenansprüchen deutlich zeigte. Eine Vereinbarung von Kind und Beruf war oftmals nur durch die Unterstützung der Großeltern möglich. Andere Frauen verzichteten für ihre Karriere auf Kinder. Das hatte gesellschafts-, sozial- und gleichstellungspolitisch, aber auch volkswirtschaftlich erhebliche negative Konsequenzen.

Auch aus diesen Gründen leitete die Bundesregierung im Jahr 2003 einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik ein. Bis dahin war die deutsche Familienpolitik (inklusive Bildungs- und Steuerpolitik sowie Unterhaltsrecht) vom männlichen Ernährermodell geprägt, bei dem der Mann Vollzeit arbeitet und die Frau die Haus- und Familienarbeit übernimmt und ggf. in Teilzeit Zuverdienerin ist. Vor allem in den westdeutschen Bundesländern gab es kaum Betreuungsplätze für unter Dreijährige und die Schulen waren dort weitgehend halbtags organisiert, sodass erwartet wurde, dass die Mütter mittags kochen und nachmittags die Hausaufgaben betreuen. Für Eltern gab es einen dreijährigen, gering bezahlten Erziehungsurlaub, den meistens die Mütter nahmen. Dazu kam auf steuerlicher Seite das Ehegattensplitting, dessen gemeinsame Veranlagung bis heute Anreize für eine traditionelle Arbeitsteilung bietet, wobei der in der Regel gutverdienende Mann Steuerfreibeträge der gar nicht oder nur geringfügig beschäftigten Frau nutzen kann. Auch Minijobs und die beitragsfreie Mitversicherung in der GKV setzen heute noch Anreize für eine traditionelle Arbeitsteilung.

Wie sieht der Paradigmenwechsel der deutschen Familienpolitik aus? Während das Ehegattensplitting bis heute geblieben ist, haben sich die anderen Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Im Jahr 2004 verabschiedete die rot-grüne Regierung unter Altbundeskanzler Gerhard Schröder das Tagesbetreuungs-ausbaugesetz (TAG), wobei der Ausbau der Kindertagesbetreuung in den folgenden Regierungskoalitionen unter Altbundeskanzlerin Angela Merkel durch weitere Gesetze wie das Kinderförderungs-



Während sich früher vor allem die Mütter um den Nachwuchs kümmerten, beantragen heute vermehrt auch Väter Elternzeit. Das Symbolfoto aus 2021 zeigt einen Vater bei der Kinderbetreuung.

Was Eltern wünschen

Ideale Erwerbs- und Familienkonstellationen

Frage: „Hier werden verschiedene Familienformen beschrieben. Einmal abgesehen von ihrer jetzigen Lebenssituation: In welcher würden Sie am liebsten leben?“

	Eltern mit Kindern unter zehn Jahren insgesamt in %	Väter in %	Mütter in %
Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau Teilzeit. Um Kinder und Haushalt kümmert sich überwiegend die Frau	36	34	39
Beide arbeiten Vollzeit und teilen sich die Arbeit im Haushalt und bei der Kinderbetreuung	25	34	18
Beide arbeiten Teilzeit und teilen sich die Arbeit im Haushalt und bei der Kinderbetreuung	18	14	22
Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau kümmert sich um Kinder und Haushalt	14	14	14
Die Frau arbeitet Vollzeit, der Mann Teilzeit, um Kinder und Haushalt kümmert sich überwiegend der Mann	2	2	2
Die Frau arbeitet Vollzeit, der Mann kümmert sich um Kinder und Haushalt	1	-	1
in keiner davon	4	3	5

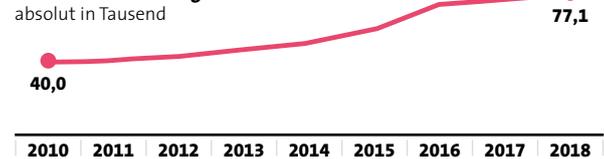
SZ-Grafik: Mainka; Quellen: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage, Statistisches Bundesamt, Prognos AG; In: Süddeutsche Zeitung vom 6. Oktober 2021

Motive von Vätern für den Verzicht auf Elternzeit und Elterngeld

Angaben in %

Ich habe aus finanziellen Gründen keine Elternzeit genommen	41
Das Elterngeld wäre finanziell nicht ausreichend gewesen, deswegen habe ich darauf verzichtet	25
Ich wollte keine Elternzeit nehmen	21
Mein Arbeitgeber hat darauf gedrängt, dass ich keine Elternzeit nehme	9
Ich wollte meine Berufstätigkeit nicht so stark reduzieren oder unterbrechen	9
Ich habe befürchtet, dass ich dadurch berufliche Nachteile hätte	8
Ich wusste nicht, dass es für mich diese Möglichkeit gibt	7
Mein Partner/ Meine Partnerin wollte nicht, dass ich Elternzeit nehme	4
Das kam für mich als Selbstständiger nicht in Frage	4
Die Regelungen und Beantragung waren mir zu mühsam, damit wollte ich mich nicht beschäftigen	1

Väter mit einer Bezugsdauer von mehr als zwei Monaten für ab dem Jahr 2010 geborene Kinder



Familienpolitische Wirkung auf Geburten benötigt Zeit

In der deutschen Familienpolitik ist Bewegung, das Elterngeld und der Ausbau der Kinderbetreuung sind zentrale Paradigmenwechsel. Allerdings sind diese Bemühungen bei denjenigen, die Familienpolitik an der Geburtenrate messen, in Verruf geraten. Denn einerseits gibt Deutschland gut 120 Milliarden Euro jedes Jahr für Familien aus, mit ehebezogenen Leistungen sogar 195 Milliarden. Andererseits gibt es aber kaum ein Land, in dem die Geburtenrate schon so lange so niedrig ist: Sie liegt seit 1975 bei 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau. [...] Ist denn die Familienpolitik ihr Geld nicht wert? Die Antwort aus der Wissenschaft ist eine gute. Sie wirkt nicht nur in ihrer genuinen Aufgabe, indem sie Eltern und Kinder vielfältig unterstützt, sondern sie steigert langfristig auch die Geburten. Bisher wurde angenommen, dass die Geburtenzahl durch Familienpolitik kaum beeinflusst wird. Insbesondere deutsche Forscher sind skeptisch. [...] Politische Anreize scheinen wirkungslos zu verpuffen. Allerdings verstellt der Blick durch die deutsche Brille die Sicht auf die Wirkungen ebenso wie der in der Wissenschaft häufig praktizierte Fokus auf kurzfristige Effekte.

Eine neue Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zeigt, dass Familienpolitik langfristig sehr wohl auf die Geburtenentwicklung wirkt. Sie analysiert einen langen Zeitraum seit 1970 für 28 Industrieländer. Familienpolitik kristallisiert sich dabei sogar als Schlüsselfaktor, um die internationalen Unterschiede der Geburtenraten zu erklären. Entscheidend ist dabei nicht eine einzelne Maßnahme, sondern das Zusammenspiel von Zeitpolitik, Kinderbetreuung und finanziellen Transfers für Familien. Statistische Analysen belegen, dass eine Kombination familienpolitischer Maßnahmen, ein starker Dienstleistungssektor und niedrige Arbeitslosigkeit über 80 Prozent der internationalen Unterschiede der heutigen Geburtenraten erklären können. Dabei ist in Ländern mit hoher

Frauenenerwerbsquote auch die Geburtenzahl höher. Bei der Analyse langer Zeiträume werden Veränderungen sichtbar, die sonst verborgen bleiben. Der Ländervergleich ermöglicht interessante Rückschlüsse auf Deutschland. [...]

Fünf Erkenntnisse über die Wirkungsweise sind zentral für die Konzeption zukünftiger Familienpolitik. Erstens: Familienpolitik wirkt erheblich zeitverzögert. [...] Zweitens wirkt Familienpolitik nur, wenn sie ganzheitlich aufeinander abgestimmt ist und Widersprüche beseitigt werden. [...] Drittens sind verschiedene Zielgruppen zu beachten. Die Rolle der Akademiker ist zentral. [...] Viertens sind der familienpolitischen Wirkung Grenzen durch ökonomische und kulturelle Faktoren gesetzt. [...] Vor allem aber muss Familienpolitik, fünftens, verlässlich sein. [...]

Allerdings harmonisieren demografische und politische Zeithorizonte schlecht. Innerhalb einer Legislaturperiode, in der Maßnahmen eingeführt werden, sind kaum verkündbare Erfolge zu erwarten. Ein großes Dilemma, denn die Politik benötigt Erfolge. Umso wichtiger ist es, keine unrealistischen Erwartungen zu wecken und eine langfristige familienpolitische Strategie zu kommunizieren. Die Menschen sind durchaus in der Lage, auch Zwischenschritte auf einem solchen Weg anzuerkennen. Zudem sind demografische Effekte nicht die Hauptaufgabe von Familienpolitik. Vor allem sollte es um das Wohlbefinden von Kindern und ihren Eltern gehen. Beides sind keineswegs Gegensätze: Wenn es Familien gut geht, entscheiden sich auch mehr Menschen für Kinder.

Martin Bujard

Dieser Essay des Autors erschien am 3. Juli 2012 in der Zeitung DIE WELT. Die Geburtenrate in Deutschland lag seit mehreren Jahrzehnten bei 1,3, trotz familienpolitischer Reformen stieg sie damals noch nicht wieder an. Erst 2015 sollte sich dies wieder ändern. Anhand dieses Quellentextes wird deutlich, wie langwierig demografische Änderungen und wie zeitintensiv daher auch Paradigmenwechsel in der Familienpolitik sind.

gesetz weitergeführt wurde und es seit 2013 einen Rechtsanspruch für Kinder ab dem ersten Geburtstag gibt. Waren 2007 in Westdeutschland nur knapp 10 Prozent der unter Dreijährigen in öffentlicher Kinderbetreuung, sind es 2020 bereits 31 Prozent, in Ostdeutschland 53 Prozent. Im Jahr 2003 wurden Pläne des Elterngeldes im Kabinett beschlossen und 2006 verabschiedet. Für ab Januar 2007 geborene Kinder gibt es für Eltern ein einkommensabhängiges Elterngeld, das die Gleichwertigkeit von Familienarbeit im Vergleich zur Berufsarbeit signalisieren soll. Dieses ist für 14 Monate möglich, dabei pro Elternteil für maximal 12 Monate. Dies hat die berufliche Unterbrechung für viele Mütter auf ein Jahr reduziert und den beruflichen Wiedereinstieg beschleunigt. Gleichzeitig haben die zwei „Partnermonate“ dazu geführt, dass inzwischen etwa 40 Prozent der Väter Elternzeit nehmen, meistens jedoch nur zwei oder drei Monate. Auch die Ganztagschulen wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten sukzessive ausgebaut, im Jahr 2021 wurde im Bundestag ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulen zum 1. August 2026 beschlossen. Auch das Unterhaltsrecht hat sich in Richtung einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbsarbeit und familialer Fürsorge orientiert.

Die Reformen der Kleinkindbetreuung und des Elterngeldes, die jeweils mehrere Milliarden Euro pro Jahr kosten, wurden auch mit Erwartungen eines Anstiegs der Geburtenrate begründet. Bei der Verkündung der Elterngeldpläne in der Kabinettsitzung im September 2004 hatte Altbundeskanzler Gerhard Schröder explizit die hohe Kinderlosigkeit von Akademikerinnen angesprochen. Obwohl die Reformen bei Familien und aus Gleichstellungssicht beliebt waren, wurden sie zwischen 2008 und 2014 vielfach als erfolglos kritisiert, da sich die erhoffte positive Wirkung auf die Geburtenrate (zunächst) nicht erfüllte.

2012 und 2013 zeigte sich, dass der Anstieg der Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen gestoppt war. Die Elterngeldreform hat sich positiv auf die Müttererwerbstätigkeit und späte Geburten bei Akademikerinnen ausgewirkt – dem Muster der nordeuropäischen Länder entsprechend. Die Geburtenrate blieb bis 2014 im jahrzehntelangen Korridor unter 1,5. Seit 2015 liegt sie über 1,5,

Zuwanderung und Geburtenanstieg

Bei Frauen mit Migrationshintergrund ist die Geburtenrate im Durchschnitt etwas höher, hier muss jedoch in mehrfacher Hinsicht differenziert werden. Ein Geburtenanstieg kann zum einen durch einen Anstieg der Geburtenrate bei Migrantinnen, zum anderen durch den Anstieg ihres Anteils an der Bevölkerung geschehen. Bei den Frauen im gebärfähigen Alter von 15–44 Jahren hatte im Jahr 2020 etwa ein Drittel einen Migrationshintergrund. Dabei zeigt sich, dass Frauen der sogenannten zweiten Generation, die also in Deutschland geboren sind, sich in ihrem Geburtenverhalten an die hiesige Bevölkerung anpassen. Höhere Geburtenraten haben insbesondere die Frauen, die in Ländern mit grundsätzlich hohen Geburtenraten geboren sind und später im Leben nach Deutschland emigrierten. Ein entscheidender Faktor ist hierbei die Bildung, wie Analysen des Mikrozensus 2018 für Frauen mit abgeschlossener Fertilitätsbiografie im Alter von 45 bis 54 Jahren zeigen: Bei hohem Bildungsstand haben im Ausland geborene Frauen lediglich eine minimal höhere Kinderzahl (1,5) als in Deutschland geborene Frauen (1,4). Im Ausland geborene Frauen mit einem niedrigem Bildungsstand haben dagegen durchschnittlich 2,4 Kinder. In Deutschland geborene Frau-

en mit niedrigem Bildungsstand gebären hingegen durchschnittlich 1,7 Kinder. Die insgesamt hohe durchschnittliche Kinderzahl von Zuwanderinnen in diesen Jahrgängen lässt sich damit erklären, dass der Anteil von zugewanderten Frauen mit niedrigem Bildungsstand (und höherer Geburtenrate) bei 41 Prozent liegt. Das entspricht etwa dem Fünffachen der in Deutschland geborenen Frauen.

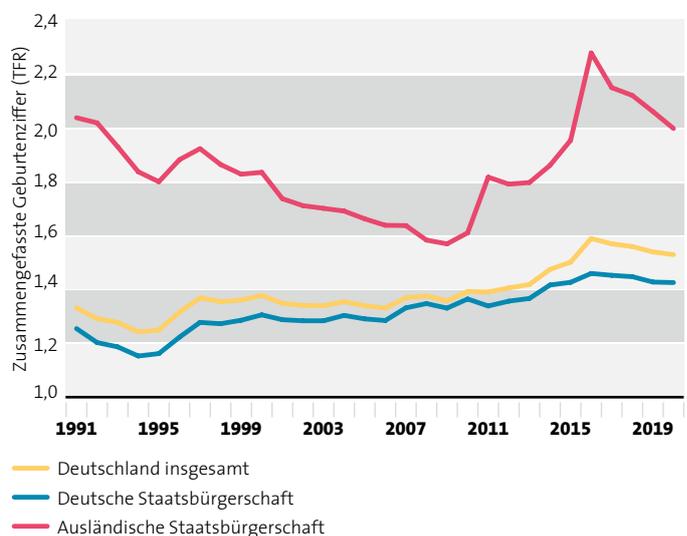
Bei Frauen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben, aber keine deutsche Staatsbürgerschaft haben (Ausländerinnen), ist die Geburtenrate im Durchschnitt mit Werten zwischen 1,6 und 2,2 höher als bei deutschen Frauen. Diese Geburtenrate hängt sehr von den Herkunftsländern der zugewanderten Frauen ab, ihrem Alter und vom Zuwanderungskontext, daher schwankt sie stark – beispielsweise infolge der Zuwanderung von Schutzsuchenden von 2015 bis 2018.

Der Geburtenanstieg in den 2010er-Jahren wurde demnach auch vom gestiegenen Anteil von Frauen mit Migrationshintergrund beeinflusst. Wäre die Geburtenrate in Deutschland auch ohne eine Zuwanderung ausländischer Frauen angestiegen? Die untere Linie der Grafik unten zeigt die Geburtenrate für deutsche Frauen. Diese hatte ihren Tiefpunkt 1994 mit 1,15 und lag bis 2006 unter 1,3. Im Jahr 2014 überschritt sie 1,4, 2016 lag sie bei 1,46, 2020 bei 1,43. Die Differenz zwischen der mittleren Linie (Insgesamt) und der unteren (deutsche Staatsbürgerschaft) ist auf den Effekt von Ausländerinnen auf die Geburtenrate zurückzuführen.

Ausländerinnen und generell Frauen mit Migrationshintergrund haben teilweise ein anderes Geburtenverhalten, was unter anderem auf andere kulturelle Prägungen sowie andere Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen zurückzuführen ist. Insbesondere Frauen mit Herkunftsländern in Afrika oder dem Nahen Osten haben eine höhere Geburtenrate. Ein großer Teil der zugewanderten Menschen kommt aus Europa, dort ist das Geburtenverhalten dem der deutschen Paare relativ ähnlich. Studien bestätigen, dass sich das Geburtenverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund in zweiter Generation, also der in Deutschland geborenen und aufgewachsenen, an das der anderen Deutschen anpasst. Ein zentraler Faktor hierzu ist die Bildung.

Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland nach Staatsbürgerschaft

1991–2020



Statistisches Bundesamt 2021. Anmerkung: 2010/11: zensusbedingte Korrektur

Der Rückgang kinderreicher Familien und die Zwei-Kind-Norm

Eine Geburtenrate um fünf Kinder pro Frau, wie es im 18. und bis Mitte des 19. Jahrhunderts in vielen Gebieten des heutigen Deutschlands der Fall war, bedeutete, dass eine verheiratete Frau durchschnittlich sechs bis sieben Kinder bekam, wobei jede vierte Frau unverheiratet (und meistens auch kinderlos) blieb.

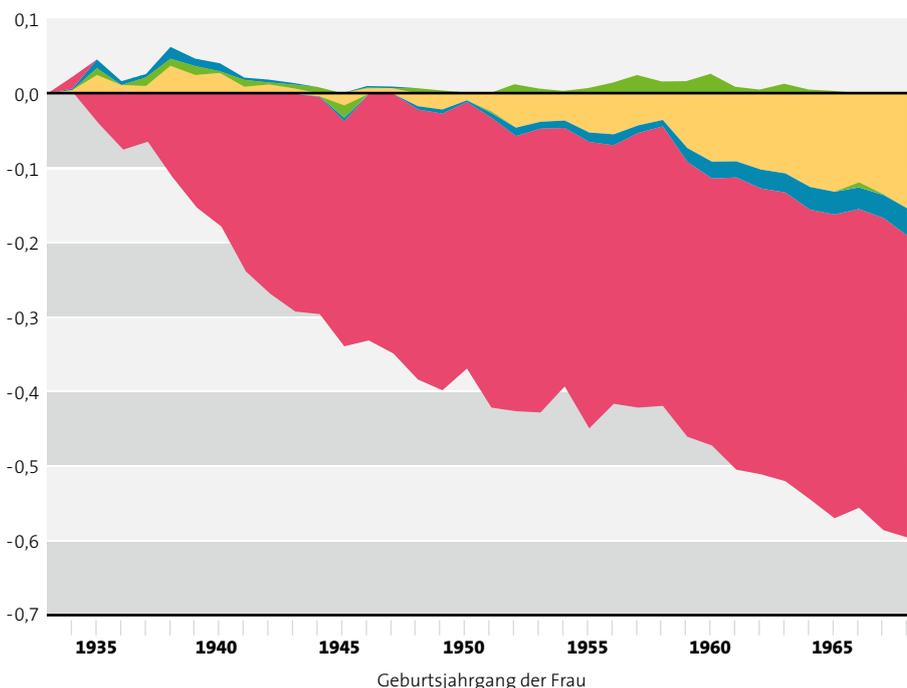
Lange Zeit wurde die gestiegene Kinderlosigkeit für den zentralen Treiber des Zweiten Geburtenrückgangs gehalten. Auch die Zunahme von Frauen mit einem Kind galt als Ursache. Allerdings ist der Anteil von kinderreichen Frauen, also mit drei oder mehr Kindern, ebenfalls zurückgegangen. Eine Studie mit Dekompositionsmethoden, die den Einfluss verschiedener Komponenten einer Entwicklung quantifiziert, berechnete für den gesamten Zweiten Geburtenrückgang, wie hoch die jeweiligen Faktoren waren. Dabei zeigte sich, dass 68 Prozent des Geburtenrückgangs auf den Rückgang kinderreicher Frauen und nur 26 Prozent auf den Anstieg von Kinderlosigkeit zurückzuführen sind. Die Interaktion aus Rückgang kinderreicher Frauen und Anstieg von Kinderlosigkeit trägt zu den restlichen 6 Prozent bei. Die Zunahme von Müttern mit einem Kind spielte kaum eine Rolle.

In den 1960er-Jahren gab es eine Überbevölkerungsdebatte, die dazu führte, dass viele verheiratete Frauen, die bereits zwei Kinder hatten, keine weiteren Kinder bekommen wollten. Daten zur Nutzung moderner Verhütungsmittel zeigen, dass diese Mitte der 1960er-Jahre zunächst verheirateten Frauen mit eigenen Kindern verschrieben wurden. Jüngeren, kinderlosen Frauen dagegen wurde der Zugang zu diesen Verhütungsmitteln erst einige Jahre später ermöglicht. Dies entspricht den gezeigten Dekompositionsanalysen: Der Geburtenrückgang begann vor allem mit dem Rückgang kinderreicher Familien.

Der Geburtenanstieg in den 2010er-Jahren von 1,3 auf etwa 1,5 Kinder pro Frau ging unter anderem mit dem Rückgang der Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen einher. Deutschland ist zwar gegenwärtig im europäischen Mittelfeld, die Geburtenrate liegt aber noch deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau. Selbst wenn sich die Kinderlosigkeit von etwa 20 Prozent halbieren würde und diese Mütter jeweils durchschnittlich zwei Kinder bekämen, würde die Geburtenrate um 0,2 steigen, also von 1,5 auf 1,7. Ein solcher Rückgang der Kinderlosigkeit ist wenig realistisch und die Geburtenrate wäre trotzdem noch deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau. Weitaus höhere Geburtenraten als gegenwärtig wären möglich, wenn sich mehr Paare für ein drittes Kind entschieden. Hier spielen gesellschaftliche Normen und die Anerkennung von kinderreichen Familien eine wichtige Rolle. Aber auch bei den familienpolitischen Dimensionen Zeit, Geld und Infrastruktur sowie Wohnraum haben kinderreiche Familien oft spezifische Bedürfnisse. Beispiele für finanzielle Unterstützung sind ein nach der Anzahl der Kinder gestaffeltes Kindergeld oder wie im französischen Familiensplitting ein „Quotient Familial“, der Familien mit drei Kindern besonders entlastet.

Da die meisten Frauen auch nach der Geburt eines dritten Kindes wieder in das Berufsleben einsteigen möchten, ist es wichtig, die zeitliche Mehrfachbelastung aus Erwerbs- und Familienarbeit in der Phase mit kleinen Kindern („Rushhour des Lebens“) zu entzerren. Denn für drei oder vier Kinder benötigen Eltern nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Zeit. Umfragen zeigen, dass insbesondere Akademikerinnen und Akademiker sich oft drei Kinder wünschen. Während 32 Prozent der Akademikerinnen drei oder mehr Kinder als ideal ansehen, setzt mit 14 Prozent nicht einmal die Hälfte diesen Wunsch um. Hier könnte die Politik Verbesserungen ermöglichen, beispielsweise durch eine dynamische Familienarbeitszeit, die vollzeitnahe Teilzeitarbeit für Väter und Mütter und eine flexiblere Familienzeit ohne Angst vor erheblichen beruflichen Nachteilen.

Dekomposition der Anteile steigender Kinderlosigkeit und abnehmenden Kinderreichtums am Zweiten Geburtenrückgang



Die Abbildung zeigt den Rückgang der Geburtenrate der Frauen der Geburtsjahrgänge 1934–1968 im Vergleich zum Jahrgang 1933. Die Gesamtveränderung zwischen den Jahrgängen 1933 und 1968 beträgt -0,6 Kinder pro Frau, wobei die unterschiedlichen Komponenten von steigender Kinderlosigkeit, abnehmendem Kinderreichtum etc. dieses Rückgangs dargestellt sind.

- Effekt steigende Kinderlosigkeit
- Interaktionseffekt
- Effekt Zunahme Mütter mit einem Kind (P1_P2)
- Effekt abnehmender Kinderreichtum

Bujard/Sulak 2016 (siehe Literatur)

Was macht eine Familie aus?

[...] Das bürgerliche Familienideal? In Deutschland ist es bis heute ein verheiratetes heterosexuelles Elternpaar, das mit seinem biologischen Kind in einem gemeinsamen Haushalt lebt, wobei der Vater hauptsächlich für das Einkommen und die Mutter vor allem für Kind und Haushalt sorgt. Zu verdanken haben wir dieses Ideal einer historischen Ausnahmesituation in den Fünfziger- und Sechzigerjahren. In diesen zwei Jahrzehnten, in der Familienforschung auch „Golden Age of Marriage“ genannt, konnte sich die moderne Kleinfamilie in Nordamerika und Europa für einen sehr kurzen historischen Zeitraum durchsetzen. Zwar besteht der Trend zu wenig Kindern fort – in den meisten Familien leben auch heute nur ein bis zwei –, und mit 70 Prozent dominieren weiterhin verheiratete heterosexuelle Paare die Familienformen. Doch die Zahl der Lebensgemeinschaften nimmt stetig zu, ebenso wie die der gleichgeschlechtlichen Eltern. Bei den Alleinerziehenden wächst vor allem die Zahl der Väter, die alleine mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt leben. Noch aber sind fast neun von zehn Alleinerziehenden Frauen. Insgesamt erzieht heute etwa in jeder fünften Familie ein Elternteil alleine die Kinder (19 Prozent). Sieben bis 13 Prozent aller Familien, so schätzt das Familienministerium, leben als Patchwork-Familie, genaue Zahlen gibt es hier nicht. Jede dritte Familie mit minderjährigen Kindern hat zudem heute einen Migrationshintergrund, in Westdeutschland ist es sogar schon fast jede zweite, in Ostdeutschland nur jede fünfte.

15 000 Kinder wuchsen 2018 in Regenbogenfamilien auf. Statistisch gesehen werden Regenbogenfamilien als Haushalte definiert, in denen gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern leben. Für lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche oder queere Menschen (LSBTIQ) sind Regenbogenfamilien jedoch Familien, in denen mindestens ein Elternteil sich zu einer dieser Gruppen zählt. In Statistiken lässt sich das allerdings nur schwer erfassen, weshalb die Zahl der dort ausgewiesenen Regenbogenfamilien – laut Familienreport waren es 2018 10 000 – vermutlich unterschätzt ist. Von diesen Familien hatte die Hälfte ein Kind, die andere Hälfte zwei Kinder.

26,7 Stunden betrug die durchschnittliche Wochenarbeitszeit erwerbstätiger Mütter 2018. Das sind zwei Stunden mehr als noch 2006, wobei die Frauen im Osten im Schnitt 33 Stunden arbeiteten, im Westen nur 25 Stunden. Trotzdem sind viele Frauen weiterhin finanziell von ihrem Partner abhängig. Nur 65 Prozent der erwerbstätigen Mütter gelingt die Existenzsicherung. Bei den Vätern sind es 96 Prozent. [...]

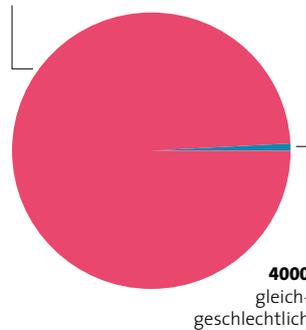
Text: Ann-Kathrin Eckardt, Grafik: Sead Mujic, „Familienaufstellung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 16./17. Januar 2021

Familienformen

Familien mit minderjährigen Kindern nach Familienform

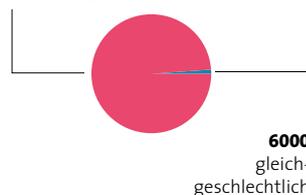
Ehepaare (im Jahr 2018)

5,6 Millionen
gemischtgeschlechtlich



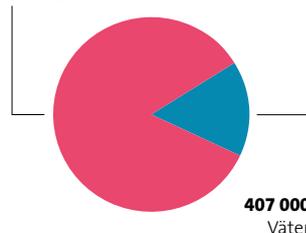
Lebensgemeinschaften (2018)

909 000
gemischtgeschlechtlich



Alleinerziehende* (2019)

2,2 Millionen
Mütter

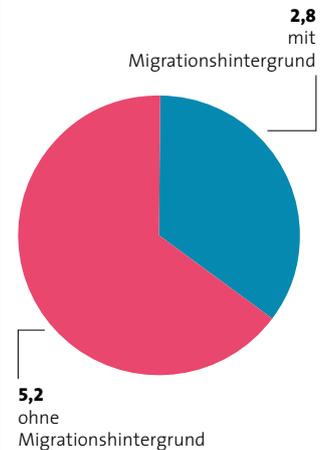


* Eltern, die ohne Partner im Haushalt mit ihren minder- oder volljährigen Kindern zusammenwohnen

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

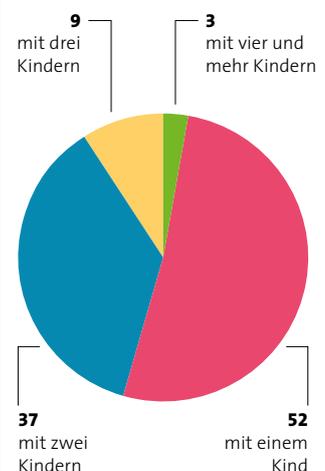
Familien mit minderjährigen Kindern nach Migrationshintergrund

Angaben für 2018 in Millionen



Familien nach Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder unter 18 Jahren

Angaben für 2018 in Prozent. Rundungsbedingte Differenzen



Die Folgen des demografischen Wandels

In der Bundesrepublik Deutschland hat der demografische Wandel Auswirkungen auf verschiedene Bereiche, wie etwa die Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt, den politischen Wettbewerb und die Umwelt.

Die Folgen des demografischen Wandels sind sehr vielfältig und betreffen zahlreiche Bereiche in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Die Wirtschaft beklagt Fachkräftemangel und den Anstieg der Lohnnebenkosten, vielfach wird eine Anhebung des Renteneintrittsalters gefordert. Es gibt Abwanderung aus ländlichen Räumen und Zuwanderung aus anderen Ländern, insbesondere in Städten. In der Politik sind sämtliche Bundesministerien, aber auch Bundesländer und Kommunen mit dem demografischen Wandel beschäftigt. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gab es mehrere Rentenreformen, und seit 2012 hat die Bundesregierung eine Demografiestrategie entwickelt und mehrere langjährige Handlungsfelder identifiziert.

Folgen von Alterung oder Schrumpfung?

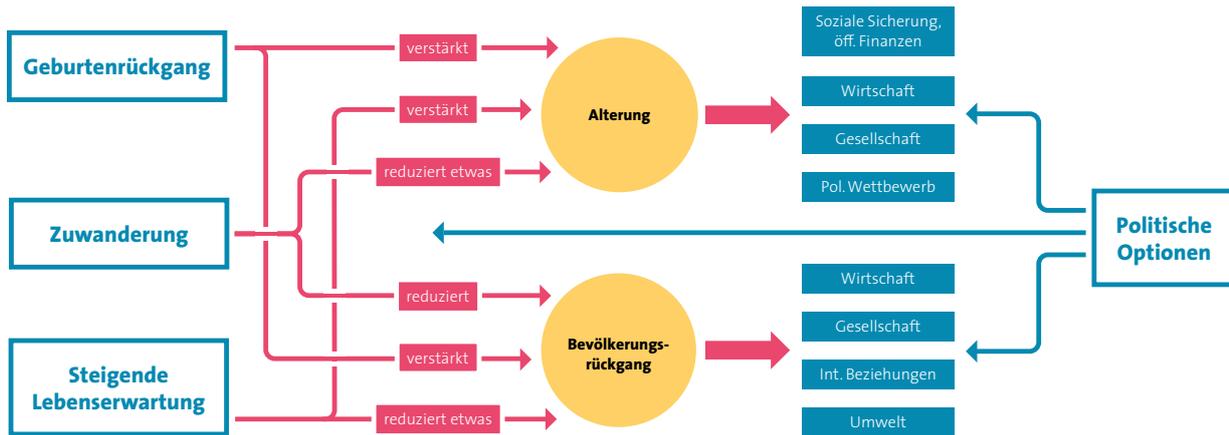
Bei den Folgen des demografischen Wandels muss wie bereits angerissen zwischen den beiden Prozessen Alterung und Schrumpfung unterscheiden werden. Die Alterung – also eine Verschiebung in der Altersstruktur, durch die es mehr ältere Menschen und weniger jüngere gibt – wirkt sich unter anderem auf die sozialen Sicherungssysteme und den politischen Wettbewerb in der Demokratie aus. Eine Schrumpfung der Be-

völkerungszahl hat einen Einfluss auf die Rolle und Bedeutung Deutschlands in der EU und in internationalen Beziehungen. Schrumpfung und Alterung haben unterschiedliche Folgen für die Wirtschaft und die Gesellschaft.

Für die Einschätzung der Folgen ist es von zentraler Bedeutung zu schauen, wie stark die Prozesse von Alterung und Schrumpfung verlaufen, wie wahrscheinlich sie sind und zu welchem Zeitpunkt sie eintreten (siehe S. 4ff.). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Alterung der deutschen Bevölkerung bereits seit einigen Jahrzehnten stattfindet und eine weitere Alterungsdynamik in der heutigen Bevölkerungsstruktur angelegt ist. 2050 wird es in Deutschland etwa 5 Millionen mehr Seniorinnen und Senioren – also über 67-Jährige – geben und 7 Millionen weniger im mittleren Alter bzw. Erwerbsalter von 20 bis 66 Jahren. Im Vergleich zu 2000 wird sich 2035 der Anteil der Seniorinnen und Senioren gegenüber der Bevölkerung im mittleren Alter etwa verdoppelt haben. Eine Schrumpfung der deutschen Bevölkerung fand in den vergangenen Jahrzehnten nicht statt, obwohl es seit 1972 weniger Geburten als Sterbefälle gibt. Allerdings wurde das Geburtendefizit durch die Zuwanderung bisher ausgeglichen. Folgen einer Schrumpfung Deutschlands sind daher nur hypothetisch benennbar. Folgen von einer dauerhaft hohen Einwanderung sind bereits heute deutlich zu sehen und mit dem demografischen Wandel eng verbunden.



Demografischer Wandel und dessen Folgen



Eigene Darstellung

Folgen für die Sozialsysteme und die öffentlichen Finanzen

Besonders gravierend sind die Folgen des demografischen Wandels für die Sozialsysteme, insbesondere Rente, Pflege und Gesundheit. Diese Systeme basieren auf einem Generationenvertrag (Rente) bzw. einem Ausgleichsmechanismus für im Alter stärker anfallende Ausgaben (Gesundheit, Pflege). Sowohl Alterung als auch Bevölkerungsrückgang wirken sich auf die öffentlichen Finanzen aus: Durch einen Bevölkerungsrückgang steigen die Schuldenlast pro Kopf und die Bereitstellungskosten für unteilbare öffentliche Güter. Durch die Alterung reduziert sich die Zahl der Personen im Erwerbsalter und die damit verbundenen Steuereinnahmen. Gleichzeitig können die Sozialsysteme durch öffentliche Finanzen mitfinanziert werden.

Daher lohnt sich ein genauer Blick auf die gesetzliche Rentenversicherung. Sie folgt dem Prinzip des Umlageverfahrens, dass die gegenwärtig erwerbstätige Bevölkerung von ihrem Einkommen einen Rentenbeitrag bezahlt und damit die Rente der heutigen Rentnerinnen und Rentner finanziert. Der Beitragssatz für die Rentenversicherung lag im Jahr 2021 bei 18,6 Prozent, der von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden jeweils zur Hälfte bezahlt wird. Das Ausgabevolumen belief sich in 2020 auf 333 Milliarden Euro, überwiegend für Renten, aber auch für die Krankenversicherung der Rentnerinnen und Rentner, für den Wanderungsausgleich und für die Verwaltung.

Die gesetzliche Rentenversicherung unterscheidet sich von der kapitalgedeckten Rentenversicherung, die beispielsweise viele Selbständige nutzen, fundamental: Die gesetzliche Rentenversicherung verteilt das Geld im Umlageverfahren zwischen den arbeitenden und den sich in Rente befindenden Generationen, legt aber kein Geld an. Dieses System konnte ohne Ansparen von Kapital unmittelbar etabliert werden. Zudem konnte es in den 1950er-Jahren den damals rapide ansteigenden Wohlstand direkt an die Rentnergeneration übermitteln, sodass die Rente dynamisiert, das heißt an die Lohnsteigerungen angepasst wurde und deutlich anstieg. Dadurch konnten die damaligen Rentnerinnen und Rentner am Anstieg von Produktivität und Löhnen im „Wirtschaftswunder“ teilhaben. Dieses System vertraut darauf, dass zukünftige Generationen die Rente der heute Erwerbs-

tätigen finanzieren, die durch ihre Beitragszahlung quasi Eigentumsansprüche erworben haben. Dies geht allerdings nur, solange diese in entsprechenden Größenordnungen einzahlen. Daher ist die Produktivität und die Zahl zukünftiger Einzahlender maßgeblich. Hier kommt die Demografie ins Spiel: Wenn sich die Zahl der Beitragszahlenden in Relation zu 100 Rentnerinnen und Rentner halbiert, würden sich die Beiträge der Erwerbstätigen verdoppeln, wenn alles andere konstant bliebe – oder das Rentenniveau würde sich halbieren. Diese nur theoretische Option verdeutlicht den demografisch induzierten Handlungsbedarf.

Der Altenquotient lag im Jahr 2000 bei 22,2 (= auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen 22 im Rentenalter von 67 Jahren oder älter) und 2020 bei 31,4 (d.h. ein Anstieg um 42 %). Er wird nach der mittleren Variante der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes 2040 bei 46,7 und 2050 bei 46,8 liegen. Das bedeutet, dass er sich zwischen 2000 und 2040 mehr als verdoppeln und in den beiden Jahrzehnten von 2020 bis 2040 die Anzahl der potenziellen Rentnerinnen und Rentner bezogen auf potenziell Erwerbstätige um etwa die Hälfte ansteigen wird. Ohne Reformen oder eine Steigerung der Erwerbstätigen würde die Rente entsprechend fallen und großen Teilen der Bevölkerung würde Altersarmut drohen.



Schon heute sind immer mehr Menschen von Altersarmut betroffen: Im Juni 2017 sitzen zwei ältere Frauen vor einem U-Bahneingang in Berlin und stricken Wollmützen, die sie zum Verkauf anbieten.

Formel des Rentensystems ...

Werden andere Faktoren zunächst ausgeklammert, entspricht in der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung das Produkt aus Beitragssatz und Durchschnittslohn dem Produkt aus Altenquotient und Rentenniveau. Hier zeigt sich noch einmal, dass der durch den demografischen Wandel steigende Altenquotient entweder den Beitragssatz erhöht oder das Rentenniveau reduziert.

Allerdings gibt es noch drei weitere Komponenten in der gesetzlichen Rentenversicherung: Nicht alle Personen, die im erwerbstätigen Alter sind, arbeiten auch tatsächlich; manche sind arbeitslos, aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig oder sind nicht erwerbstätig, da sie primär Sorgearbeit übernehmen und sich um Haushalt und Kinder kümmern. Daher misst der sogenannte Erwerbstätigen-Koeffizient die Relation der tatsächlich; Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter (also beispielsweise der 20- bis 66-Jährigen). Analog dazu gibt es den Rentner-Koeffizienten, der berücksichtigt, dass manche Menschen im Rentenalter noch erwerbstätig sind. Zudem gibt es einen Steueranteil, womit ein steigender Altenquotient auch ein Stück weit ausgeglichen werden kann. Allerdings kann dies die demografische Unwucht kaum lösen, denn das Volumen der Rentenversicherung war mit 333 Milliarden Euro in 2020 fast so hoch wie der komplette Bundeshaushalt in 2019, der 344 Milliarden Euro betrug. Die vereinfachte Formel bzw. Budgetrestriktion des umlagefinanzierten Rentensystems lautet:

$$b \times w = AQ \times N \times \frac{a(R)}{a(B)} \times \frac{1}{S}$$

Der Beitragssatz (b), multipliziert mit dem Durchschnittslohn (w), entspricht dem Produkt aus Altenquotient (AQ), Rentenniveau (N), dem Quotienten aus Rentner-Koeffizienten (a (R)) und Erwerbstätigen-Koeffizienten (a (B)) sowie dem Kehrwert des Steueranteils (S).

... und fünf Stellschrauben

Welche Möglichkeiten und „Stellschrauben“ bestehen laut der Formel, um die zukünftigen Renten auch bei der stark zunehmenden Alterung der Bevölkerung zu sichern? Die Verdoppelung des Altenquotienten zwischen den Jahren 2000 und 2035 war bereits seit den 1980er- und 1990er-Jahren absehbar. Entsprechend hat die Politik bereits an einigen Stellschrauben des Rentensystems gedreht:

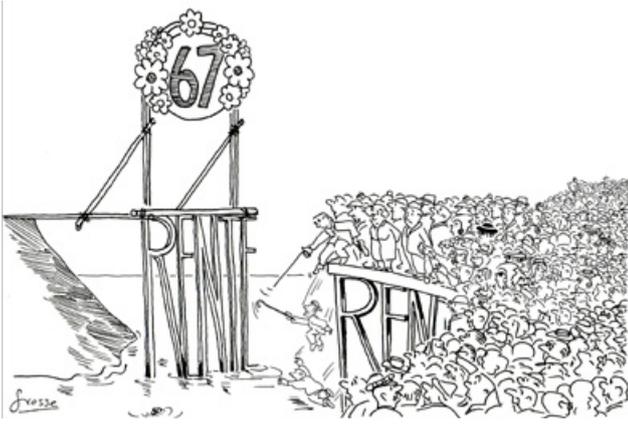
- **Erhöhung des Beitragssatzes:** Der Beitragssatz wurde mehrfach angepasst. Er lag im Jahr 2000 bei 19,3 Prozent und ist bis 2007 auf 19,9 Prozent gestiegen. Auch aufgrund der Agenda 2010-Reformen der Regierung Schröder (1998–2005) sank der Beitragssatz bis 2018 auf 18,6 Prozent und blieb einige Jahre auf diesem Niveau. Die dritte Große Koalition der Regierung Merkel (2017–2021) zog 2019 im Rentenpaket eine „Haltelinie“ ein, wonach bis 2025 die Beiträge 18,6 Prozent nicht überschreiten dürfen. In der politischen Debatte gilt 20 Prozent als ein Schwellenwert, der nicht überschritten werden sollte, da die Lohnnebenkosten die Arbeit verteuern und somit Wettbewerbsnachteile in der globalisierten Wirtschaft bestehen, die zu höherer Arbeitslosigkeit führen können.
- **Reduzierung des Rentenniveaus:** Der Anstieg des Rentenniveaus wurde durch mehrere Reformen gebremst. Die Nettostandardrente vor Steuern lag im Jahr 2000 bei 52,9 Prozent des durchschnittlichen Jahresentgelts, sank bis 2015 auf



Am 19. Dezember 2003 stimmt der Bundestag in Berlin erfolgreich über die Agenda 2010 ab. Bundeskanzler Gerhard Schröder (Mi.) kämpft sich durch die Menge zur Urne.

Am 6. November 2004 protestieren in Nürnberg rund 7000 Menschen gegen die „Agenda 2010“ und Hartz IV.

- 47,7 Prozent und lag 2019 bei 48,0 Prozent, was der zweiten „Haltelinie“ entspricht, die im Rentenpaket von 2019 eingeführt wurde. Diese Nettostandardrente bezieht sich auf 45 Versicherungsjahre. Die Renten wurden unter anderem durch den „demografischen Faktor“ der Regierung Kohl 1997 und den Nachhaltigkeitsfaktor der Regierung Schröder 2004 gebremst, die beide die demografische Entwicklung in der Rentenanpassungsformel zur jährlichen Rentenanpassung einbringen. Aber auch beispielsweise geringere Anrechnungsmöglichkeiten von Ausbildungsjahren reduzieren das Rentenniveau bei den betroffenen Personen. Erhöht werden sie durch versicherungsfremde Leistungen wie die „Mütterrente“, die durch Steueranteile kompensiert werden.
- **Anheben des Renteneintrittsalters:** Der Rentner-Koeffizient wurde durch das Anheben des formellen Ruhestandsalters von 65 auf 67 Jahre erheblich verändert. Dieses erfolgt schrittweise zwischen den Jahren 2011 und 2031, sodass der Jahrgang 1964 der erste Jahrgang ist, der mit 67 in Rente geht. Dieser Mechanismus wirkt in doppelter Weise entlastend für das Rentensystem: Erwerbstätige arbeiten zwei Jahre länger, sofern sie können, und zahlen in die Rentenkasse ein; gleichzeitig bekommen sie zwei Jahre später erst die Rente. Es steigert also die Einnahmen und reduziert gleichzeitig die Kosten. Es gibt mehrere Forderungen aus der Wissenschaft und vor allem seitens der Arbeitgeberverbände, das Renteneintrittsalter auch nach dem Jahr 2031 weiter zu erhöhen.



- **Steigerung der Erwerbstätigkeit:** Der Erwerbstätigen-Koeffizient verändert sich durch die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und der Zahl von Nichterwerbspersonen, wenn beispielsweise die Erwerbstätigkeit von Müttern steigt. Er ist zwar politisch beeinflussbar, hängt aber auch von (internationalen) gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und persönlichen Präferenzen ab. Durch den Rückgang der Arbeitslosenquote von 11,7 in 2005 auf 5,9 in 2020 erhöhte sich der Anteil der Erwerbstätigen deutlich. Dazu ist auch die Anzahl der Erwerbstätigen durch Migration in den Arbeitsmarkt vorwiegend aus der Europäischen Union gestiegen. Gleichzeitig stieg die Müttererwerbstätigkeit deutlich, was vor allem durch den Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen politisch unterstützt wurde. Auch hat sich die zuvor weit verbreitete Frühverrentung reduziert, der Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 64 ist erheblich gestiegen und dadurch das effektive Renteneintrittsalter.
- **Steuerzuschüsse:** Der Zuschuss aus Steuermitteln an die Rentenversicherung hat im Jahr 2020 mit 101,8 Milliarden Euro erstmals die Schwelle von 100 Milliarden Euro überschritten. Dies beinhaltet auch versicherungsfremde Leistungen, beispielsweise Anrechnung von Kindererziehungszeiten oder Rente nach Mindesteinkommen. In dem durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie bedingten höheren Haushaltsvolumen entspricht dies einem Anteil von 23,0 Prozent, vor der Pandemie lag der Rentenanteil bei 28,5 Prozent. Der Rentenzuschuss ist mit weitem Abstand der größte Ausgabenposten im Bundeshaushalt – größer als die Bereiche der Bundesministerien Familie, Bildung und Forschung, Inneres und Heimat sowie Verteidigung zusammen. Dazu kommt, dass die Beamtenpensionen, die ebenfalls demografisch bedingt steigen, aus öffentlichen Mitteln bestritten werden müssen. Die sogenannte Ökosteuern ist ein bekanntes Beispiel für die Finanzierung des gestiegenen Steuerzuschusses an die Renten: Das 1999 erlassene Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform hatte keine förmliche Zweckbindung der Einnahmen und wurde so für die wachsenden Rentenbeiträge genutzt.

Durch das Zusammenspiel dieser fünf Stellschrauben des Rentensystems wurde der Anstieg des Altenquotienten bis 2020 ausgeglichen. Die Renten sind dadurch weniger gestiegen als die Lohnentwicklung, erhebliche Steuermittel wurden für Renten verwendet, die Menschen arbeiten länger bis sie in Rente gehen können und weitaus mehr Frauen sind inzwischen erwerbstätig. Der Beitragssatz konnte dadurch, aber auch durch die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes, relativ konstant gehalten werden.

Nun liegt Deutschland im Jahr 2020 mitten in der Phase des Anstiegs des Altenquotienten. Der Anstieg bis 2030 ist etwa so hoch wie der zwischen 2000 und 2020. Vieles spricht dafür, dass auch in den nächsten Jahren, wenn die Babyboomer in Rente gehen, an all diesen Stellschrauben gleichzeitig gedreht werden muss. Ein ähnlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit ist kaum zu erwarten, da diese bereits relativ niedrig ist. Voraussichtlich werden der Druck auf Rentenhöhe, Lohnnebenkosten und Steuerbelastung zunehmen und das Renteneintrittsalter nach 2029 nicht bei 67 Jahren bleiben. Prognostiziert werden kann, dass sich die gesetzliche Rente trotz der enormen Alterung der Bevölkerung zwischen 2000 und 2040 sichern lässt, allerdings auf einem niedrigeren Niveau und mit enormen makroökonomischen Risiken für Wirtschaft und Staat sowie mit erheblichen Kosten für Beitrags- und Steuerzahlende. Dabei ist das Rentenniveau individuell sehr unterschiedlich verteilt und ein geringeres Niveau hat besonders für sozial Benachteiligte problematische Auswirkungen. Der Rentenpolitik und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft kommt daher eine zentrale Rolle zu. Schwarzmalerei mit Bildern von massenhaft armen Rentnerinnen und Rentnern oder den Arbeitsmarkt völlig erdrückenden Lohnnebenkosten ist teilweise übertrieben. Hypothetisch wäre allerdings bei einer gleichmäßigeren Altersstruktur – d.h. einem stärkeren Gleichgewicht von jüngeren zu älteren Generationen – ein weitaus größerer Wohlstand für die heutige Rentnergeneration und die heute erwerbstätigen Generationen möglich.

Die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung sind ähnlich wie bei der Rentenentwicklung, da diese ebenfalls nicht kapitalgedeckt, sondern umlagefinanziert sind. Erstens zahlen weniger Menschen im Erwerbsalter in diese Systeme ein. Zweitens sind die Ausgaben bei Kranken- und Pflegeversicherungen insbesondere für ältere Menschen hoch. Allerdings ist die Einnahmesituation etwas anders als bei der Rentenversicherung, da Rentnerinnen und Rentner auch in die GKV einzahlen. Auch der Einfluss der Lebenserwartung unterscheidet sich: Während die Dauer von Rentenzahlungen mit steigender Lebenserwartung ebenfalls steigt, ist dies bei den Gesundheitsausgaben nicht der Fall, da ein längeres Leben nicht mit mehr Krankenjahren gleichzusetzen ist. Die meisten Studien deuten darauf hin, dass die steigende Lebenserwartung vor allem mit einer Zunahme von gesunder Lebenszeit verbunden ist.

Zweifelloso trägt die demografische Alterung zu einem Anstieg der Kranken- und Pflegekosten bei, auch bei relativ gesunden Hochbetagten steigen die Ausgaben für Gesundheit im höheren Alter an. Aber auch die steigende Kinderlosigkeit spielt eine Rolle: Die Möglichkeit, Pflege häuslich im familiären Umfeld zu ermöglichen, wird künftig geringer, da die Geburtenjahrgänge ab Mitte der 1960er-Jahre zu einem Fünftel kinderlos sind. Bezüglich familiärer Netzwerke, aber auch hinsichtlich von Gesundheit, Prävention und Lebensstil gibt es dabei erhebliche soziale Ungleichheiten.

Kranken- und Pflegekosten lassen sich weniger gut prognostizieren wie bei den Renten, da Gesundheitsausgaben nicht nur von demografischen Faktoren, sondern auch vom medizinischen Fortschritt abhängen. Ein erheblicher Kostenanstieg in der Pflege ist zu erwarten, da der Anteil Hochbetagter in den nächsten Jahrzehnten erheblich steigen wird. Altersbedingte Krankheiten wie Demenz werden dadurch zunehmen und die Pflege wird nicht nur hinsichtlich der Kosten, sondern auch hinsichtlich des notwendigen, derzeit nicht vorhandenen Personals und der emotionalen und zeitlichen Anforderungen an die Angehörigen ein hochrelevantes Zukunftsthema sein.



Viele Pflegeberufe sind unterbezahlt. Am 26. Februar 2019 demonstrieren in München ca. 5000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst und fordern eine sechsprozentige Lohnerhöhung. Die Gewerkschaft ver.di hatte vorher zum Warnstreik aufgerufen.

Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt

Alterung und Schrumpfung haben auch für die Wirtschaft Folgen. Bezüglich des Wachstums zeigen Berechnungen der Wirtschaftsforschungsinstitute, dass das Potenzialwachstum infolge des demografischen Wandels zurückgehen wird. Der zugrundeliegende Mechanismus lässt sich anhand der Produktionsfunktion der Ökonomie nachvollziehen, wonach sich die Produktion aus Kapitaleinsatz, technischem Fortschritt und Arbeitseinsatz zusammensetzt. Der Rückgang des Arbeitseinsatzes kann hier einen negativen Einfluss haben, wenn die Zahl der potenziell Erwerbstätigen sowohl durch Alterung als auch durch Schrumpfung abnehmen würde. Allerdings gab es auch historische Phasen mit weitreichenderen Verschiebungen zwischen Kapital und Arbeit, die mit höheren Wachstumsraten verbunden waren. Eine steigende Kapitalintensität, technischer Fortschritt und auch höhere Bildungsinvestitionen könnten einen Rückgang der Erwerbspersonen kompensieren. Es gibt Hinweise auf einen Rückgang der Innovationsfreude alternder Gesellschaften, wonach die größte kognitive Leistungskraft im jüngeren bzw. mittleren Alter erreicht wird. Dafür spricht, dass Patente sich im Alter von Anfang 40 besonders häufen. Neuere Befunde, die die OECD-Länder vergleichen, weisen darauf hin, dass eine ältere Bevölkerung mit geringer Innovationskraft und Wachstum verbunden ist. Allerdings sind verschiedene Fähigkeiten je nach Altersgruppen unterschiedlich stark ausgeprägt und Erfahrungswissen sowie Lernwissen ergänzen sich. Umso wichtiger sind Aus- und Weiterbildung über das ganze Erwerbsalter hinweg.

Für die jüngeren Generationen kann es mit speziellen Chancen und Risiken verbunden sein, zu einer zahlenmäßig kleineren Generation zu gehören. Zunächst erhöht es tendenziell die Beschäftigungs- und Einkommenschancen. Wenn ein Jahrgang der Babyboomer mit 1,3 Millionen Personen (z.B. 1960 oder 1961) das Rentenalter erreicht und ein jüngerer Jahrgang mit zwischen 700 000 und 800 000 Personen (z.B. die Jahrgän-

ge 2004–2010) das Erwerbsalter erreicht, entsteht eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt. Sie erhöht die Personalnachfrage und damit auch die Chancen für die ins Erwerbsalter kommende Generation auf eine Beschäftigung. Zudem postuliert die „ökonomische Theorie der Familie“ um den US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Gary Becker, dass Eltern mit wenigen Kindern die (Bildungs-)Investitionen in diese steigern, was wiederum deren individuellen Lebenschancen zugutekommt.

Bei den wirtschaftlichen Folgen lohnt sich eine Differenzierung nach Effekten der Alterung und eines Bevölkerungsrückgangs, vor allem dann, wenn sich das Wachstum insgesamt und pro Kopf unterscheiden. Ein Gedankenbeispiel: Wenn die Bevölkerung um 10 Prozent schrumpfen und sich auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und das Vermögen um 10 Prozent verringern würden, wäre der Pro-Kopf-Wert identisch. In Ländern mit einer kleineren Einwohnerzahl wie Luxemburg oder Norwegen lässt es sich durchaus in Wohlstand leben, was verdeutlicht, dass weniger das gesamte Sozialprodukt, sondern die Wertschöpfung Pro-Kopf für den Wohlstand entscheidend ist.

Bei einer Schrumpfung der Bevölkerungszahl gibt es einige wirtschaftlich relevante Veränderungen: Die Nachfrage nach Immobilien würde tendenziell zurückgehen, was den Wert aber auch den Mietpreis in einigen Regionen reduzieren könnte. Das Vermögen an Geld, Aktien und Immobilien, aber auch Erbschaften, würde sich auf weniger Köpfe verteilen, was zu einem höheren jedoch ungleich verteilten Pro-Kopf-Vermögen beitragen würde. Letztlich würde der demografische Wandel so auch bei Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der Besteuerung von Erbschaften eine Rolle spielen.

Der Anstieg der Lohnnebenkosten durch erhöhte Renten- und Gesundheitsausgaben (siehe S. 47 ff.) verteuert die Arbeit, was sich tendenziell negativ auf die Gewinne von Firmen auswirken oder zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Länder führen könnte. Dies hängt aber davon ab, wie die Finanzierung von Rente und Gesundheit politisch organisiert wird. In den Jahren 2005 bis 2020 sind die Lohnnebenkosten kaum gestiegen, da andere Stellschrauben bei der Rentenversicherung gedreht wurden. Die zukünftig deutlich geringere Zahl

Neuanfang zur Lebensmitte

Sie sind oft älter als ihre Ausbilder und drücken die Schulbank mit Menschen, die ihre Kinder sein könnten: In Deutschland gibt es immer mehr Auszubildende im fortgeschrittenen Alter. Mit 30, 40 oder 50 Jahren beginnen sie mit einer Berufsausbildung. Laut Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat sich die Zahl der Ausbildungsanfänger, die 24 Jahre oder älter waren, innerhalb von neun Jahren fast verdoppelt.

[...] Die Auszubildenden in Deutschland werden also älter. Woran liegt das?

„Die Menschen gehen länger zur Schule“, sagt Katrin Gutschow, Expertin für Nachqualifizierung am BIBB. „Und es wird Schulabgängern heute nicht leichter gemacht, sich beruflich zu orientieren, weil sie immer hören: Du kannst alles werden.“ Hinzu kämen mehr Studienabbrecher und Flüchtlinge, die Arbeit suchen. Der Fachkräftemangel spiele ebenfalls eine Rolle.

„Die Betriebe haben sich in den letzten Jahren mehr geöffnet, weil es für sie schwieriger geworden ist, Leute zu finden“, sagt Gutschow. Und auch die Arbeitsagenturen hätten erkannt, dass es nachhaltiger ist, Langzeitarbeitslose einen Beruf erlernen zu lassen, „damit sie nicht nach einem halben Jahr wieder vor der Tür stehen“. [...]

Der Neuanfang zur Lebensmitte – das klingt verlockend, aber die Sache hat einen großen Haken. „Man muss es sich leisten können“, sagt die BIBB-Forscherin. Zwar übernimmt das Arbeitsamt in vielen Fällen die Kosten einer Umschulung oder gewährt eine Berufsausbildungsbeihilfe.

Wer aber eine ganz normale Ausbildung machen möchte oder schon eine Umschulung hinter sich hat, der ist überwiegend auf das geringe Ausbildungsgehalt angewiesen. [...]

Was hilft, sind Förderprogramme [...] die Aus- und Weiterbildungen älterer Lehrlinge finanziell und ideell unterstützen. [...]

Helmut Salvatore Hartwich, 54 Jahre:

Vom Matrosen zum Erzieher

„Als ich 15 Jahre alt war, bin ich als Matrose zur See gefahren. Das lag daran, dass mein Stiefvater sagte: Der Junge soll zur See fahren. Ich hätte lieber Abitur gemacht, aber so bekam ich nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Mit 18 Jahren hatte ich die Ausbildung beendet und bin wieder zurück nach Berlin.

Dort habe ich mich dort mit allen möglichen Jobs durchgeschlagen. Ich war damals schon viel im pädagogischen Bereich aktiv, in Jugendgruppen und als Betreuer im Zeltlager. Zwischendrin war ich auch arbeitslos gemeldet und habe dem Mitarbeiter auf dem Amt gesagt, dass ich Erzieher werden will. Aber dort hieß es, das sei doch ein Frauenberuf. Ich habe das damals nicht hinterfragt – heute würde ich Widerworte geben.

Dann habe ich mit meiner damaligen Lebensgefährtin eine Familie gegründet und mich als Hausmann um die Kinder gekümmert. Mit 46 Jahren war die Beziehung vorbei, und ich hatte die Chance, einen Neuanfang zu wagen. Mir kam dann wieder die Idee mit dem Erzieher, aber dafür musste ich erst die mittlere Reife nachholen. Das Amt wollte mich dabei nicht unterstützen, weil sich das in meinem Alter ja nicht mehr lohnen würde.

Das kam mir ziemlich merkwürdig vor. Ich bin dann auf den europäischen Sozialfond gestoßen, der mir den Abschluss finanziert hat. Nachdem ich den Abschluss hatte, habe ich wieder ein Programm gefunden, das Projekt ‚Chance Quereinstieg/ Männer in Kitas‘ [...]. Darüber habe ich einen Ausbildungsplatz

bekommen. Im vergangenen Juli bin ich fertig geworden und hatte da schon Stellenangebote von mehreren Kitas.

Wir Erzieher sind gerade wie Goldstaub auf dem Arbeitsmarkt, wir können uns aussuchen, wo wir arbeiten möchten. Die Leiterin meines jetzigen Kindergartens versteht nicht, warum ich das in meinem Alter noch mache, bei dem ganzen Lärm und Stress. Aber ich sehe das anders: Arbeiten Sie mal am Fließband, in einer Fleischerei oder in der Stanzfabrik – das ist auch nicht lustig! Klar, der Beruf ist anstrengend, aber er macht auch viel Spaß, und ich kann den Kindern zusehen, wie sie sich entwickeln. Inzwischen kann ich mir auch vorstellen, irgendwann als Sozialarbeiter oder Pädagoge in einer Behindertenwerkstatt oder Schule zu arbeiten.“ [...]

Bernd Maier, 55 Jahre:

Vom Industriemechaniker zum Altenpfleger

„Vor sieben Jahren habe ich den Pflege-Basiskurs abgeschlossen, um als Pflegehelfer arbeiten zu können. Ursprünglich hatte ich nach dem Abitur und einem abgebrochenen Bauingenieurstudium eine Lehre zum Industriemechaniker gemacht. Danach war ich als Leiharbeiter in Berlin tätig. Das war pure Ausbeutung, aber ich fand damals keinen anderen Job. Mit 30 Jahren kam dann die Umschulung zum Kommunikationselektroniker, die wurde mir vom Arbeitsamt bezahlt.

Fünf Jahre später habe ich mich mit einem kleinen Fuhrunternehmen selbständig gemacht. Es lief viele Jahre gut, aber mit der Öffnung des Marktes Richtung Osteuropa kam mehr Konkurrenz, dem Preisdruck konnte ich nicht standhalten. Ich war 47 Jahre alt, als ich die Firma aufgab und mich fragte: Was machst du jetzt? Da kam die Idee mit dem Pflegekurs – das hatte mir als Student schon Spaß gemacht, als ich mal in der ambulanten Pflege aushalf.

Ich war erst als Helfer in einer Demenz-Wohngemeinschaft unterwegs. Das hat mir aber nicht gereicht, ich wollte immer staatlich anerkannter Altenpfleger werden. Im Oktober 2017 habe ich die Ausbildung bei der Caritas begonnen. Die Arbeitsagentur wollte mich dabei nicht mehr unterstützen, weil mich der Pflegehelferjob ja schon vor Arbeitslosigkeit schützte. Das Jobcenter schlug dann vor, Hartz IV zu beantragen als Aufstockung zu meinem Ausbildungsgehalt. Ich bekomme jetzt 35 Euro Hartz IV monatlich – da komme ich mir schon ein bisschen veräppelt vor.

Finanziell ist es für mich schwierig, über die Runden zu kommen. Ich arbeite sieben Tage in der Woche. Am Wochenende habe ich noch einen Job auf 450-Euro-Basis, weil die 750 Euro Ausbildungsvergütung einfach nicht reichen. Ich überlege oft, ob ich mein Auto oder mein Motorrad verkaufen soll oder die Ausbildung hinwerfe. Aber der Beruf macht mir großen Spaß. Man kommt heim und hat das Gefühl, etwas Sinnvolles getan zu haben.

In der Berufsschule bin ich als Ältester voll integriert. Ich bin der drittbeste Schüler und wurde sofort zum Klassensprecher gewählt. Dort nennen mich alle nur ‚Papabär‘. Aber so schön es auch ist, wenn mir vorher jemand gesagt hätte, dass sich meine finanzielle Situation so stark ändert, hätte ich die Ausbildung nicht begonnen.“

Lea Weinmann, „Berufsausbildung: So alt und wieder Azubi/Senior Azubi“, in: Süddeutsche Zeitung online vom 10. Mai 2019, www.sueddeutsche.de/karriere/berufsausbildung-so-alt-und-wieder-azubi-1.4429195

an Erwerbspersonen könnte tendenziell deren Verhandlungsmacht steigern, sodass Arbeitgeber Lohnnebenkosten weniger auf die Arbeitnehmenden abwälzen könnten. Dies könnte für Arbeitgeber Anreize reduzieren, Arbeit (in Deutschland) anzubieten. Jedoch ist eine hohe Erwerbsquote notwendig, um die Kosten der Alterung für die Sozialsysteme und die öffentlichen Finanzen durch Lohnnebenkosten und Steuereinnahmen zu finanzieren.

Eine weitere Folge für die Wirtschaft ist der Fachkräftemangel. In den 2020er-Jahren werden jedes Jahr etwa 300 000 Personen mehr in Rente gehen als junge Jahrgänge nachkommen. Zuwanderung kann dies ein Stück weit ausgleichen, allerdings stehen nicht alle Zugewanderten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Zudem entspricht, insbesondere bei Geflüchteten, das Qualifikationsniveau nicht immer den Arbeitsmarktanforderungen bzw. werden die ausländischen Abschlüsse oftmals nicht anerkannt. Dabei wird der Rückgang der Erwerbsbevölkerung regional höchst unterschiedlich ausfallen: Berechnungen der Qualifikations- und Berufsprojektionen (QuBe) gehen von einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis unter 70 Jahren von insgesamt etwa 8 Prozent zwischen 2020 und 2040 aus. Allerdings würde es in München, Berlin und Stuttgart nur einen minimalen Rückgang geben, während in Göttingen sowie einigen ostdeutschen Regionen die Erwerbsbevölkerung um über ein Fünftel zurückgehen würde. Eine zukünftig stärkere Erwerbsbeteiligung kann den Rückgang zwar etwas abfedern, die QuBe-Prognosen gehen aber auch hier von

einem Rückgang in Magdeburg und Chemnitz von über 20 Prozent aus.

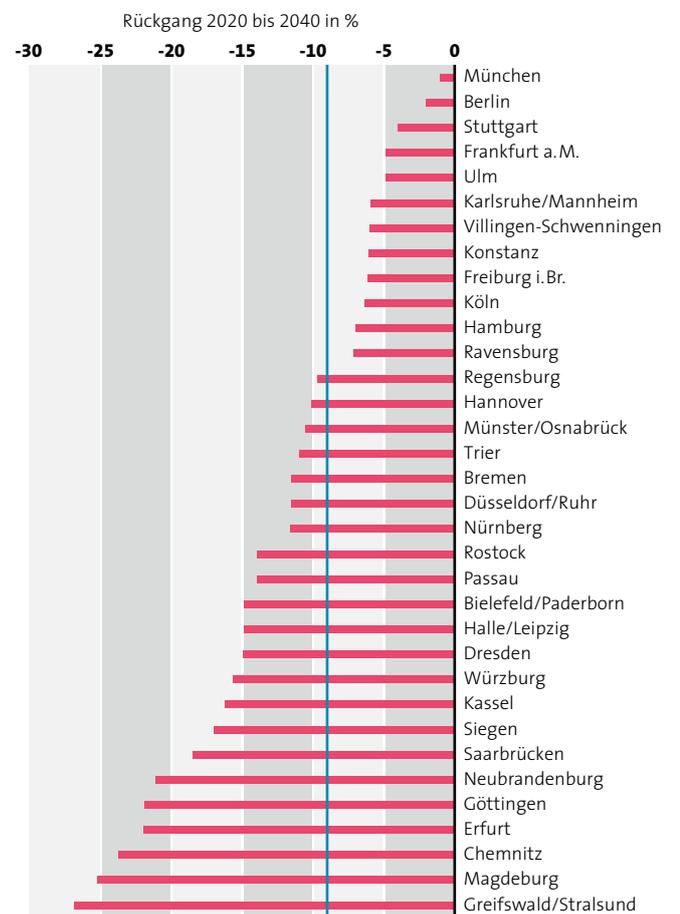
Der Fachkräftemangel ist für einige Branchen besonders gravierend – stark betroffen sind unter anderem die Bereiche Informatik, Pflege und Handwerk. Allerdings ist die Wirtschaft nicht statisch und die Zahl der Arbeitsplätze muss nicht zwingend konstant gehalten werden. Hier ist zu differenzieren: Manche Arbeitsplätze können durch technologischen Fortschritt oder Verlagerung eher kompensiert werden, andere – wie beispielsweise Pflegeberufe – sind für die Versorgung vor Ort unentbehrlich. Zudem birgt das Arbeitskräfteangebot Potenziale: So gibt es zum Beispiel nach wie vor einen gewissen Anteil Arbeitssuchende, aber auch das Arbeitsvolumen von Frauen, die häufiger in Teilzeit arbeiten, ist ebenfalls ein noch nicht voll ausgeschöpftes Reservoir. Auch ist der Fachkräftemangel sehr branchenspezifisch, besonders hoch ist der zukünftige Fachkräftemangel gemäß dem Indikator der Suchdauer (aus Perspektive der Arbeitgebenden) unter anderem in folgenden Berufen:

- IT-Systemanalyse, Anwenderberatung und IT-Vertrieb
- Softwareentwicklung, Programmierung und Informatik
- Mechatronik und Automatisierungstechnik
- Klempnerei, Sanitär, Heizung und Klimatechnik
- Medizinische Gesundheitsberufe
- Nichtmedizinischen Gesundheitsberufe (wie Pflege).

Hier sind höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen oder gezielte Ausbildung für gesuchte Berufe sowie Fachkräftezuwanderung wichtige Mechanismen.

Rückgang der Erwerbsbevölkerung

(15–69) von 2020 bis 2040 nach Arbeitsmarktregionen



Schneemann u. a. 2021 (siehe Literatur)

Arbeitsmarktregionen Bund

Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel: Am 5. Juli 2018 präsentieren ein Softwareentwickler aus Indien und eine Elektroingenieurin aus Venezuela ihre „Blaue Karte“ für ausländische Fachkräfte in Nürnberg; am 22. Mai 2019 werben mehrere Azubis für ihre Berufe vor einer neunten Schulklasse in Brandenburg.



Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die gesellschaftlichen Folgen der Alterung wurden intensiv in den Medien diskutiert. Teilweise wird ein Generationenkonflikt für die Zukunft prognostiziert, auch weil sich die Interessen zwischen jungen und alten Generationen hinsichtlich der Renten- und der Klimapolitik sowie bei den Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie teilweise unterscheiden. Allerdings zeigen viele Befunde, dass es eine wechselseitige Solidarität zwischen den Generationen gibt. Dies betrifft den familialen Zusammenhalt, wie die Übernahme von Sorgearbeit der Eltern gegenüber den Kindern, welche später wiederum ihre Eltern pflegen und Sorgearbeit leisten können. Auch fließen viele finanzielle Transfers zwischen den Generationen. Für die ältere Generation, die zahlenmäßig künftig noch größer sein wird, ist Generativität, also das Interesse am Wohlergehen der jüngeren Generationen, eine zentrale Entwicklungsaufgabe des Alterwerdens. Die Solidarität funktioniert besonders gut innerhalb der eigenen Familie. Die Übertragung auf den makroökonomischen Interessenausgleich zwischen den Generationen ist schwieriger, dies zeigt sich auch gelegentlich in medialen Debatten, die kontrovers Generationeninteressen thematisieren. Dies gilt auch für den zunehmenden Anteil an Kinderlosen, wobei eine stärkere Beteiligung dieser Gruppe in der Renten- oder Pflegeversicherung kontrovers diskutiert wird.

Generationen haben zudem unterschiedliche kulturelle Prägungen und Perspektiven, so sind beispielsweise die Themen Klimawandel und Digitalisierung vor allem Jüngeren enorm wichtig. In älteren Gesellschaften ist die Skepsis bzw. Abneigung gegenüber Neuerungen höher, was sich hinsichtlich des technologischen Wandels zeigt.

Bezüglich Alterung existieren negativ konnotierte Begriffe wie „Überalterung“ und negative Altersstereotype. Eine Arbeitsgruppe der deutschen Akademie der Wissenschaft Leopoldina hat ein umfassendes interdisziplinäres Forschungsprojekt zur Alterung durchgeführt. Es wendet sich gegen negative Altersbilder und zeigt die Chancen der „gewonnenen Jahre“ für die individuelle Lebensqualität, den Generationenzusammenhang und das ehrenamtliche Engagement auf. Letzteres ist bei der älteren Bevölkerung in letzter Zeit deutlich angestiegen. So zeigt der Freiwilligensurvey des Bundesfamilienministeriums, dass der Anteil der freiwillig engagierten Personen im Alter von über 65 Jahren zwischen 1999 und 2019 von 18 auf 31 Prozent angestiegen ist. Die bildliche Vorstellung einer greisen, wenig innovativen Gesellschaft ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht haltbar. Während junge Menschen leichter neue Techniken, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, erlernen können, weisen Ältere mehr Erfahrungswissen auf, was beispielsweise bei Menschenkenntnis und der Einschätzung von Prioritäten hilfreich ist.

Allerdings gibt es im Alter erhebliche soziale Ungleichheiten: Ärmere und sozial Benachteiligte haben auch im Alter erheblich geringere Teilhabechancen in den Bereichen Kultur, Reisen und Ehrenamt. Auch sind sie überdurchschnittlich von Krankheiten und sozialer Isolation betroffen und haben eine geringere Lebenserwartung.

Insgesamt ist die Zunahme der Lebenserwartung aber oft mit einer Zunahme gesunder Lebenszeit verbunden. Dies bedeutet, dass die 80-Jährigen der Zukunft weitaus fitter sind als die 80-Jährigen von heute. Auch die Personen, die heute in Rente gehen, sind weitaus mobiler und gesünder als es ihre



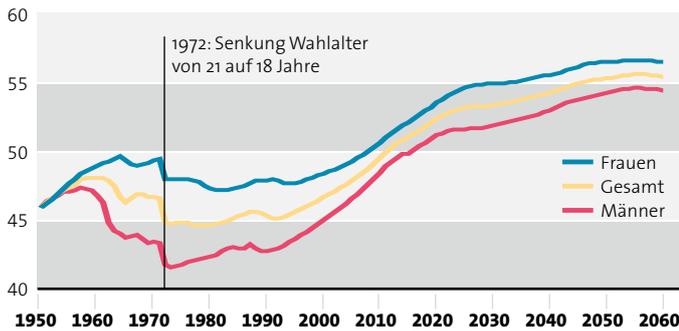
Auch im Rentenalter beschäftigt: ältere Gasthörerinnen und Gasthörer im Mai 2017 in einer Vorlesung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Für das soziale Start-up Kuchentratsch backen im Januar 2022 mehrere Seniorinnen Kuchen, dabei schließen sie neue Bekanntschaften.

Eltern beim Renteneintritt waren. Daher muss der Lebensabschnitt nach dem Renteneintritt neu definiert werden, er besteht nicht nur aus Krankheit, Unselbständigkeit und Rückzug, sondern zu einer deutlich längeren Zeit aus Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Reisen, Sport, Kultur und oft einer längeren aktiven Rolle als Großeltern.

Folgen für den politischen Wettbewerb

Die Alterung führt zu einem erheblichen Anstieg des durchschnittlichen Alters von Wahlberechtigten, sodass künftig mehr (angehende) Rentnerinnen und Rentner als jüngere Menschen wählen können. Das Medianalter der Wahlberechtigten lag, seit das Wahlalter 1972 auf 18 Jahre gesenkt wurde, bis 2000 um die 45 Jahre, das heißt, dass die Hälfte von ihnen jünger als 45 und die andere Hälfte älter war. Im Jahr 2020 lag das Medianalter bereits bei 52,2 Jahren und es wird bis 2050 auf 55,2 Jahre steigen. Eine Senkung des Wahlalters auf 16 würde das Medianalter der Wahlbevölkerung gegenwärtig um etwa 0,6 Jahre reduzieren.

Medianalter der Bevölkerung über 21 bzw. über 18 Jahre* (1950–2060**)



* 1950 bis 1971 Bevölkerung über 21 Jahre, ab 1972 Bevölkerung über 18 Jahre (das Alter für das aktive Wahlrecht lag von 1950 bis 1971 bei 21 Jahren, seit 1972 liegt es bei 18 Jahren)

** ab 2021 Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Variante 2: Moderate Entwicklung der Fertilität, Lebenserwartung und Wanderung (langfristiger Wanderungssaldo: 206 000 jährlich)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB



Vermehrt werden Forderungen laut, das Wahlalter auf unter 18 Jahre zu senken. Bei der U18-Europawahl im Mai 2019 in Frankfurt steckt eine Jugendliche ihren Wahlzettel in die Wahlurne.

Auch wenn die ältere Generation nicht bewusst gegen die Interessen der Jüngeren wählt, so bestimmt doch die jeweilige Lebensrealität die Wahl der Menschen. Diese unterscheiden sich zwischen den Generationen, sodass die Motive und Lebenslagen der Älteren ein überproportionales Gewicht bekommen, was viele Parteien in ihren Strategien berücksichtigen, da sie schließlich ihre Stimmen maximieren wollen. Auch zeigen Themen wie Rente und Klimaschutz, dass zwischen den Generationen unterschiedliche Perspektiven und Prioritäten existieren. Dabei zeigt sich öfters, dass die Politik Rentnerinteressen in besonderem Maße verfolgt. Allerdings haben sich im deutschen Parteiensystem keine expliziten Rentnerparteien etablieren können, was auch an einer Orientierung am Alter des Medianwählers liegen könnte. Alle im Bundestag vertretenen Parteien versuchen, sämtliche Generationen anzusprechen – allerdings mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten. Häufig wird auch auf das generationenverbindende Interesse in der Politik hingewiesen, da viele Ältere auch das Wohl der Kinder und Enkel im Blick haben. Allerdings

zeigen die aktuellsten Wahlen wie die Bundestagswahl 2021, dass jüngere und ältere Wählerinnen und Wähler ein unterschiedliches Wahlverhalten aufweisen, was auch mit einer unterschiedlichen Gewichtung der als relevant angesehenen Themen zusammenhängt.

Folgen für die internationale Politik und die Umwelt

Was bedeutet es, wenn Deutschland einen Bevölkerungsrückgang von heute 83 Millionen auf 75 oder gar 65 Millionen erlebt? Diese Frage wird kontrovers diskutiert. Eine Schrumpfung könnte dazu führen, dass Deutschland in einigen Jahrzehnten eine geringere Bevölkerung als Frankreich oder andere Länder hat, was außenpolitisch, geostrategisch und bei Entscheidungsmehrheiten in der EU erhebliche Konsequenzen für die Rolle Deutschlands auf internationaler Bühne hätte. Deutschlands Einfluss würde sinken und auch die Legitimation einer Mitgliedschaft in weltpolitischen Gremien wie unter anderem der G7 könnte langfristig schwinden. Aber auch mit einer Bevölkerung von 83 Millionen leben in Deutschland nur etwa 1 Prozent der Weltbevölkerung, in wenigen Jahren wird dieser Wert sogar unterschritten, da die Weltbevölkerung deutlich über 8 Milliarden wachsen wird (siehe S. 23 ff.). Durch die Einbettung in die Europäische Union hat Deutschland die Möglichkeit, globale politische Fragen mitzugestalten. Die meisten EU-Länder müssen ähnliche demografische Herausforderungen bewältigen, daher ist eine gemeinsame europäische Perspektive auf die internationale Politik mit Großmächten wie den USA und China sehr wichtig.

Eine Schrumpfung könnte auch zu einer Reduzierung der Zahl der Menschen führen, die die deutsche Sprache und Kultur weitertragen. Dieses Argument ist berechtigt, werden die vielen kulturellen Schätze und die Literatur, die oft an Sprache und Erinnerungsgemeinschaften gebunden sind, betrachtet. Der Erhalt von Kultur und Sprache ist ein legitimes Ziel, das in kleineren Ländern wie beispielsweise Estland eine hohe Relevanz in der demografischen Debatte hat. Nationalistische Argumente, die eine Geltung des eigenen Landes aus demografischer Sicht betonen, sind jedoch fehl am Platz, gerade hinsichtlich der Erfahrungen mit historischen Diskursen (siehe S. 30 ff.).

Für die Umwelt und den ökologischen Fußabdruck könnte eine Schrumpfung sogar von Vorteil sein, da weniger Menschen auch weniger CO₂-Emissionen durch Heizen, Autos oder (tierische) Nahrungsmittel verursachen. Allerdings gibt es vielversprechende Ansätze beim technologischen Fortschritt, der in der Zukunft eine klimaneutrale Lebensweise ermöglichen könnte. Dazu gehören erneuerbare Energien, Innovationen bei Wärmedämmung, Autos, Industrie und Landwirtschaft sowie Negativemissionen beispielsweise durch Aufforstung und Carbon-Capture-Verfahren. Um diese Technologien (weiter) zu entwickeln und die politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen entsprechend einer nachhaltigen Umwelt- und Klimapolitik zu stellen, sind gut ausgebildete junge und zukünftige Generationen notwendig. Die Bedeutung des umwelttechnischen Fortschritts ist umso größer, je mehr die internationale Perspektive betrachtet wird, die für Klimafragen entscheidend ist. Das Argument, aufgrund von der zusätzlichen Belastung für die Umwelt keine Kinder zu bekommen, ist daher zu kurz gedacht, denn Kinder sind letztendlich die Zukunft einer Gesellschaft.

Appell der Jugend

[...] Häufig wird Generationengerechtigkeit [...] als etwas betrachte, das erst in Zukunft eintreten kann. Das ist das große Missverständnis unserer Politik. Denn Generationengerechtigkeit betrifft nicht nur das, was die einen den anderen hinterlassen, sondern beschreibt auch eine fortwährende Solidarität zwischen den Generationen innerhalb einer Gesellschaft. [...]

Das heißt aber auch, dass die politische Verantwortung für die nachfolgenden Generationen eben nicht auf zukünftige Entscheidungen verschoben werden kann, sondern dass sie jetzt greift. Dass nicht erst die zukünftigen Lebensverhältnisse relevant sind, sondern auch die heutigen. Und dass gerade in einer Gesellschaft, in der Jüngere in der Unterzahl sind, die Älteren umso mehr in der Verantwortung stehen, sie in ihren Entscheidungen mitzubedenken. [...]

Ich gehöre zur Generation der Millennials, also zu denen, die zwischen 1981 und 1998 geboren sind. Viele von uns sind verhältnismäßig privilegiert und behütet aufgewachsen. Wir haben wenig Entbehrungen erlebt, hatten manchmal vielleicht sogar mehr Möglichkeiten, als uns selbst lieb war. Gleichzeitig muss man sich bewusst machen, dass wir die erste Generation sind, bei der das Versprechen auf einen wachsenden Wohlstand nicht mehr so einfach funktionieren wird. [...]

Dieses sinkende Wohlstandsniveau steht in Wechselwirkung zu anderen Bereichen: Junge Menschen in Deutschland sind häufig prekär beschäftigt, mit niedrigen Löhnen und Kettenbefristungen. Das wiederum wirkt sich etwa auf Altersvorsorge oder den Wohnungsmarkt aus. So ist es für junge Erwachsene heute unwahrscheinlicher, dass sie sich ein Eigenheim leisten können, als es für ihre Eltern im selben Alter war. Meine Generation wird damit auch zusätzlich stärkere Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft erleben. Denn wenn das Aufstiegsversprechen kaum noch funktioniert, können Elternhaus und Erbe zu wohlstandsbestimmenden Faktoren werden. [...]

Nun könnte man natürlich sagen, diese Verhältnisse sind auch eine Folge davon, dass junge Menschen sich nicht genug für ihre Rechte eingesetzt haben. Im Durchschnitt haben junge Altersgruppen eine niedrigere Wahlbeteiligung als ältere – wenn sie sich nicht einbringen, selbst schuld. Dieses Argument funktioniert jedoch aus drei Gründen nicht:

- Erstens wollen junge Menschen sich sehr wohl beteiligen. Bei der Bundestagswahl [...] [2021] gingen im Schnitt über [...] [70] Prozent der Menschen unter 30 zur Wahl. Dies ist weniger als in anderen Altersgruppen, heißt aber immer noch, dass zwei Drittel von ihnen mitbestimmen wollten. Hinzu kommen all die jungen Menschen, die sich auf andere Arten politisch engagieren. Tatsächlich sind junge Menschen heute [2021] sogar politisch interessierter. Eine Studie der TUI-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass junge Menschen in Deutschland ein zunehmendes Interesse an Politik haben. 41 Prozent der Befragten gaben an, sich stark für Politik zu interessieren – fünf Prozentpunkte mehr als noch 2019.
- Zweitens sind junge Menschen, wie beschrieben, in der Unterzahl. Nach der Wahl [...] [2021] waren [...] [48] der [...] [736] Abgeordneten, die in den Bundestag einzogen, unter 30 Jahre alt. Wollte man den ohnehin schon kleinen Anteil junger Menschen an der Bevölkerung abbilden, hätten es [...] [viermal] so viele Abgeordnete sein müssen. Auch dann hätten sie im Parlament also längst keine Mehrheit. So oder so sind

junge Leute daher auf die Solidarität älterer Generationen angewiesen, die sich mit für ihre Belange einsetzen.

- Der dritte Grund, warum das Scheitern generationengerechter Politik nicht den jungen Menschen anzukreiden ist, hängt unmittelbar damit zusammen: Wenn man keine politischen Mehrheiten hat, muss man hoffen, dass Forderungen an anderer Stelle gehört und ernst genommen werden. Und gerade wenn es um die Interessen junger Menschen geht, passiert das oft nicht. [...]

Wir leben in einer Gesellschaft, in der schon heute ein Ungleichgewicht zwischen den Generationen besteht, das Pandemie und Klimawandel weiter verstärken könnten. Gleichzeitig sehen sich junge Menschen einer politischen Übermacht gegenüber, die ihre Bedürfnisse und Sorgen immer wieder ignoriert. [...]

[V]ieles spricht dafür, dass sich Ungerechtigkeiten in der Zukunft verstärken werden. Unserer Welt wird komplexer und mit ihr auch die Folgen unserer Handlungen. Wir sind daher längst über den Punkt hinaus, an dem wir uns zurücklehnen und davon ausgehen können, dass die Zukunft uns in die Hände spielt. Deshalb ist es so wichtig, Generationengerechtigkeit nicht als ein Zukunftskonstrukt zu begreifen, in das wir uns passiv hineintreiben lassen können.

Was sollen die Jüngeren tun? Laut sein und wütend und fordernd? Vielleicht bringt das nicht viel. Da sich in den vergangenen Jahren doch oft gezeigt hat, wie wenig auf junge Menschen gehört wird – egal wie ausufernd sie sich empören – muss man vielleicht eher an die Älteren appellieren. An die, die an der Mehrheit der Entscheidungshebel sitzen.

Das ist die Botschaft an die Älteren: Seid leise, seid solidarisch, hört zu. Denn was ihr heute tut, prägt nicht nur eure eigene Lebensrealität, sondern auch heute schon die der Millionen von Menschen, die nach euch kommen.

„Warum wir den Begriff Generationengerechtigkeit nicht verstanden haben“, von Sophie Garbe, aus: SPIEGEL.de, 31.07.2021, www.spiegel.de/politik/deutschland/warum-wir-den-begriff-generationengerechtigkeit-nicht-verstanden-haben-ein-kommentar-a-eb6f094d-d141-4a84-8b78-c6c287fc21a3



Während der Aktionstage Ende Oktober 2021, zu dem das Bündnis „Gerechtigkeit Jetzt!“ anlässlich der Koalitionsverhandlungen in Berlin aufgerufen hat, versammeln sich am 22. Oktober 2021 viele Tausende Demonstrierende.

MARTIN BUJARD

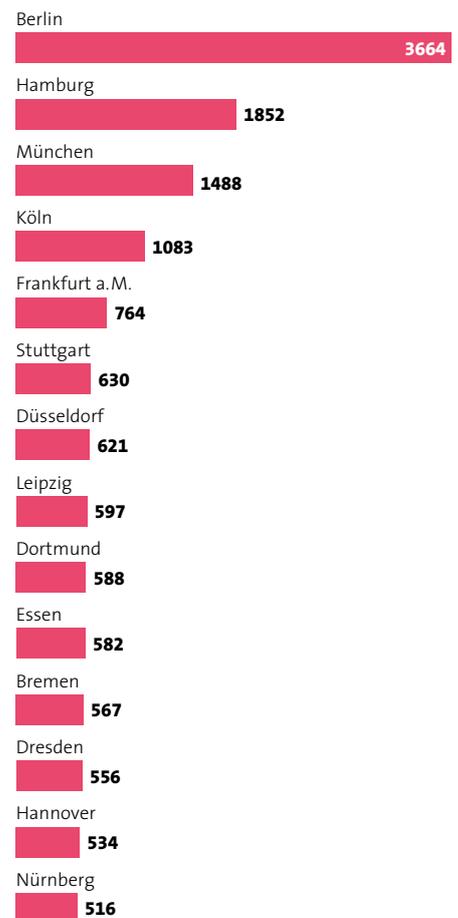
Deutschlands Regionen – wie es vor Ort aussieht

In Deutschland gibt es große regionale Unterschiede hinsichtlich Faktoren wie Geburtenrate, Bevölkerungswachstum und Zuwanderung. Ein Vergleich zwischen München, Gießen und der Uckermark verdeutlicht dies.

Die demografische Entwicklung ist innerhalb Deutschlands sehr unterschiedlich. Während Großstädte wie München boomen, haben viele Landkreise besonders im Osten Deutschlands mit Abwanderung und mit fehlender Infrastruktur im Bereich der Daseinsvorsorge zu kämpfen. In München ist die Fußgängerzone am 15. Januar 2022 gut besucht, in Wittenburg im mecklenburgischen Landkreis Ludwigslust-Parchim geht am 12. November 2020 eine Frau an geschlossenen Ladengeschäften vorbei.



Die größten Städte Deutschlands Einwohnerzahl in Tausend, 2020

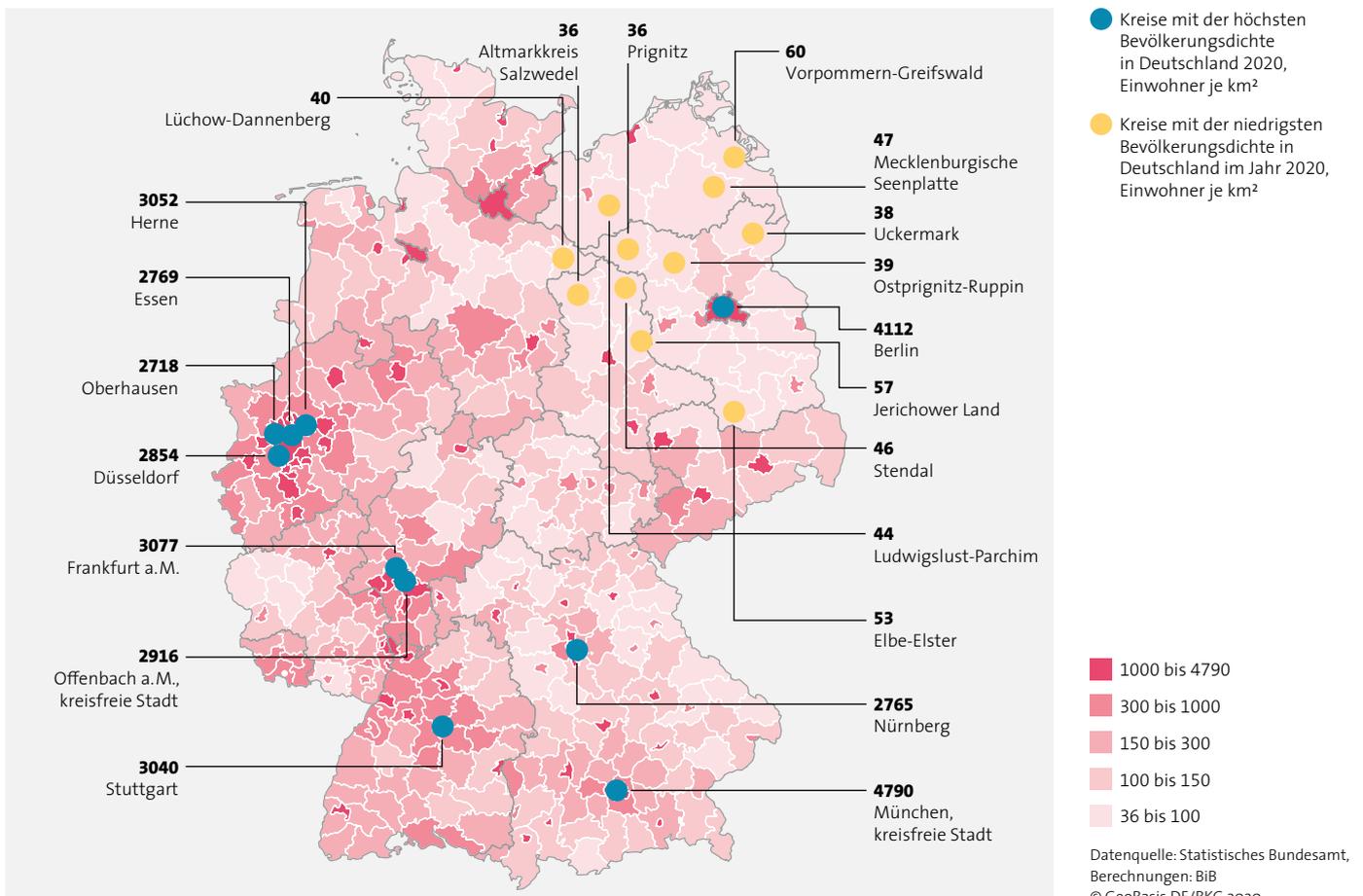


Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2021, Genesis Online, eigene Darstellung

Für eine Animation des Wachstums der größten Städte seit 1955–2020 siehe: www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/bar-chart-race.html

Bevölkerungsdichte in kreisfreien Städten und Landkreisen

Einwohner je km², 2020



Großstädte und ländliche Gebiete

Innerhalb von Deutschland existieren bezüglich demografischer Entwicklungen große regionale Unterschiede. Es gibt urbane Regionen mit einer hohen Bevölkerungsdichte und Wohnungsempässen, beispielsweise in München oder dem Rhein-Main-Gebiet. Gleichzeitig gibt es Regionen mit einer geringen Bevölkerungsdichte, leerstehenden Häusern und wegbrechender öffentlicher Infrastruktur, beispielsweise in den ländlichen Regionen im Norden und Osten der Bundesrepublik.

Die höchste Bevölkerungsdichte haben die Millionenstädte Berlin, Hamburg, München und Köln sowie das Rhein-Main-Gebiet, die Metropolregionen Stuttgart und Düsseldorf sowie das Ruhrgebiet. Deutschland hat derzeit vier Millionenstädte und zehn weitere Großstädte mit einer Einwohnerzahl von über 500 000. In den vergangenen Jahren sind vor allem München, Frankfurt und Leipzig deutlich gewachsen.

Deutschland hat im Durchschnitt eine Bevölkerungsdichte von 233 Einwohnern pro Quadratkilometer, was höher ist als in den meisten europäischen Staaten. In kreisfreien Städten wohnen durchschnittlich zwischen 1000 und 3000 Menschen pro Quadratkilometer, die höchste Bevölkerungsdichte haben Frankfurt am Main mit 3077, Berlin mit 4112 und München mit 4790 Menschen pro Quadratkilometer. Eine geringe Bevölkerungsdichte findet sich vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, aber auch in Nord-

bayern, der Lüneburger Heide und der Eifel. 11 der 401 Kreise in Deutschland haben eine Bevölkerungsdichte unter 60. Mit Ausnahme des niedersächsischen Lüchow-Dannenberg liegen diese alle in den ostdeutschen Bundesländern: in den Kreisen Elbe-Elster, Ostprignitz-Ruppin, Prignitz und Uckermark in Brandenburg, Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Greifswald und Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern sowie im Altmarkkreis Salzwedel, Jerichower Land und Stendal in Sachsen-Anhalt. In den beiden Landkreisen Prignitz und Altmarkkreis Salzwedel ist die Bevölkerungsdichte mit jeweils 36 Einwohnern auf einem Quadratkilometer am geringsten.

Auch bei der individuellen Lebensführung gibt es daher große regionale Unterschiede. Die in eng besiedelten Großstädten lebenden Menschen können dort auf ein vielfältiges kulturelles Leben, auf viele unterschiedliche Arbeitsplätze und eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur – bestehend aus Internet, (öffentlichem) Verkehrsnetz, Krankenhäusern oder Freizeitangeboten wie Sportstadien – zurückgreifen. Allerdings bedeutet ein Leben in urbanen Großstädten häufig auch ein Leben mit Lärm, Verkehrsüberlastung und hohen Kosten für Mieten oder Immobilien. Daher ist die Politik dazu angehalten, in urbanen Zentren Naherholungsgebiete und günstigen Wohnraum zu schaffen. Umgekehrt steht die Politik in ländlichen Gebieten vor der Herausforderung, die öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten und ausreichend attraktive Arbeitsplätze bereitzustellen und zu sichern.

Boomende Städte und verlassene Dörfer? Wanderungsdynamik innerhalb Deutschlands

Auch aufgrund dieser erheblichen regionalen Unterschiede siedeln Menschen in andere Regionen um. So ziehen viele junge Familien aus den Städten in die Vorstädte, da sie dort günstigeren Wohnraum für Familien – möglichst auch mit Garten – und familienfreundlichere Quartiere und Verkehrslagen finden. Umgekehrt zieht es junge Menschen häufig in Großstädte, um dort zu studieren und einen Arbeitsplatz zu finden; häufig auch aufgrund der kulturellen Attraktivität von Städten.

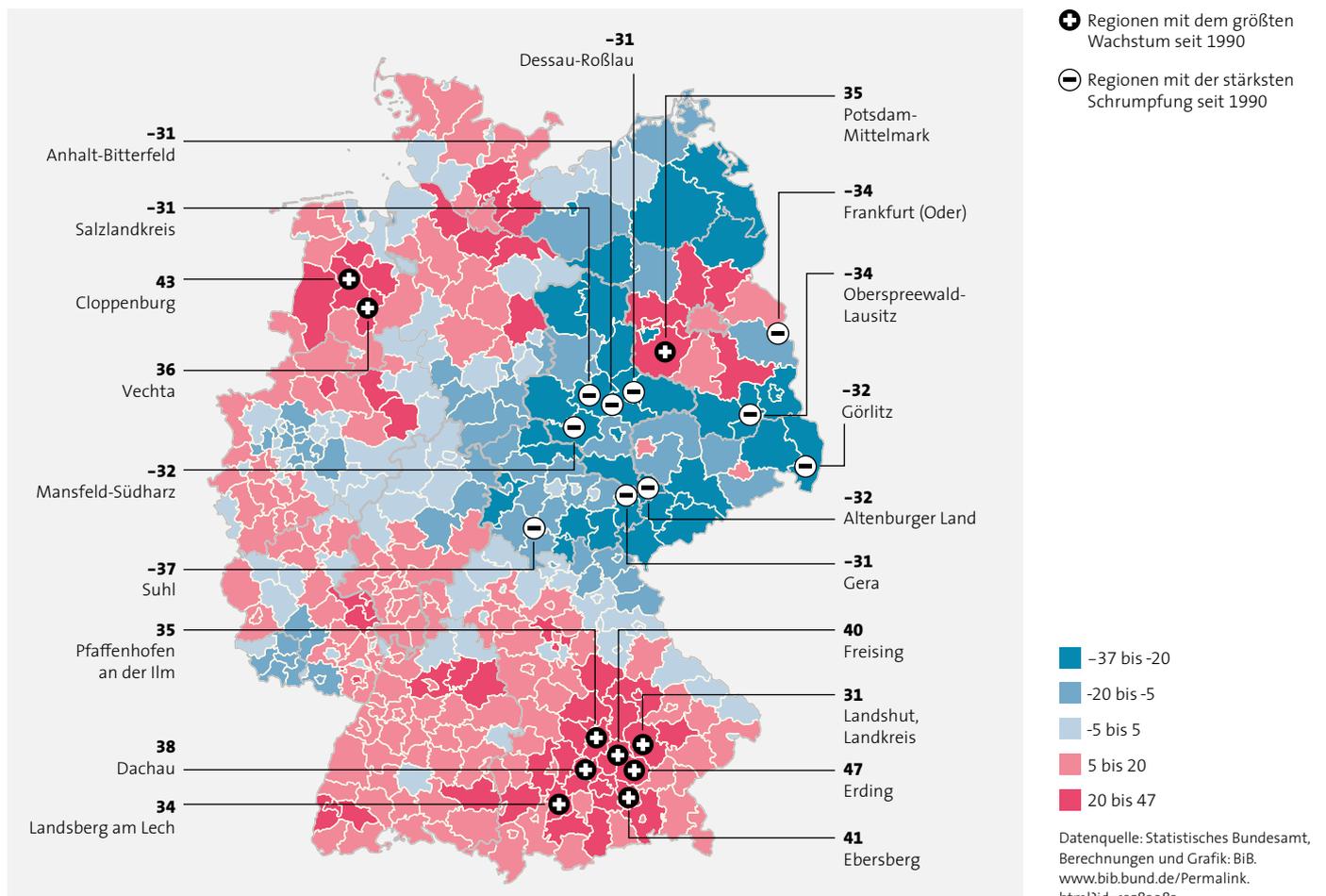
Diese Wanderungsbewegungen gleichen sich nicht immer aus, sodass sich boomende Regionen und Abwanderungsregionen gegenüberstehen. So gestaltete sich die Bevölkerungsentwicklung zwischen 1990 und 2019 in Deutschlands Städten und Landkreisen sehr unterschiedlich: In Hamburg, Berlin und München – und vor allem auch im Einzugsgebiet dieser Metropolen – ist die Bevölkerung deutlich gewachsen, meist über ein Fünftel. Auch das Emsland, das Rhein-Main-Gebiet, die Region Freiburg-Schwarzwald sowie weite Teile Oberbayerns bis zu Regensburg und Neumarkt in der Oberpfalz sind die großen Wachstumsregionen der vergangenen Jahrzehnte.

Im Umkehrschluss gab es zwischen 1990 und 2019 auch einige Regionen, die stark von Abwanderung betroffen waren. Da

es in Deutschland zeitgleich einen Überschuss an Strebefällen im Verhältnis zu Geburten gab, führte dies in den von Abwanderung betroffenen Regionen zu einem erheblichen Bevölkerungsrückgang. Betroffen waren insbesondere viele Kreise in den ostdeutschen Bundesländern. Mit Ausnahme von Berlin, dem Berliner Umland sowie den Städten Dresden, Erfurt, Jena und Leipzig haben fast alle ostdeutschen Kreise deutlich an Einwohnerinnen und Einwohnern verloren. Rückgänge von über einem Fünftel der Bevölkerung verzeichneten vor allem Landkreise in Sachsen, Sachsen-Anhalt sowie den östlichen Kreisen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Aber auch in einigen westdeutschen Bundesländern ist aktuell ein Bevölkerungsrückgang zu beobachten, insbesondere im Saarland, im Ruhrgebiet nordöstlich von Düsseldorf und im Süden Niedersachsens.

Zwei zentrale Fragen können in diesem Kontext gestellt werden: Darf bzw. müssen womöglich einzelne Dörfer „aufgegeben“ werden, wenn deren Versorgung unverhältnismäßig teuer wird? Soll der Umzug junger Menschen in wirtschaftsstarke Regionen gefördert oder soll dem durch Industriepolitik und die Nutzung digitaler Möglichkeiten zur Telearbeit entgegen gewirkt werden? Politische Entscheidungen hinsichtlich dieser Fragen müssen stets auch an den lokalen Rahmenbedingungen ausgerichtet werden. Boom- und Abwanderungsgebiete gab es historisch schon immer. Letztlich ist es Aufgabe der Politik, wirtschaftliche Überlegungen und das Ziel gleichwertiger

Wachstum und Rückgang der Bevölkerung in kreisfreien Städten und Landkreisen zwischen 1990 und 2020 in %



Das ist unser Haus

An dem Wohnhaus in Prenzlauer Berg hängt ein Transparent, das sich über vier Stockwerke zieht. „Danke“ ist in riesigen Buchstaben darauf gemalt. [...] Die Bewohnerinnen und Bewohner der Choriner Straße 12 bedanken sich bei allen, die ihnen geholfen haben, dass ihr Haus nicht an einen Investor verkauft wird. [...]

Berlin, Stadt des Immobilienbooms. Wer hier lebt, tut das mit dem Gefühl, nicht zu wissen, wie lange man noch in seiner Wohnung bleiben kann. [...] [N]irgendwo in Deutschland sind die Angebotsmieten dermaßen gestiegen wie in Berlin – um 42 Prozent in den vergangenen fünf Jahren. Und nirgendwo sonst sind die Bodenpreise ähnlich in die Höhe gegangen. So war ein Grundstück, das 2009 in Friedrichshain-Kreuzberg gekauft wurde, zehn Jahre später 1578 Prozent mehr wert.

Wie in einem großen Monopoly werden in Berlin Häuser gekauft und wieder verkauft. Da stoßen die Konzerne Deutsche Wohnen und Vonovia auf einen Schlag 20 000 Wohnungen ab, oder ein schwedischer Immobilienmogul wirft 14 500 Wohnungen auf den Markt, die ein anderes schwedisches Unternehmen für geschätzt 4,5 Milliarden Euro übernimmt. Als Mieter ist man da oft nur noch Teil eines Aktienpakets, das hin und hergeschoben wird. [...]

Am Beispiel der Choriner Straße 12 lässt sich aber auch gut erzählen, mit welchen Mitteln die Berliner Politik versucht, den überhitzten Wohnungsmarkt zu regulieren. Da waren der wenig erfolgreiche Mietendeckel, der vor Gericht gekippt wurde, oder das Verbot, Wohnungen als Ferienunterkünfte zu vermieten, das kaum zu kontrollieren ist. Aber es gibt auch Ideen, die ein Vorbild für andere Städte sein könnten: die massive Einrichtung sogenannter Milieuschutzgebiete etwa, in denen es nur unter strengen Auflagen erlaubt ist, Häuser zu kaufen. Mehr als ein Viertel aller Berlinerinnen und Berliner lebt inzwischen in solchen Vierteln. Und es wird immer öfter das Vorkaufsrecht angewendet, ein Passus aus dem Baurecht, der es Gemeinden ermöglicht, in Kaufverträge einzutreten, wenn dies im Sinn der Allgemeinheit ist. In Berlin läuft das dann so: Wird ein Haus in einem Milieuschutzgebiet verkauft, soll sich der Käufer verpflichten, es gemeinwohlorientiert zu bewirtschaften. Weigert er sich, kann ihm das Haus von einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft, Stiftung oder Genossenschaft weggekauft werden, die es sozial verträglich vermietet. Das war auch der Kniff, auf den sie schließlich in der Choriner Straße 12 kamen.

Was einfach klingt, bedeutete praktisch, dass die Hausgemeinschaft eine Lawine an Bürokratie in Gang setzen musste, [...] denn im Hintergrund tickte die Uhr: Ist ein Hausverkauf erst auf den Weg gebracht, bleiben nur etliche Wochen, um das

Vorkaufsrecht auszuüben. Die Hausgemeinschaft klapperte Genossenschaften, Wohnungsbaugesellschaften und Stiftungen ab, kontaktierte Politiker und Behörden, forschte nach Förderpöpfen, in denen Geld für einen Vorkauf sein könnte. Und das alles, um etwas zu erreichen, das eigentlich selbstverständlich sein sollte: die eigene Wohnung zu behalten. [...]

[...] [K]urz vor Ablauf der Frist fand sich schließlich eine Genossenschaft, die einsteigen wollte. [...] [D]ie Hausgemeinschaft muss sich mit 600 000 Euro an dem Kredit beteiligen, mit dem die Genossenschaft die Choriner Straße 12 erworben hat.

Die Frage ist zudem, was solche Vorkäufe bewirken. Eine Hausgemeinschaft in Berlin-Charlottenburg zählte einmal nach, wie viele Wohnungen das Firmengeflecht aus Luxemburg, an das ihr Haus gehen sollte, in Berlin besitzt. Es waren fast 2000, 20 davon konnten ihm über das kommunale Vorkaufsrecht abgenommen werden. Nicht zuletzt spielt Berlin mit solchen Ankäufen selbst beim großen Häuser-Monopoly mit. Vor Kurzem hat der Berliner Senat den Konzernen Deutsche Wohnen und Vonovia 14 700 Wohnungen abgekauft. Für mehrere Milliarden Euro, was den Markt weiter anheizen dürfte.

Aber wahrscheinlich geht es auch um etwas anderes. Um eine Art von Nachbarschaft, die so gar nicht dem Bild der anonymen Großstadt entspricht. In der Choriner Straße sind die meisten schon lange miteinander befreundet, sie sitzen gemeinsam vor dem Späti [...]. Dadurch bekamen sie nicht nur mit, wie plötzlich Leute ihr Haus fotografierten oder in Marcel Hellsterns Café fragten, wie das hier so sei. Sie konnten auch schnell handeln – viele Hausgemeinschaften erfahren von einem Verkauf erst, wenn schon alles in trockenen Tüchern ist. [...]

Der Stadtsoziologe Andrej Holm sieht darin den Beginn von etwas Größerem. Eine neue Art der Mobilisierung. Hätten die Menschen bis vor zehn Jahren mit Slogans wie „Keine Rendite mit der Miete“ gegen die Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt protestiert, sieht er jetzt zunehmend Mieterinnen und Mieter, denen es darum gehe, Programme zu entwickeln und sogar Politik zu machen. In München wollte ein Volksbegehren einen Mietenstopp erreichen, in Berlin gab es einen Volksentscheid über die Enteignung von großen Immobilienkonzernen. In Amsterdam setzt das progressive Regierungsbündnis auf eine Beteiligung von Bürgerinitiativen, in Zagreb sind Leute aus einer Bürgerplattform in der Regierung, und in Barcelona ist aus den Reihen von Wohnungsaktivisten sogar eine Bürgermeisterin hervorgegangen. Wenn es so weitergeht, könnten Mieterinnen und Mieter eine neue politische Kraft werden. [...]

Verena Mayer, „Wir können auch anders“, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. Oktober 2021

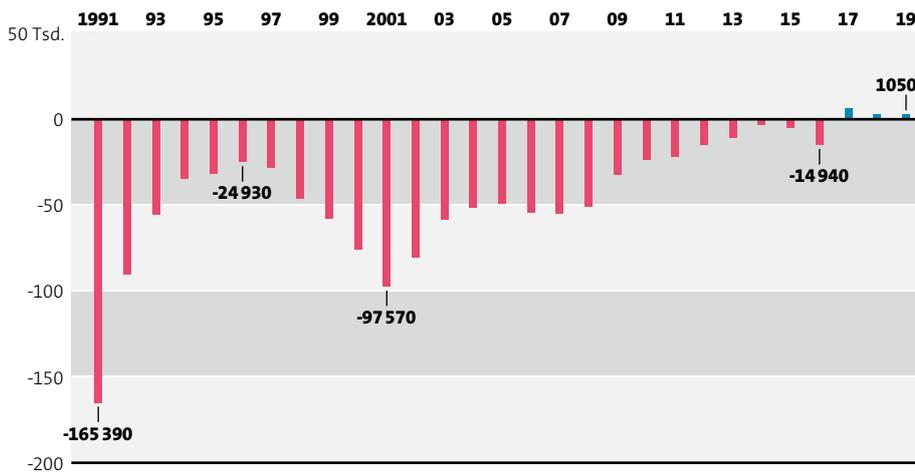
Lebensverhältnisse in allen Regionen der Bundesrepublik in Einklang zu bringen. Dies gewährleistet das Sozialstaatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland.

Nach der Wiedervereinigung setzte eine starke Ost-West-Wanderung ein, da der Systemumbruch von der DDR-Staatswirtschaft zur westdeutschen Marktwirtschaft die Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern sehr hoch anstiegen ließ, während die Karriereentwicklungs- und Einkommensmöglichkeiten dort deutlich sanken. Insbesondere junge Menschen wanderten ab. In den 1990er-Jahren zogen pro Jahr im Durchschnitt 59 000 Personen mehr von Ost nach

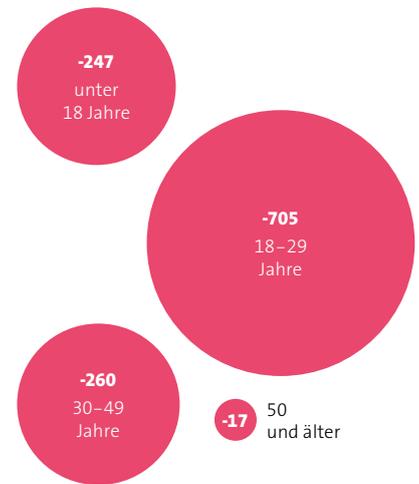
West als umgekehrt, in den 2000er-Jahren waren es sogar 61 000 pro Jahr. Zwischen 1991 und 2016 lag der Wanderungsverlust der ostdeutschen Bundesländer bei insgesamt 1,235 Millionen Personen (jeweils ohne Berlin), besonders häufig wanderten junge Erwachsene von Ost nach West (bzw. Süd) ab. Allerdings gibt es aktuell eine Trendumkehr: Seit 2017 ziehen mehr Menschen von West nach Ost als umgekehrt, wobei die Wanderungsbilanz nur wenige Tausend beträgt. Ein Grund für diese Trendumkehr ist der deutlich entspanntere und attraktivere Arbeitsmarkt für junge Erwachsene in Ostdeutschland. Dies zeigt sich exemplarisch in Städten wie Jena oder Leipzig.

Wanderung zwischen Ost und West

Wanderungssaldo (Zuwanderung minus Abwanderung) von Ostdeutschland nach Westdeutschland



Wanderungssaldo der ostdeutschen Bundesländer zwischen 1991 und 2019 nach Altersgruppen, in Tausend



Lesebeispiel

Im Jahr 1991 hatten die ostdeutschen Bundesländer ein negatives Wanderungssaldo,

d. h., es zogen rund 165 400 Menschen mehr nach Westdeutschland als Menschen aus Westdeutschland nach Ostdeutschland.

© picture-alliance / dpa-infografik, Globus 14 578; Quelle: Statistisches Bundesamt

alle Angaben ohne Berlin

Hinsichtlich des Wanderungsverhaltens zwischen Stadt und Land gibt es keine langfristig eindeutigen Trends. In den 1990er-Jahren fand eine Suburbanisierung statt: Tendenziell zogen mehr Menschen von Großstädten in ländliche Kreise um. Zwischen 2005 und 2013 kehrte sich dies um und die kreisfreien Großstädte konnten große Wanderungsgewinne verzeichnen. 2014 änderte sich dies wiederum, seitdem legen die ländlichen Kreise zulasten der Großstädte wieder zu.

Spannend wird hier die weitere Entwicklung infolge der Coronavirus-Pandemie sein. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen und Behörden konnten während der Pandemie umfassende Erfahrungen mit der Arbeit im Homeoffice sammeln. Dabei wurden digitale Infrastrukturen ausgebaut, Videokonferenzen und Telearbeit eingeübt und die Zusammenarbeit auf Distanz erlernt. Für etwa 42 Prozent der Erwerbstätigen ist Homeoffice bis zu einem gewissen prozentualen Anteil in der Woche vorstellbar. Homeoffice, vor allem mit einer Anwesenheit an der Arbeitsstätte von ein oder zwei Tagen die Woche, eröffnet die Möglichkeit einer weitaus höheren Entfernung zwischen Arbeits- und Wohnort, da die Pendeldistanz nicht täglich zurückgelegt werden muss. Angesichts hoher Mieten in vielen Städten könnte eine Abwanderung in Vororte und ländliche Gebiete, die ein oder zwei Stunden per Auto oder öffentliche Verkehrsmittel entfernt liegen, durchaus eine Option für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

Regional unterschiedliche Kinderzahlen

Es gibt Kreise, in denen die durchschnittliche Kinderzahl von Frauen relativ hoch ist, und solche, in denen sie sehr gering ist. Die zusammengefasste Geburtenziffer ist hier nur bedingt aussagekräftig, denn sie ist beispielsweise in Studentenkreisen sehr niedrig, da viele junge Menschen dort für einige Jahre zum Studium hinziehen, für den ersten Job aber wieder wegziehen und erst später im Leben Nachwuchs bekommen.

Umgekehrt gibt es in manchen Gegenden, beispielsweise um 2010 im Stadtteil Prenzlauer Berg in Berlin, einen Pseudo-Babyboom. Dieser damals medial sehr beachtete Babyboom lag nicht an einer höheren Geburtenrate, sondern daran, dass besonders viele Frauen im Alter von 30 bis 35 Jahren dort lebten. Daher lohnt es sich, die endgültige Kinderzahl von Frauen zu betrachten, die im Alter von etwa 40 Jahren in unterschiedlichen Kreisen leben, in denen sie ihre Kinder dann auch aufziehen.

Auf Basis des Zensus wurde vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) und dem Statistischen Bundesamt erstmals die endgültige Kinderzahl von Frauenjahrgängen (1969–72) auf Kreisebene berechnet. Am geringsten ist die durchschnittliche Kinderzahl im bayrischen Passau mit 1,05 Kindern, während sie im niedersächsischen Cloppenburg bei 2,01 Kindern liegt. Vergleichsweise hoch ist die Kinderzahl auf der schwäbischen Alb, im Allgäu, im Emsland, in Südfranken und in Ostsachsen mit Werten zwischen 1,7 und 2,0. Relativ niedrig ist sie im Saarland, im Rhein-Main-Gebiet, im Ruhrgebiet, im Osten Mecklenburg-Vorpommerns sowie in Großstädten wie München, Köln und Düsseldorf.

Wie in vielen anderen Staaten auch, ist die Kinderzahl in Großstädten deutlich niedriger als in ländlichen Regionen oder im Speckgürtel größerer Metropolen. Allerdings gibt es darüber hinaus einige Faktoren, die höhere Kinderzahlen in bestimmten Regionen begünstigen: Dies gilt sowohl für eine kulturelle katholische Prägung in den westdeutschen Bundesländern als auch in ostdeutschen Kreisen, wo relativ viele evangelische Christinnen und Christen leben. Einen positiven Zusammenhang mit höheren Kinderzahlen zeigt sich auch in Kreisen mit einer geringen Arbeitslosigkeit, einem Männerüberschuss und einer breiten Verfügbarkeit von relativ großen Wohnungen. Insbesondere für kinderreiche Familien ist Wohnraum mit fünf oder mehr Zimmern eine wichtige Voraussetzung, wobei manche ihren Wohnsitz auch nach der Geburt der Kinder in Regionen mit einem besseren Wohnungsangebot verlegen.

Wittenberge – wider den Trend

[...] Unter dem Schlagwort 15-Minuten-Stadt haben es Städteplaner zum Ideal erklärt, in einem Quartier innerhalb einer Viertelstunde alles Wichtige erreichen zu können. Olaf Arndt sitzt im Bremer Büro von Prognos und leitet die Abteilung „Standort & Region“. Er prognostiziert daneben den Aufstieg der 60-Minuten-Stadt, die in den kommenden Jahren zur neuen Normalität werden könnte. Am Stadtrand sind die Internetleitungen meist schnell genug für die Heimarbeit, die Grundstückspreise und Mieten aber noch relativ niedrig. [...]

[D]ie Stadt Wittenberge [hingegen liegt] in Brandenburg. [...] [Sie] hat nur wenige Einwohner, knapp 17000, um genau zu sein, [...] sie ist eine Kleinstadt im ländlichen Raum. [...]

Vor der Wende war die Stadt ein Industriestandort. Eine Zellstofffabrik, ein großes Nähmaschinenwerk und eine Ölmühle gaben den Menschen Arbeit. Nach der Wiedervereinigung war fast über Nacht alles im Eimer. Die Stadt hat seitdem rund 40 Prozent ihrer Bevölkerung verloren. Und sie scheint auf den ersten Blick weiter leer auszugehen, denn Wittenberge liegt außerhalb der 60-Minuten-Grenze. Mit dem Wagen ist man nach Berlin wie Hamburg etwa zwei Stunden unterwegs.

Immerhin: An Wittenberge streicht die Bahnlinie vorbei, die die beiden größten Metropolen Deutschlands miteinander verbindet. Alle zwei Stunden hält ein Fernzug, und der braucht sowohl in die Hauptstadt als auch nach Hamburg kaum mehr als eine Stunde. Doch das hilft nichts: Wenn die 60-Minuten-These von Prognos-Berater Olaf Arndt stimmt, befindet sich Wittenberge gerade so weit von den Metropolen entfernt, dass die Stadt von der Landlust der Großstädter nicht profitieren kann.

Doch auch hier gibt es Geschichten, die Hoffnung machen. Zum Beispiel die von Christian Soult. Er hat viele Jahre als freier PR-Berater in Berlin gearbeitet – und ist im Juli 2019 nach Wittenberge gezogen. In den sehr ländlichen Raum an der Elbe lockte ihn ein ungewöhnliches Projekt: Unter dem Motto „Summer of Pioneers“ lud Wittenberge 20 Digitalarbeiter für ein halbes Jahr zum Probewohnen ein. Man bekam eine frisch sanierte Wohnung und einen Platz in einem nagelneuen Coworking Space, der in einer freien Etage in einem der schönsten Gebäude der Stadt liegt, in der umgebauten alten Ölmühle. [...]

Das Projekt war ein Erfolg. Laut Plan hätte es im Dezember 2019 enden sollen, doch mehr als ein Jahr später leben 15 der Pioniere noch immer in Wittenberge. Sie nennen sich die „Elblandwerker“ und kommen vom Film, aus dem Onlinemarketing, dem Journalismus. Freiberufler, die überall arbeiten können, wenn das Internet schnell genug ist. [...]

Die Kreativen aus der Großstadt ziehen weitere Kreative an. Wohnungen für kleines Geld gibt es genug, und mit dem Rad könne man zu den Landcafés in den umliegenden Dörfern fahren, wo es „die leckersten Kuchen“ gibt. Die Elbe liegt vor der Haustür und Natur hat man hier mehr als genug – Wittenberge liegt in Deutschlands am dünnsten besiedelten Landkreis.

Die Elblandwerker sind ein Beispiel für einen anderen Trend, der sich in den kommenden Jahren wohl weiter verstärken wird. „Das Städtische wächst aufs Land – und das Ländliche in die Stadt“, formuliert es Christian Schuldt vom Frankfurter Zukunftsinstitut. Bei den Zukunftsforschern spricht man seit einigen Jahren vom Megatrend der Urbanisierung. „Doch dazu entwickeln sich immer auch Gegenbewegungen, die dann

wiederum neue Verbindungen mit dem Megatrend eingehen und ihn sozusagen auf eine höhere Stufe heben“, erklärt Schuldt. [...]

Festzustehen scheint, dass Stadt und Land in einen neuen Dialog treten. So lief es auch in Wittenberge. „Die Leute hier waren total aufgeschlossen“, sagt Christian Soult, der Elblandwerker. „Und die Stadtverwaltung hat uns echt den roten Teppich ausgerollt.“ Jede Woche habe man mit dem Bauamtsleiter und der regionalen Wirtschaftsförderung zusammengesessen und überlegt, welche Projekte man gemeinsam anschieben könne. An dieser neuen Kreativkraft war die Kommune von Anfang an interessiert. Bei der Bewerbung, die mehr als 60 Menschen ausfüllten, musste man angeben, mit welchen Ideen man das Leben in Wittenberge bereichern könne. Die 20 besten erhielten den Zuschlag. [...]

Aus vielen Einzelideen sind inzwischen feste Institutionen geworden. Etwa der Stadtsalon Safari. Den Raum dafür stellt die Stadt – in einem bis dahin nahezu leeren Bau in zentraler Lage. Hier können Tauschbörsen stattfinden, Reparaturcafés, Lesungen, Kinoabende oder Konzerte.

„Das ist ein lebendiger Ort der Kultur, wie man ihn sonst höchstens in Berlin findet“, glaubt Oliver Hermann, promovierter Historiker und seit mehr als zehn Jahren Bürgermeister in Wittenberge. „Uns war klar: Wenn wir nur sagen, dass wir einen Coworking Space haben, interessiert das keinen Menschen. Niemand hat Wittenberge auf dem Zettel. Wir mussten die Sache mit einer Marketingaktion verbinden und auch finanziell ins Risiko gehen. Heute wissen wir: Es hat sich gelohnt.“ Stadtentwicklung per Kultur. Und das in einer Region, in der man hinter vorgehaltener Hand schon über Abwrackprämien für kleine, sterbende Dörfer spricht.

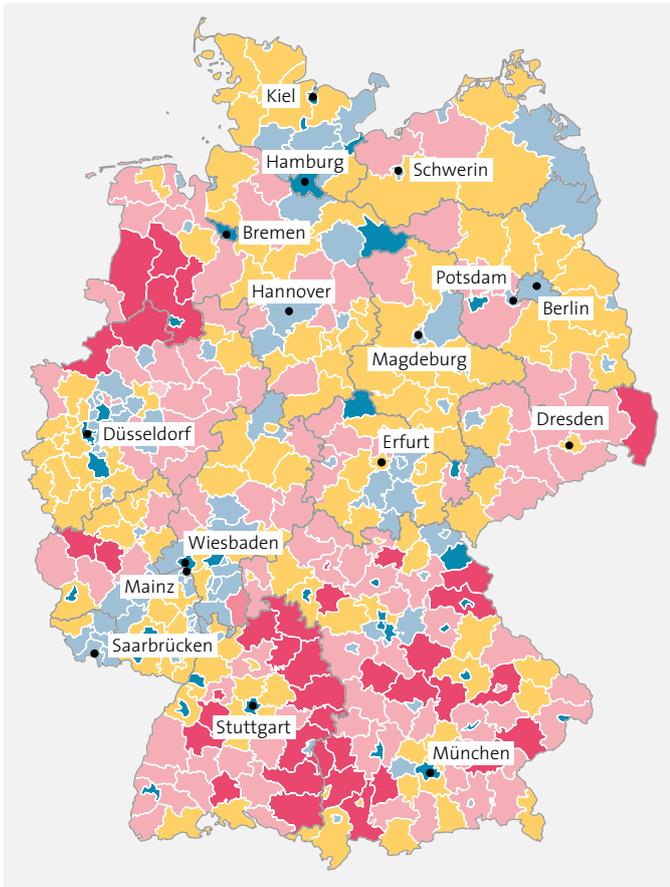
In den Neunzigerjahren lag die Arbeitslosigkeit in Wittenberge noch jenseits der 20-Prozent-Marke. „Zu Anfang meiner Amtszeit hatte ich genau drei Prioritäten: Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und Arbeitsplätze“, sagt Hermann. Inzwischen haben sich mehrere Firmen in der Stadt angesiedelt und neue Jobs gebracht [...], die Arbeitslosenquote liegt heute [2021] bei acht Prozent. [...]

Aus stadtplanerischer Sicht sind längst nicht alle Probleme gelöst. Noch immer hängt an vielen maroden Häusern der Altstadt ein Schild „Zu verkaufen“. Zehn bis zwanzig Prozent Leerstand habe man in manchen Vierteln, sagt Bauamtsleiter Martin Hahn. Leere, nicht sanierungsfähige Häuser und Plattenbauten werden abgerissen. Jahr für Jahr fließen mehrere Millionen Euro in den Rückbau, der laut Hahn wohl auch in den kommenden Jahren weitergehen muss. [...]

Doch parallel zur alten Geschichte vom schrumpfenden Osten registrieren Hahn und Hermann einen neuen Trend: Zum ersten Mal seit der Wende verzeichnet Wittenberge nennenswerten Zuzug aus den Metropolen und den alten Bundesländern. Ein Neubau oder ein sanierter Altbau in guter Lage sei inzwischen problemlos zu vermarkten. Dafür gebe es einen wachsenden Bedarf. „Daran war vor zehn Jahren nicht zu denken“, sagt Bürgermeister Hermann. Die Bevölkerungsentwicklung sei mittlerweile einigermaßen stabil. „Wir sind kein schrumpfendes System mehr“, sagt er. [...]

Jochen Metzger, „Die 60-Minuten-Stadt“, in: Brand eins / thema vom 11. März 2021, www.brandeins.de/magazine/brand-eins-thema/unternehmensberater-2021/die-60-minuten-stadt

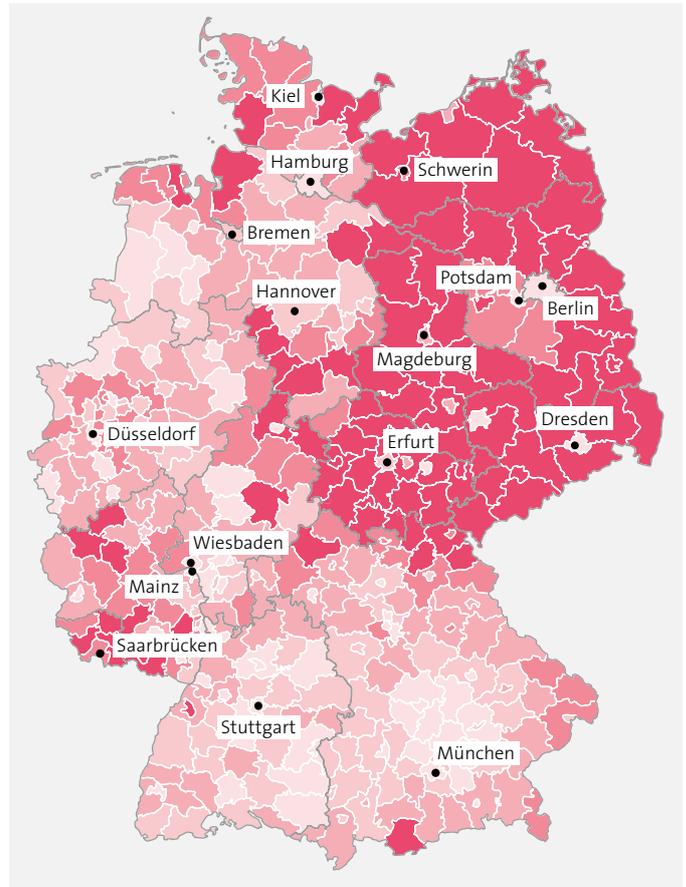
Endgültige Kinderzahl von Frauen der Jahrgänge 1969–72 in kreisfreien Städten und Landkreisen



■ <1,32
 ■ 1,32–1,46
 ■ 1,46–1,58
 ■ 1,58–1,71
 ■ >1,71

Bujard & Scheller 2017 (siehe Literatur) auf Basis von Zensus 2011

Durchschnittsalter in kreisfreien Städten und Landkreisen in Jahren, 2019



■ 40,4 bis 43,5
 ■ 43,5 bis 44,5
 ■ 44,5 bis 45,5
 ■ 45,5 bis 46,5
■ 46,5 bis 50,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Grafik: BiB. www.bib.bund.de/Permalink.html?id=10214222

Regionale Unterschiede im Durchschnittsalter

Auch die Altersstruktur und das Durchschnittsalter unterscheiden sich in Deutschlands Regionen erheblich. In Ostdeutschland leben, abgesehen von den Großstädten, relativ viele ältere Menschen, das durchschnittliche Alter liegt zwischen 45 und 51 Jahren. Am ältesten ist die Bevölkerung in der Stadt Suhl in Thüringen mit 50,8 Jahren. Eine ältere Bevölkerung findet sich auch im Saarland, in Nordhessen, in Südniedersachsen und in Teilen Schleswig-Holsteins wieder. Relativ jung ist die Bevölkerung in den größeren Städten, vor allem in Universitätsstädten, so liegt sie in Heidelberg mit 40,4 Jahren am niedrigsten. Relativ jung sind auch die beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern. Ein Vergleich der Karten mit den Wanderungsbewegungen und der Altersstruktur zeigt einige übereinstimmende Muster: Kreise, aus denen vor allem jüngere Menschen abwandern, haben eine entsprechend höhere Zahl an älteren Menschen, was dort häufig als nachteilig wahrgenommen wird.

München – Gießen – Uckermark: drei Lebenswelten

Die drei Regionen Stadt München, Landkreis Gießen und Landkreis Uckermark verdeutlichen exemplarisch die großen regionalen Unterschiede in Deutschland und regionale demografische Wandlungsprozesse. Knapp 10 Prozent der deutschen Bevölkerung lebt in einer der vier Millionenstädte, weitere 21 Prozent in Großstädten ab 100 000 Einwohnern. Etwa 15 Prozent sind in Dörfern mit weniger als 5000 Einwohnern beheimatet. Mehr als die Hälfte der Deutschen lebt in kleineren und mittleren Städten: je 27 Prozent in Kleinstädten mit 5000 bis 20 000 Einwohnern (wie Grünberg, Hungen, Lich oder Linden im Landkreis Gießen oder Angermünde, Prenzlau und Templin im Landkreis Uckermark) und in Mittelstädten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern (wie Gießen oder Schwedt im Landkreis Uckermark).

München ist eine Millionenstadt, die boomt – in die in den vergangenen Jahrzehnten viele Menschen gezogen sind –, mit einer hohen Bevölkerungsdichte, wirtschaftlicher Stärke, einem breiten kulturellen Angebot, einer hohen Breitband-

quote für schnelleres Internet und einer engmaschigen ärztlichen Versorgung. Allerdings sind die Mietpreise und die Verkehrsdichte enorm hoch. Frauen bekommen dort weniger Kinder, die Kleinkindbetreuung ist nur wenig ausgebaut und es gibt wenig Naherholungsflächen in der Stadt selbst. Im Landkreis Uckermark sind die Mieten sehr günstig, es gibt viel Naherholungsfläche, eine umfassend ausgebaute Kleinkindbetreuung, wenig Verkehrsbelastung und damit verbundenen Lärm. Dort ist die Bevölkerungsdichte gering, viele Menschen sind in den vergangenen Jahrzehnten weggezogen, die Arbeitslosenquote ist höher und die Breitbandversorgung schlechter.

In Großstädten wie München ist der Anteil von Akademikerinnen und Akademikern relativ hoch, ebenso der der ausländischen Bevölkerung. Im Landkreis Uckermark sind diese Anteile geringer, zudem existieren dort ein Männerüberschuss und eine ältere Bevölkerung. Hier zeigt sich, dass vor allem jüngere Frauen wegziehen. Der Landkreis Gießen liegt bei vielen dieser Indikatoren in der Mitte. Er besteht aus einer Universitätsstadt mit rund 90 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie mehreren kleineren Städten und Dörfern.

In allen diesen drei Kreisen macht es einen großen Unterschied, ob im Zentrum oder eher in der Peripherie gewohnt wird. Die jeweiligen Kombinationen aus urbanem Leben und grünem Land, aus kulturellen Angeboten, öffentlicher Daseinsvorsorge, Wirtschaftsstruktur, Wohnraum und Sozialstruktur sind jeweils verschieden und die jeweiligen Bedürfnisse sehr unterschiedlich. Bei der Wahl des Wohnortes existiert bei vielen Menschen mit normalem Einkommen ein *Tradeoff*: viel Wohnraum, Natur und wenig Lärm in der Peripherie oder ein breites kulturelles und berufliches Angebot im urbanen Zentrum – die meisten Menschen wünschen sich von allem eine gute Mischung. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bei der öffentlichen Daseinsvorsorge – dazu gehören medizinische Versorgung, Kitas und Schulen, öffentlicher Personennahverkehr, schneller Internetzugang, Kultur und Naherholung – ist eine zentrale Herausforderung für die Politik. Spannend ist hier die Sicht auf Deutschland im internationalen Vergleich: In vielen Ländern unterscheiden sich die Lebensverhältnisse in Stadt und Land sehr viel deutlicher, die Entwicklungen in Deutschland sind unter anderem auf die mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur und den Föderalismus (inklusive Finanzausgleich) zurückzuführen.

München, Gießen, Uckermark – in Zahlen

		Stadt München	Landkreis Gießen	Landkreis Uckermark
Demografie	Einwohnerzahl ¹	1 488 202	271 667	118 250
	Fläche (km ²) ¹	311	854	3112
	Bevölkerungsdichte (EW/km ²) ¹	4790	318	38
	Wachstum/Rückgang der Einwohnerzahl 1990–2020	21,1%	13,1%	-27,0%
	Kinderzahl von Frauen der Jahrgänge 1969–1972 ³	1,18	1,45	1,42
	Durchschnittsalter ¹ in Jahren	41,6	42,8	49,5
Ökonomie	BIP pro Kopf in Euro ²	82 719	35 341	30 243
	Mietpreise in Euro (Kaltmiete pro m ²) ¹	18,81	8,77	5,85
	Arbeitslosenquote ¹	4,8%	5,9%	10,7%
Sozialstruktur	Anteil Akademiker (Beschäftigte am Wohnort mit akad. Abschluss, 2017)	35,7%	18,7%	9,0%
	Anteil ausländische Bevölkerung ¹	26,3%	13,1%	4,3%
	Geschlechterproportion (Frauen je 100 Männer) im Alter 20–39 Jahren ¹	100,4	95,9	90,0
Öffentliche Daseinsvorsorge und Umwelt	Kinderbetreuungsquote (0–2 Jahre) ¹	26,7%	33,3%	55,0%
	Feinstaub (Tagesmittel 8.2.22) ⁵	26 µg/m ³	9 µg/m ³	7 µg/m ³
	Naherholungsfläche (in m ² je EW) ¹	26,1	48,0	178,4
	Anteil Verkehrsfläche ¹	16,9%	7,6%	2,6%
	Ärztliche Versorgung (Ärzte je 100 000 EW) ¹	298,7	157,0	223,9
	Krankenhausbetten (je 1000 EW) ⁴	7,7	8,8	5,8
	Breitbandversorgung (Anteil Haushalte >=50 m Bit/s) ⁴	95,6%	76,6%	61,5%
	Volksfest (Beispiel)	Oktoberfest	Herbstmesse Gießen	Marien-Jahrmarkt
	Kapazität des größten Stadions	75 024	4999	4000

¹ 2020; ² 2019; ³ 2011; ⁴ 2016; ⁵ 8.2.2022 bzgl. Schwedt, Gießen und München-Landshuter Allee

Eigene Zusammenstellung unter anderem aus Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2021, Bujard/Scheller 2017; INKAR 2021, Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Umweltbundesamt, Webseiten der Kreise München, Gießen und Uckermark



Auf dem Demografie Gipfel „Zusammenhalt stärken – Verantwortung übernehmen“ am 16. März 2017 in Berlin stellen die zehn Arbeitsgruppen der Demografiestrategie der Bundesregierung ihre Ergebnisse zur Gestaltung des demografischen Wandels vor. Neben Angela Merkel nehmen der damalige Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung, Christian Schmidt (CSU, Mi.), sowie der SPD-Politiker Franz Müntefering, u.a. seit 2014 Mitglied des Berliner Demografie-Forums, teil.

MARTIN BUJARD

Politische Strategien

Der demografische Wandel kann durch politische Maßnahmen beeinflusst werden. Die Bundesregierung hat eine Demografiestrategie entwickelt, um Lösungen für die verschiedenen Politikfelder zu finden.

Es gibt zwei grundsätzlich unterschiedliche politische Herangehensweisen, um dem demografischen Wandel zu begegnen: zum einen die Beeinflussung demografischer Prozesse (z.B. durch die Erhöhung der Geburtenrate oder die Steuerung von Zuwanderung) und zum anderen Anpassungen an demografische Veränderungen (z.B. durch Rentenreformen oder die Steigerung der Erwerbstätigkeit).

Demografische Prozesse beeinflussen

Familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen

Eine Erhöhung der niedrigen Geburtenrate von 1,5 (in 2020) in Richtung 2,1 – was dem Bestandserhaltungsniveau einer Bevölkerung entspricht – ist mit vielen Vorteilen für Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialsysteme verbunden. Doch inwieweit kann und soll die Politik die Geburtenrate beeinflussen?

Die Geburtenrate lässt sich nicht steuern, sie kann schwerlich staatliche Zielvorgaben erfüllen. Das gilt nicht nur für individualistische Gesellschaften in Westeuropa oder den USA, sondern auch in kulturell und politisch stärker konformistisch geprägten Gesellschaften wie Japan oder China. Trotz-

dem können staatliche Maßnahmen einen Einfluss auf die Geburtenentwicklung entfalten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielt in hochentwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland eine wichtige Rolle, da in diesen die meisten Frauen ebenso berufstätig sein möchten wie Männer und dies meist auch sein müssen, um den eigenen Lebensunterhalt und ggf. den der Familie zu sichern. Öffentliche Infrastruktur für Kinderbetreuung und Ganztagschulen haben in vielen Ländern ihren Teil zum Anstieg der Geburtenentwicklung bzw. zu einer Abschwächung des Geburtenrückgangs beigetragen. Der Anstieg der Geburtenrate Deutschlands von 1,3 auf 1,5 Geburten pro Frau ist unter anderem auch auf familienpolitische Reformen zurückzuführen.

Generell können gute Rahmenbedingungen für Familien unterstützend wirken, hier ist nicht nur die klassische Familienpolitik mit Maßnahmen wie Kindergeld, Elterngeld und Kitas gefragt, sondern sämtliche politischen Maßnahmen, die für Familien und potenzielle Eltern relevant sind: Wohnraum, verkehrsberuhigte Straßen, Spielplätze, Bildungsangebote, Familienberatung, Geldleistungen für Familien, Steuerrecht und ein familienfreundlicher Arbeitsmarkt. Allerdings können für einzelne Maßnahmen keine Hebelwerte berechnet werden, die zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften Einfluss auf die

Geburtenrate haben könnten. Denn familienpolitische Maßnahmen wirken – wenn überhaupt – oftmals zeitverzögert, in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verschieden und im Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Normen, beispielsweise hinsichtlich der Akzeptanz von externer Kleinkindbetreuung.

Weit über 90 Prozent der jungen Erwachsenen wünschen sich eigene Kinder, weniger als 80 Prozent realisieren dies dann später auch. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann dazu beitragen, dass der Anteil der ungewollt Kinderlosen zurückgeht. Der Kinderwunsch liegt durchschnittlich bei knapp unter zwei Kindern pro Frau, also deutlich über der Geburtenrate von zuletzt 1,5. Dies zeigt, dass die Steigerung der Geburtenrate nicht konträr zu den individuellen Wünschen vieler junger Erwachsener steht, sondern der Knackpunkt oft die Realisierung der individuellen Kinderwünsche ist. In Deutschland herrscht die Vorstellung vor, dass zwei Kinder „normal“ sind. Diese gesellschaftliche Norm wird durch Medien und Politik oftmals noch verstärkt. Da es auch in der Zukunft dauerhaft kinderlose Menschen und Ein-Kind-Familien geben wird und der Geburtenrückgang der vergangenen Jahrzehnte in Deutschland vor allem auf dem Rückgang des Kinderreichtums beruht, müssen sich mehr Paare für ein drittes oder viertes Kind entscheiden, um die Geburtenrate zu erhöhen. Tatsächlich gibt fast ein Drittel der jungen Erwachsenen als ideale Kinderzahl drei oder mehr Kinder an. Doch diesen Wunsch realisieren nur die wenigsten, bei den Akademikerinnen sind es beispielsweise nur knapp die Hälfte. Daher ist für eine Steigerung der Geburtenrate vor allem die Förderung kinderreicher Familien wichtig. Kinderreiche Eltern benötigen nicht nur mehr Geld, sondern vor allem mehr Zeit, da sie in der sogenannten Rushhour des Lebens stecken, das heißt sich in einer Lebensphase befinden, die sich durch einen hohen Arbeitsaufwand für Pflege und Betreuung der Kinder auszeichnet. Entsprechende zeitpolitische Maßnahmen für diese Zielgruppe, beispielsweise eine Familienarbeitszeit und eine längere bezahlte Elternzeit für ein drittes Kind, könnten helfen, dass mehr Eltern den Wunsch nach einem dritten Kind realisieren und so langfristig auch einen Einfluss auf gesellschaftliche Normen entfalten.

Ob die Politik das Ziel verfolgen sollte, die Geburtenrate zu beeinflussen, ist in Deutschland umstrittener als in anderen Ländern. Dies liegt an historischen Erfahrungen mit Bevölkerungspolitik, insbesondere dem kriegerisch motivierten und rassistisch geprägten Missbrauch von Bevölkerungspolitik im NS-Regime (siehe S. 30 ff.). Solche Motive sind aus ethischen Gründen klar abzulehnen. Ganz anders ist jedoch eine an Kindeswohl, Wünschen von Eltern und Gleichstellung der Geschlechter orientierte Familienpolitik zu bewerten. Ob gewollt oder nicht, hat Politik generell einen Einfluss auf die Geburtenentwicklung. Darüber sollten sich die Entscheidungsträger bewusst sein. Wichtige Leitlinien sind dafür die Freiheit der Menschen bei Entscheidungen für und gegen Kinder sowie die Vermeidung von Stigmatisierungen bestimmter Familienformen und Kinderlosigkeit. Zudem sollte bei familienpolitischen Maßnahmen das Kindeswohl immer das primäre Ziel sein.

Zuwanderung als Antwort auf den demografischen Wandel?

Im Vergleich zur Geburtenrate lässt sich die Zuwanderung etwas besser steuern, wobei zwischen angeworbenen Arbeitskräften und schutzsuchenden Menschen zu unterscheiden ist. Letzteres hängt meist von exogenen Faktoren ab und lässt sich daher nur begrenzt steuern.



Zuwanderung ist eine Antwort auf den demografischen Wandel. Wandgemälde mit der Skyline von Berlin und der Aufschrift „Willkommen in Berlin“ in verschiedenen Sprachen vor dem Berliner Landesamt für Einwanderung 2020

Das Anwerben von Fachkräften hat das primäre Ziel, qualifiziertes Personal für Branchen wie Pflege, Informatik, Handwerk oder Facharbeiter, die für die Wirtschaft unmittelbar benötigt werden, zu gewinnen. Der Fachkräftemangel zeigt sich bereits seit einigen Jahren und wird sich in einigen Branchen in den 2020er-Jahren noch verschärfen. Die Einwanderung von Fachkräften ist aus Sicht der deutschen Wirtschaft und auch des öffentlichen Gesundheitssektors daher dringend notwendig. Hierzu wurde 2019, nach jahrzehntelangen Diskussionen, ob Deutschland überhaupt ein Einwanderungsland ist bzw. sein soll, ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz eingeführt, um qualifizierte Zuwanderung auch aus dem Nicht-EU-Ausland zu stärken. Denn ein großer Teil der seit Beginn der 2000er-Jahre zugewanderten Personen kommt aus Europa, wobei innerhalb der EU die Freizügigkeit gegeben ist. Die Anwerbung von Fachkräften ist jedoch nicht unproblematisch, da es zu einem *Brain-Drain* in den Herkunftsländern beitragen kann. Andererseits gibt es auch *Spill-Over*-Effekte, wonach die Herkunftsländer vom Wissenstransfer und dem Aufbau von Netzwerken profitieren. Es ist allerdings nicht nachhaltig für diese Länder, wenn Deutschland dort eine zu große Anzahl hochqualifizierter Menschen für den Arbeitsmarkt abwirbt, die dort dann fehlen.

Dagegen ist das primäre Ziel bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen und Familien, ihnen Schutz vor Kriegen oder politischer Verfolgung zu gewähren. Diese Menschen werden nicht nach ihren Potenzialen für den deutschen Arbeitsmarkt ausgewählt. Häufig bringen Geflüchtete auch nicht die nötigen beruflichen Qualifikationen mit. Wenn sie ein langfristiges Bleiberecht haben und die deutsche Sprache lernen, ist aber nach einigen Jahren ein relevanter Teil von ihnen erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt integriert. Eine Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) hat gezeigt, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik hier eine wichtige Rolle spielen kann, auch hinsichtlich einer Reduzierung der Geschlechterdifferenz in den Beschäftigungsquoten.

Ein Blick auf die Bildungsabschlüsse der Zugewanderten ergibt ein sehr heterogenes Bild: Bei Menschen, die im Alter von

Anwerbung von Pflegekräften

Deutschland will Ederson Vicente Rodrigues mit offenen Armen empfangen, aber jetzt klemmt erst mal die Schiebetür. Gleich wird sie jemand aufstemmen. Bis dahin bleibt Zeit, die Vorgeschichte dieser Ankunft am Dresdner Flughafen zu erzählen, den Grund dafür, dass Ederson Vicente Rodrigues aus Camanducaia, Brasilien, seine Heimat verlassen hat, um in 10 000 Kilometer Luftlinie Entfernung aus dem Flugzeug zu steigen und im sächsischen Pulsnitz ein neues Leben zu beginnen.

Die Sache ist schnell erzählt, denn der Pflegenotstand in den deutschen Krankenhäusern ist selten so grell ausgeleuchtet gewesen wie jetzt, im zweiten Corona-Winter und mitten in der vierten Welle der Pandemie. Allein auf den Intensivstationen stehen derzeit rund 4000 Betten weniger zur Verfügung als vor einem Jahr, einfach, weil die Pfleger fehlen, um in diesen Betten Patienten zu versorgen – während gleichzeitig der Anteil der Covid-Patienten auf ebendiesen Intensivstationen an der 21-Prozent-Marke kratzt. [...]

Die Vamed Klinik Schloss Pulsnitz in Sachsen hatte zunächst [...] versucht, in Vietnam [Pflegekräfte] zu akquirieren, bis die Bedingungen für die Einreise von dort verschärft wurden. Die Hoffnungen von Klinikgeschäftsführer Carsten Tietze ruhen deswegen auf Brasilien. Die Schriftzeichen, der christliche Glaube, die Freizeitinteressen, da sei man einander näher, als man denken könne. Aber natürlich sei es wichtig, „dass wir uns nicht nur um die Ausbildung kümmern, sondern um das ganze Integrationsmanagement“.

Auf der anderen Seite der klemmenden Schiebetür steht im Herbst 2020 deswegen eine kleine Delegation der Klinik, um Ederson Vicente Rodrigues, damals 30 Jahre alt, und zehn weitere brasilianische Fachkräfte in Empfang zu nehmen. [...]

„Es regnet, es ist kalt – welcome to Germany“, sagt Scheibe zur Begrüßung der kleinen Gruppe, dann geht es in zwei Ford Transit über die Autobahn ins nahe gelegene Pulsnitz. [...]

Ankunft an einem Mehrfamilienhaus [...]. Die Klinik hat Wohnungen angemietet und eingerichtet, für die verpflichtende Quarantäne – aber mehr noch, um das Ankommen grundsätzlich zu erleichtern. Die letzte Lieferung von Ikea kam kurz vor knapp, „gedübelt, geschraubt und geputzt“ hätten sie bis Minuten vor der Ankunft der Brasilianer, sagt eine Kollegin von Scheibe. [...]

In den Wohnungen liegen „Willkommensmappen“, in denen auch steht, wie der Müll zu trennen ist, und Gunar Scheibe lupft zum großen Finale dieses very warm welcome noch eine Kuchenglocke. Er ist noch keine zwei Stunden im Land, da hält sie Ederson Vicente Rodrigues schon in Händen: seine erste sächsische Eierschecke. [...]

Von den elf Brasilianern, die im Oktober 2020 bei nasskaltem Nieselregen den Dresdner Flughafen erreichten, sind ein gutes Jahr später acht noch da. An einem Montag Mitte November bekommen sie ihre Abschlusszeugnisse, wegen der steigenden Inzidenz vor nur ausgewähltem Publikum. „Feierliche Zertifikatsübergabe unserer brasilianischen Pflegefachkräfte“ steht über dem Programm, ein Kellner flippert zwischen bespannten Stehtischen hin und her und verteilt alkoholfreie Cocktails. Nach der Feststunde ist ein Lunch für alle angesetzt, mit Maniok-Pfanne und Kokoskuchen als Nachtisch.

Es spricht zunächst Carsten Tietze, der Geschäftsführer. Er spricht über den Fachkräftemangel im Allgemeinen und über den in der Pflege im Besonderen. Der Versuch, ihn zu lindern,

sei noch immer „ein Ziehen aller an einem viel zu kleinen Tisch“. Mit Corona sei auch dieses Pilotprojekt noch einmal schwerer geworden, hinzu kamen „das Wetter, die Dunkelheit“, sagt Tietze. Die Brasilianer lachen, als dieses Wort fällt: Dunkelheit. [...]

Dann spricht Paula Jacob, die Integrationsbeauftragte der Klinik in Pulsnitz. [...] Paula Jacob erzählt jetzt vom Zauber einer WhatsApp-Gruppe, sie habe in ihre immer wieder kleine Videos gestellt, zum Beispiel eine Demonstration der in Deutschland beliebten Kulturtechnik des Wegbringens von Pfandflaschen.

Schließlich geht Ederson Vicente Rodrigues nach vorne. Hart sei es gewesen anfangs. Acht Monate Deutsch lernen in Brasilien, dann der lange deutsche Winter. Und jetzt? „Unsere Zweifel sind ausgeräumt“, sagt er. Noch einmal übernimmt der Beamer und zeigt Schnappschüsse, jetzt solche der Brasilianer in Deutschland – vor dem Dresdner Zwinger, am Brandenburger Tor, in der Sächsischen Schweiz. [...]

Als Ederson Vicente Rodrigues [...] erfuhr, dass er nach Deutschland kommen könnte, legte er noch in Brasilien los wie wild. Er schaute deutsche Fernsehsender, selbst wenn er kein Wort verstand. Er googelte Geschichtliches und auch, welches Essen hier üblich sei. Die Corona-Pandemie hat ihm das Ankommen jetzt vor allem außerhalb der Klinik erschwert. Aber Ederson Vicente Rodrigues hat sich einer Wandergruppe angeschlossen und freut sich darauf, wenn in der – wirklich wahr – Karnevalshochburg Pulsnitz eines Tages der sogenannte Bär wieder stept.

Inzwischen ist er aus seiner ersten Wohnung mit den von der Klinik aufgebauten Ikea-Möbeln ausgezogen. Er hat das Dekorieren seiner eigenen Wohnung für sich entdeckt, und auch was das Essen betrifft, geht es, wenn man so will, voran. Am meisten Freude macht man Ederson Vicente Rodrigues nicht mit einer Maniok-Pfanne oder einem Stück Kokoskuchen, sondern – ganz klar – mit einer Currywurst.

Cornelius Pollmer und Henrike Roßbach, „We want you!“, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. Dezember 2021

Integration von Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt

[...] Der Bildungsgrad syrischer Geflüchteter in Deutschland ist deutlich höher im Vergleich zum Durchschnittsniveau in Syrien. So liegt der Anteil von in Deutschland lebenden Syrerinnen und Syrern mit mindestens einem Gymnasial-, Gesamtschul- oder berufsbildenden Abschluss bei über 45 Prozent, während im Jahr 2010 nur 22 Prozent der syrischen Bevölkerung in Syrien einen vergleichbaren Bildungsgrad hatte [...]. Deutliche Unterschiede im Bildungsniveau zeigen sich auch zwischen syrischen Geflüchteten und der deutschen Bevölkerung. Dies gilt besonders im Hinblick auf die Berufsausbildung. So haben nur 5 Prozent der erwachsenen syrischen Geflüchteten die Schule mit einer Berufsausbildung abgeschlossen, während der Anteil in der deutschen Bevölkerung bei 59 Prozent liegt. Allerdings haben viele syrische Geflüchtete ihre beruflichen Qualifikationen während der Erwerbstätigkeit erworben („training on the job“), dafür aber nicht extra eine Ausbildung absolviert.

Weitere Auswertungen verdeutlichen, dass im zweiten Halbjahr 2018 fast 27 Prozent der 17- bis 25-jährigen in Deutschland lebenden syrischen Geflüchteten eine Berufsbildungseinrichtung, eine Fachhochschule oder eine Universität besucht oder an berufsbildenden Maßnahmen teilgenommen haben. Unzureichende



Wichtige Bausteine für die Integration Zugewanderter sind die Sprache und der Arbeitsmarkt. In der „Kuniri-Akademie“ in München belegen Flüchtlingsfrauen im Dezember 2016 einen kombinierten Schneider- und Deutschkurs.

Deutschkenntnisse, die verzögerte oder nicht mögliche Anerkennung von Bildungszertifikaten oder fehlende Bildungsnachweise sowie finanzieller Druck sind dabei entscheidende Hürden, welche die Teilhabe junger Syrerinnen und Syrer am deutschen Bildungssystem erschweren. [...]

Grundsätzlich können soziale Kontakte einen Beitrag zur Integration von Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt leisten, indem sie beispielsweise Zugang zu Informationen oder Jobangeboten ermöglichen. Auf die Frage „Wer unterstützt Sie in Ihrem beruflichen Fortkommen oder Ihrer Ausbildung und hilft Ihnen, dass Sie vorankommen?“ nannten die befragten syrischen Geflüchteten im Durchschnitt 2 Personen.

Dabei verfügen Frauen über ein etwas größeres arbeitsmarktbezogenes Netzwerk als Männer, welches sich vor allem aus Familienangehörigen zusammensetzt (z. B. Eltern, Kinder, Geschwister, Freunde, Cousins und Cousins). Daneben spielen auch das Alter und das Bildungsniveau eine Rolle: Jüngere sowie höher gebildete Geflüchtete verfügen über größere soziale Netzwerke. [...] In Bezug auf nichtfamiliäre Netzwerkbeziehungen gaben 81 Prozent der Befragten mindestens eine aus Deutschland stammende Person an, wovon rund 13 Prozent professionell helfende Personen (bezahlte Helfer, Sozialhelfer, ambulanter Dienst) sind.

Die Beschäftigungsrate unter den syrischen Geflüchteten hat im Zeitverlauf deutlich zugenommen. Waren 2016 nur 13 Prozent der syrischen Geflüchteten erwerbstätig, hat sich dieser Anteil auf 32 Prozent im Jahr 2018 erhöht. Dabei arbeiteten gut 63 Prozent in Voll- oder Teilzeit und 19 Prozent befanden sich in einer entlohnten beruflichen Trainingsmaßnahme.

Weitere 18 Prozent gingen einer geringfügigen Beschäftigung nach. Die Daten zeigen deutliche Unterschiede in der Beschäftigungssituation zwischen Frauen und Männern, die allerdings mit der Aufenthaltsdauer in Deutschland abnehmen. [...] Unterschiedliche familiäre Situationen von Frauen und Männern können diese Differenzen teilweise erklären: So sind syrische Frauen häufiger verheiratet und haben öfter Kinder als syrische Männer. Vor allem Mütter mit minderjährigen Kindern sind nur in geringem Maße erwerbstätig. [...]

Für die Mehrheit der von syrischen Geflüchteten besetzten Stellen wird ein mittleres Qualifikationsniveau benötigt, wie etwa

Verwaltungs- oder Assistenzjobs im Vertrieb oder im Pflegebereich. So arbeiteten 61 Prozent der syrischen Geflüchteten in fachlich ausgerichteten Tätigkeiten, 30 Prozent in Helfer- und Anlernertätigkeiten, 6 Prozent in hochkomplexen Tätigkeiten und 3 Prozent in komplexen Spezialistentätigkeiten [...].

Weitere Analysen verdeutlichen, dass sich das Qualifikationsniveau der aktuellen Tätigkeiten beträchtlich von demjenigen vor der Zuwanderung in Syrien unterscheidet. So war die Mehrheit der Geflüchteten zuvor in Berufen mit mittleren bis hohen Qualifikationsanforderungen beschäftigt. Dabei muss allerdings mitberücksichtigt werden, dass sich die Arbeitsmarktstrukturen (z. B. hinsichtlich des technologischen Niveaus oder der Produktions- und Organisationsprozesse) zwischen Syrien und Deutschland deutlich unterscheiden, was einen Vergleich der Beschäftigungsstruktur zwischen beiden Ländern erschwert. [...]

Im direkten Vergleich liegt das monatliche Bruttoeinkommen der syrischen Geflüchteten bei fast 60 Prozent des Einkommens der deutschen Vollzeitbeschäftigten. [...]

Die Befunde verdeutlichen insgesamt eine positive Entwicklung der Arbeitsmarktintegration syrischer Geflüchteter in Deutschland in einem relativ kurzen Zeitraum [...]. Trotz dieser positiven Bilanz muss hinsichtlich der Integration von Geflüchteten in Deutschland noch viel geleistet werden (z. B. der Abbau von bürokratischen Hürden, gerade bei der Anerkennung von nicht in Deutschland erworbenen Bildungsabschlüssen oder Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um die Erwerbstätigkeit von Müttern zu fördern). Zudem deuten die Auswertungen darauf hin, dass der Integrationsprozess gerade zu Beginn sehr fragil sein kann. Dementsprechend muss gerade in Krisenzeiten der Fokus auch darauf liegen, bereits erreichte Integrationsprozesse zu schützen und gleichzeitig neue Chancen aus der Krise zu ziehen. [...]

[Der Autor] untersucht[e] die Arbeitsmarktintegration syrischer Geflüchteter in Deutschland anhand der Geflüchteten-Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (IAB-BAMF-SOEP)

Kamal Kassam, „Angewandte auf dem Arbeitsmarkt?“, in: Bevölkerungsforschung Aktuell 4|2021 Analysen, S. 3–7

18 Jahren und älter nach Deutschland kamen, haben 23 Prozent einen Hochschulabschluss, ihr Anteil ist damit sogar leicht höher als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (20 Prozent). Bei den Zugewanderten aus EU-Ländern liegt der Anteil mit 32 Prozent sogar noch deutlich höher. Es sind auch sehr viele Menschen ohne Berufsabschluss (41 %) nach Deutschland eingewandert, was ebenfalls im Kontext des deutschen Berufsbildungssystems zu sehen ist. Bei Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, beträgt dieser Anteil 28 Prozent. Dies sind deutlich höhere Werte als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, in der 13 Prozent keinen beruflichen Abschluss aufweisen können.

Inwieweit eine Erhöhung der Zuwanderung eine sinnvolle Strategie zur Beeinflussung des demografischen Wandels ist, ist auch aus anderen Gründen umstritten. Zuwanderung kann zwar kurz- und mittelfristig den Fachkräftemangel reduzieren, ist allerdings auch mit Integrationsherausforderungen verbunden. Hier sind die Größenordnungen entscheidend: Da in den 2020er-Jahren jedes Jahr etwa 350 000 Erwerbspersonen mehr in Rente gehen als junge Arbeitskräfte nachkommen, müsste Jahr für Jahr eine enorm hohe Zahl an Fachkräften angeworben werden. Nach einer Vorausberechnung im Jahr 2020 wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2030 um 3,5 Millionen zurückgehen. In dieser Berechnung ist bereits ein Wanderungssaldo von 221 000 Zuwandernden – Erwerbspersonen einschließlich Familienmitglieder – pro Jahr berücksichtigt.

Das bedeutet, dass in den 2020er-Jahren selbst bei einer Zuwanderung von jährlich 221 000 Arbeitskräften durchschnittlich rund 350 000 mehr Personen in Rente gehen als junge Arbeitskräfte nachkommen. Wie hoch die jährliche Zuwanderung sein müsste, um diesen Fachkräftemangel auszugleichen, zeigt folgende Berechnung: Da zugewanderte Arbeitskräfte oft mit Familie einwandern, wäre die reale Zuwanderung deutlich höher. Bei einem durchschnittlichen Familienanteil von 1,8 pro zugewanderte Arbeitskraft müssten pro Jahr insgesamt 630 000 Menschen ($350\,000 \cdot 1,8$) nach Deutschland kommen, um den Rückgang von 350 000 Arbeitskräften auszugleichen. Zusammen mit den angenommenen 211 000 wären es 841 000 zuwandernde Personen jedes Jahr. Dies ist nicht nur illusorisch hinsichtlich des Integrationspotenzials, sondern auch hinsichtlich des Angebots an gut ausgebildeten Fachkräften, die aus anderen Ländern gewonnen werden müssten.

Deutschland benötigt zweifellos Fachkräften aus dem Ausland. Dem demografisch bereits angelegten Rückgang der Erwerbspersonen ist jedoch teilweise auch durch andere Faktoren zu begegnen. Dazu gehört eine Aktivierung des Erwerbspersonenpotenzials: ein weiterer Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen, ein Anstieg ihres Erwerbsumfangs (z.B. Arbeitsstunden insbesondere bei Frauen, die Teilzeit arbeiten und die Stundenzahl erhöhen möchten), eine Erhöhung der Erwerbsquoten älterer Menschen anstelle von Frühverrentung, ein Anstieg des Renteneintrittsalters und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit. Diese fünf Stellschrauben wurden bereits in den vergangenen Jahren genutzt, bergen aber noch weitere Potenziale. Darüber hinaus ist ein weiterer Anstieg der Produktivität und teilweise auch die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland unabdingbar. Der Arbeitsmarkt ist dynamisch. Ein statisches Verständnis, wonach jede heute geleistete Arbeitsstunde auch in 10 Jahren eins zu eins ersetzt werden muss, geht an ökonomischen Dynamiken vorbei, da unter anderem die Produktivität pro geleisteter Arbeitsstunde ansteigt.

Während Zuwanderung den Fachkräftemangel zu einem gewissen Teil abfedern kann, löst sie jedoch kaum die Probleme der Sozialsysteme. Dazu kommt, dass zugewanderte Arbeitskräfte auch oft Familien haben und später auch potenziell Renten beziehen werden.

Folgen des demografischen Wandels gestalten

Demografiepolitik der Bundesregierung

Nachdem in der Vergangenheit verschiedene demografiepolitische Maßnahmen in Kommunen, Bundesländern und einzelnen Bundesministerien eingeführt wurden und auch der Deutsche Bundestag von 1992 bis 2002 eine Enquete-Kommission mit dem Titel „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ eingerichtet hatte, bündelt die Bundesregierung die Demografiepolitik seit 2009 zentral. Im Jahr 2012 stellte die Bundesregierung eine Demografiestrategie vor. Dies ordnete die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel folgendermaßen ein: „Der demografische Wandel bedeutet neben den Fragen der Globalisierung wahrscheinlich die größte Veränderung unseres gesellschaftlichen Lebens, aber auch des persönlichen Lebens jedes Einzelnen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts“. Auf den demografischen Wandel zu reagieren und dessen Folgen zu gestalten, erfordert eine Querschnittspolitik, bei der verschiedene Ministerien relevant sind. Zudem muss diese Politik auf verschiedenen Ebenen stattfinden: Bund, Länder und Kommunen. Angesichts der Bedeutung des demografischen Wandels wurde bereits mehrfach die Forderung eines eigenen Demografieministeriums gestellt – ähnlich wie auch bei anderen Megathemen wie Klima oder Digitalisierung – bisher jedoch noch nicht realisiert.

Die Demografiepolitik wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) koordiniert, wobei andere Ministerien und die Landes- und Kommunalebene in die Arbeit eingebunden werden. Bei dieser politischen Koordination geht es im Kern darum, Daten zusammenzutragen, gemeinsame Ziele

In der Bundespressekonferenz am 25. April 2012 stellt der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) unter dem Motto „Jedes Alter zählt“ die Demografiestrategie der Bundesregierung vor.



Demografiapolitik der Bundesregierung



www.demografie-portal.de/DE/Politik/Bund/demografiestrategie.html

zu definieren, die Handlungsfelder zu benennen und sich in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen zu organisieren. Nachdem der erste Demografiebericht im Jahr 2011 primär eine Zusammenstellung der Daten und Zahlen darstellte, wurde im Folgejahr eine erste Demografiestrategie entwickelt. In den folgenden Jahren gab es mehrere Demografiegipfel und Demografieberichte („Bilanz“ und „Radar“), auf deren Grundlage die Demografiestrategie weiterentwickelt wurde.

Durch ihre Demografiapolitik versucht die Bundesregierung, der negativen Konnotation des demografischen Wandels in vielen Medien ein positives Leitbild gegenüberzustellen. So lautet der Titel der Demografiestrategie: „Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“. Bei der Demografiapolitik haben sich vier übergreifende Ziele herauskristallisiert: (1) das wirtschaftliche Wachstumspotenzial stärken, (2) den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt verbessern, (3) gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen fördern sowie (4) solide Finanzen und die Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme sichern.

Die Demografiapolitik wird in zehn Arbeitsgruppen organisiert, die sich aus den jeweils relevanten politischen Ebenen sowie Sozialpartnern und Akteuren aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzen. Fünf Arbeitsgruppen haben

zum Ziel, Bildungs- und Arbeitsangebote zu stärken, unter anderem durch die „Mobilisierung aller Potenziale zur Sicherung der Fachkräftebasis“, indem sie „ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen“ und den „öffentlichen Dienst als attraktiven und modernen Arbeitgeber“ entwickeln. Diese Arbeitsgruppen sollen identifizieren, wie das wirtschaftliche Wachstum und die Sozialsysteme gestärkt werden können. Das Ziel des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird vor allem durch die Generationen- und die Gesundheitspolitik verfolgt. So gibt es zwei Arbeitsgruppen für Familie und Jugend sowie zwei für ältere Generationen, die sich mit dem „selbstbestimmten Leben im Alter“ und dem Thema Demenz auseinandersetzen. Eine weitere Arbeitsgruppe widmet sich den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land.

Die Politik versucht auf diesem Wege, den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen und diese zu steuern, ohne ein eigenes Demografieministerium einrichten zu müssen. Das ist teils sinnvoll, da der demografische Wandel ein Querschnittsthema ist. Die meisten Ministerien haben Demografiereferate und in der Regierungsarbeit müssen oft verschiedene Ministerien an größeren Vorhaben zusammenarbeiten. Letztlich sind viele Maßnahmen der Demografiapolitik Maßnahmen der klassischen Politikfelder, nur sind die Herausforderungen aufgrund der demografischen Entwicklungen größer geworden.

Ziele und Handlungsfelder der Demografiestrategie

Wirtschaftliches Wachstumspotenzial	Sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhalt	Gleichwertige Lebensverhältnisse	Solide Finanzen und verlässliche soziale Sicherungssysteme
Gute Bildung	Selbstbestimmtes Leben im Alter Familie als Gemeinschaft	Stadtentwicklung	Tragfähige öffentliche Finanzen
Fachkräfte	Inklusive Gesellschaft	Wirtschaftsförderung Stadt und Land	Attraktiver und moderner öffentlicher Dienst
Investition und Innovation	Jugendgerechte Gesellschaft Versorgung bei Krankheit, Pflege und Demenz Bürgerschaftliches Engagement	Infrastruktur und Daseinsvorsorge	Verlässlichkeit sozialer Sicherungssysteme

www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/demografie/demografiapolitik/demografiapolitik-node.html

Konsequenzen des demografischen Wandels für verschiedene Politikfelder

Gesundheitspolitik: Durch den steigenden Anteil hochbetagter Menschen steigt auch der Bedarf an Pflege und gesundheitspolitischen Maßnahmen. Da das Risiko einer Demenzerkrankung mit dem Alter zunimmt, wird der demografische Wandel auch zu einer starken Zunahme von dementen Menschen in den nächsten Jahrzehnten führen. Wichtige politische Handlungsfelder sind eine nachhaltige Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung, Ausbildung und Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte im Gesundheitswesen, die Unterstützung familialer häuslicher Pflege, die Bereitstellung altengerechter Wohnungen und Heimplätze sowie Verbesserungen von Prävention und Früherkennung, vor allem gegenüber den verbreiteten Volkskrankheiten. Bei der Pflege kann die Förderung sozialer Innovationen hilfreich sein, wenn beispielsweise Pflegeteams digitale Möglichkeiten nutzen, sich mit Familie, Nachbarschaft und medizinischem Fachpersonal zu vernetzen.



Herausforderungen und Lösungsansätze für Politik und Gesellschaft: In vielen Pflegeeinrichtungen fehlen Fachkräfte; manche älteren Leute arbeiten länger, um Altersarmut zu vermeiden; Mehrgenerationenhäuser stärken den innergenerativen Zusammenhalt und verringern die Vereinsamung; Co-Working-Spaces auf dem Land beugen der Abwanderung vor und der Ausbau von Kitaplätzen trägt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Integration bei: Pflegeheim im brandenburgischen Werder 2019 (o. re.), Senior in einer Elektrowerkstatt 2021 (o. li.), Olaf Scholz als Kanzlerkandidat zu Besuch im Mehrgenerationenhaus in Teltow, Brandenburg, 2021 (li. Mi.), Co-Working-Space in Homberg, im nordhessischen Schwalm-Eder-Kreis, 2021 (re. Mi.), Neubau einer Kita in Hamm, NRW, 2021.

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik: Unternehmen benötigen gut ausgebildete Fachkräfte. Auch der öffentliche Dienst muss stärker als zuvor um Fachkräfte werben. Durch den Rückgang des Potenzials an Erwerbspersonen in den nächsten Jahren um mehrere Millionen Menschen ist die Aktivierung vorhandener Potenziale, wie etwa durch die Steigerung der Erwerbstätigkeit von gut ausgebildeten Müttern, ein wichtiges Handlungsfeld.

Je knapper das Arbeitskräfteangebot wird, desto stärker rücken Personen ohne Abschluss in den Fokus. Dies sollte die Bemühungen um eine gute schulische und berufliche Bildung verstärken. Zudem ist die aktive Arbeitsmarktpolitik infolge des demografischen Wandels von besonderer Bedeutung. Die Innovationskraft in einer alternden Gesellschaft ist eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung, um die Wettbewerbsfähigkeit in globalen Märkten zu erhalten. Aber auch nachfrageseitig beeinflusst die Alterung die Wirtschaftspolitik und die Unternehmen, da ältere Menschen andere Konsumbedürfnisse haben.

Regionale Daseinsfürsorge: Ländliche Räume mit Abwanderungstendenzen müssen einerseits gestärkt und attraktiver gemacht werden. Dazu zählt die Bereitstellung von digitaler Infrastruktur, Sportstätten und Kultur, aber auch die Nutzung innovativer Angebote wie Co-Working-Space, in dem beispielsweise Freiberufler oder Personen arbeiten, deren Tätigkeit primär digital erfolgt, da eine tägliche Präsenz beim Arbeitgeber nicht notwendig ist. Dadurch kann Wohnen auf dem Land mit einer Arbeit aus dem Homeoffice und lediglich sporadischen Besuchen beim Arbeitgeber in der Stadt künftig eine stärker genutzte Variante werden. Zudem kann eine gezielte Ansiedlung von Behörden und Unternehmen in strukturschwachen Räumen sinnvoll sein. Andererseits werden teilweise auch infrastrukturelle Anpassungen notwendig, wie beispielsweise die Zusammenlegung von Schulen oder die Anpassung der Abwasserversorgung und Verkehrsinfrastruktur.

Verkehrspolitik: Die Verkehrspolitik steht durch den demografischen Wandel vor großen Herausforderungen, jedoch in unterschiedlichen Richtungen: Durch die Binnenwanderung in einige Metropolen wie München, Stuttgart, Düsseldorf, Berlin oder das Rhein-Main-Gebiet stößt dort eine autofixierte Verkehrspolitik zunehmend an ihre Grenzen, was sich an der Verkehrsdichte und dem begrenzten Parkraum zeigt. Umgekehrt ist bei ländlichen Räumen mit Bevölkerungsrückgang die Mobilität zu sichern, auch um den Zugang zu Geschäften, Kulturangeboten oder der medizinischen Versorgung zu gewährleisten. Da sich stündlich fahrende Linienbusse oft nicht mehr lohnen, sind kreative Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs notwendig, beispielsweise Anruf-Sammeltaxi oder Carsharing-Angebote wie „Dorfautos“.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Innenpolitik: Sowohl zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft als auch zwischen unterschiedlichen Generationen ist der gesellschaftliche Zusammenhalt zu festigen. Durch die hohe Zuwanderung der vergangenen Jahre ist die Integration von besonderer Bedeutung. Dazu gehört der Erwerb der deutschen Sprache und die Verinnerlichung von Grundwerten wie der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung. Dabei sind die Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt und die frühkindliche und schulische Bildung von großer Bedeutung. Angesichts unterschiedlicher Lebenswelten von Generationen und den geringeren Anteil an Kindern und Jugendlichen ist dafür Sorge zu tragen, dass ihre Bedarfe nicht durch die der älteren Mehrheitsgesellschaft

übersehen werden. Soziale Innovationen wie Mehrgenerationenhäuser können den intergenerationalen Zusammenhalt stärken. Zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement aller Generationen und Bevölkerungsgruppen sind ein Schlüssel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ob Feuerwehr, Kultur, Kirche, Sportverein oder das Engagement in Nichtregierungsorganisationen oder sozialen Bewegungen.

Familienpolitik: Die Familienpolitik spielt also nicht nur eine Rolle dabei, demografische Prozesse wie die Geburtenrate zu beeinflussen, sondern auch bei der Reaktion auf den Fachkräftemangel. Um die Erwerbstätigkeit von Müttern weiter zu fördern, ist ein weiterer Ausbau von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, Ganztagsschulangeboten und haushaltsnaher Dienstleistungen notwendig. Auch bei der Integration von Zugewanderten, insbesondere mit Fluchthintergrund, werden familienpolitische Maßnahmen wie beispielsweise Elternbegleitung für geflüchtete Familien und spezielle Programme für Mütter öfters nachgefragt.

Bildungspolitik: Die Bildungspolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist im Kontext des demografischen Wandels aus mehreren Gründen von besonderer Bedeutung. Für die Planung des Bedarfs an zukünftigen Lehrkräften orientieren sich Kultusministerien und Schulämter an der Zahl der zukünftigen Schülerinnen und Schüler auf Basis regionaler Bevölkerungsvorausrechnungen. Da die jüngeren Jahrgänge zahlenmäßig kleiner sind, müssen sie umso besser ausgebildet werden, da sich das Humanvermögen einer Gesellschaft aus dem Produkt von Anzahl und „Qualität“ zusammensetzt. Dies beginnt bereits bei der frühkindlichen Bildung in Kitas. Infolge der Zuwanderung ist zudem ein frühzeitiger Erwerb der Sprache wichtig. Zudem bedeutet ein späteres Renteneintrittsalter, dass die regelmäßige Weiterbildung, bei körperlich beanspruchenden Berufen auch Umschulung, noch wichtiger wird.

Außenpolitik und Europäische Union: Der Anstieg der Bevölkerungsgröße vor allem in Afrika und Asien bei gleichzeitiger Stagnation in Deutschland und vielen europäischen Ländern führt dazu, dass das relative demografische Gewicht Deutschlands abnimmt. Der demografische Wandel ist ein weiteres Argument für die Notwendigkeit der europäischen Integration. Ohne die gemeinsame Stimme durch die EU wäre Deutschland allein aus demografischen Gründen zunehmend zu klein, um seine Interessen international erfolgreich verfolgen zu können. Dies gilt für internationale Handelsverträge, den europäischen Binnenmarkt sowie für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

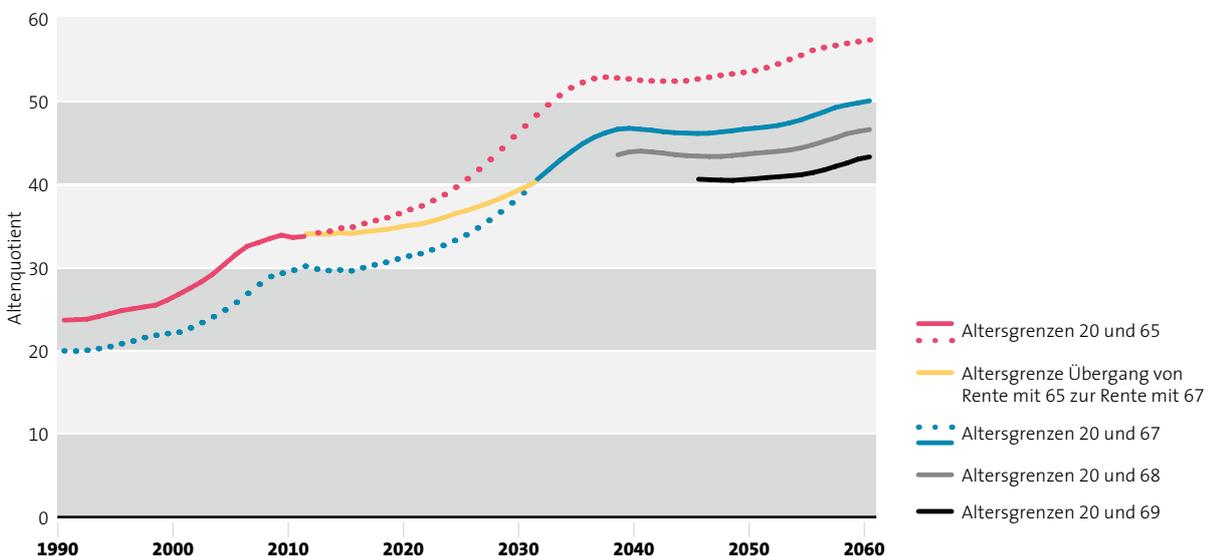
Darüber hinaus wirkt sich der demografische Wandel auch auf weitere Politikfelder aus. In der Bau- und Wohnungspolitik ist die Bevölkerungsgröße ein zentraler Faktor. Zudem bekommt in einer alternden Gesellschaft das Thema altersgerechtes Wohnen eine besondere Größenordnung. Dazu gehören Barrierefreiheit in der Wohnung und bei angrenzenden Verkehrsflächen, Platz für Stützvorrichtungen im Badezimmer oder Fahrstühle in mehrgeschossigen Häusern. Für die Finanzpolitik ist der demografische Wandel eine Herausforderung, da bei einer Schrumpfung die Schulden pro Kopf steigen und durch die Alterung weniger Personen im Erwerbsalter sind und Einkommenssteuer zahlen. Eine nachhaltige Finanzpolitik orientiert sich an längeren Zeithorizonten und damit spielen auch Bevölkerungsvorausrechnungen eine wichtige Rolle. Für die Klima- und Entwicklungspolitik ist das weltweite Bevölkerungswachstum ein relevanter Faktor.

Anstieg des Renteneintrittsalters

Die Abbildung zeigt, wie die Rente mit 67 den Anstieg des Altenquotienten im Vergleich zur Rente mit 65 gebremst hat bzw. bremsen wird und welchen Einfluss ein Anstieg des Renteneintrittsalter auf den zukünftigen Altenquotienten hat. Zur Erinnerung: Der Altenquotient 20/65 drückt die Zahl der über 65-Jährigen (potenziellen Rentnerinnen und Rentner) je 100 potenziell Erwerbstätigen zwischen 20 und 65 Jahren aus. Lag der Altenquotient 20/65 im Jahr 2011 noch bei 33,9 wäre dieser bis 2031 auf 48,4 angestiegen, also fast um die Hälfte, – ein gravierender Anstieg für ein umlagefinanziertes Sozialsystem (siehe S. 48ff.). Beim Renteneintrittsalter mit 67 Jahren ist der Altenquotient 20/67 relevant, der 2031 dann bei 40,4 liegen wird. Die Rente mit 67 hat also dafür gesorgt, dass im Jahr 2031 auf 100 potenziell Erwerbstätige nicht 48, sondern nur 40 potenzielle Rentnerinnen und Rentner kommen.

Wie wir heute bereits wissen, wird der Altenquotient auch zwischen 2031 und 2038 weiter stark ansteigen; in der Variante 20/67 von 40,4 auf 46,7. Danach findet eine Seitwärtsbewegung statt, zwischen 2038 und 2050 steigt der Altenquotient nur minimal von 46,7 auf 46,8. Der steile Anstieg in den 2030er-Jahren wird eine große Herausforderung für das Rentensystem. Was würde eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters bewirken? Die Rente mit 69 könnte den Altenquotienten bis zum Jahr 2050 bei etwa 40 halten, also dem Wert des Jahres 2031, wenn der Übergang des Rentenalters auf 67 Jahre abgeschlossen ist. Bei einer Rente mit 68 würde der Altenquotient bis 2038 bis 43,4 steigen und bis 2050 etwa auf diesem Niveau bleiben.

Altenquotienten für die Renteneintrittsalter 65 bis 69 Jahre



Eigene Berechnungen basierend auf Ergebnissen der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder (Variante 2)

Kommt die Rente mit 69?

Die wohl gravierendsten Auswirkungen hat der demografische Wandel auf die Sozialsysteme. Sie können kaum allein durch die Hebung der Arbeitskräftepotenziale von Frauen, Zugewanderten und Personen ohne beruflichen Abschluss ausgeglichen werden. Um ein auskömmliches Rentenniveau zu sichern und den Anstieg der Beitragssatzsteigerungen – und damit der Lohnnebenkosten – zu begrenzen, ist langfristig auch das gesetzliche Renteneintrittsalter eine wichtige Stellschraube.

Als die Große Koalition im Jahr 2007 die Rente mit 67 beschloss, wurde diese vielfach kritisiert, insbesondere von Gewerkschaften und den Oppositionsparteien. Besonders bei älteren Menschen war diese Maßnahme unbeliebt, obwohl diese davon gar nicht betroffen waren, da der Anstieg des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 sich über den Zeitraum von 2012 bis 2031 in gleichmäßigen Schritten vollziehen sollte. Pro Jahr erfolgt der Renteneintritt seitdem ein bis zwei Monate später. Zudem sind lediglich Personen, die nach dem Jahr 1964 gebo-

ren wurden, vom erhöhten Renteneintrittsalter betroffen. Bei der Verabschiedung der Reform waren sie 43 Jahre oder jünger. Versicherungsmathematisch verschlechtern sich die Renditen für die Versicherten durch eine Anhebung des Renteneintrittsalters. Die zusätzlichen Beiträge erhöhen zwar die Rente, diese wird jedoch kürzer ausgezahlt als ohne Reform. Andererseits steigt die Lebenserwartung und damit auch die durchschnittliche Dauer des Rentenbezugs.

Da das Renteneintrittsalter nicht innerhalb eines Jahres „springt“, ist ein Blick auf die gleichmäßigen Übergänge eines (zwei-)monatlichen Anstiegs sinnvoll: Würde der jährliche Anstieg des Renteneintrittsalters um zwei Monate (also das Tempo der Rente mit 67 zwischen 2024 und 2031) beibehalten, wäre im Jahr 2038 ein Renteneintritt mit 68 realisiert. Bei einem Anstieg von 67 auf 69 Jahre von 2031 bis 2038 müsste das Renteneintrittsalter jedes Jahr um vier Monate ansteigen, was deutlich über dem jährlichen Anstieg der Lebenserwartung liegt. Bezüglich eines steilen Anstiegs des Renteneintrittsalters

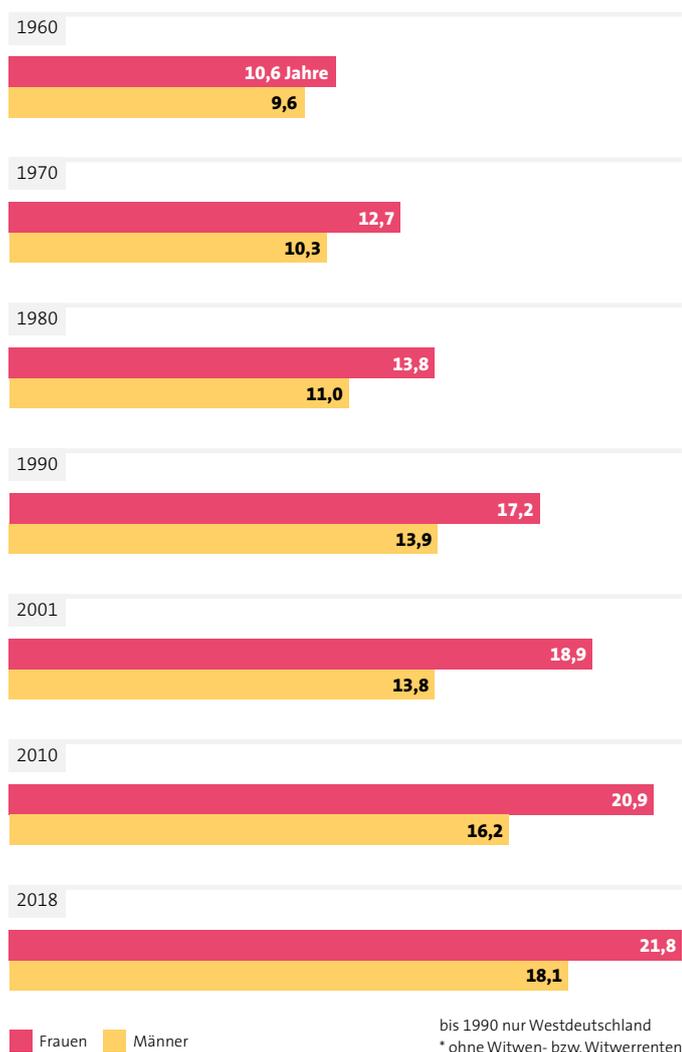
wird gelegentlich argumentiert, dass das Renteneintrittsalter von 65 früher lange nicht angehoben wurde, obwohl die Lebenserwartung deutlich gestiegen ist. Andererseits könnte bei einem zweimonatlichen Anstieg die Rente mit 69 im Jahr 2045 erreicht werden, dann läge der Altenquotient 20/69 bei 40,5.

Ein Anstieg des Renteneintrittsalters auf 68 Jahre bis 2038 ist ein realistisches Szenario. Eine weitere Erhöhung wäre theoretisch denkbar. Ob eine dieser Varianten kommen wird, kann aus heutiger Sicht nicht abschließend beurteilt werden. Dies ist eine weitgehende politische Entscheidung. Sicher ist jedoch: Der Altenquotient 20/65 von 34 in 2010, der bis 2050 auf 54 steigen würde, würde in der Variante 20/68 in 2050 bei knapp 44 liegen. Etwas mehr als die Hälfte des Anstiegs des Altenquotienten zwischen 2010 und 2050 ließe sich also mit einer Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 68 ausgleichen. Das Renteneintrittsalter ist ein hochgradig effektiver Hebel, um den gravierendsten Nachteil des demografischen Wandels für die Sozialsysteme zu einem Teil abzumildern.

Ein Argument für die Anhebung des Renteneintrittsalters ist häufig die steigende Lebenserwartung: Wenn Menschen länger leben, können sie auch etwas länger arbeiten. Es gibt

Die Zeit als Rentner

So viele Jahre beziehen Rentner Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung* (Durchschnitte)



© picture-alliance / dpa-infografik, Globus 13 604; Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Vorschläge, für das Renteneintrittsalter einen demografischen Faktor einzuführen, nach dem die gestiegene Lebenserwartung zu zwei Dritteln die Arbeitszeit und zu einem Drittel die Rentenbezugszeit verlängert oder beides zur Hälfte. Hier lohnt sich ein genauer Blick: In den beiden Jahrzehnten von 1999 bis 2019 ist die Lebenserwartung um 2,1 Monate pro Jahr gestiegen, die fernere Lebenserwartung der 60-Jährigen um 1,4 Monate. Insofern ist ein Anstieg des Renteneintrittsalters um zwei Monate pro Jahr relativ viel, da er dem kompletten Anstieg der jährlichen Lebenserwartung entspricht. Eine solche Anhebung des Rentenalters muss folglich eine Ausnahme sein, die durch die verspätete Reform des Renteneintrittsalters und den rapiden Anstieg des Altenquotienten in bestimmten Phasen gerechtfertigt werden kann.

Hier lohnt ein Blick in die Geschichte: Nachdem die Rentenversicherung 1889 eingeführt wurde, lag das Renteneintrittsalter im Jahr 1900 bei 70 Jahren – also deutlich höher als heute. Dies ist bemerkenswert, weil damals die Lebenserwartung deutlich geringer war als heute und auch der Arbeitsschutz nicht so weit entwickelt war. Das Renteneintrittsalter ist dann 1911 für Angestellte und 1916 für Arbeiter auf 65 Jahre abgesenkt worden.

Für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters gibt es zudem aber einige ernstzunehmende Gegenargumente: Nicht alle Menschen können arbeiten bis sie 67, 68 oder gar 69 Jahre alt sind. Zum einen verfügen nicht alle über die benötigte Gesundheit, sodass der Anteil von Personen, die frühverrentet werden, bei einem Anstieg des Renteneintrittsalters automatisch zunimmt. Verbesserungen der gesundheitlichen Prävention könnten dem entgegenwirken. Zum anderen gibt es Berufe, die körperlich anspruchsvoll sind und die mit Mitte 60 weniger gut oder überhaupt nicht mehr ausgeübt werden können. Dies betrifft beispielsweise Personal in der Pflege und im Baugewerbe, hier ist die Erhöhung der beruflichen Flexibilität wichtig. Zudem wünschen sich viele Menschen schon einen früheren Renteneintritt, der bei einer Erhöhung des Renteneintrittsalters mit Kürzungen der Rentenhöhe einhergehen würde. Auch die Probleme älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei Arbeitslosigkeit wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren, sind zu bedenken.

Andererseits ist die Arbeitslosigkeit vor allem bei den Älteren im Jahr 2020 deutlich geringer als Mitte der 2000er-Jahre, in denen die Rente mit 67 diskutiert und beschlossen wurde. Auch die Frühverrentungspraxis hat sich deutlich reduziert, der Anteil der Beschäftigten im Alter von 60 bis 64 ist erheblich angestiegen, von 39 Prozent in 2009 auf 62 Prozent in 2019. Für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters spricht auch die Generationengerechtigkeit, denn sonst manifestiert sich der demografische Wandel in höheren Lohnnebenkosten oder geringerem Rentenniveau in der Zukunft. Angesichts der Vielfalt der beruflichen Tätigkeiten ist eine gewisse Differenzierung zwischen Berufsgruppen sinnvoll. Die Möglichkeit zum abschlagsfreien zwei Jahre vorgezogenen Renteneintritt („Rente mit 63“) trägt dem insofern Rechnung, als Menschen, die mindestens 45 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, früher in Rente gehen können. Dies betrifft vor allem gut qualifizierte männliche Fachkräfte mit nichtakademischen Berufen. Zudem verstärkt die Erhöhung des Renteneintrittsalters die Anreize der beruflichen Weiterbildung, damit Menschen mit körperlich anstrengenden Berufen frühzeitig in eine andere Tätigkeit wechseln können, beispielsweise Pflegepersonal in die Organisation von Pflegeeinrichtungen.

Ein Ausblick in fünf Thesen von Martin Bujard

Im Folgenden werden fünf Thesen formuliert, die zentrale zukünftige Entwicklungen und Handlungsfelder des demografischen Wandels ansprechen:

1. Deutschland wird älter, bunter und mobiler

Der demografische Wandel ist eines der zentralen gesellschaftlichen und politischen Themen der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts und wird auch Deutschland grundlegend verändern. Dass er in der Politik und in den Medien zu einem solchen Megathema geworden ist, liegt zu einem großen Teil an der niedrigen deutschen Geburtenrate, die seit mehr als vier Jahrzehnten sinkt bzw. stagniert und deren Auswirkungen auf die Altersstruktur und das Rentensystem in den nächsten Jahren zunehmend sichtbar werden wird. Dies wird sich im Freizeitverhalten, in der Politik, in den Medien, beim ehrenamtlichen Engagement und in Vereinen bemerkbar machen. So wird das Bild der alternden Bevölkerung im Alltag, im öffentlichen Raum, in Fußgängerzonen, Cafés, Parks sowie in Bus und Bahn sichtbar werden.

Wir wissen bereits heute, dass die deutsche Bevölkerung deutlich älter wird, da die Lebenserwartung steigt und die älteren Jahrgänge größer sind als die nachrückenden jüngeren. Es wird eine größere Nachfrage nach Plätzen in Alten- und Pflegeheimen geben, aber auch viele Seniorinnen und Senioren, die ihren Hobbys nachgehen und reisen, da sie länger gesund und aktiv sein werden als die Generationen vor ihnen.

Deutschland wird außerdem mobiler. Mehr Menschen werden eine Zweitwohnung haben und Familien werden zunehmend an verschiedenen Orten leben, sodass mehr Mobilität erforderlich ist, damit sich Verwandte und Freunde regelmäßig sehen können. Die Coronavirus-Pandemie und die damit verbundenen Homeoffice-Erfahrungen werden zu einer stärkeren räumlichen Trennung von Wohnort und Arbeitsstätte für viele Menschen führen.

Auch die hohe Zuwanderung, die sich seit 2015 verstärkt hat, ist ein zentrales Element des demografischen Wandels. Deutschland wird „bunter“ in Bezug auf Sprachen, Kulinarik, Religionen und kulturelle Prägungen, da zunehmend Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus verschiedensten Herkunftsländern in Deutschland leben werden. Diese Diversität kann einerseits Nachteile aufweisen, wenn kulturelle Spannungen und Gettoisierungen zunehmen, andererseits eine Bereicherung in mehrerer Hinsicht sein. Viele Menschen haben bereits jetzt Verwandte im Ausland, sodass internationale Migration in beide Richtungen zunehmen wird und viele Menschen Kenntnisse über andere Länder gewinnen und so ihren Horizont erweitern und andere Perspektiven kennenlernen können.

2. Die wichtigste Antwort auf den demografischen Wandel heißt Bildung

Dem Arbeitsmarkt werden künftig weniger Menschen zur Verfügung stehen, daher müssen diese (noch) besser ausgebildet werden. Hinzu kommt, dass Deutschland als Exportland in einem globalen Wettbewerb steht, sowohl die Industrie als auch

der Dienstleistungssektor benötigen gut ausgebildete Arbeitskräfte für die vielen digitalen und wissensbasierten Arbeitsplätze der Zukunft. Ökonomisch gesprochen wird die geringere Erwerbspersonenzahl durch höheres Humankapital ersetzt, das heißt durch eine höhere Produktivität des Einzelnen ausgeglichen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Bei Menschen mit Zuwanderungsbiografie sind Bildungsunterschiede stark ausgeprägt. Sie unterscheiden sich unter anderem nach den jeweiligen Herkunftsländern, dem Alter bei der Zuwanderung und der Inanspruchnahme der frühkindlichen und schulischen Bildungsangebote in Deutschland. Während laut Mikrozensus 2018 etwa 36 Prozent aller Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund aufwiesen, waren dies auf dem Gymnasium 30 Prozent und auf der Hauptschule fast doppelt so viele (57%). Da unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund der Anteil ohne beruflichen Abschluss sehr hoch ist und auch der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund steigt, ist eine bessere Bildung dieser Gruppe eine zentrale Herausforderung des demografischen und gesellschaftlichen Wandels. Dazu gehört auch die Einbindung der Eltern, insbesondere in Familien mit einem vergleichsweise geringen Bildungshintergrund. Der Ausbau einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildungsinfrastruktur ist dafür nicht nur effektiv, sondern auch effizient. Vor allem für Kinder, deren Familien zu Hause nicht deutsch sprechen, sind gute Kitas und frühe Sprachförderangebote sehr wichtig.

Der Anteil von Hochschulabsolventen an den Erwerbspersonen wird weiter steigen. Die Akademikerquote lag Anfang der 1980er-Jahre noch unter 10 Prozent, im Jahr 2010 bei 17 Prozent und sie wird bis 2030 auf 26 Prozent ansteigen. Im Jahr 2020 hatten erstmals mehr als 10 Millionen Erwerbspersonen einen Hochschulabschluss, das entspricht etwa 23 Prozent. In den jüngeren Altersgruppen ist dieser Anteil noch deutlich höher. Entgegen manch gegenteiliger Aussagen trifft dies auf eine hohe Nachfrage nach Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings werden auch Personen mit dualer Berufsausbildung weiterhin sehr gefragt sein. Diese bleiben für Industrie, Handwerksberufe und personenbezogene Dienstleistungsberufe in der Gastronomie oder im Gesundheitssektor nach wie vor wichtig. Ein Potenzial der Bildungspolitik liegt darin, den Anteil an Erwerbspersonen ohne Schul- oder Berufsabschluss zu reduzieren. Im Jahr 2019 waren dies 8,1 Millionen Personen, was einem Anteil von 18 Prozent aller Erwerbspersonen entspricht.

Letztlich sollte über den gesamten Lebensverlauf in Bildung investiert werden, wenn wir in Anbetracht des demografischen Wandels unseren Wohlstand bewahren oder sogar mehren möchten. Dies betrifft frühkindliche Bildung, Grundschulbildung, Sekundarschulbildung, Berufsbildung und Hochschulbildung sowie betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildung. Bildungsinvestitionen zahlen sich nicht nur für die Individuen, sondern auch für die Gesellschaft vielfach aus, etwa in Form höherer zukünftiger Steuereinnahmen und Sozialabgaben. Zudem stärken sie die Chancen der individuellen Teilhabe, unter anderem an Kultur, Freizeit, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft.



Bildung ist eine wichtige Antwort auf den demografischen Wandel. Besucherinnen und Besucher auf der Messe „KarriereStart 2020“ in Dresden

3. Wir werden weniger über Schrumpfung diskutieren und mehr über Migration

Während über Jahrzehnte hinweg angekündigt wurde, dass Deutschland schrumpfen wird, ist dies aus heutiger Sicht noch völlig offen. Mit 83 Millionen Einwohnern ist Deutschland heute größer als noch vor einigen Jahrzehnten. Die Menschen sorgen sich eher um steigende Mietpreise als um einen Rückgang der Bevölkerung vor Ort. Der Hauptgrund für das Ausbleiben der Schrumpfung ist die hohe kontinuierliche Zuwanderung von rund 300 000 Menschen pro Jahr seit der Wiedervereinigung. Diese ist vor allem auf exogene Faktoren wie Kriege im ehemaligen Jugoslawien und Syrien sowie auf die große Zuwanderung aus EU-Ländern zurückzuführen. Soll ein Land auf eine dauerhaft hohe Zuwanderung setzen, weil es eine niedrige Geburtenrate hat und nicht schrumpfen möchte bzw. die Arbeitskräfte benötigt? Eine solche Strategie wäre für einige andere Länder, beispielsweise in Mittel- und Osteuropa oder Ostasien, schwer vorstellbar, da die Akzeptanz einer hohen kontinuierlichen Zuwanderung dort kaum gegeben wäre.

Auch in Deutschland wird der öffentliche Diskurs zum demografischen Wandel zunehmend von Fragen der Zuwanderung und Integration geprägt. Einwanderungskritische Positionen, die beispielsweise auf Integrationsprobleme oder Parallelgesellschaften in bestimmten Gruppen bzw. Regionen hinweisen, sind nicht zwangsläufig rechts oder rassistisch. Auch muss zwischen Zuwanderung und Integration differenziert werden, so können Personen oder Parteien gegen eine (hohe) Zuwanderung sein und gleichzeitig für die Integration der hier lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Zuwanderung hat unterschiedliche Ursachen. Zum einen besteht die Zuwanderung aus Arbeitsmarktmigration. Zum anderen ist es eine humanitäre Aufgabe, Menschen, die vor Kriegen und politischer Verfolgung fliehen, aufzunehmen. Ängste vor einer starken Zuwanderung werden teilweise von politischen Parteien

aufgegriffen und vor allem von rechtspopulistischen Parteien instrumentalisiert. Zu einer demokratischen Debatte gehört auch, dass die Strategien von Zuwanderung und die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung offen diskutiert und politisch auf Basis parlamentarischer Willensbildung entschieden werden.

Mehrere Argumente spielen bei der Bemessung des Umfangs der jährlichen Zuwanderung eine Rolle: ethische Gründe für das Recht auf Asyl, eine Einwanderungspolitik, die die wirtschaftlichen Interessen des Landes fokussiert, die Aufnahmebereitschaft der heimischen Bevölkerung, die Fairness gegenüber Herkunftsländern, denen die Arbeitskräfte ggf. fehlen, das Werben um kluge Köpfe, europäisches Recht wie die Freizügigkeit von Arbeitskräften und Anreizwirkungen für weitere internationale Wanderungsbewegungen Richtung Deutschland. Die Zuwanderung (und Abwanderung) lässt sich allerdings nur begrenzt steuern, da politische Ereignisse und Lebenschancen in anderen Ländern ein wichtiger Faktor dafür sind. Eine Gesellschaft tut aber gut daran, einen breiten Konsens über die Größenordnung und die Kriterien einer zukünftigen Zuwanderung zu finden.

Neben dem Umfang der Zuwanderung ist die Integration ein zweites wichtiges Thema. Dieses wird vielfach von Emotionen, Erwartungen, Hoffnungen und Ängsten geleitet – auf beiden Seiten. Bemerkenswert ist, dass in den Städten und Regionen, in denen weniger Menschen mit Migrationshintergrund leben, größere Sorgen bezüglich Zuwanderung bestehen. Entscheidend für eine erfolgreiche Integration der Zugewanderten sind das Beherrschen der Sprache und die Akzeptanz sozialer Regeln und des Grundgesetzes, diese Dinge werden von der deutschen Gesellschaft eingefordert. Umgekehrt hat die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 – welches das ursprüngliche Gesetz aus 1913 ersetzte – das frühere Abstammungsprinzip durch das Geburtsortsprinzip ergänzt. Deutsche bzw. Deutscher ist demnach nicht nur, wer von deutschen Eltern geboren wird, sondern auch Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren werden. Letztere haben dann als Minderjährige oft [Fortsetzung auf Seite 78](#) →



Die Zuwanderung nach Deutschland spiegelt sich auch im DFB-Team wider. Aufstellung zum WM-Qualifikationsspiel in Innsbruck 2021

die doppelte Staatsbürgerschaft und behalten die deutsche Staatsbürgerschaft häufig bei. Viele Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben, identifizieren sich ebenso mit Deutschland, der Kultur, der Gesellschaft, dem Staat und dem Grundgesetz wie diejenigen, deren Urahnen bereits im Teutoburger Wald, im Odenwald oder an Rhein oder Elbe gelebt haben.

Vielen Deutschen ohne Migrationshintergrund ist dies durch den Sport verdeutlicht worden. Ein Blick auf die Entwicklung der deutschen Fußballnationalmannschaft zeigt, wie zunehmend Spieler mit Migrationsgeschichte in den Kader berufen werden. Während in der Weltmeistermannschaft von 1990 kaum jemanden mit Zuwanderungsgeschichte spielte, waren bei der WM 2006 fünf Spieler dabei, die im Ausland geboren sind und/oder nicht deutsche Eltern(teile) haben. Bei den WM-Qualifikationsspielen Ende 2021 sind bereits zehn deutsche Spieler mit Migrationshintergrund in der Nationalmannschaft vertreten. Der Sport illustriert hier gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und kann zur Integration beitragen.

4. Geburten und Renten werden politische Megathemen

Der Anstieg des Altenquotienten ließ sich in den 2010er-Jahren durch die günstige Arbeitsmarktentwicklung und einige Rentenreformen gut abmildern. Der Anstieg des Altenquotienten in den 2020er-Jahren bis 2035 ist eine erhebliche Herausforderung und könnte zu schwierigen Reformprozessen führen. Es wird über eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters über 67 Jahre hinaus diskutiert werden. Aber auch Alternativen dazu werden in Betracht gezogen werden müssen, etwa ein höherer staatlicher Zuschuss zur Rentenkasse, eine Anhebung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge und eine Dämpfung der Rentenhöhen. Dabei geht es um ernstzunehmende Verteilungskämpfe, die weitaus schwieriger ausfallen werden, sollten sich die Ressourcen verknappen – was durch einen Anstieg des Altenquotienten durchaus realistisch ist.

Da die geringe Geburtenrate eine zentrale Ursache für den demografischen Wandel und damit für die Rentenproblematik sowie die Belastung der öffentlichen Finanzen ist, wird sie ein viel beachtetes Thema bleiben. Ein Anstieg der Geburtenrate wird vor allem davon abhängen, ob es wieder mehr kinderreiche Familien geben wird. Hier sind gesellschaftliche Normen und Akzeptanz kinderreicher Familien ebenso wichtig wie politische Rahmenbedingungen, die etwa Wohnraum für kinderreiche Familien zur Verfügung stellen und eine Zeitpolitik verfolgen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie speziell für kinderreiche Familien erleichtert und die Rushhour des Lebens entzerrt.

5. Stadt-Land-Gegensätze als zentrale kulturelle Konfliktlinie

International gibt es in mehreren Ländern politisch-kulturelle Gegensätze, die sich in Stadt-Land-Unterschieden wiederfinden. In den USA sind es die Trump-Wählerinnen und Wähler, in Frankreich die Gelbwesten und in Großbritannien die Brexiteers. In den Städten und Metropolregionen leben viele Menschen, die in modernen Dienstleistungsberufen arbeiten, die



Globalisierung als positiv empfinden und die Vielfalt von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in ihrem Alltag leben und schätzen. Im Allgemeinen sind sie kulturell und politisch eher progressiv. In ländlichen Regionen leben viele Menschen, die der Globalisierung häufiger kritisch gegenüberstehen, mehr Berührungspunkte zu klassischen Berufen aus Landwirtschaft, dem Handwerk oder der Industrie haben und – besonders in Ostdeutschland – weniger Berührungspunkte zu Menschen mit Migrationshintergrund haben.

In vielen westlichen Staaten existieren Fliehkräfte, die auch mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Bedingungen in der Arbeitswelt, den genutzten (sozialen) Medien und dem Wohnort zusammenhängen. Dabei ist zunehmend eine kulturell-politische Konfliktlinie geprägt worden, bei der starke Stadt-Land-Unterschiede eine gewisse Rolle spielen. Überspitzt formuliert finden sich in urbanen Zentren mehr Menschen mit postmodernem Lebensstil, globaler Perspektive, einem Interesse an Identitätspolitik und teilweise mit einer Offenheit zu progressiven oder liberalen Parteien. In kleineren Städten und ländlichen Regionen leben dagegen mehr Menschen, die, weil sie stärker auf das Auto angewiesen sind, der Klimapolitik gegenüber skeptischer sind, sich mit Begriffen wie Heimat identifizieren und teilweise offen gegenüber konservativen oder populistischen Parteien sind.

Es spricht einiges dafür, dass sich die kulturell-politische Konfliktlinie in Deutschland weniger stark manifestiert als in den USA, Großbritannien oder Frankreich. Deutschland ist ein föderaler Staat, der auch viele mittlere Metropolen vorweisen kann. Große Firmen und wichtige Bundesbehörden sind auf verschiedene Städte und Bundesländer verteilt. Das Verhältniswahlrecht hat bisher sichergestellt, dass selbst wenn populistische Parteien an den Rändern des politischen Spektrums auftauchen, die gemäßigten Parteien der Mitte die Koalitionsbildung unter sich ausmachen konnten.

Trotzdem werden die kulturellen und wirtschaftlichen Fliehkräfte, die sich in Stadt-Land-Gegensätzen zeigen, auch Deutschland betreffen, da sie ein internationales Phänomen sind. Die demografische Binnenentwicklung und die Lebenslagen in ländlichen und städtischen Regionen sind von großer Bedeutung. Daher ist die Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse für die Kohäsion der Gesellschaft und die politische Stabilität elementar, dies bleibt eine der zentralen politischen Aufgaben für die Gestaltung unserer Zukunft.

Glossar

Altenquotient: Im Altenquotienten wird die ältere (oft nicht mehr erwerbstätige) Bevölkerung auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezogen, beispielsweise die Zahl der Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren auf 100 Menschen im Alter von 20 bis unter 65. Es gibt unterschiedliche Altersabgrenzungen wie 15 oder 20 Jahre nach unten und 65 oder 67 Jahre nach oben, beispielsweise „Altenquotient 20/67“.

Babyboomer: Die Babyboomer-Generation bezeichnet die Personen, die in den geburtenstarken Jahrgängen der 1950er- und 1960er-Jahre geboren wurden.

Bestandserhaltungsniveau: entspricht dem Geburtenniveau, bei dem der Erhalt der Elterngeneration durch die Kindergeneration gesichert ist. Dies trifft ein, wenn von 1000 Frauen eines Geburtsjahrgangs bis zu ihrem 49. Lebensjahr 1000 Mädchen geboren werden, die selbst das gebärfähige Alter erreichen. Um die Generation auszugleichen, ist in Ländern des globalen Nordens eine zusammengefasste Geburtenziffer von 2,1 Kindern pro Frau notwendig.

Bevölkerungsdiagramm: grafische Darstellung des Altersaufbaus einer Bevölkerung in einem Koordinatensystem, bei der auf der x-Achse die Anzahl von Männern (meist links) und Frauen (meist rechts) in den einzelnen Altersgruppen übereinander abgetragen werden.

Bevölkerungspyramide: älterer Fachbegriff für ein Bevölkerungsdiagramm. Im Speziellen die Darstellung der Altersstruktur vor dem Demografischen Übergang, d.h. in Deutschland um 1900. Nach Abschluss des Demografischen Übergangs – in Deutschland seit 1950 – ähneln Bevölkerungsdiagramme eher der Form eines Tannenbaumes, einer Urne oder einer Glocke.

Bevölkerungsvorausberechnungen: Die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung werden mit der sogenannten Kohorten-Komponenten-Methode generiert, bei der die Geburtsjahrgänge (Kohorten) nach Geschlecht für jedes einzelne Vorausberechnungsjahr hypothetisch fortgeschrieben werden. Dabei werden Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburten, der Sterblichkeit sowie der Zu- und Fortzüge nach Alter und Geschlecht getroffen. Die Annahmen basieren auf Untersuchungen von früheren Verläufen der genannten Komponenten. Die Vorausberechnung der Bevölkerung geht von der tatsächlichen Bevölkerung zu einem bestimmten Stichtag aus und wird für jedes einzelne Jahr des Vorausberechnungszeitraums durchgeführt. Die bereits lebenden Jahrgänge werden hierbei in die nächsthöhere Altersstufe übernommen, indem sie um erwartete Sterbefälle vermindert sowie um den jeweiligen Wanderungssaldo korrigiert und die Lebendgeborenen hinzugefügt werden.

Dekomposition: ist eine statistische Methode, bei der ein Sachverhalt in mehrere Komponenten zerlegt wird. Dadurch lässt sich der Einfluss verschiedener Komponenten auf die Entwicklung eines Phänomens berechnen. Anwendungsbeispiele in der Demografie sind Phänomene wie beispielsweise Todesursachen oder Geburtenrückgänge.

Demografie: eine Forschungsdisziplin, die die Struktur und die Dynamik von Bevölkerungen untersucht. Die Größe und Struktur von Bevölkerungen verändern sich durch Geburten, Sterbefälle oder Wohnortwechsel. Demografische Faktoren sind Fertilität, Mortalität und Migration. Im Gegensatz zur Demografie ist die Bevölkerungsforschung ein breiterer Begriff, der auch Faktoren wie Bildung, Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Mobilität und Einstellungen berücksichtigt.

Demografischer Wandel: Er beschreibt die Veränderungen von Bevölkerungsgröße und Altersstruktur durch veränderte Geburtenzahlen, Sterbezahlen und Wanderungen. Heute ist der demografische Wandel in den westlichen Industriestaaten durch geringe, unter dem Bestandserhaltungsniveau liegende Geburtenzahlen und eine steigende Lebenserwartung charakterisiert. In seiner Folge altern und schrumpfen die Bevölkerungen. Diese Entwicklungen können durch Migration teilweise aufgefangen werden. Die Bevölkerungsstruktur ist seit jeher im Wandel begriffen, jedoch fordert das heutige Ausmaß einschneidende Anpassungen in vielen Gesellschafts- und Politikbereichen.

Eugenik: auch Erbgesundheitslehre oder Rassenhygiene, ist ein pseudowissenschaftliches Konzept, das in der menschlichen Evolution dazu beitragen soll, das menschliche Erbgut zu verbessern, indem genetisch positive Eigenschaften gefördert werden sollen. Diese Lehre unterschätzt jedoch die Komplexität genetischer Prozesse, ist ethisch hochgradig problematisch und führte in der Geschichte in mehreren Ländern zu menschenverachtenden Maßnahmen.

Fertilität: die Zahl der Geburten einer Person, eines Paares, einer Gruppe oder einer Bevölkerung (Fruchtbarkeit). Die Fertilität bestimmt gemeinsam mit der Mortalität und der Migration die Entwicklung der Bevölkerungszahl. Als Maß für die Fertilität wird meist die Geburtenhäufigkeit in Form der zusammengefassten Geburtenziffer verwendet. Liegt diese unterhalb des sogenannten Bestandserhaltungsniveaus, schrumpft die Bevölkerung.

Geburtendefizit: In einer Region herrscht ein Geburtendefizit, wenn in einem definierten Zeitraum die Zahl der Lebendgeborenen geringer ausfällt als die Zahl der Sterbefälle.

Geburtenrate: siehe zusammengefasste Geburtenziffer

Generationenvertrag: Der Generationenvertrag bezeichnet das Prinzip einer Sozialversicherung im Umlageverfahren, bei dem die im Erwerbsalter befindliche Generation die Rente der Älteren finanziert. Einen tatsächlichen Vertrag gibt es – anders als der Begriff vermuten lässt – jedoch nicht.

Identitätspolitik: eine Politik, die Bedürfnisse einer benachteiligten Gruppe betont und die Zugehörigkeit zu der Gruppe als Verteilungskriterium für ökonomische Ressourcen oder die politische Partizipation in den Vordergrund stellt.

Kohortenspezifische Geburtenrate (Cohort Total Fertility Rate, CTFR): Die kohortenspezifische Geburtenrate (oder endgültige Kinderzahl) misst im Gegensatz zur Periodenfertilität die Anzahl der tatsächlich geborenen Kinder pro Frau eines Geburtsjahrgangs (= Kohorte). Dieses Maß ist weniger großen Schwankungen unterworfen als die Periodenfertilität. Allerdings kann die CTFR erst endgültig nachvollzogen werden, nachdem der betreffende Frauenjahrgang das Alter von 50 Jahren erreicht und damit das gebärfähige Alter verlassen hat (die nach diesem Alter noch geborenen Kinder sind in ihrer Größenordnung zu vernachlässigen).

Lebenserwartung: Die durchschnittliche Lebenserwartung gibt an, wie viele Jahre ein Mensch unter den Sterblichkeitsverhältnissen des betreffenden Kalenderjahres im Durchschnitt noch zu leben hat. Sie ist ein zusammengesetztes hypothetisches Maß und unterstellt, dass die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten des jeweils betrachteten Jahres für das gesamte Leben gelten würden. Mit zunehmendem Alter erhöht sich die durchschnittliche Lebenserwartung eines Menschen – zum einen, indem das Sterberisiko der bereits durchlebten Jahre entfällt, und zum anderen durch die Veränderung der Sterblichkeitsverhältnisse im Zeitverlauf. Berechnet wird die durchschnittliche Lebenserwartung mit Hilfe der Sterbetafel. Dies erfolgt für jedes einzelne Altersjahr über die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten. Am bekanntesten ist dabei die Lebenserwartung bei Geburt. Bei der Lebenserwartung für die anderen Altersjahre spricht man von der fernerer durchschnittlichen Lebenserwartung.

Medianalter: Jede Bevölkerung lässt sich nach dem Alter in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilen, das entsprechende Teilungsalter wird als „Medianalter“ bezeichnet. Der Median, auch Zentralwert genannt, ist demnach der Wert, der genau in der Mitte einer Datenverteilung liegt.

Migration: Veränderung der Zahl und Zusammensetzung einer Bevölkerung eines bestimmten Gebietes durch Zu- und Abwanderungen gegenüber dem Ausland (Außenwanderungen) oder gegenüber anderen Regionen des gleichen Landes (Binnenwanderungen).

Migrationshintergrund: Zu den Personen mit Migrationshintergrund einer Bevölkerung gehören die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurde – sowie alle zugewanderten Personen unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland geborenen Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei denen sich der Migrationshintergrund aus dem Migrationsstatus der Eltern ableitet. Dies gilt auch für deutsche Kinder (Nachkommen der ersten Generation) von Spätaussiedlern und Eingebürgerten und zwar auch dann, wenn nur ein Elternteil diese Bedingungen erfüllt.

Mortalität: Die Mortalität (auch Sterblichkeit) wird von biologischen, medizinischen und sozioökonomischen Determinanten sowie von der individuellen Lebensweise beeinflusst. Als Maß für die Mortalität wird unter anderem die Sterberate verwendet.

Nettoreproduktionsrate: misst, in welchem Maße eine Frauen- bzw. Elterngeneration durch ihre Nachkommen (ohne Wanderungen) ersetzt wird. Sie lässt sich berechnen durch die Zahl der Mädchen, die bei einem

bestimmten Niveau der Mortalität pro Frau geboren werden. Ist die Netoreproduktionsrate größer als 1, wächst die Bevölkerung; ist sie kleiner als 1, sinkt sie. Bei einem Wert von 1 ist die Bevölkerung konstant.

Ökologischer Fußabdruck: Nachhaltigkeitsindikator, der die Umweltbelastung einer Person oder eines Landes misst, beispielsweise für Wasser, Kohlendioxid oder Müll. Der ökologische Fußabdruck gibt an, wie viel Fläche an Acker, Weide oder Wald notwendig ist, um den Lebensstil einer Person oder eines Landes nachhaltig zu ermöglichen.

Opportunitätskosten: ökonomische Größe, die keine realen Kosten bezeichnet, sondern den entgangenen Nutzen, der bei zwei Alternativen durch die Entscheidung für die eine und damit gegen die andere Möglichkeit entsteht. Opportunitätskosten einer Elternschaft sind beispielsweise das entgangene Einkommen, das eine Mutter und/oder ein Vater während der Elternzeit auf dem Arbeitsmarkt verdient hätte.

Renteneintrittsalter: Das formelle Renteneintrittsalter ist das Lebensalter, ab dem gesunde Arbeitnehmende normalerweise die Erwerbstätigkeit beenden können und aus der gesetzlichen Rentenversicherung abschlagsfrei Rente beziehen. Es wird politisch festgelegt. Davon ist das tatsächliche Renteneintrittsalter zu unterscheiden, das angibt, in welchem Alter Personen tatsächlich in Rente gegangen sind.

Säuglingssterblichkeit: Die Säuglingssterblichkeit ergibt sich als Zahl aus der im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder je 1000 Lebendgeborene. Starb um 1870 in Deutschland noch jedes vierte Kind innerhalb des ersten Lebensjahres, so ist mit gegenwärtig rund 3,3 Sterbefällen je 1000 Lebendgeborenen das Niveau sehr niedrig.

Sterblichkeit: siehe Mortalität

Umlageverfahren: siehe Generationenvertrag

Wanderungssaldo: berechnet sich aus der Differenz zwischen Zu- und Abwanderung. Wenn der Wanderungssaldo in einem Jahr ein positives Vorzeichen hat, wird von einer Nettozuwanderung gesprochen.

Quellen- und Literaturhinweise

Aksoy, Yunus / Basso, Henrique S. / Smith, Ron P. / Grasl, Tobias: Demographic Structure and Macroeconomic Trends, in: *American Economic Journal: Macroeconomics*, 11 (1) 2019, S. 193–222

Bäcker, Gerhard / Heinze, Rolf G.: *Soziale Gerontologie in gesellschaftlicher Verantwortung*, Berlin/Hamburg 2013, 404 S.

Balbo, Nicoletta / Billari, Francesco C. / Mills, Melinda: Fertility in Advanced Societies. A Review of Research, in: *European Journal of Population* 29 (1) 2013, S. 1–38

Becker, Gary S.: *A Treatise on the Family*. Enlarged Edition, Cambridge 1993, 304 S.

Beck-Gernsheim, Elisabeth: *Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Kinderwunsch und Geburtenrückgang*, München 2006, 175 S.

Berth, Felix: *Die Verschwendung der Kindheit. Wie Deutschland seinen Wohlstand verschleudert*, Weinheim 2011, 208 S.

Bertram, Hans / Bujard, Martin / Rösler, Wiebke: Rushhour des Lebens – Geburtenaufschub, Einkommensverläufe und familienpolitische Perspektiven, in: *Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie* 8 (2) 2011, S. 91–99

Birg, Herwig: *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, 4. Auflage, München 2005, 226 S.

Böhm, Karin / Tesch, Römer, Clemens / Ziese, Thomas (Hg.): *Gesundheit und Krankheit im Alter*, Berlin 2009, 323 S.; auch als PDF verfügbar.

Bonin, Holger: *Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt*, Gütersloh 2014, 71 S.; auch als PDF verfügbar.

Bonin, Holger / Boockmann, Bernhard / Brändle, Tobias u. a.: *Begleit-evaluation der arbeitsmarktpolitischen Integrationsmaßnahmen für*

Zensus: Deutschland führt alle zehn Jahre einen Zensus – auch Volkszählung genannt – durch. Im Rahmen des Zensus werden grundlegende Daten über die Bevölkerung und die Wohnungssituation in Deutschland erhoben. Auf Basis der ermittelten Bevölkerungszahlen werden zum Beispiel die Wahlkreise eingeteilt und die Stimmenverteilung der Länder im Bundesrat festgelegt. Auch der Länderfinanzausgleich, die Berechnungen für EU-Fördermittel und die Verteilung von Steuermitteln beruhen auf den Zensusdaten. Zudem dienen die Ergebnisse auch als Basis für die Auswahl der Stichprobenerhebungen, für die Hochrechnung des Mikrozensus oder als Basis für die Bevölkerungsvorberechnungen des Statistischen Bundesamtes. Durchgeführt wird der Zensus vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern. Bei den Erhebungen vor Ort tragen auch die Kommunen wesentlich zum Gelingen bei. Die nächste Erhebung findet im Mai 2022 statt; www.zensus2022.de

Zusammengefasste Geburtenziffer (Total Fertility Rate, TFR): ist eine hypothetische Kennziffer und gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden. Sie errechnet sich aus der Summe aller 35 altersspezifischen Geburtenziffern der Altersjahrgänge 15 bis 49 für ein Kalenderjahr (Periodenfertilität). Sie ist die am häufigsten verwendete Kennziffer zur Charakterisierung des aktuellen Geburtenniveaus, weil die tatsächlichen durchschnittlichen Geburtenzahlen je Frau erst dann festgestellt werden können, wenn die Frauen das gesamte gebärfähige Alter durchlaufen haben. Die zusammengefasste Geburtenziffer hat den Nachteil, dass sie durch das Vorziehen von Geburten in ein niedrigeres oder das Verschieben in ein höheres Lebensalter beeinflusst wird.

Zusammengestellt u. a. aus und von: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), Max-Planck-Institut für demografische Forschung (MPIDR), Martin Bujard

Geflüchtete – Schlussbericht, IZA Research Report No. 123/2021, 285 S.; auch als PDF verfügbar.

Bujard, Martin: *Geburtenrückgang und Familienpolitik. Ein interdisziplinärer Erklärungsansatz und seine empirische Überprüfung im OECD-Länder-Vergleich 1970–2006*, Baden-Baden 2011, 443 S.; auch als PDF verfügbar.

Ders.: *Consequences of Enduring Low Fertility – A German Case Study*, in: *Comparative Population Studies* 40 (2) 2015, S. 131–164

Bujard, Martin / Passet, Jasmin: *Wirkungen des Elterngelds auf Einkommen und Fertilität*, in: *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (2) 2013, S. 212–237

Bujard, Martin / Scheller, Melanie: *Impact of Regional Factors on Cohort Fertility: New Estimations at the District Level in Germany*, in: *Comparative Population Studies* 42, 2017, S. 55–88

Bujard, Martin / Sulak, Harun: *Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 68 (3) 2016, S. 487–514

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB): *Kinderreiche Familien in Deutschland*, Wiesbaden 2019, 60 S.; auch als PDF verfügbar.

Bundesministerium des Innern (Hg.): *Jedes Alter zählt. Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen*, Berlin 2015, 168 S.; auch als PDF verfügbar.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): *Bildung und Forschung in Zahlen 2021*, Berlin 2021, 92 S.; auch als PDF verfügbar.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): *Neunter Familienbericht – Eltern sein in Deutschland*, Berlin 2021, 720 S.; auch als PDF verfügbar.

Bundesregierung: *Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse. Zwischenbilanz der 19. Legislaturperiode*, Berlin 2021, 124 S.; auch als PDF verfügbar.

- Christensen, Kaare / Doblhammer, Gabriele / Rau, Roland / Vaupel, James W.: Ageing populations: the challenges ahead, in: *The Lancet* 374, (9696), S. 1196–1208
- Deschermeier, Philipp: Bevölkerungsentwicklung in den deutschen Bundesländern bis 2035, in: *IW-Trends. Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung* 44 (3) 2017, S. 63–80
- Esping-Andersen, Gøsta: *Incomplete Revolution. Adapting Welfare States to Women's New Roles*, Cambridge 2009, 224 S.
- Etzemüller, Thomas: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2007, 218 S.
- Foroutan, Naika / Karakayali, Juliane / Spielhaus, Riem (Hg.): *Postmigrantische Perspektiven: Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*, Frankfurt am Main 2018, 315 S.
- Gambaro, Ludovica / Neidhöfer, Guido / Spiess, C. Katharina: *Effect of Early Childhood Education and Care Services on the Integration of Refugee Families*, Berlin 2021, 58 S.
- Hank, Karsten / Kreyenfeld, Michaela (Hg.): *Social Demography – Forschung an der Schnittstelle zwischen Soziologie und Demographie*, Wiesbaden 2016, 439 S.
- Heckman, James J.: Policies to foster human capital, in: *Research in Economics* 54 (1) 2000, S. 3–56
- Imhof, Arthur E.: *Die gewonnenen Jahre*, München 1981, 278 S.
- Jones, Gavin W.: Ultra-low fertility in East Asia: policy responses and challenges, in: *Asian Population Studies*, 15 (2) 2019, S. 131–149
- Kalinowski, Michael / Mönnig, Anke / Söhnlein, Doris: Annahmen, Modellierung und Ergebnisse der Angebotsprojektion nach Qualifikationsstufen und Berufen bis zum Jahr 2040, hg. v. Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn 2021, 58 S.; auch als PDF verfügbar.
- Kaufmann, Franz-Xaver: *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt 2005, 270 S.
- KC, Samir / Lutz, Wolfgang: The human core of the shared socioeconomic pathways: Population scenarios by age, sex and level of education for all countries to 2100, in: *Global Environmental Change* 42/2017, S. 181–192
- Kibele, Eva / Jasilionis, Domantas / Shkolnikov, Vladimir M.: Widening socioeconomic differences in mortality among men aged 65 years and older in Germany, in: *Journal of Epidemiology and Community Health*, 67 (5) 2013, S. 453–457
- Klüsener, Sebastian / Goldstein, Joshua R.: A Long-Standing Demographic East–West Divide in Germany, in: *Population, Space and Place*, 22 (1) 2014, S. 5–22
- Kocka, Jürgen / Staudinger, Ursula M. (Hg.): *Gewonnene Jahre. Empfehlungen der Akademiengruppe Altern in Deutschland*, Stuttgart 2009, 103 S.; auch als PDF verfügbar.
- Kotschy, Rainer / Sunde, Uwe: Can Education Compensate the Effect of Population Aging on Macroeconomic Performance?, in: *Economic Policy*, 33 (96) 2018, S. 587–634
- Kreyenfeld, Michaela / Konietzka, Dirk (Hg.): *Childlessness in Europe. Contexts, causes, and consequences*, Cham 2017, 370 S.
- Lesthaeghe, Ron: The Unfolding Story of the Second Demographic Transition, in: *Population & Development Review* 36 (2) 2010, S. 211–251
- Lutz, Wolfgang / Butz, William P. / KC, Samir (Hg.): *World Population & Human Capital in the Twenty-First Century*, Oxford 2014, 736 S.
- Mackenroth, Gerhard: *Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung*, Berlin 1953, 548 S.
- Mackensen, Rainer (Hg.): *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933*, Opladen 2002, 320 S.
- Malthus, Thomas R. [erste Ausgabe 1803, dazu Ergänzungen aus 1806, 1807, 1817 und 1826]: *An Essay On The Principle Of Population Or, A View Of Its Past And Present Effects On Human Happiness*, Cambridge 1989, 564 S.
- Marschalck, Peter: *Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1984, 202 S.
- Mayer, Tilman (Hg.): *Die transformative Macht der Demografie*, Wiesbaden 2017, 607 S.
- Myrskylä, Mikko / Kohler, Hans-Peter / Billari, Francesco C.: Advances in development reverse fertility declines, in: *Nature* 2009, S. 741–743; auch als PDF verfügbar.
- Niephaus, Yasemin / Kreyenfeld, Michaela / Sackmann, Reinhold (Hg.): *Handbuch Bevölkerungssoziologie*, Wiesbaden 2016, 737 S.
- Notestein, Frank W.: Population — The Long View, in: Theodore W. Schultz (Hg.): *Food for the World*, Chicago 1945, S. 36–57
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): *Dare to Share – Deutschlands Weg zu mehr Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, überarb. Ausgabe*, Paris 2016, 240 S.; auch als PDF verfügbar.
- Dies.: *Pensions at a Glance 2021, OECD and G20 Indicators*, Paris 2021, 224 S.
- Panova, Ralina / Sulak, Harun / Bujard, Martin / Wolf, Lisa: Die Rushhour des Lebens im Familienzyklus: Zeitverwendung von Männern und Frauen, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): *Wie die Zeit vergeht*, Wiesbaden 2017, S. 45–63
- Pötzsch, Olga: Demographische Prozesse, Bevölkerungsstruktur und -entwicklung in Deutschland, in: Niephaus, Yasemin / Kreyenfeld, Michaela / Sackmann, Reinhold (Hg.): *Handbuch Bevölkerungssoziologie*, Wiesbaden 2016, S. 91–119
- Dies.: (Un-)Sicherheiten der Bevölkerungsvorausrechnungen, in: WISTA – Wirtschaft und Statistik 4/2016, S. 36–53
- Dies.: Aktueller Geburtenanstieg und seine Potenziale, in: WISTA – Wirtschaft und Statistik 3/2018, S. 72–89
- Rauschenbach, Thomas / Kuger, Susanne / Walper, Sabine (Hg.): *Aufwachsen in Deutschland 2019. Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien*, Bielefeld 2021, 144 S.
- Rürup, Bert / Gruescu, Sandra / Schmidt, Renate: Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungspolitik. Gutachten im Auftrag des BMFSF, Berlin 2003, 63 S.; auch als PDF verfügbar.
- Schirrmacher, Frank: *Das Methusalem-Komplott*, München 2004, 220 S.
- Schneemann, Christian / Zika, Gerd u. a.: Aktualisierte BMAS-Prognose „Digitalisierte Arbeitswelt“, Berlin 2021, 76 S.; auch als PDF verfügbar.
- Schneider, Norbert F. / Mergenthaler, Andreas / Staudinger, Ursula M. / Sackreuther, Ines (Hg.): *Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand*, Opladen 2015, 276 S.; auch als PDF verfügbar.
- Simonson, Julia / Kelle, Nadiya u. a. (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*, Wiesbaden 2022, 326 S.
- Sobotka, Tomáš / Beaujouan, Éva: Two Is Best? The Persistence of a Two-Child Family Ideal in Europe, in: *Population & Development Review* 40 (3) 2014, S. 391–419
- Statistisches Bundesamt: *Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden 2019, 124 S.; auch als PDF verfügbar.
- Dass.: *Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018*, Wiesbaden 2019, 154 S.; auch als PDF verfügbar.
- Dass.: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011*, Wiesbaden 2020, 64 S.; auch als PDF verfügbar.
- Staudinger, Ursula M. / Heidemeier, Heike (Hg.): *Altern, Bildung und lebenslanges Lernen, Nova Acta Leopoldina NF Bd. 100, Nr. 364*, 2009, 280 S.; auch als PDF verfügbar.
- Stawarz, Nico / Sander, Nikola / Sulak, Harun / Rosenbaum-Feldbrügge, Matthias: *The turnaround in internal migration between East and*

West Germany over the period 1991 to 2018, in: Demographic Research 43 (33) 2020, S. 993–1008

Sulak, Harun / Fiedler, Christian H.G. / Klüsener, Sebastian: 30 Jahre Deutsche Einheit & Vielfalt. Eine demografische und kartographische Zeitreise, Wiesbaden 2020, 32 S.; auch als PDF verfügbar.

Swiaczny, Frank / Ette, Andreas (Hg.): Migration und Integration, Geographische Rundschau 3/2017

Thompson, Warren S.: Population, in: American Journal of Sociology, 34 (6) 1929, S. 959–975

United Nations (UN): World Population Prospects. The 2019 Revision, 1/2019, 392 S.

Dies.: World Population Policies 2019, 2020, 285 S.

Van de Kaa, Dirk J.: Europe's Second Demographic Transition, in: Population Bulletin 42 (1) 1987, S. 1–59

Van de Kaa, Dirk J. / Leridon, Henri / Gesano, Guiseppa / Okólski, Marek (Hg.): European Populations. Unity in Diversity, Dordrecht 1999, 196 S.

Weber, Daniela / Loichinger, Elke: Live Longer, Retire Later? Developments of Healthy Life Expectancies and Working Life Expectancies between Age 50–59 and Age 60–69 in Europe, in: European Journal of Aging 19, 2022, S. 75–93

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen: Migration und Familie. Kindheit mit Zuwanderungshintergrund, Wiesbaden 2016, 299 S.; Kurzfassung als PDF verfügbar.

Wolf, Julius: Der Geburtenrückgang. Die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit, Jena 1912, 253 S.

Wolff, Manuel / Haase, Annegret / Leibert, Tim: Mehr als Schrumpfung und Wachstum? Trends der demographischen Raumentwicklung in Deutschland nach 2011, in: UFZ Discussion Paper 1/2020, 19 S.

Internetangebote

www.bib.bund.de

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB)

www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2021

Statistische Daten zu gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland

www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel

Dossier – demografischer Wandel

www.demografie-portal.de

Zahlen und Fakten zur Demografie des Bundes und der Länder

www.demografische-forschung.org

Infoletter des Max-Planck-Institut für demografische Forschung u. A.

www.demowanda.de/DE/Home/home_node.html

Demografischer Wandel in der Arbeitswelt – Monitoring

www.destatis.de

Statistisches Bundesamt

www.diw.de/de/soep

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) – Langzeitstudie

www.freda-panel.de

Das familiendemografische Panel – Langzeitstudie

www.genesis.destatis.de/genesis/online

Datenbank des Statistischen Bundesamtes

www.ggp-i.org

Generations & Gender Programme – Europaweite Langzeitstudie

www.inkar.de

Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung

www.landatlas.de/index.html

Landatlas des Thünen-Instituts

www.mortality.org

Datenbank zur Sterblichkeit weltweit

www.un.org/development/desa/pd/

UN-Abteilung für Bevölkerungsentwicklung

<https://www.population-europe.eu/>

Netzwerk zu europäischer Demografieforschung

www.rostockerzentrum.de

Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels

www.share-project.org

Survey of Health, Ageing and Retirement – Europaweite Langzeitstudie

www.wegweiser-kommune.de

Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung

Bildnachweise

AP Photo

26: AP Photo / Eric Gay

akg-images

14: akg-images / **36:** Liszt Collection

Imago

67: photothek / **77 unten:** kolbert-press

Picture Alliance

4: Fotoagentur Kunz | AUGENKLICK / KUNZ / BERNHARD KUNZ / **9 oben:** SvenSimon | FRANK HOERMANN / SVEN SIMON / **9 mittig:** dpa / dpa-Zentralbild | Jan Woitas / **9 unten:** Rainer Keuenhof | Rainer Keuenhof / **12:** dpa | Christoph Schmidt / **15:** dpa | UPI / **16 mittig:** dpa | Kurt Rohwedder / **16 unten:** dpa / dpa-Zentralbild | Volkmar Heinz / **20 oben:** Wolfgang Hub | Wolfgang Hub / **20 mittig:** dpa | Karl Mittenzwei / **20 unten:** Ulrich Baumgarten | Ulrich Baumgarten / **28:** dpa | Liu Jianhua / **30:** Photo12 / Ann Ronan Picture Librar | - / **32:** imageBROKER | Schoening Berlin / **38 oben links:** dpa | David Young / **38 oben rechts:** dpa | Sebastian Gollnow / **38 unten links:** photothek | Ute Grabowsky / **38 mittig rechts:** dpa | Annette Riedl / **38 unten rechts:** dpa | Jonas Walzberg / **40 oben:** dpa | - / **40 unten:** dieKLEINERT | Freimut Woessner / **43 mittig:** dpa | Jörg Carstensen / **43 unten:** photothek | Janine Schmitz / **50 oben:** dpa | Tim Brakemeier / **50 unten:** dpa / dpaweb | Peter Roggenthin / **51:** dieKLEINERT.de / Dietmar Grosse | Dietmar Grosse / **54 oben:** dpa | Daniel Karmann / **54 unten:** dpa / dpa-Zentralbild | Patrick Pleul / **55 oben:** Waltraud Grubitzsch / dpa-Zentralbild | Waltraud Grubitzsch / **55 unten:** dpa | Sven Hoppe / **56:** dpa / dpa-Zentralbild | Patrick Pleul / **57:** dpa | Annette Riedl / **58 unten:** dpa / dpa-Zentralbild | Jens Büttner / **66:** Kay Nietfeld / dpa | Kay Nietfeld / **70:** dpa | Kay Nietfeld / **72 oben links:** ZB | Sascha Steinach / **72 oben rechts:** Geisler-Fotopress | Dwi Anoraganingrum / Geisler-Fotop / **72 mittig links:** photothek | Florian Gaertner / **72 mittig rechts:** dpa | Uwe Zucchi / **72 unten:** ZB / euroluftbild.de | Hans Blosssey / **77 oben:** dpa / dpa-Zentralbild | Ronald Bonß

Süddeutsche Zeitung Photo

43 oben: Andreas Heddergott / Süddeutsche Zeitung Photo / **49:** Olaf Schülke / Süddeutsche Zeitung Photo / **52:** Catherina Hess / Süddeutsche Zeitung Photo / **58 oben:** Robert Haas / Süddeutsche Zeitung Photo / **69:** Matthias Ferdinand Döring / Süddeutsche Zeitung Photo

Ullstein Bild

6: ddrbildarchiv.de / Uhlenhut

Weitere Bildnachweise

13: Landesarchiv Baden-Württemberg Abt. Staatsarchiv Ludwigsburg EL 68 VI Nr. 2786 / **29:** © Försäkningskassan | Reijo Ruster / **34 links:** DER SPIEGEL 15/1962 / **34 rechts:** DER SPIEGEL 2/2004

Karikaturen

11: © Michael Hüter, Bochum | Stiftung Jugend und Bildung / **48 und 78:** Thomas Plaßmann / Baaske Cartoons Müllheim

Der Autor

PD Dr. Martin Bujard ist stellvertretender Institutsdirektor am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden.

Nach beruflichen Erfahrungen in der Privatwirtschaft und der Politik zog es ihn in die Schnittstelle von Wissenschaft und Politikberatung. Von 2009–2011 war er im Projekt „Zukunft mit Kindern“ an der Humboldt Universität zu Berlin tätig. Seit 2011 wirkt er am BiB in Wiesbaden, seit 2015 als Forschungsdirektor des Bereichs „Familie und Fertilität“, seit 2020 als stellvertretender Institutsdirektor. Der habilitierte Sozialwissenschaftler hatte Lehraufträge an den Universitäten Berlin, Mainz und Bamberg inne. Er ist Mitgründer des Familiendemografischen Panels FReDA und forscht zu Geburtenentwicklung, Public Health mit Schwerpunkt Familien und Kinder sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Martin Bujard berät die Bundesregierung u. a. als Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen des Bundesfamilienministeriums, bei der Demografiestrategie der Bundesregierung und in der Coronavirus-Pandemie bezüglich der Auswirkungen auf Jugendliche und Familien. Er ist Mitglied in wissenschaftlichen Gremien wie beispielsweise im Consortium Board des EU-weiten Generation and Gender Programme und der Arbeitsgruppe „Fortpflanzungsmedizinengesetz“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Ehrenamtlich setzt er sich als Präsident des evangelischen Familienverbandes eaf für Familien ein.

Danksagung: Der Autor dankt Samira Beringer, Felix Berth, Holger Bonin, Christian Fiedler, Mathias Huebener, Bernhard Köppen, Sandra Krapf, Elke Loichinger, Olga Pöttsch, Kerstin Ruckdeschel, Harun Sulak und Frank Swiaczny für viele wertvolle Kommentare zum Manuskript.

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309
Internetadresse: www.bpb.de/izpb
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Laura Gerken (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Christine Eckes
(Volontärin)

Gutachten:

Dr. Felix Berth, Deutsches Jugendinstitut (DJI), München; Olga Pöttsch,
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Prof. Dr. Holger Bonin,
Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn

Titelbild:

babaroga – stock.adobe.com

Umschlagrückseite:

Cee Cee Creative, 10117 Berlin; ceecreative.com

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny,
Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Druck:

Druckhaus Ernst Kaufmann GmbH & Co. KG, 77933 Lahr

Vertrieb: IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise: vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 400 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: April 2022

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Die Inhalte der zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter. Für eventuelle Schäden und Forderungen können die Bundeszentrale für politische Bildung sowie der Autor keine Haftung übernehmen.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax.: 03 82 04/66-273 oder www.bpb.de/izpb

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o. g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Auf der Suche nach spannenden Fakten?



Findest du im Timer 2022/2023.

Der Notizkalender der Bundeszentrale für politische Bildung bietet Wissenswertes aus aller Welt, Infos zu historischen Ereignissen und Fakten zum neuen Timer-Thema „Spuren“ sowie hilfreiche Tipps für Schule, Ausbildung und Studium.

Einfach bestellen auf [↗ bpb.de/timer](https://www.bpb.de/timer)